

DM 6,– Nr. 12 Dezember 1986 8. Jahrgang E 8080 E
Österreich 50,– öS
Schweiz 6,– sfr

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin





Nürnberger Prozeß:

Görings heimlicher Brief an Churchill

Börse: Der Wert für Platin steigt

1987: Wirtschafts-Depression in den USA durch hohe Schulden und einen Dollar-Kollaps



Der Börsenkrach von 1929 wiederholt sich. Immer mehr Schuldner-Nationen kommen auf die schwarze Liste der Banker

Schweiz:
Wir wollen die Armee abschaffen!

Rüstung:
Viel Geld für schlechte Waffen

Israel:
Die Netzwerke in den USA

Großbritannien:
Macmillans Kriegsverbrechen

JEDEN MONAT NEU!

Diagnosen

+++ Leser werben Leser +++ Leser w

Lieber Diagnosen-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »Diagnosen« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »Diagnosen« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen



Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für DIAGNOSEN geworben.

Senden Sie DIAGNOSEN ab ____________ bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

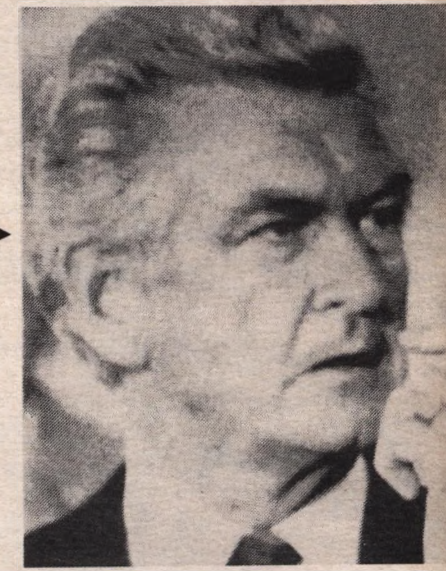
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

In diesem H



▲ Am 1. Oktober 1946 schrieb Hermann Göring an den ehemaligen britischen Premierminister einen Brief, der zum ersten Mal im Juli 1949 in den USA veröffentlicht wurde. Göring sieht in Churchill den Mann, der am besten über die Hintergründe des Zweiten Weltkrieges informiert war. **Seite 19**



Bob Hawke, australischer Premierminister, ▶ tadelt die Reagan-Regierung wegen ihrer subventionierten Weizengeschäfte mit den Sowjets, die die Farmer Australiens in den Ruin treiben. **Seite 46**

Die beiden großen Supermächte USA und UdSSR haben Sorgen mit ihren Verbündeten. Fidel Castro kostet die Sowjets jährlich Milliarden, die USA müssen Israel unterhalten. Was wäre, wenn sich beide Großmächte von ihren Lasten mit Israel und Kuba befreien würden? ▼ **Seite 24**



[H]eft lesen Sie:

Wer macht unser Geld? Der dritte Teil und [S]chluß der Serie von Fred Josef Irsigler. Es geht wiederum um die Hintergründe der Kriege. Heute wissen wir, daß der Zweite [W]eltkrieg ein Kreuzzug war, um das grauen[h]afte Geldsystem der Besitzer der National[b]anken wieder in Deutschland zu errichten [u]nd die Ausrottung aller weißen Völker vorzubereiten, die eine marxistische Weltdiktatur ablehnen. Heute haben die Besitzer der amerikanischen Nationalbank, des Federal Reserve Systems, gute Gründe mit dem Erreichten zufrieden zu sein. Unterstützt von ihren Handlangern in den Regie[r]ungen, politischen Parteien und in der ver[l]ogenen Presse gelang es ihnen, die Hälfte der Welt unter ihre Kontrolle zu bringen. [S]ogar das britische Empire ist dabei vor die [H]unde gegangen. Seite 59





»Die Bedrohung, der wir nun ausgesetzt sind, besteht darin, daß Regierungsbeamte um den amerikanischen Präsidenten standfeste Führer nicht mehr von Diktatoren unterscheiden können«, sagte uns Sultan Ali Dimaporo, der anerkannte Führer der moslemischen Bevölkerung auf den Philippinen in einem seiner sehr seltenen Interviews. Seite 56

Die Suche nach Geborgenheit findet in einem Tragetuch die beste Lösung. Der Säugling will auch nach der Geborgenheit im Mutterleib weiterhin leibhaft beruhigt und beschützt bleiben, und er findet diese Beschwichtigung, wenn er sich förmlich festsaugt mit Mund und Gliedern und mit der Mutter auf Tuchfühlung lebt. Seite 70



Zu diesem Heft

Es geht nur um Geld

Ekkehard Franke-Gricksch

Leser dieser Zeitschrift sind sich sehr wohl bewußt, daß Amerikas zuverlässiger, demokratischer Verbündeter im Nahen Osten, angeblich der unerschütterliche Freund im Kampf gegen den internationalen Terrorismus – es handelt sich um Israel –, in Wirklichkeit eine große Belastung darstellt. Die Vereinigten Staaten geben Israel Auslandshilfe von jährlich vier Milliarden Dollar.

Supermächte: Die Last mit Israel und Kuba, Seite 24

Weniger bekannt allerdings ist die Belastung, die Kuba für die Sowjetunion darstellt. Fidel Castro kam vor über 27 Jahren in Kuba an die Macht. Schon bald schwenkte er mit seinem glücklosen Land auf die Linie der Sowjetunion ein und hat seither ihren Interessen treu gedient. Doch was hat der UdSSR diese Allianz gebracht und was hat es sie gekostet?

Die Risiken, die für jede Supermacht mit diesen beiden kleinen und bedeutenden Verbündeten verknüpft sind, übertreffen den Nutzen, den sie haben, bei weitem. Somit bietet sich folgender Handel unter den Supermächten im nationalen Interesse der USA an: Die Vereinigten Staaten ziehen ihre Unterstützung Israels zurück und die Sowjets die ihre von Kuba.

Wenn man die Schwierigkeiten einmal außer acht läßt, die die Durchsetzung eines solchen Handels mit sich bringen würde, so wären die Vorteile für jede Supermacht in der Tat ungeheuer.

Jede Supermacht könnte einen klaren Sieg verbuchen, da ihrem Hauptgegner ein enger Verbündeter verlorengegangen ist. Der Unterstützung durch die Sowjetunion beraubt, würde Castro innerhalb weniger Monate gestürzt und Kuba käme wieder in den amerikanischen Einflußbereich. Ebenso Nicaragua.

Israel würde mit den arabischen Ländern und dem palästinensischen Volk Frieden schließen müssen, wenn es keine Hilfe von den Vereinigten Staaten mehr bekommt und vor ernsthafte Konsequenzen gestellt wird, sollte es einen militärischen Schlag gegen seine Nachbarn führen.

Jede Supermacht würde jährlich mehrere Milliarden Dollar einsparen. Israel und Kuba kosten ihre Gönner weitaus mehr, als sie wert sind.

Jede Supermacht würde ihren Machtbereich »rationalisieren«. In der islamischen Welt würde es wahrscheinlich zu einer Teilung kommen, bei der die meisten säkulären Regime schließlich in die Einflußsphäre der Sowjetunion gelangen. Syrien und der Irak sind bereits pro-sowjetisch und ein Nachfolger von Ägyptens Hosni Mubarak wird es wahrscheinlich gleichtun.

Die USA bestechen Ägypten derzeit mit sage und schreibe über zwei Milliarden Dollar jährlich, damit das Land seinen Friedensvertrag mit Israel erfüllt.

Die Schwierigkeit liegt natürlich in der Durchsetzung dieses »Geschäfts«. Es wäre für die Sowjetunion viel leichter, einen solchen Handel abzuschließen und einzuhalten als für die USA – es gibt keine »kubanische Lobby« in Moskau wie das israelische Gegenstück in Washington.

USA: Wahre Ziele des nächsten Krieges, Seite 28

Die Moslems beschweren sich über die Haltung der Vereinigten Staaten. Sie sagen, daß jeder Araber, ob Mann, Frau oder Kind, der getötet wird, mit in Amerika hergestellten Flugzeugen, Bomben, Raketen, Kugeln, Panzern, Geschossen oder anderen in den USA hergestellten Kriegsgeräten umgebracht wird. Ohne amerikanisches Kriegsgerät wären die Invasionen in Ägypten, Jordanien, Syrien und dem Libanon unmöglich gewesen.

Viele Male haben die Moslems darum gebeten, daß, wenn amerikanisches Kriegsgerät an ein Land gegeben wird und dieses Land dieses Kriegsgerät gegen seine Nachbarn einsetzt, amerikanische Hilfeleistungen an das Aggressorland eingestellt werden sollten. Amerika hat diese Gesuche ignoriert. Die islamische Welt ist unglücklich über dieses Verhalten, was sie als »Amerikas Verantwortungslosigkeit« bezeichnet.

Die Wahl der künftigen Gegner der USA scheint zur Zeit auf Araber und Südafrikaner gefallen zu sein. Der anhaltende Bedarf nach einem Krieg ist für das herrschende Zinssystem lebensnotwendig, um ständig die Geldversorgung ausweiten zu können. Dabei verlassen sich die Kriegsplaner darauf, daß weder die Araber noch die Südafrikaner sich unterwerfen noch zu Sklaven werden. Daher ist es nur eine Frage der Zeit, bis das monetäre System des Westens den Krieg eröffnet, den es so dringend braucht.

Das internationale Bankensystem rechnet mit Amerikas fortgeschrittener Militärtechnologie zu seinem Schutz, während es seine begrenzten Kriege kämpft. In den Kriegen in Korea und Vietnam hat nie eine Aussicht bestanden, daß die Gegner einen bemerkenswerten Schlag gegen das amerikanische Hinterland ausführen könnten.

Diese nächsten, geplanten Kriege gegen drittrangige Nationen sind von der gleichen Art und sie werden sich lange hinziehen mit eintönigen Konflikten. Es wird die normalen kleinen Überraschungen geben, die geplant und gewürzt sind mit einigen Greueltaten, die man braucht, um das öffentliche Interesse wachzuhalten.

Es ist kein Zufall, daß Munition an die Feinde der Moslems geliefert wird. Es ist kein Zufall, daß amerikanische Streitkräfte an verwundbaren Stellen plaziert werden, wo sie leichte Zielscheiben für Moslems mit »grüner Flagge« abgeben, die Frauen und Kinder durch amerikanische Waffen verloren haben.

Es ist kein Zufall, daß es Amerikas modernen Bombenwaffen gelungen ist, Wohngebiete arabischer Städte zu treffen und Frauen und Kinder zu töten. Es ist kein Zufall, daß ein Luftangriff auf Gaddafis Haus verübt wurde. Die ganze Welt wußte, daß Gaddafi dort mit seiner ganzen Familie lebte. Der einzige Zufall war, daß nur ein Kind getötet wurde.

Für die arabische Welt hat dieses Morden Amerikas Absicht mehr als alles andere, was die USA hätten tun können, symbolisiert. Und das sollte auch so sein. Amerika wird den Krieg bekommen, den sein Bankensystem verzweifelt braucht. Sowohl die Araber als auch die Südafrikaner werden kämpfen.

US-Dollar: Die neue Wirtschafts-Depression, Seite 31

Die Beweise mehren sich, daß eine neue große Depression in Gang gesetzt worden ist. Die Wirtschaftskrise wird von den internationalen Bank-Giganten zu ihrem eigenen Vorteil manipuliert. Mit Hilfe dieses sorgfältig inszenierten Zusammenbruchs werden die Großbanken die Aktiva von kleinen Banken, unabhängigen Ölproduzenten und Agrarbetrieben übernehmen können, und zwar zu einem Bruchteil ihres wirklichen Wertes – zu Preisen wie im Räumungsausverkauf.

Die Rockefeller-Familie liquidiert bereits Besitzungen als Vorbereitung auf den bevorstehenden Kollaps. Bei jedem Finanzkollaps sind diejenigen mit den flüssigsten Mitteln am besten in der Lage, ihren Reichtum und ihre Macht zu bewahren. Leute, die bei einem Wirtschaftszusammenbruch mehr nicht-flüssige Vermögenswerte besitzen – wie zum Beispiel Liegenschaften –, haben eine Menge zu verlieren.

Die Banken-Insider der internationalen Hochfinanz wissen gewöhnlich lange voraus über finanzielle Ereignisse Bescheid und können handeln, um ihr

»Diagnosen«, die Zeitschrift mit dem Vogel Phönix als Symbol. In Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight« versucht dieses zeitkritische Magazin die Leser sehr eingehend und fundiert über aktuelle politische und wirtschaftliche Belange mit Kommentaren und Analysen zu informieren. »Diagnosen« steht dafür ein weltweiter Mitarbeiterstab zur Verfügung. Neben der täglich veröffentlichten Meinung in den Medien des Establishments hat der deutsche Leser zum ersten Mal die Möglichkeit, die andere Seite der Ereignisse und Nachrichten kennenzulernen. Er hat somit die Chance, sich besser eine eigene objektive Meinung zu bilden, und er kann nun besser die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt beurteilen und einordnen.



Vermögen zu schützen. Somit ist es angesichts der sich auftuenden Finanzkrise nicht überraschend, daß die Rockefeller-Familie angefangen hat, ihre Aktiva zu verflüssigen.

Das »Wall Street Journal« berichtete, daß die Rockefeller-Familie im Jahr 1985 eine Beteiligung am Rockefeller-Center in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar an das Publikum verkauft hat, um ihre Besitzungen zu Bargeld zu machen. Angehörige der Rockefeller-Familie wollen »flüssiger sein aufgrund von zunehmenden finanziellen Forderungen und Belastungen«.

Das »Wall Street Journal« berichtet auch, daß die Rockefeller-Familie ihre »Outlet Broadcasting Unit« für 625 Millionen Dollar verkauft hat. Man glaubt, daß die Rockefellers wahrscheinlich versuchen werden, noch mehr ihrer Anlagewerte zu veräußern, bevor sich die Krise vertieft.

»Ehrlich, ich finde man hat ihm übel mitgespielt!«

Bereits am 31. Dezember 1984 erklärte das »Wall Street Journal«: »Es gibt mehr Anzeichen von Streß als zu irgendeiner anderen Zeit seit der großen Depression. Finanzierungsbanken weisen erhebliche Einnahmen bei problematischen Auslandskrediten aus, die sie mit neuen Krediten gerettet haben, das heißt, sie leihen sich das Geld selbst.«

Gefährlich ähnlich sehen sich die Ereignisse, die zu dem großen Krach von 1929 geführt haben, und die derzeitigen Entwicklungen. »Newsweek Magazine« schreibt: »Mehrere Wirtschaftswissenschaftler sehen sich gezwungen, auf einige beunruhigende Parallelen hinzuweisen, darunter das enorme Anwachsen der Unternehmens- und privaten Verschuldung, das Handelsfieber bei Aktien und Renten, Preisstürze für Öl und andere Waren sowie eine verheerende Landwirtschaft. Damals wie heute stürzten sich die Investoren hinein, als ob es nie wieder schlechte Nachrichten geben würde.«

Südafrika: Sanktionen zugunsten Israels? Seite 50

Sanktionen gegen die Republik Südafrika sind immer noch das Tagesthema. Eine genaue Untersuchung dieses Themas und der weitverzweigten Aspekte dieser Sanktionen enthüllt einen Grund, warum vor allem der amerikanische Kongreß und die westlichen Medien des Establishments, die einem Wirtschafts-Boykott das Wort reden, so eifrig bestrebt sein mögen, die Importe aus dem mineralstoffreichen Südafrika einzustellen. Allerdings hat das alles nichts mit Moral zu tun.

Vielmehr liegt dem Ruf nach Sanktionen zugrunde, daß Israel mit Sicherheit ungeheure Profite machen wird, wenn die USA den Südafrikanern totale oder fast gänzliche Importbeschränkungen auferlegen werden. Israel hat seine einzigartigen Handelsprivilegien sowohl mit den USA als auch mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in eine Richtung gelenkt, die ihnen mit Hilfe südafrikanischer Handelsgüter hohe Profite einbringt.

Seit langem schon dient das Land als Umschlagplatz für Waren aus Südafrika, was Ländern aus der ganzen Welt die Möglichkeit gibt, Güter aus Israel und nicht aus Südafrika zu importieren – mit einer Provision vom Verkäufer und einem Aufschlag vom Käufer für Israel.

Die Verabschiedung des Freihandels-Gesetzes, das im September 1985 in Kraft trat und das israelische Waren den zollfreien Zugang zu den Vereinigten Staaten ermöglicht, machte das Ganze noch lukrativer.

Die Handelsabkommen zwischen Israel und der Republik Südafrika mit dem Ziel der Öffnung der amerikanischen Märkte für Südafrika, traten im Jahr 1976 in Kraft. Diese Vereinbarungen sind dem US-Außenministerium gut bekannt und sicherlich auch für den amerikanischen Kongreß kein Geheimnis.

Um die US-Märkte für ihre Produkte zu öffnen, brauchen südafrikanische Industrielle nur ein Geschäft in Israel zu eröffnen oder mit einem israelischen Konzern eine Partnerschaft einzugehen. Das israelische Unternehmen importiert dann »Rohstoffe« oder »Halbfertigerzeugnisse« aus Südafrika.

Israels Status als einziges Land auf der Welt, das sowohl mit der Europäischen Gemeinschaft als auch mit den Vereinigten Staaten »freien Handel« betreibt, ermöglicht es südafrikanischen Waren, sämtliche Boykottschranken zu umgehen. Dafür gibt es viele Beispiele.

Bereits im November 1985 machte das südafrikanische Handels- und Industrieministerium die Leser seines »Export-Bulletins« darauf aufmerksam, doch von dem »neuen Freihandelsabkommen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten Gebrauch zu machen«.

»Business Day«, eine einflußreiche Johannesburger Zeitung, berichtete, daß »hohe israelische Regierungsvertreter« einheimische Firmen dazu anhalten, ihre Exporte in die USA über Israel zu leiten.

Ebenfalls im November 1985 verkündete Südafrikas Präsident P. W. Botha, seine Regierung würde ein Amt für »nicht-konventionellen Handel«, der über Drittländer geführt werden solle, einrichten. □

Vertrauliches

Israel

Syrien wird in den Krieg ziehen

»Die Frage ist nicht, ob, sondern wann Syrien in den Krieg ziehen wird«, erklärte der israelische Verteidigungsminister Yitzhak Rabin auf einem Seminar in Jerusalem, das von dem Washington Institut für Nahostpolitik veranstaltet wurde.

Während des Seminars diskutierten die Teilnehmer über die Wahrscheinlichkeit, daß Syrien einen Krieg beginnt, indem es seine SS-21-Raketen gegen israelische Stützpunkte einsetzt, bei gleichzeitigem Aufmarsch seiner sieben Divisionen gegen die Golan-Höhen. Syrien erwartet, daß es die erneute Kontrolle über den Golan etablieren kann, bevor die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion eine Waffenruhe verhängen, und zwar 36 bis 48 Stunden nach dem Beginn des Konfliktes.

Rabin warnte Syrien, daß Israel die Appelle aus Washington oder Moskau nach einem Waffenstillstand nicht eher befolgen werde, als bis es überzeugt sei, »genügend zurückgeschlagen zu haben«. □

Peru

Kardinal Ratzinger unterstützt Garcia

Bei dem Peru-Besuch von Joseph Kardinal Ratzinger, dem vertraulichen Berater von Papst Johannes Paul II., brachte er auf dramatische Weise die Solidarität mit dem peruanischen Präsidenten Alan Garcia in seinem Kampf gegen den Drogen-Terrorismus und für eine gerechte Wirtschaftsordnung zum Ausdruck. Sie trafen sich eineinhalb Stunden lang in Lima und zeigten sich anschließend einer jubelnden Menschenmenge, während eine Musikkapelle den Triumphmarsch aus Verdis Oper »Aida« spielte.

Anschließend begaben sich beide zu Fuß in die Kathedrale, wo Garcia scherzhaft zu Kardinal Landazuri sagte: »Verzeihen Sie uns, Kardinal, daß wir in Ihr Eigentum einmarschiert sind.« Landazuri erwiderte darauf: »Was für eine wunderbare Überraschung. Dies ist Ihre Kathedrale, Herr Präsident.«

Im In- und Ausland ist Garcia von der Linken wegen seines Krieges gegen die Terroristenbande Shining Path denunziert worden, während die Rechten versucht haben, ihn als einen gottlosen Kommunisten anzuschwärzen.

Ratzinger ist als der Präfekt der Vatikanischen Heiligen Kongregation der Doktrin des Glaubens für die Bekämpfung der »Befreiungstheologie« zuständig. Er brachte eine eindringliche Botschaft des Heiligen Stuhls an jene peruanischen Bischöfe mit, die sich der angeblich links-terroristischen Ideologie geöffnet haben. »Der authentische Weg zur Befreiung ist der, den Christus der Erlöser eingeschlagen hat«, so hieß es in der Papst-Botschaft.

»Dies verleiht den notwendigen Bemühungen um soziale und wirtschaftliche Befreiung wirkliche Bedeutung und verhindert, daß sie in neue Knechtschaften fallen.« In einer Rede zum Konzept der Kirche beschuldigte Ratzinger die Befreiungstheologen, daß sie den Marxismus nehmen, um die Bibel falsch auszulegen und dadurch Gewalt als ein Mittel zu rechtfertigen, um die Nation zu zerstören. Sie »wollen Jesus Christus zum bloßen Revolutionssymbol degradieren«, so eine Anschuldigung. □

Großbritannien

Briten klagen über »königliche Schwemme«

Die »Sunday Times« aus London stellte in einem ganzseitigen Artikel die Frage, ob die »Mystik« des Königshauses wirklich ihr Geld wert sei. Unter der Überschrift »Reichlich versehen mit Königlichen Hoheiten – Wird die Beliebtheit der Windsor-Dynastie verwässert?« heißt es in dem Artikel:

»Wenn die verschwenderischen Nachwuchsgewohnheiten bei den Königlichen Hoheiten so weitergehen, könnte die engere Königsfamilie im Jahr 2011 von 13 auf 58 Mitglieder angeschwollen sein. Das Ereignis wäre ganz einfach eine Königsschwemme. Es wirft das Problem auf, wie sich dabei die Mystik des Königtums bewahren und der gewohnte luxuriöse Lebensstil für die ausladende Familie aufrechterhalten lasse. Die Queen erhält fast 6 Millionen Pfund Sterling steuerfrei von der Civil List und dem Herzogtum Lancaster.«

Andere Kommentare äußerten ihre Verärgerung über den ausschweifenden Lebensstil der jüngeren Generation der Königlichen Hoheiten. Sir John Junor, ein Journalist, der Premierministerin Thatcher nahesteht, schrieb, es sei empörend, daß der frühere Geliebte von Prinz Andrews Frau, Sarah Ferguson, bei der königlichen Hochzeit eingeladen war. Er denunzierte Fergie und Prinzessin Diana, die sich, auf Anregung des Komikers Billy Connolly, als Polizistinnen verkleidet hatten und am Abend von Andrews »Junggesellen-Abschiedsparty« im Nachtclub »Annabal« trinken waren.

»Wie kommt es, daß Leute wie Mr. Connolly so enge Freunde von Prinz Andrew, Miß Ferguson und der Prinzessin von Wales sind? Ist dies die neue königliche Szene? Hat der Prinz von Wales, der sich doch sicher der Tatsache bewußt ist, daß die ganze Stärke der königlichen Familie von dem Gefühl abhängig ist, daß sie anders und besser als wir übrigen sind, dies tatsächlich im voraus gebilligt?« □

Atomenergie

Japan startet ehrgeiziges Programm

Das japanische Ministerium für internationalen Handel und Industrie (MITI) hat ein Billionen Dollar schweres Programm für den Bau von 122 Atomkraftwerken in Japan empfohlen, die im Jahr 2030 rund 60 Prozent des japanischen Energiebedarfs decken würden. Wie der Direktor des MITI, Hisamitsu Arai, erklärte, belaufen sich die Kosten für die Bauempfehlungen auf 1,1 Billionen Dollar. MITI-Beamte sagten, die Vorschläge würden bereits bearbeitet.

Derzeit betreiben die japanischen Stromversorger 32 Atomkraftwerke, die 26 Prozent des Bedarfs decken. Nur Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion verfügen über mehr atomare Energie-Erzeugungskapazität.

In den Empfehlungen wurden »zusätzliche Bemühungen« vorgeschlagen, um die Sicherheit zu gewährleisten und menschliche Fehler bei den 122 Anlagen zu verhindern, und zwar durch verbesserte Ausbildung und die Einführung neuer Technologie. Arai sagte auch, daß die Japaner die Pläne für die Reaktoren »verstehen« und »akzeptieren«.

In dem Bericht heißt es ferner, es sei wichtig, daß Japan seinen eigenen kompletten Atomenergie-Zyklus errichte, und die Regierung wird aufgefordert, den Bau von Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen voranzutreiben. □

SDI

Britische Regierung eröffnet eigene Behörde

Ein Amt der britischen Regierung, das den einheimischen Unternehmen bei der Bewerbung um amerikanische SDI-Aufträge helfen soll, ist in London offiziell eröffnet worden. Ein Sprecher des britischen Verteidigungsministeriums sagte, das SDI-Beteiligungsamt im Ministerium werde eine direkte Verbindung zwischen britischen Unternehmen und dem amerikanischen SDI ermöglichen.

Der Generaldirektor des neuen Amtes, Stanley Orman, sagte, England könne mit einer Auftragserteilung von bis zu 195 Millionen Dollar jährlich aus dem Ausgabentopf des amerikanischen SDI-Programms rechnen, wenngleich es im kommenden Jahr wohl nur rund 75 Millionen Dollar werden dürften.

Das Amt wird regelmäßig Bulletins verschicken, in denen die Unternehmen über kommende Chancen informiert werden. »Amerikanische Unternehmen sind eher an das Anbieten hier gewöhnt als britische Unternehmen drüben. Aber ich glaube, daß wir bei SDI jetzt eine bessere Chance haben als jemals zuvor bei einem amerikanischen Programm«, so Orman. □

Bundesrepublik

SDI-Auftrag für MBB

Der bundesdeutsche Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) erhielt den Auftrag zur Entwicklung eines Infrarotgerätes für SDI. Das amerikanische Verteidigungsministerium gab bekannt, daß es bei dem an MBB erteilten Auftrag um einen Versuch zur Erprobung von Anflug und Ausrichtung von Waffen zur Vernichtung von feindlichen Raketen im Flug geht. Wie der MBB-Sprecher äußerte, soll die Firma ein Infrarot-Meßgerät entwickeln.

Der Sprecher erklärte, der Erstauftrag habe einen Wert von 4 Millionen Dollar, doch könnte er auf 30 Millionen steigen, falls sich die Vereinigten Staaten für die MBB-Konstruktion entschieden.

Zwei Tage danach äußerte sich der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, von Bülow, der 4-Millionen-Dollar-Auftrag an MBB sei lächerlich und »billige Augenwischerei« seitens der USA.

Von Bülow meinte, damit würden gewiß nicht die Behauptungen von CDU-Bundeskanzler Kohl untermauert, wonach das SDI-Projekt »großartige Chancen« für die deutsche Industrie enthalte. Wie von Bülow sagte, stellt der Vertrag etwa 12 Prozent des Wertes eines Tornado-Kampfjägers dar, von denen MBB Hunderte im Rahmen des europäischen Panavia-Konsortiums fertigt.

Von Bülow behauptete, daß die bundesdeutsche Industrie nichts von SDI haben werde, während die Beteiligung daran politisch »höchst katastrophal« sei, da das Programm die Ost-West-Verständigung behindere. □

Unsichtbare Hand

Legalisierung von Drogen

In einem Angriff gegen US-Präsident Reagans Truppenausleihung an Bolivien zur Unterstützung bei der Beseitigung der Drogenproduktion hat Stephan Chapman in der »Chicago Tribune« eine ungewöhnlich offene Erklärung über die Ideologie des »freien Unternehmertums« abgegeben, die der Bewegung zur Legalisierung von Drogen zugrunde liegt.

»Die von der Reagan-Regierung veranlaßte Entsendung von amerikanischen Truppen nach Bolivien ist ein Eingeständnis des Versagens, das die Vergeblichkeit der Bekämpfung von illegalen Drogen verdeutlicht. Boliviens Drogenhändler machen schließlich nur dasselbe wie japanische Automobilhersteller, saudische Ölproduzenten und taiwanische Textilfabrikanten – sie beliefern Amerikaner mit einem von ihnen gewünschten Produkt.«

Der Chapman-Artikel erschien einen Tag nach einem Leitartikel in der »Tribune«, der ebenfalls gegen die Drogenbekämpfung eintrat, und zwar gleichfalls aus Gründen des »freien Unternehmertums«.

Chapman schrieb weiter: »Solange Amerikaner bereit sind, Geld an Ausländer für Kokain und andere Drogen zu bezahlen, werden einige Ausländer bereit sein, Risiken jeglicher Art auf sich zu nehmen, um sie zu beliefern. Daher ist der Einsatz von amerikanischen Streitkräften eine ganz schlechte Idee. Wenn dadurch der verfügbare Vorrat an Kokain reduziert wird, steigen die Preise und ziehen damit mehr Lieferanten anderswo an. Je rigoroser die Regierungsbemühungen zur Beseitigung des Drogenhandels werden, desto lukrativer wird es finanziell für jene Schmuggler, die den Behörden entwischen.«

Die Meinung eines anderen Chicagoer »Wirtschaftlers«, Milton Friedman, nachplappernd, schrieb Chapman: »Nur mit einer grotesk überzogenen Bestrafung und drakonischen Eingriffen in die Freiheitsrechte der Bürger könnte Washington darauf hoffen, die Nachfrage auszutrocknen. Kokain und andere Drogen mögen gefährlich sein, aber das Risiko liegt bei jenen, die sich dafür entscheiden. Es gehört nicht zu der eigentlichen Rolle der Regierung, Erwachsene vor den Folgen einer risikoreichen Entscheidung zu bewahren. Die Reagan-Regierung mag ja bereit sein, jeden Preis zu zahlen, aber der Preis ist schon jetzt zu hoch.« □

Ägypten

Sparen für den IWF

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak besuchte im Sommer Europa. Er reiste von Rom nach Paris, Bonn und London und versuchte unangemeldet für die wirtschaftliche Bedrängnis seines Landes Verständnis zu wekken. Er brauchte dringend Wirtschaftshilfe sowie europäische Unterstützung bei seinen Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Ägyptens Nahrungsmittelvorräte haben derzeit einen gefährlich niedrigen Stand erreicht.

Bei einem Besuch in Kairo hat der Kommissionsvertreter der Europäischen Gemeinschaft (EG), Claude Cheysson, davor gewarnt, daß eine »eventuelle Destabilisierung Ägyptens« katastrophale Folgen haben würde, und signalisierte die »Dringlichkeit, daß Ägypten zu einem Abkommen mit dem IWF gelangt«.

Inzwischen hat die EG 160 000 Tonnen Weizen sowie 40 000 Tonnen Butter und Milchpulver geliefert. Saudi-Arabien sprang mit 200 000 Tonnen Lebensmitteln Ägypten zur Seite. Derartige Lieferungen könnten bedeuten, daß Kairo kein Bargeld mehr hat, um solche Einkäufe zu tätigen. □

Japan

Banken expandieren im Ausland

Ein führender Finanzbeamter in der japanischen Regierung soll erklärt haben, daß Japan hofft, Ende 1986 ein bank-geschäftliches Zentrum außerhalb des Landes einzurichten, das mit New York und London im Wettbewerb stehen wird. Toyoo Gyohten, Vizeminister für internationale Angelegenheiten im japanischen Finanzministerium, erklärte gegenüber dem Nachrichtenmagazin »Newsweek«:

»Wir hoffen, daß dieser Markt zum Ende des Jahres aktiv wird. Sowohl japanische als auch ausländische Banken werden Konten außer Landes einrichten können, über die wir außerhalb Japans Transaktionen mit nichtansässigen Banken und überseeischen Unternehmen abwikkeln können.«

Banken könnten dann Transaktionen ohne viele der üblichen japanischen Steuern und Vorschriften vornehmen. Wie Gyohten sagte, sei es für Japan, den größten Kreditgeber der Welt, wichtig, »Direktinvestitionen in Entwicklungsländern zu erhöhen, um dabei zu helfen, daß nicht nur Finanzierungskapital, sondern auch Management-Können und Technologie übertragen werden«. □

NATO

USA ziehen Truppen aus Spanien ab

Amerikas Botschafter in Spanien, Thomas Enders, erklärte vor der Presse, daß der jüngst bekanntgegebene Abzug amerikanischer Truppen von dem spanischen Luftstützpunkt Torrejon »nur der erste Schritt ist, und wir mit der spanischen Regierung daran arbeiten, andere Vereinbarungen ähnlicher Natur zu erreichen«.

Nach Hause geschickt werden 500 amerikanische Soldaten, die von amerikanischen oder spanischen Zivilisten abgelöst werden. Dieser Schritt ist ein Ergebnis eines im März 1986 angenommenen Volksentscheids über Spaniens Mitgliedschaft in der NATO.

Der Sprecher des spanischen Außenministeriums, Inocencio Arias, gab bekannt, daß beide Seiten die Gespräche über weitere Truppenreduzierung fortsetzen werden. Wie spanische Offizielle sagen, wird es zu ei-

nem schrittweisen, aber signifikanten Abbau von US-Personal und Einrichtungen kommen. Derzeit sind rund 12 000 amerikanische Soldaten auf drei Stützpunkten und einer Marinestation in Spanien stationiert.

Eine Verringerung der amerikanischen Präsens, keine Stationierung von Atomwaffen auf spanischem Boden und die Nichteinbeziehung in den militärischen Apparat der NATO waren die Bedingungen für die Fortsetzung der Mitgliedschaft in dem Bündnis, die die Spanier in der NATO-Volksabstimmung gebilligt haben. □

Südafrika

»Washington Post« beim Lügen erwischt

Mangosuthu Buthelezi, Hauptminister des Zulu-Stammes, Präsident der Inkatha-Bewegung und Hauptsprecher der gemäßigten Schwarzen in Südafrika, hat einen empörten Brief an die »Washington Post« geschrieben. Darin heißt es, daß ein veröffentlichter Artikel mit der Überschrift »Pretoria läßt Zulus Soweto-Kundgebung veranstalten« vor »Ungenauigkeit starre«.

Buthelezi schreibt: »Zu Protokoll gegeben wird, daß zwischen Inkatha-Anhängern und der United Democratic Front Gewaltakte nicht ›ausgebrochen‹ sind. Busse mit Inkatha-Anhängern, die die Gebetsversammlung in Soweto verließen, wurden in dem Ort mit Benzinbomben beworfen, wodurch drei Menschen getötet und Dutzende verletzt wurden, als ein Bus außer Kontrolle geriet und ein anderer Kleinbus zwischen zwei anderen Bussen eingequetscht wurde. Vermerkt wurde in keinerlei Weise, daß ›mindestens zwei Personen‹ von meinen Anhängern erschossen wurden. Daß Inkatha wieder einmal der Empfänger von Gewaltakten war, daran besteht kein Zweifel; aber lassen Sie mich es ganz klarstellen, daß die Tragödie in keinster Weise von Inkatha verursacht worden ist. Was (Reporter Glenn Frankel) nicht berichtet wurde, ist, daß sich Inkatha-Anhänger nur mit Not davor retten konnten, bei lebendigem Leib verbrannt, zu Tode gehackt und verstümmelt zu werden, und dies in gemeinen Angriffen auf ihre Person und ihr Eigentum. In der ganzen Rhetorik über den Kampf für die Befreiung in Südafrika heute wird sehr oft die Tatsache kurzerhand beiseite geschoben, daß es die Externe Mission des Africa National Congress (ANC) und seines internen Stellvertreters, die United Democratic Front, sind, die sich geschworen haben, dieses Land ›unregierbar‹ zu machen und politische Gegner zu ›liquidieren‹.

Der ANC hat den Kurs des sogenannten ›bewaffneten Kampfes eingeschlagen und macht das Töten von Menschen zu seiner Politik. Schwarze und Weiße werden gegenwärtig an Bushaltestellen, in Imbißstuben, auf der Landstraße und in Einkaufszentren in die Luft gesprengt. Es ist der ANC, der Waffen und Munition aus der Sowjetunion und dem Ostblock erhält.« □

Südafrika

Repräsentativ-Umfrage unter Schwarzen

In der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung wird immer wieder behauptet, eine Mehrheit der Schwarzen Südafrikas würde Wirtschaftssanktionen ausländischer Staaten gegen Südafrika befürworten. Um so interessanter sind die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die der Rat für Geisteswissenschaftliche Forschung (Human Sciences Research Council, HSRC) zum Fragenkomplex »Boykott« durchgeführt hat. Befragt wurden insgesamt 1338 Schwarze, die alle in der großräumigen Industriezone um Johannesburg ansässig sind.

68 Prozent der Befragten äußerten sich gegen ausländische Wirtschaftssanktionen. Die meisten begründeten ihre ablehnende Haltung mit dem Argument, die Schwarzen hätten unter Sanktionen am meisten zu leiden. 48 Prozent der Befragten unterstützten indessen Konsumenten-Boykotte in Südafrika selber.

Zwei Drittel der befragten Schwarzen vertraten die Ansicht, durch friedliche Verhandlungen könnten raschere und bessere Fortschritte in der Rassenintegration erreicht werden als durch Gewaltanwendung. 75 Prozent der Befragten vertraten die Überzeugung, die in den Townships ausgebrochenen Unruhen hätten den Schwarzen keine Vorteile gebracht. Die Zahl jener, die sich klar von der Ermordung schwarzer Beamter, insbesondere von Polizisten und Gemeinderäten, distanzierten, war sogar noch größer.

Parallel zu dieser Befragung von Schwarzen wurden durch das gleiche Institut insgesamt 1067 im gleichen Gebiet wohnhafte Weiße zur Reformpolitik befragt. Hauptsächlichstes Resultat dieser Untersuchung war, daß die Zahl jener Weißen, die den Einzug der Schwarzen ins Parlament begrüßen, deutlich im Zunehmen begriffen ist. Fast 50 Prozent der befragten Weißen glaubten, daß in Südafrika der Frieden erst einkehren könne, wenn neben den Mischlingen und Indern auch die Schwarzen an der parlamentarischen Entscheidungsfindung teilnehmen könnten.

Das Befragungsinstitut gab im weiteren bekannt, daß der Anteil jener Weißen, die für eine klare Neuregelung der politischen Ordnung in Südafrika eintreten, zwischen März 1985 und Juni 1986 von 26 Prozent auf rund 43 Prozent gestiegen sei. □

Dritter Weltkrieg

Terrorismus gegen die Industrieländer

Die offizielle katholische Zeitung »L'Avvenire« kommentierte, daß die Ermordung des Siemens-Vorstandsmitgliedes Karl Heinz Beckurts am 9. Juli 1986 durch Terroristen der Rote-Armee-Fraktion, Teil eines sowjetischen Kriegsplanes gegen den Westen gewesen sei.

Die Sprache des RFA-Kommuniqués, wie die der Roten Brigaden Italiens, ist eine »marxistisch-leninistisch-stalinistische Sprache der fünfziger Jahre. Wenn auch die Sprache alt-kommunistisch oder prototypisch kommunistisch ist, so sind die Zielscheiben hochmodern und stimmen mit den Zielen der UdSSR überein, und zwar nicht mit denen von vor 40 Jahren, sondern denen von heute.«

Beckurts nahm eine Schlüsselstellung bei der deutschen Zusammenarbeit mit der amerikanischen Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) ein, wie die Zeitung vermerkte, »die für Gorbatschow das ›rote Tuch‹« angeblich ist. Abschließend heißt es in dem Artikel:

»Vielleicht hat, wie Solschenizyn sagt, der dritte Weltkrieg bereits begonnen, nicht in der traditionellen Form, sondern mit unzähligen ›konventionellen‹ Kriegen in der dritten Welt und dem Terrorismus in den Industrieländern.« □

Ägypten

Internationale Opposition gegen Mubarak

Eine Streikwelle, die von der Moslem-Bruderschaft gesteuert wurde, machte sich im Sommer in ganz Ägypten breit, während die ägyptische Regierung die neuen, vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verlangten Sparmaßnahmen verhängte. Wie es in der in Paris erscheinenden Zeitschrift »Israel and Palestine« heißt, unterstützen die Vereinigten Staaten, Israel und der Iran alle diese Aktionen gegen Präsident Hosni Mubarak – wobei jedes Land seine eigenen Gründe hat.

Die Zeitschrift berichtet, daß die USA denken, sie könnten die Fundamentalisten benutzen, um den Weg für die Übernahme durch den Verteidigungsminister, Marschall Abu Ghazala, zu ebnen. Israel möchte Ägypten neutralisieren und denkt, daß eine Destabilisierung des Landes sämtliche Bemühungen um Friedensverhandlungen in der Region zum Stillstand bringen wird. Der Iran denkt, daß eine Destabilisierung in Ägypten ein schwerer Schlag für den Irak sein würde.

Wenngleich die Regierung Mubarak von der Beseitigung sämtlicher Preissubventionen, die der IWF gefordert hatte, abgesehen hat, so hat sie doch in den letzten Monaten die Preise für die meisten Waren um rund 25 Prozent angehoben, während die Löhne eingefroren sind. □

Italien

Andreotti sucht Wohlwollen Moskaus und der Trilateralen

Christdemokrat Giulio Andreotti setzte seine Bemühungen fort, eine neue Politik für Italien zu finden unter den wohlwollenden Augen der Sowjetunion und der Trilateralen Kommission. Informierte Kreise in Rom berichten, daß diese ausländische Schirmherrschaft, und nicht die ewigen internen Machenschaften der italienischen Politik, den Ausgang der derzeitigen politischen Verhandlungen unter den politischen Parteien hinter verschlossenen Türen bestimmt. Andreotti bereitet sich damit darauf vor, daß er selbst kurzfristig italienischer Regierungschef werden könnte.

Die Schlüsselfrage ist die Politik, die er für seine künftige Regierung vorbereitet. Er hat zwei Prioritäten: Verlagerung der italienischen Außenpolitik hin zur Sowjetunion und Reduzierung des Haushaltsdefizits durch Senkung des Lebensstandards der italienischen Bevölkerung. Um beide Ziele zu erreichen, ist eine gewisse Form der Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei notwendig.

Die Kommunisten, auf das Stichwort genau, haben ihren eigenen Vorschlag für ein Sparprogramm vorgelegt, das die Basis für eine neue Regierung bilden soll. Vorgesehen ist die Beseitigung des Haushaltsdefizits innerhalb von fünf Jahren, und zwar durch Beschneidung der Ausgaben, insbesondere der Investitionen. Als ein Reporter von »Il Tempo« einen Sprecher der Partei fragte, ob der Vorschlag seiner Partei als italienisches Gegenstück zu dem amerikanischen Gramm-Rudman-Gesetz betrachtet werden könne, lautete die Antwort »ja«. □

Bonn

Jeder Bürger hat 12 000 Mark Staatsschulden

Im vergangenen Jahr haben auf jedem Bürger der Bundesrepublik rein rechnerisch Schulden des Staates von 11 889 DM gelastet. Nach einer vom Bund der Steuerzahler in Bonn vorgelegten Dokumentation lag die Verschuldung pro Kopf 1980 erst bei 7068 DM und 1970 bei nur 1449 DM.

Zwar hätten die Gebietskörperschaften die Netto-Kreditaufnahme vom Rekordniveau 1981 von 67,7 Milliarden DM auf 39,4 Milliarden DM im vergangenen Jahr reduzieren können, doch bliebe noch ein erheblicher Konsolidierungsbedarf.

Die Bundesschulden sind von 1984 auf 1985 noch um 7,8 Prozent auf 6255 DM und die der Länder um ebenfalls 7,8 Prozent auf 3959 DM gestiegen. Der Schuldenstand der Gemeinden nahm um 1,1 Prozent auf 1675 DM je Bundesbürger zu. □

Kirche

Koalition für Erweckung fordert Kirchenzucht

Weltweit ist die christliche Kirche »lauwarm« geworden und »toleriert oder beteiligt sich an den größten Übeln und Verirrungen dieses sündigen Zeitalters«. Dies erklärte die »Koalition für Erweckung« (COR), zu der sich zahlreiche führende Evangelikale Nordamerikas zusammengeschlossen haben, jetzt in einem »Manifest«.

Das Manifest, das von christlichen Gemeinden in aller Welt unterzeichnet werden kann, soll, wie es heißt, zur »Buße für unsere gemeinschaftlichen Sünden« dienen und erkläre, »welche Stellung die Kirche in den restlichen Jahren bis zum Ende dieses Jahrhunderts beziehen soll«.

In dem Manifest klagen sich die Christen unter anderem an, »unser eigenes Ich anstatt des Reich Gottes« aufgebaut zu haben, sowie »aus Angst vor Menschen und dem Verlust von Prestige« sich nicht gegen Irrlehren und Verfehlungen aufgelehnt zu haben.

Wörtlich heißt es: »Wir haben Sünde in unseren eigenen Reihen toleriert, wo wir Kirchenzucht und Ex-Kommunizierung geübt haben sollten. Wir haben unsere Gemeinden zu irrelevanten, kraftlosen Gettos werden lassen.« Die Kirche müsse wieder auf die »Unfehlbarkeit und Autorität der Bibel« sowie auf »Ursache und Wirkung der Gebote Gottes« hinweisen und deutlich machen, »daß die Herrschaft Jesu Christi nicht zur Disposition gestellt werden kann«.

Wenn die Kirche wieder »Licht und Salz der Erde« sein wolle, müsse sie in gesellschaftlichen und ethischen Fragen Opposition üben: unter anderem gegen Abtreibung, Euthanasie, Ehebruch, Homosexualität und andere »sexuelle Perversionen«, Pornographie, Prostitution, Vergewaltigung, Drogenmißbrauch, Ungerechtigkeit gegenüber Armen und Unterprivilegierten, Gewalt, wenn sie nicht zur Selbstverteidigung diene, Atheismus, Kommunismus, Faschismus und die von der »New-Age-Bewegung« angestrebte Weltregierung.

Das Manifest ist zu beziehen bei: Coalition On Revival, 89. Pioneer Way, Mountain View, CA 94041, USA. □

Grüne

Biedenkopf als Verbündeter

Otto Schily, eine führende Figur der Grünen in der Bundesrepublik Deutschland und aus einer anthroposophischen Familie kommend, regte in einem Interview mit der Wochenzeitung »Sonntagsblatt« eine mögliche Allianz mit dem Christdemokraten und Mitglied der Trilateralen Kommission, Kurt Biedenkopf, an. Biedenkopf ist CDU-Parteivorsitzender in Nordrhein-Westfalen und ein möglicher Konkurrent für Bundeskanzler Helmut Kohl.

Auf die Frage, ob nur eine Koalition zwischen den Grünen und der SPD möglich sei, erwiderte Schily: »Zur Zeit sehe ich keine andere Wahl. Ich möchte aber nicht ausschließen, daß die Christdemokraten einen grundlegenden Wandel vornehmen könnten, vielleicht unter der Führung von Kurt Biedenkopf, der sehr viel aufgeschlossener für Gespräche ist als viele rechtsgeneigten Sozialdemokraten. Doch Leute wie Biedenkopf dürften zur Zeit keine Mehrheit bei der CDU erhalten.«

Gleichsam als Antwort auf Schilys Umwerben haben die Christdemokraten im nordrhein-westfälischen Landtag eine Entschließung verabschiedet, die die Schaffung eines »Büros für Rock-Musik« vorsieht. Die Empfehlung behauptet, daß sich die Rock-Musik »als Ermutigung für eine anhaltende kreative Idee unter jungen Menschen erwiesen hat«. □

Zitate

Vasall

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Unsere Position als Partner des westlichen Bündnisses ist eindeutig umrissen und allen Beteiligten, auch den Sowjets, wohlbekannt. Wenn wir uns um die Verbesserung der West-Ost-Beziehungen und insbesondere um die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bemühen, so liegt das im Interesse der Allianz und in unserem eigenen Interesse als einem gewichtigen und geographisch besonders exponierten Mitgliedsland des Bündnisses. Wir nehmen also unsere eigenen Interessen wahr. Aber unser Interesse ist immer auch die Einheit und Stabilität des Bündnisses mit unseren Freunden in der Ideengemeinschaft der freien Welt. Eine Mittlerrolle der Bundesrepublik ist weder im Westen noch im Osten erwünscht, eine solche Politik führte mit Sicherheit ins Abseits.«

Nationalstaat

Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen und CDU-Bundestagsabgeordneter: »In der Debatte um den ›Nationalstaat‹ wird ein künstliches Angriffsziel, um es zu beschießen, aufgebaut. In einer Politik für Deutschland, in einem gesamteuropäischen Ausgleich, sollte man sich durch einen Popanz nicht stören lassen. Die Nationalstaatsfrage war eine Sache des 19. Jahrhunderts. Das Grundgesetz aber spricht von Deutschland und dem deutschen Volk, spricht von der staatlichen und nationalen Einheit. Völkerrechtlich geht es um die Kontinuität Deutschlands zur Weimarer Republik. Deutschland darf auch nicht mit Überheblichkeit gleichgesetzt werden. Abmachungen über den Umfang der territorialen Souveränität Deutschlands fehlen noch. Grenzen sollen zwar später durchlässig werden, aber man muß zuerst Vereinbarungen über solche Grenzen anstelle des bisherigen Schwebezustandes in Gebietsfragen setzen. Freiheit und Selbstbestimmung sowie die Wahrung der öffentlichen Ordnung im Gemeinwesen sind auf dieser Welt nur in umgrenzten Räumen möglich. Die Strukturen können dabei sehr verschieden sein, bis hin zu Mischstrukturen in umstrittenen Gebieten.«

Mauer

Ronald Reagan, US-Präsident: »Ich meine: Hätten zu der Zeit, als sie errichtet wurde – und sie begannen mit Stacheldraht, statt mit einer Mauer –, die USA das getan, was sie hätten tun müssen, und diesen Stacheldraht niedergerissen, dann gäbe es heute keine Mauer, denn ich glaube nicht, daß die Sowjets darüber einen Krieg begonnen hätten.«

Ungarn

Janos Kadar, ungarischer Parteichef: »Es war eine Situation, in der ich glaubte, standfest sein zu müssen, eine bedeutende Position einnehmen zu müssen. Es gab andere, die es hätten tun können. Ich habe mich nicht danach gedrängt. Meine Aufgabe war es, Ungarn aus den Titelseiten herauszubekommen, und schrittweise haben wir das geschafft. Für meine Handlungen damals bin ich ausgiebig angeprangert worden, besonders im Westen. Ich wurde mit allmöglichen unschönen Bezeichnungen bedacht. Aber wir waren imstande, eine sehr blutige Kette von Ereignissen zu beenden, die zum Bürgerkrieg hätte führen können.«

Einsicht

Hermann von Berg, ehemaliger Berater des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph: »Marx ist Murx, in Basis und Überbau, denn weder das ökonomische noch das politische Modell des realen Sozialismus ist funktionsfähig.«

Gesellschaft

Hermann Oberth, Raketenforscher: »In unserer Gesellschaft stehen Anständigen und Spitzbuben die gleichen Wege offen – allerdings mit einem Unterschied: die Spitzbuben bedienen sich zusätzlich gewisser Wege, die der Anständige scheut. So kommt es zu einer ständigen Anreicherung der höheren Gesellschaft mit Schurken.«

Atomlobby

Walter Wallmann, Bundesumweltminister: »Natürlich ist die friedliche Nutzung der Kernenergie auch mit Risiken verbunden. Es wäre unredlich, dieses vertuschen zu wollen. Für uns stellt sich deshalb die Frage: Ist die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten? Nach Abwägung aller Umstände, gründlicher Prüfung und vielen, vielen Diskussionen komme ich zu dem Ergebnis: Diese Kernenergie ist verantwortbar. Mehr noch: Würden wir heute aussteigen, wie ja einige von uns fordern, dann würden wir vor viel größeren Gefahren für Mensch und Umwelt stehen. Das reicht bis hin in die soziale Sicherheit, Arbeitsmarktlage und dergleichen mehr.«



Propaganda

George Shultz, US-Außenminister: »Das Ziel der amerikanischen Diplomatie ist, alles zu tun, was in unserer Kraft steht, um den Friedensprozeß zu fördern. Das haben wir getan. Daraus folgt nicht notwendigerweise, daß der beste Weg zu positiven Ergebnissen über eine Initiative mit großem Aufmerksamkeitsgrad führt, auch wenn das bisweilen mal nötig ist. Wichtig ist, die Dinge aufeinander abzustimmen, so daß etwas erreicht werden kann.«

1918

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Die Kapitulation von 1918 war eine schwere und doch im Lichte der Tradition verantwortungsbewußte Tat. Aber nun, da Deutschland sich in das Geschick fügte, verloren die Gegner jedes Maß. Man setzte Deutschland das Kainsmal der alleinigen Kriegsschuld auf die Stirn, verurteilte es in Grund und Boden und demütigte es, wo und wie man nur konnte. Das mußte seine Folgen haben, sie kamen und sie waren schwer. Hier wurden Drachenzähne gesät, die furchtbar aufgehen sollten. Das politische Klima der jungen Weimarer Republik war von Anfang an vergiftet.«

Terrorismus

Alexander Haig, früherer NATO-Oberbefehlshaber und ehemaliger US-Außenminister: »Die Illusion, daß der internationale Terrorismus unabhängig von staatsterroristischen Hintermännern existiert, ist unter dem Eindruck gerichtlicher Untersuchungen und Erkenntnisse wie ein Schleier zerrissen. Aber es muß mehr getan werden. Die Anwendung von Gewalt mit dem Ziel, Terrorismus zu verhindern und nicht erst nach der nächsten Tragödie zu handeln, kann nicht ausgeschlossen werden, obwohl ich glaube, daß sich nur wenige Staaten, die sich durch ihre Verwicklung in den Terrorismus mitschuldig gemacht haben, bereit sein werden, dies einzugestehen. Im Grunde müssen alle Möglichkeiten – gerichtliche, diplomatische, wirtschaftliche und militärische – zusammengefaßt werden, um den Erfolg sicherzustellen.«

Bonner Profil

Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und SPD-Kanzlerkandidat: »Mainz ist die Rache, spricht der Herr, und Kohl sollt ihr fressen bis ans Ende eurer Tage.«

Erkenntnis

Papst Johannes Paul II.: »Aus der Freiheit ist auch das Böse geboren worden.«

Inflation

Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister: »Inflation ist der Taschendieb der kleinen Leute.«

1986

Helmut Schmidt, Alt-Bundeskanzler: »Wenn wir ohne parteiliche Brillen den Blick auf die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1986 richten, dann dürfen wir dankbar das Erreichte anerkennen. Wir können auch auf den moralischen Wiederaufbau unseres Landes durchaus stolz sein.« □

Geld

Wert für Platin steigt

C. Gordon Tether

Die Edelmetallmärkte sind in die Kontroverse um Sanktionen gegen Südafrika hineingezogen worden, so daß über die Zukunft dieser Metalle plötzlich viele Fragen auftauchen.

Bis zum Beginn dieses Jahres hatte sich der Dollar-Goldpreis zwei Jahre lang um kaum mehr als etwa 10 Dollar von der 300-Dollar-Marke pro Unze entfernt, während sich Platin nahezu ebenso stabil verhielt. Silber schien sich fast permanent auf 6 Dollar pro Unze zu halten.

Sanktionen bringen die Wende

Nun hat sich das Bild allen Erkenntnissen zufolge gewandelt. Platin ist der Star und erreichte zeitweise einen doppelt so hohen Preis als vor ungefähr einem Jahr. Gold hat einen nicht ganz so spektakulären Zuwachs verzeichnet, erlangte aber immerhin die höchsten Werte seit etwa zwei Jahren; sie lagen etwa 33 Prozent über dem Stand, den sie hatten, bevor der große Boom begann.

Silber hat sich als das Aschenbrödel in dieser Geschichte erwiesen. Doch kann man zumindest sagen, daß der Abwärtstrend, der es Anfang des Jahres unter die 5-Dollar-Marke brachte, wieder umgekehrt werden konnte, was darauf schließen läßt, daß es zu gegebener Zeit unter Umständen ebenfalls an der dramatischen Wendung zum Besseren hin teilhaben wird, die die anderen Edelmetalle erleben.

Es bestand die begründete Aussicht, daß der jüngste, starke Dollar-Sturz, gemessen an anderen wichtigen Währungen, dem Dollar-Preis für die Metalle, die als währungspolitisch bedeutend angesehen werden, wie Gold, Silber und Platin, einen gewissen Aufwärtstrend geben würde. Man ist sich jedoch darüber einig, daß der Hauptgrund für die eingetretene Wende auf diesem Sektor dem Faktor »Sanktionen gegen Südafrika« zuzuschreiben ist.

Als Reaktion auf die wachsende Furcht, Südafrika könnte als Vergeltung für Sanktionen, die ihnen von der restlichen Welt auferlegt werden, den Export dieses Metalles an andere Länder beschränken oder gar gänzlich einstellen, ist der Wert für Platin in die Höhe geschnellt. Da seine Nachfrage weltweit ständig steigt und Südafrika fast 90 Prozent der Produktion in der westlichen Welt deckt, ist diese Sorge leicht verständlich.

Die einzige andere bedeutende Quelle liegt in der Tat in der UdSSR und dort hat sich bisher nicht gezeigt, daß man die eigene Produktion erhöhen würde, falls obige Umstände einträten.

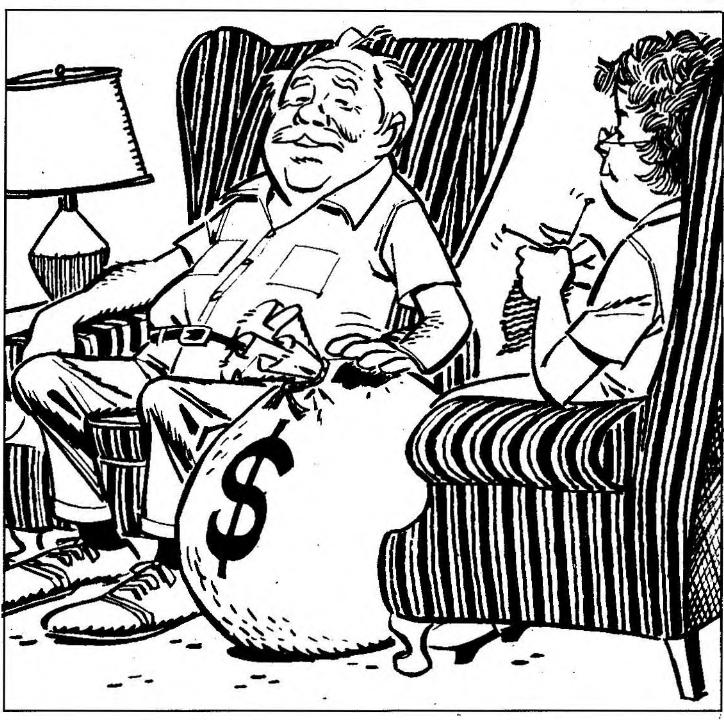
Die Gründe für den starken Goldpreisanstieg sind dagegen weniger offensichtlich. Bis zu einem gewissen Punkt spiegelt sich darin deutlich der hohe Platinkurs wider; beide Metalle werden von vielen, die lieber darauf vertrauen, Vermögen in Edelmetall als in Geld anzulegen, für eine akzeptable Alternative gehalten.

Verzerrung von Angebot und Nachfrage

Doch einige Anzeichen deuten darauf hin, daß die Anheizung des Sanktionenkrieges zu der Befürchtung Anlaß gegeben hat, der Goldfluß aus Südafrika könnte irgendwann auch auf der Liste der »Kriegsopfer« stehen und damit zu einer erheblichen Verzerrung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage für dieses Metall auf dem internationalen Markt führen.

Wenn die Edelmetallmärkte jetzt vom Sanktionenkrieg beherrscht werden, dann läßt sich leicht erkennen, daß das künftige Preisverhalten auf diesen Märkten in erheblichem Maße von dem Verlauf jenes Kampfes bestimmt werden wird. Falls es also durch eine bestimmte Entwicklung in der südafrikanischen Rassenkrise zu einer Verminderung der Feindseligkeiten im Sanktionenkrieg kommen sollte, scheint es fast sicher, daß beide – Platin und Gold – einen Teil der jüngsten Kursgewinne einbüßen werden.

Sollte es jedoch – was wahrscheinlicher ist – zu einem langwierigen und ausgedehnten Kampf an dieser Front kommen, besteht die deutliche Aussicht, daß sich dieser Anstieg noch verstärken wird.



Eines scheint jetzt relativ sicher – und das ist für jene von Bedeutung, die Gold gekauft haben oder dies in Erwägung ziehen –, der Sanktionenkrieg wird nicht derart in die Angebot-Nachfrage-Situation für Gold eingreifen, daß der Preis weit unter ein Niveau abfallen wird, das er vorher hatte.

In gewissen Kreisen ist man eifrig bestrebt, die Botha-Regierung in die Knie zu zwingen und so den Goldpreis auf den Weltmärkten zu drücken, um den Exporterlösen, die das Land für dieses Metall erzielt, einen Schlag zu versetzen.

Die Londoner Wochenzeitschrift »Economist«, die in solchen Angelegenheiten angeblich einen erheblichen Einfluß auf die Überlegungen hat, brachte dies vor kurzem zum Ausdruck.

Goldpapiere ein gutes Geschäft?

In dem betreffenden Artikel wurde vorgeschlagen, die westlichen Hauptnotenbanken sollten erhebliche Goldmengen auf den Weltmarkt bringen und damit Sanktionen gegen Südafrika einsetzen, die dem Land echten Schaden zufügen würden.

Soweit erkennbar, hat der Vorschlag in offiziellen Kreisen der westlichen Welt kein Echo gefunden. Die Goldmärkte, die normalerweise den Gang der Ereignisse aufmerksam verfolgen, wenn Fragen dieser Art zur Diskussion stehen, haben dem »Economist«-Artikel zweifellos keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt.

Das gleiche scheint für die Aktienmärkte zu gelten. Dort gibt man dem Goldpreisanstieg infolge des Sanktionenkrieges zumindest soviel Vertrauen, um ein erhebliches Heraufsetzen der Preise für südafrikanische Goldpapiere zu rechtfertigen, so daß der Kauf solcher Wertpapiere möglicherweise ein gutes Geschäft ist. Und die dies in den letzten Wochen taten, konnten Gewinne bis zu 33 Prozent machen. □

Argumente

Die folgenden Argumente sind von Wolf-Dietrich Muswieck. Er legt sie Politikern, Institutionen, Parteien und Kirchen in den Mund. Er geht dabei davon aus, daß die Ausgesuchten so argumentiert haben könnten oder würden. Natürlich sind die Argumente von der heiteren, ironischen Seite her zu verstehen.

Volksparteien

Wir benötigen keine hohe Wahlbeteiligung 1987, damit die »Kleinen« unter fünf Prozent bleiben und wir unseren sicheren Wahlbetrag von fünf Mark pro Wahlberechtigten bekommen.

Banken

Wir benötigen das Geld der »kleinen« Sparer, damit die Zinsspanne für uns sehr groß ist und um die »Kleinen« durch hohe Kreditzinsen nie groß werden zu lassen.

Versicherer

Wir brauchen die große Verunsicherung der »mündigen Bürger«, damit sie in ewiger Angst um Besitz und Gesundheit leben und um sie gegen alles und nichts versichern zu können.

Alte

Wir benötigen die Atomtechnik, damit wir genügend Energie für unseren »Wohlstand« und unsere »Sicherheit« haben, um in »Frieden« leben zu können.

Alternativen

Wir benötigen alternative Energiequellen, damit die Natur und der Mensch entlastet werden und um auch unseren Nachkommen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Unternehmer

Wir brauchen mehr Arbeitslose, damit wir mehr Druck auf die Arbeitnehmer ausüben können und um sie gefügig zu machen.

Parteien

Wir benötigen das Fernsehen »rund um die Uhr«, damit die »mündigen Bürger« sich keine eigenen Gedanken mehr machen können und um in Ruhe, ohne Demonstrationen, politisch das »Land« zu bestellen.

Konsumenten

Wir benötigen den wirtschaftlichen Aufschwung, damit der Wohlstand der »Reichen« zunimmt und um den Einfluß unserer »Wohltäter« zu stärken.

Insider

Wir benötigen große Probleme in der Welt, damit die Angst der Menschen zunimmt und staatlicher Gegenterror geduldet wird und um unser Ziel, zur »Weltherrschaft« zu kommen, bald zu erreichen.

Glaubensführer

Wir benötigen das Wissen über den Glauben, damit wir die gläubigen Bürger in die Abhängigkeit zu uns bringen und um in alle Ewigkeit die Menschheit für dumm verkaufen zu können.

Jugend

Wir benötigen mehr geistige »Freiräume«, damit wir zwanglos die Probleme der »Alten« überdenken können und um alternative Ideen zum Wohle der Umwelt und der Menschen verwirklichen zu können.

Arbeitslose

Wir benötigen die Solidarität der Arbeitsplatz-Besitzer, damit wir ihnen die Arbeitsplätze nicht »unter« Preis streitig machen müssen und um gemeinsam gegen die Ungerechtigkeit in diesem unseren Land anzugehen.

CDU

Wir müssen die Arbeitslosenzahlen und Wirtschaftsdaten manipulieren, damit die »mündigen Bürger« nicht beunruhigt werden und um die Wahl 1987 im »Namen des falsch informierten Volkes« zu gewinnen.

Rüstungsindustrie

Wir benötigen mehr Waffen, damit wir der weltweit zunehmenden Gefahr der Überbevölkerung effektiv begegnen können und um den Wohlstand der westlichen Industrienationen zu sichern.

Humanität

Wir brauchen die große Armut in der Welt, damit wir mildtätig in Erscheinung treten können und um unsere Existenzberechtigung als »Helfer der Armen« zu bewahren.

Regierung

Wir brauchen die Dummheit der »mündigen Bürger«, damit sie nicht merken, für wie dumm sie verkauft werden, und um so zu handeln und zu entscheiden, daß uns nie etwas passiert.

Energie-Wirtschaft

Wir benötigen mehr Strom, damit wir in Zukunft das den Tag verdunkelnde, zunehmende Elend auf der Welt besser durchleuchten können und um dem Terrorismus weltweit das »Licht« auszublasen.

Überleben

Wir brauchen die Unterstützung »denkender Bürger«, damit wir etwas gegen die »unverbesserlichen Egoisten« unternehmen können und um für das Überleben der Natur und der Menschheit etwas zu tun.

Lebensmittel-Multis

Wir benötigen mehr »Bio-Bewußtsein«, damit höhere Preise hingenommen werden und um diese Idee in Supermärkten »unbiologisch« vermarkten zu können.

Beamten

Wir benötigen mehr Verwaltung, damit der »mündige Bürger« unter absolute Aufsicht kommt und um unsere Beamten »auf Lebenszeit« abzusichern.

Schulmedizin

Wir brauchen mehr Kranke, damit das »Bruttosozialprodukt« stimmt und um die »Wichtigkeit« der Schulmedizin im Vergleich zur Naturheilkunde beweisen zu können.

Strauß

Wir brauchen Bayern und seine »Deppen«, damit erst Bayern und dann die Bundesrepublik zu einer Demo-Tatur wird und um allen in Bonn zu zeigen, wie man es schafft, mittels geistiger Willenlosigkeit und abhängiger Gläubigkeit der »mündigen Bayern«, aus einer jungen »Schein-Demokratie« einen »liberalen Polizeistaat« zu machen.

Neu-Reiche

Wir benötigen das Luxus-Auto, damit der Nachbar vor Neid erblaßt und um unsere Minderwertigkeits-Komplexe zu überspielen.

Stammtisch

Wir brauchen unsere Stammkneipen, damit wir den Alltags-Streß abbauen können und um im Interesse der Wegwerfgesellschaft nicht eine gesunde Leber mit ins Grab nehmen zu müssen.

Wald

Wir brauchen den Wald, damit die Naturfreunde für uns demonstrieren und um unseren Gewinn und Besitz zu mehren.

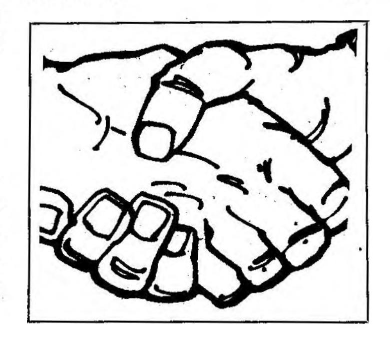
Reagan

Wir müssen Gaddafi umbringen, damit er keine Verbrechen mehr verüben kann und um unsere Verbrechen an der Menschheit zu verschleiern.

Freimaurer

Wir brauchen die Abhängigkeit der Unternehmer, damit sie sich untereinander absprechen und um an unseren Weltherrschaftsplänen weitermauern zu können.

Letztendlich brauchen wir die bundesdeutschen Leisetreter. Darum: »Weiter so, Deutschland . . .« □



Schweiz

»Wir wollen die Armee abschaffen!«

Beat Christoph Baeschlin

Man kann nur staunen, daß 112 941 schweizerische Staatsbürger folgenden politischen Unsinn mit ihrer Unterschrift gutgeheißen haben: die eidgenössische Bundesverfassung möge anstelle der allgemeinen Wehrpflicht und der Landesverteidigung nunmehr bestimmen: Erstens, die schweizerische Eidgenossenschaft hat keine Armee; zweitens, der Eidgenossenschaft, den Kantonen, den Gemeinden und Privaten ist es untersagt, Wehrausbildung zu vermitteln oder Streitkräfte zu unterhalten; drittens, die Schweiz verfolgt eine globale Friedenspolitik, die das Selbstbestimmungsrecht des Volkes verstärkt und die Völkerverständigung fördert.

Die logisch sich aufdrängende Weiterentwicklung dieser Vorschläge kann nur die Liquidierung der schweizerischen Eidgenossenschaft zum Gegenstand haben. Denn die Schweiz ist keine Notwendigkeit für die Welt, aber sie kann eine Notwendigkeit für die Schweizer sein, sofern diese den Willen zur Aufrechterhaltung ihrer staatlichen Selbständigkeit haben.

Komplizen einer geistig-moralischen Zersetzung

Das scheint noch der Fall zu sein. Hat doch das Schweizer Volk sich vor kurzem unzweideutig gegen den Beitritt zur UNO ausgesprochen (75,5 Prozent Neinstimmen). Das war eine kraftvolle Willenskundgebung. Wie also erklärt sich der politische Schildbürgerstreich, der die Abschaffung der Armee bezweckt.

Die Führungskreise des Landes sind die Hauptverantwortlichen für das Überhandnehmen des Nihilismus. Die schweizerischen Führungskreise haben sich in unlösbare Widersprüche verstrickt, als sie zuließen, daß die Begriffe Volk und Vaterland planmäßig verunglimpft wurden, und daß der Wille zur nationalen Eigenständigkeit sowie zur Landesverteidigung der Verachtung anheimfiel.

Angefangen hat alles mit der etwa 1960 beginnenden Masseneinwanderung, womit der Volkscharakter der Schweiz eine grundlegende Veränderung erfuhr. Eine Woge des Unmuts breitete sich aus. Die Nationale Aktion für Volk und Heimat entstand, und mit der sogenannten Schwarzenbach-Initiative gelang es, der herrschenden Oligarchie die öffentliche Aussprache und die Volksabstimmung über das Einwanderer-Problem abzutrotzen.

Da wurde es auch offensichtlich, daß die Demokratie nicht mehr ein großer Gedanke ist, sondern nur noch eine Methode der Macht-Manipulierung. Darum lautete die mit vollen Nüstern ausposaunte Parole der herrschenden Demokratie: »Man muß verhindern, daß die Ausländerfrage dem Volk vorgelegt wird.«

Von Volk und Vaterland reden ist Faschismus

Nachdem Schwarzenbach die Volksabstimmung erzwungen hatte, prasselte ein Trommelfeuer der Verwünschungen auf alle vaterländischen Regungen herab, und die persönlichen Verunglimpfungen gegen James Schwarzenbach steigerten sich bis zur Hysterie.

Trotz des gegen die Schwarzenbach-Initiative ausgelösten Meinungsterrors stimmten 45 Prozent der Staatsbürger für die Maßnahmen zur Beschränkung der Einwanderung. Daraufhin setzte eine wahre »Umerziehung« ein, damit das Schweizer Volk sich mit dem Gedanken vertraut macht, seinen engen Lebensraum mit mehr als einer Million Ausländern teilen zu müssen.

Als Lehrmittel für diese »Umerziehung« diente die marxistische und neomarxistische Ideologie. Politiker sind keine Philosophen, sondern Leute, die stets in Gefahr sind, ihren berufsmäßigen Opportunismus als staatserhaltende Doktrin anzusehen. Gerade das trug sich zu, als die schweizerische Führungsklasse anhub, sich einem nihilistischen Nützlichkeitsdenken zu ergeben. Die Folge war der erschreckende Verlust jeder eigenständigen Denkweise und die Unfähigkeit zur Wahrnahme der politischen Notwendigkeiten.

Damit war natürlich die große Stunde der Sozialisten gekommen: ihre simple Forderung nach Beseitigung aller noch bestehenden Reste christlich-abendländischer Kultur konnte in Erfüllung gehen. Auch die Radikal-Liberalen freuten sich, daß ihr plattes Nützlichkeitsdenken nun von niemandem mehr bemängelt wurde.

So kam es, daß die Massenmedien und mit ihnen die ganze Meinungsmache in den Sog der nihilistischen Ideologie der Linken gerieten. Unbekümmert sahen die politischen Führungskreise zu, wie sozialismus-trunkene Elemente die Landeskirchen und das Schulwesen »eroberten« und schließlich den gesamten Kulturbetrieb kontrollierten. Damit war auch dem von dunklen Mächten geplanten und erfolgreich durchgeführten Sittenzerfall Tür und Tor geöffnet. Wer dem moralischen und geistigen Zerfall nicht freudig Beifall spendete, wurde kurzerhand als »Reaktionär« und »Faschist« abgetan.

Eine geistige und moralische Wüste

Die so kunstvoll fabrizierte geistige und moralische Ödlandschaft ist der Saatgrund, aus dem die närrische Volksinitiative zur Abschaffung der Schweizer Armee herauswuchs. Aus den geistig und moralisch zerrütteten Volkskreisen stammen die 113 000 Staatsbürger, die das absurde Volksbegehren unterzeichnet haben.

Andererseits werden nun diejenigen, die einst die Schwarzenbach-Initiative unterstützten oder seither für den Gedanken von Volk und Heimat und für die Aufrechterhaltung der nationalen Selbständigkeit eintraten, tief im Lehnstuhl sich's bequem machen und mit amüsierter Neugierde hinschauen, was passiert. Die eidgenössische Führungskaste sieht sich nun plötzlich in eine Mausefalle eingeklemmt.

Aus der Ideenlosigkeit und Bequemlichkeit hat sie das üble Spiel der Linken geduldet oder ganz offen mitgemacht. Wurde doch aus öffentlichen Mitteln eine Kulturförderung betrieben, wobei vorwiegend Leute gehätschelt wurden, die Volk und Vaterland und westliche Demokratie mit Verachtung behandelten oder offen bekämpften. Und diese massenweise Preisgekrönten und Kulturgeförderten werden sich kaum herzudrängen, um für Armee und Landesverteidigung die Werbetrommel zu rühren.

Was werden die Massenmedien tun? Wie wird das staatliche Radio und Fernsehen reagieren? Dort hat man die Dinge voll ständig schlittern lassen. Seit jeher wird dort jede Regung für Volk, Heimat und Armee mit den freundlichen Beiworten »Rechtsextremismus« und »Fremdenhaß« ausgezeichnet. Dadurch bezeugen unsere Monopolmedien Tag für Tag, daß sie schweizerische Eigenständigkeit und schweizerischen Selbstbehauptungswillen als verwerflich und böse einstufen.

Auch das haben unsere Obrigkeiten als Selbstverständlichkeit hingenommen. Dabei war es ebenso selbstverständlich, daß die Kommunisten nie als »Linksextreme« bezeichnet werden, trotzdem sie die Zerstörung der Eidgenossenschaft anstreben.

Daß etwas passieren muß, ist klar. Man bedenke nur, daß die Anti-Armee-Initiative für den »Bankplatz Schweiz« sehr nachteilig sein kann; das darf doch nicht sein! Zwar hat die Ideologie der Linken »sehr nützliche Dienste geleistet« bei der Bekämpfung der Schwarzenbach-Initiative. Aber das bisherige Hätscheln der Linkskreise bringt im Kampf für die Armee und Landesverteidigung nichts ein. □

Johannes Paul II.

Mit dem Zeichen des Tilak

Am 1. Februar 1986 ließ sich Papst Johannes Paul II. auf einer Indienreise im Indira-Gandhi-Stadion von Neu Delhi von einer Inderin das Tilak-Symbol auf die Stirn zeichnen. Im folgenden möchte die französische Arbeitsgruppe aus Savigny auf die Bedeutung solcher heidnischen Gesten und ihre spirituelle Gefährlichkeit hinweisen.

Wer hat es nicht gesehen, wie sich Johannes Paul II. von einer jungen Heidin – vielleicht eine Priesterin auf dem Niveau der geheiligten Prostitution – jenes Zeichen auf die Stirn machen ließ, welches dasjenige der Hindu-Göttin Shiva ist, nämlich das Zeichen des Tilak. Das Anbringen dieses Zeichens vollzog sich, dem Ritus gemäß mit rotem Puder. Der Name Tilak ist der des Brahmanen Bal Gangedar Tilak, der in unseren modernen Zeiten den Hinduismus verbreitet hat, jene polytheistische Religion, die sich des religiösen Gefühls auf Kosten aller möglichen Verirrungen im Sinn einer eigentlichen Magie, gefolgt von religiösen Ausschweifungen, bedient und mißbraucht.

Der Meister der luziferischen Kunst

Wie jede Religion hat auch der Hinduismus seine Riten, und der Ritus, dem sich Johannes Paul II. hingegeben hat, ist ein Initiationsritus, der mit dem Namen Tilak an den großen Propagandisten der großen indischen Religion erinnert. Über diese rituelle Zeremonie wurde weltweit berichtet. Diese Tatsache kann also nicht unbekannt geblieben sein. Was man aber kaum weiß, ist die tatsächliche Bedeutung dieses Vorganges, wie er sich in der gesamten Kirchengeschichte noch nie abgespielt hat.

Zuerst muß man wissen, daß die Gottheit, die Shiva genannt wird, mit dem Trantrismus verbunden ist, der ein wahrer Greuel von einer Art »heiliger Unzucht« ist. Monsignore Léon Meurin SJ hat bezüglich Shiva in seinem Buch betitelt »La Franc-Maçonnerie, Synagoge de Satan« (»Die Freimaurerei, die Synagoge Satans«), geschrieben: »Die Anbetung der Shiva entwickelte sich sehr rasch in den abscheulichen Phallus-Kult, den wir, sage und schreibe, zusammen mit der indopersischen Kabbalistik in der Freimaurerei wiederfinden, vor allem in den weiblichen Logen.«

Es gibt nichts Gefährlicheres als die Riten der heidnischen Religionen, die einen berüchtigten »geistlichen Einfluß«, von dem René Guenon spricht, mit sich bringen und die den Namen Initiations-Riten tragen, denn sie stürzen die Seelen ins Universum des anderen.

Der Meister der luziferischen Kunst, auf den wir hier zu sprechen kommen (René Guenon) und der den Hinduismus besonders gut kennt, schrieb bezüglich dieses Initiationsritus: Er ist »immer wirksam, wenn er nach der Regel vollzogen wird; dabei kommt es nicht darauf an, ob die Wirkung sofort oder erst später eintritt; er gilt für immer und wird niemals erneuert«.

Das Zeichen des Tieres

Der Autor, der hier René Guenon zitiert, gebraucht ein Pseudonym, hinter dem sich Pater Catry verbirgt, ein großer Spezialist der Dämonologie. Der Ritus mit dem Zeichen der Göttin Shiva ist ein wirklich sakramentaler Ritus, denn er ist das sichtbare Zeichen einer unsichtbaren Wirklichkeit, die dem Einfluß der Gnade zu vergleichen ist, allerdings einer »Gnade«, die nicht von Gott kommt.

Die Freimaurerei, so wie sie sich unter dem mächtigen Einfluß der jüdischen Kabbala entwikkelt hat, kennt auch die Bedeutung eines Zeichens auf die Stirn. Vom dritten Grad an, dem des Meisters, wird dem Aufzunehmenden an die Stirn geklopft (mit einem Hämmerchen), damit so rituell die Herrschaft Satans über sein Denken ausgedrückt wird; so ist er dadurch eine Sache für den Teufel, für Luzifer geworden, dem er von nun an gehorchen muß »wie ein Kadaver«.

Man muß dabei willkürlich an das Zeichen des Tieres aus der geheimen Offenbarung auf der Stirn denken. So hat der Dämon auf der Stirn des getauften, gefirmten und geweihten Johannes Paul II. sein eigenes Siegel eingeprägt in der Form des Shiva-Zeichens, gezeichnet mit rotem Puder, wie es das hinduistische Ritual vorschreibt.

Aber, so wird man sagen, der Ritus, den Johannes Paul II. an sich vollziehen ließ, hatte für ihn keinerlei dämonische Bedeutung. Sollte er denn wirksam werden, ohne daß er es überhaupt wußte? Die Antwort auf diese Frage finden wir in einem Buch von Charles Nicoulland mit dem Titel »L'Initiation dans les Sociétés Secrètes« (»Die Initiation in den Geheimgesellschaften«) im Kapitel »L'Initiation maçonnique« (»Die freimaurerische Initiation«) mit einem Vorwort von Abbé Jouin, dem späteren bestens bekannten Monsignore Jouin. Der Autor schreibt darin: »Die ›Sakramente‹ des Bösen wirken ebenso wie diejenigen der Heiligen Kirche in einem gewissen Sinne ›ex opere operato‹ (das heißt, durch den Vollzug selbst), selbst bei Unwissenheit des Adepten, der so, ohne es recht zu wissen, einen Pakt mit dem Teufel geschlossen hat. Die Konsequenzen dieses Paktes werden auf sein gesamtes Leben Einfluß haben, es sei denn, er würde reumütig zur Kirche zurückkehren und so dessen Einfluß aufheben; aber dies um den Preis von schmerzlichen Opfern, Abtötungen und Sühnegebeten.«

Ein Akt des Götzendienstes

Um sich dem diabolischen Einfluß zu entziehen, der durch den Initiationsritus oder das »Sakrament des Teufels« vermittelt wurde, muß man sich der schwerwiegenden Bedeutung des Aktes bewußt werden, den man da vollzogen hat, nämlich eine Übereignung an den Teufel.

Zum Schluß zitieren wir noch einige Stellen aus dem Buch von Charles Nicoulland, um das zu unterstreichen, was wir bisher gesagt haben. Ob das in der Freimaurerei geschieht oder im Hinduismus, die Realitäten dekken sich; denn sie haben denselben Meister.

»Als wir geschrieben haben, bei der Besprechung der freimaurerischen Symbole, daß dies ›Sakramente‹ seien, so wollten wir nicht einfach ein Bildwort gebrauchen, eine Metapher, sondern eine wirkliche Sache bezeichnen. Es handelt sich in der Tat um ›ein sichtbares Zeichen für eine unsichtbare Wirklichkeit‹, wobei wir Materie und Form unterscheiden können; die Materie ist das sichtbare Moment und die Form, das sind die begleitenden Worte. Diese Initiationsriten sind in Wirklichkeit Magie und diabolische Nachäffungen der göttlichen Sakramente. Hier zeigt sich der Teufel wiederum als ›Affe Gottes‹, einer, der das Göttliche nachäfft.«

Die Bibel sagt uns, daß die Götter der heidnischen Religionen Dämonen sind. Sich an der Stirn das Zeichen der Anbeter der Göttin Shiva anbringen zu lassen, das ist in sich ein Akt des Götzendienstes, wie auch jene Geste Johannes Pauls II. götzendienerisch war, als er Wasser vor den in einem »heiligen Wald« aufgestellten Idolen ausgoß – gemäß einer heidnischen, togolesischen Tradition am 9. August 1985.

Wie ist es möglich, daß Johannes Paul II. anläßlich seiner Reise in Indien in einer fortschreitenden offenkundigen Idolatrie im Angesicht der ganzen Welt einen götzendienerischen vollziehenden Akt vollbringen konnte? □

Den vorstehenden Beitrag entnahmen wir der römisch-katholischen Zeitschrift »Einsicht«. Sie wird herausgegeben vom Freundeskreis e. V. der Una-Voce-Gruppe Maria, Postfach 610, D-8000 München 1.

Sowjetunion

Dringend gesucht Kredite aus dem Westen

Philip Goode

US-Fachleuten zufolge, die Experten für die Sowjetwirtschaft sind, wird die Sowjetunion in den nächsten fünf Jahren 25 Milliarden Dollar und mehr an Krediten aufnehmen müssen. Diese Hartwährungs-Anleihen sind nötig, um den kommunistischen Staat über Wasser zu halten, der jetzt unter den hohen Verlusten an Exporterlösen infolge des starken Rückgangs der Öl- und Erdgaspreise zu leiden hat.

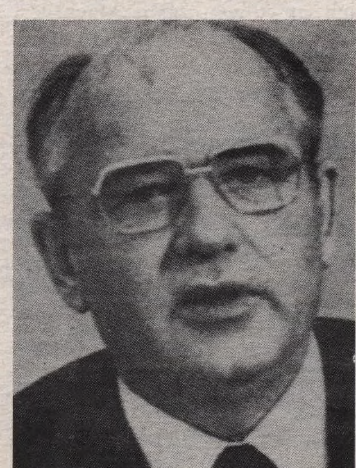
Doch Moskau macht sich keine Sorgen: es kann das Geld ohne Schwierigkeiten von westlichen Banken, vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der Weltbank leihen. Nach Meinung von Wirtschaftsexperten herrscht bei den westlichen Handelsbanken »generell die Meinung, die Sowjetunion sei in ihrem Kreditportefeuilles unterrepräsentiert und sie nehmen gern weitere russische Papiere entgegen«.

Dollar-Schwäche schadet den Roten

Die gleichen Experten rechnen damit, daß der Kreml sich wegen Unterstützung bei der Ausgabe von Obligationen an Anlagebanken des Westen wenden wird. Eine Test-Emission auf dem Londoner Markt könnte frühestens in den nächsten Wochen erfolgen, spekuliert ein Experte.

Die unmittelbare Ursache für die prekäre finanzielle Lage der Sowjets ist der rasche Verfall der Ölpreise von 27,50 Dollar auf 15 Dollar pro Barrel und ein ähnlich starkes Absinken der Erdgaspreise. Öl und Gas schlagen mit 60 Prozent der Sowjetexporte in nicht-kommunistische Länder zu Buche.

Ein erschwerender Faktor für den Kreml ist der Wertverfall des Dollar auf den internationalen Geldmärkten. Die sowjetischen Exporte werden in Dollar gezahlt, doch die Importe der UdSSR basieren auf westeuropäischen Währungen, die gegenüber dem Dollar stark gestiegen sind. Obwohl also der Dollar-Preis für exportiertes Öl aus der Sowjetunion um nur 60 Prozent gefallen ist, kosten die Importe aus dem Westen für Moskau fünfmal so viel wie vorher.



Michail Gorbatschow will bei der militärischen Entwicklung kürzer treten, bis die sowjetische Wirtschaft wieder richtig arbeiten kann. Darum kann er keinen Rüstungswettlauf mit den USA gebrauchen. Seine Pläne zielen auf mehr Wirtschaftswachstum durch bessere Produktivität.

Eine weitere Folge dieses Öl- und Gaspreisverfalls, der die Deviseneinkünfte der UdSSR erschwert, ist die Tatsache, daß sie nicht mehr damit rechnen können, daß die Waffen, die an solche große ölproduzierenden Länder wie Libyen, Algerien, Iran und andere radikale arabische Staaten geliefert werden, bar bezahlt werden. Bis vor kurzem machten die sowjetischen Waffenverkäufe an andere Länder 20 Prozent der Exporte aus.

In der Folge sind diese Waffenverkäufe erheblich gesunken und die Russen waren gezwungen langfristige, wenig ergiebige Vereinbarungen auszuhandeln, die kaum Erträge in harten Währungen versprachen.

Gefahr für das Wirtschaftswachstum

Doch das Hartwährungsproblem der UdSSR liegt tiefer als das Problem mit den Öl- und Gaspreisen. Die anderen traditionellen Methoden Bargeld des Westens zu verdienen – durch den Verkauf von Gold, Diamanten und wertvoller strategisch wichtiger Metalle – ist für den Kreml wegen Südafrikas derzeitiger Vorherrschaft auf diesen Märkten begrenzt.

Durch seine wachsenden politischen und internationalen Schwierigkeiten sah sich das Land gezwungen, so viel Gold, Diamanten und Metalle zu verkaufen, wie die Märkte aufnehmen konnten und schmälerte damit das Verkaufspotential der Sowjets.

All dies bringt den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow in eine schwierige Lage. Seine Pläne, das sowjetische Wirtschaftswachstum durch Verbesserung der Produktivität und Erhöhung der Qualität der Sowjet-Produkte zu beschleunigen und gleichzeitig eine starke Militärposition aufrechtzuerhalten sind nun gefährdet.

Um die Binnenwirtschaft zu stärken, ist in der UdSSR nicht nur ein besseres Management und erhöhte Arbeitsdisziplin erforderlich, sondern auch ein weiterer Einsatz von Kapital und Maschinen, der nur vom Westen kommen kann und in harter Währung bezahlt werden muß.

Eine Verbesserung der Sowjetwirtschaft erfordert auch die Zustimmung und Unterstützung durch den Militärsektor, von dem Moskaus verfügbare Ressourcen seit Jahren aufgebraucht werden. Das sowjetische Militär muß seine Anforderungen an die Wirtschaft reduzieren, doch das kann nur mit dem Einverständnis der mächtigen Generäle erfolgen und kein Sowjetführer kann ohne deren Unterstützung überleben.

Gorbatschow muß deshalb seine Militärs davon überzeugen können, daß es auch langfristig in deren Interesse ist, im Augenblick bei der militärischen Entwicklung kürzer zu treten, bis die Wirtschaft des Landes wieder richtig arbeiten kann. Das ist der Grund dafür, warum der Parteichef derzeit so verzweifelt versucht mit den Vereinigten Staaten ein Rüstungsbegrenzungs-Abkommen auszuhandeln.

Banker leihen dem Kreml alles Geld der Welt

Gorbatschow kann im Moment keinen Rüstungswettlauf gebrauchen. Genauso wenig wie er mit der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) zu tun haben möchte, sei es, um sie mit teuren Mitteln beiseite zu schieben, oder sie mit noch kostspieligeren Mitteln ebenfalls zu entwickeln.

Unter diesen Umständen können wir zumindest im Augenblick damit rechnen, daß die Sowjets etwas vorsichtiger dabei sein werden, wenn es darum gehen sollte, in der dritten Welt in internationale Abenteuer hineingezogen zu werden.

Doch zu alldem kommt noch hinzu, daß sie immer noch nicht genug Getreide anbauen können, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Weizenernte, bei der man in diesem Jahr mit 275 Millionen Tonnen rechnet, wird schätzungsweise lumpige 171,5 bis 182,5 Tonnen betragen. Das heißt, daß noch mehr an harter Währung für dieses Defizit ausgegeben werden muß.

Dies wird jedoch kein unüberwindliches Problem sein. Die westlichen Großbanken werden den Kommunisten alles Geld der Welt leihen, was sie zum Überleben benötigen – und uns und dem Rest der Welt damit weiterhin Probleme verursachen. ☐

Ungarn

Schönfärberei über sowjetische Unterdrückung

Andrew Russo

In diesem Jahr gab es den 30. Jahrestag der brutalen sowjetischen Unterdrückung der ungarischen Revolution des Jahres 1956. Die westlichen Establishment-Medien nahmen dies zum Anlaß, um erneut die Öffentlichkeit mit Falschinformationen über das gegenwärtige Budapester Kommunisten-Regime zu füttern.

In dem internationalen Nachrichtenmagazin »Time« – einer Zeitschrift, die seit langem als Sprachrohr der internationalistischen herrschenden Klasse dient – wird das Porträt eines offenen, markt-orientierten Ungarn gezeichnet. Unter der dynamischen und erfolgreichen Führung des ungeheuer populären Kadar – dem »Schlächter von Budapest«, der den Sowjets in der Revolution dabei half, sein eigenes Volk abzuschlachten – »baut sich dieses neue Ungarn aus der Niederlage eine Unabhängigkeit auf«, so lautet die Überschrift des »Time«-Artikels.

Nicht weniger marxistisch-leninistisch

»Time« und seine Herausgeber haben Kadar (»den tapfersten und am meisten verehrten Führer in Osteuropa«) sogar interviewt, wobei sie ihm so leichte Fragen stellten wie »Wie sehen Sie die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Ungarn?« und »In welchen Bereichen sind Verbesserung nötig und auch möglich?« Diese Fragen sind himmelweit entfernt von den feindseligen, die »Time« für antikommunistische Herrscher wie P. W. Botha von Südafrika und Augusto Pinochet von Chile parat hat.

Seit über einem Jahrzehnt hat die kontrollierte Presse die blutige Kadar-Diktatur in Ungarn als ein Beispiel der Evolution des Kommunismus zu einem harmlosen Wirtschaftssystem präsentiert, in dem sich staatliche und marktpolitische Kräfte harmonisch miteinander verbinden und das Beste daraus gemacht wird. Unablässige Propaganda über den »Fröhlichen Sozialismus« und »Gulasch-Kommunismus« wird der Öffentlichkeit immer wieder eingeimpft, um die westliche Welt von den Vorzügen der roten Ungarns zu überzeugen.



Die ungarische Fahne weht auf einem gekaperten Sowjetpanzer in Bundapest bei dem gescheiterten Aufstand 1956.

Durch die Tatsache jedoch, daß Ungarn vielleicht ein Touristengewerbe hat, einige Straßencafés, ein paar Verkaufsstände im Stadtbild und eine Schaufensterdekoration wie im Kapitalismus, wird es nicht weniger marxistisch-leninistisch als irgendein anderes kommunistisches Land.

Praktisch jedes rote Regime muß zwangsläufig ein geringes Maß an Marktmechanismen dulden, um das Überleben des Regimes zu sichern. Die Roten sind schlau: sie wissen genau, wie viele Fleischbrocken sie der Masse hinwerfen müssen, damit sie friedlich bleibt und das Aufkommen einer »Solidaritäts«-Bewegung verhindert wird.

Ein piekfeiner Polizeistaat

Mitte der fünfziger Jahre beispielsweise startete Mao Tsetung im Mutterland China seine Kampagne der »Hundert Blumen«, um angeblich die akademische Freiheit und den offenen Gedankenaustausch zu fördern. Als er sah, daß die Leute zu viel von der Freiheit kosteten, brachte er die Bewegung rasch und unbarmherzig zum Scheitern.

Im Gegensatz zu dem leeren Geschwätz der Medien ist das kommunistische Ungarn weder frei noch unabhängig. Es befindet sich im sowjetischen Machtbereich und seine rote Diktatur wird durch die Gegenwart von 60 000 sowjetischen Truppen an der Macht gehalten.

In der Außenpolitik ist Kadar ein zuverlässiger Speichellecker des Kreml. Im Jahr 1968 entsandte Ungarn Truppen in die Tschechoslowakei, um den Sowjets zu helfen, das kurze Experiment mit der Freiheit in diesem Land zum Scheitern zu bringen. Es hat Moskaus Rassenkrieg in Afghanistan unterstützt und Kadar tadelte den Krieg in »reaktionären Kreisen«, womit er die Vereinigten Staaten meinte.

In einer Erklärung, die der »Schlächter von Budapest« im Jahr 1980 abgab, hieß es: »Ungarns internationalistische Einheit mit der Sowjetunion – unserem Befreier und dem Bollwerk für menschlichen Fortschritt – hat sich in den letzten fünf Jahren noch verstärkt.«

Während man die Vereinigten Staaten täglicher Verletzungen der »Menschenrechte« beschuldigt, wird die Sowjetunion von den Roten Ungarns verteidigt, was die Erfüllung der Helsinki-Vereinbarungen angeht.

In der amerikanischen Hemisphäre hat der Diktator Kadar den salvadorianischen Kommunisten Hilfestellung gegeben.

Zu Hause befehligt Kadar – ein Mann, laut »Time«, der in freien Wahlen »haushoch gewinnen« würde – einen Polizeistaat mit allem was dazu gehört einschließlich seiner eigenen, gewalttätigen Version des KGB, genannt AVO. Die Ungarn besitzen computergefertigte Pässe – die Computertechnologie ist natürlich eine Gefälligkeit des Westens.

Es gibt keine freien Gewerkschaften.

Die Vorstellung des Regimes von Wahlen erschöpft sich darin, daß zwei von der Partei gebilligte Kandidaten gegeneinander antreten.

Ziel ist die Auflösung der Kirchen

Das im amerikanischen Verlag Funk & Wagnalls 1986 erschienene Jahrbuch schildert: »Das Regime des kommunistischen Parteiführers Janos Kadar hat auch im Jahr 1985 weiterhin har-

te Maßnahmen eingesetzt, um das Dissidententum in Ungarn einzudämmen. Dissidenten werden mit Hausdurchsuchungen, hohen Geldstrafen, Beschlagnahmung verbotener Materialien, Arbeitsplatzverlust gegängelt, man hält sie für langwierige Befragungen in Untersuchungshaft fest und verweigert ihnen die Ausstellung von Pässen.«

Der Katholik Malachi Martin hat über die Behandlung von Christen in Ungarn folgendes geschrieben:

»Jede kirchliche Gruppierung wird in diesem Land verfolgt: sie steht unter ständiger Überwachung durch die Staatssicherheit, besonders die Kirchenführer – jeder römisch-katholische Bischof hat beispielsweise seine eigene KGB-Beschattung, die alle seine Besucher überprüft –; ein lähmendes System von Genehmigungen und gesetzlichen Verwicklungen behindert alle religiösen Bewegungen; jede religiöse Aktivität muß staatlich genehmigt werden; es gibt erdrückende Beschränkungen bei der Einstellung von Kirchenpersonal – die Katholiken dürfen bei 7,5 Millionen Mitgliedern nur fünf neue Seminaristen pro Jahr aufnehmen –; all diejenigen, die die katholische Kirche unterstützen, werden aktiv diskriminiert; sämtliche Veröffentlichungen und Predigten der Kirche werden zensiert; Widerstand leistende, aktive Religionsvertreter werden ins Gefängnis gesteckt und manchmal auch gefoltert.«

Sämtliche ungarischen Bischöfe werden auf Empfehlung der Regierung ernannt. Die amtliche Geschäftsstelle für religiöse Angelegenheiten ist nach dem Autor Thomas Molnar »mit der Überwachung und letztendlichen Auflösung der Kirchen und Konfessionen beauftragt«.

Unter Hinweis auf die tausendjährige christliche Tradition Ungarns schreibt Molnar: »Was einem langjährigen Beobachter auffällt, ist die vollständige Säkularisierung der Gesellschaft, ein öffentliches Leben ohne jeglichen Hinweis auf Religion, ein öffentliches Leben systematisch entsakralisiert und der Transzendenz beraubt. Die relative materielle Armut in Ungarn zusammen mit dem totalen Versagen des Kommunismus regen die Vorstellungskraft zur Erfüllung der Sehnsüchte der Menschen so stark an und zeigen damit die geistige Armut des Regimes in all ihren erschreckenden Aspekten.«

Als der populäre Prediger Billy Graham vor einigen Jahren Ungarn bereiste und die dort bestehende Religionsfreiheit proklamierte, schrieb eine 81jährige Ungarin: »Drei meiner Söhne wurden verhaftet und zwei von ihnen wegen ihres christlichen Glaubens getötet. So bleibe ich mit einem blutenden Herzen allein zurück. Warum lassen westliche Christen einen Mann wie Billy Graham nach Ungarn reisen, um zu predigen, wenn er nicht erkennen kann, was um ihn herum vorgeht und kein einziges Wort gegen die schrecklichen Verfolgungen erhebt, denen wir in unserem Land heute ausgesetzt sind? Das tut mehr weh, als meine persönliche Tragödie.«

Über Leichen zur Macht

Die Zeitschrift »Time« erzählt ihren Lesern: »Janos Kadar hat sein Land verwandelt.«

Das hat er sicherlich getan. Er hat es in eine Nation verwandelt, die 50 000 ihrer Kinder nach Sibirien deportiert, weil sie das Verbrechen begangen haben sich dem Kommunismus zu widersetzen, die in bezug auf Alkoholismus auf der Welt mit an erster Stelle steht und die höchsten Selbstmordraten aufweist, die den zweifelhaften Ruhm der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Osteuropa genießt, die ihrer Bevölkerung regelmäßig ungeheuere Preissteigerungen auf lebensnotwendige Güter aufgebürdet hat, die ihren Bewohnern einen ständig sinkenden Lebensstandard beschert und die politisches Dissidententum systematisch unterdrückt.

Kadar und sein Regime mögen von den »Time«-Herausgebern bewundert werden, doch Menschen, die Freiheit wirklich schätzen, haben nichts übrig für einen Mann oder ein Regime, der beziehungsweise das über die Leichen von Zehntausenden tapferer Patrioten hinweg an die Macht kam und sich mit Hilfe von Geheimpolizei und sowjetischer Truppen an der Macht hält. □

Zeitdokument

Görings Brief an Churchill

Am 1. Oktober 1946 schrieb Hermann Göring an den ehemaligen britischen Premierminister einen Brief. Dieser Brief wurde am 21. Juli 1949 in der deutschen-amerikanischen »Bürgerzeitung«, Erscheinungsort Chikago, veröffentlicht. Daß der Brief an die Außenwelt gelangt ist, da Göring in Nürnberg sehr streng bewacht wurde, mag ihn als eine Fälschung verdächtig machen. Aber man wird sich erinnern, daß Göring im Nürnberger Gefängnis durch Gift starb, trotzdem eine peinliche Überwachung der deutschen Häftlinge durch die Alliierten bestand. So mag es auch möglich gewesen sein, diesen Brief aus dem Gefängnis heraus zu schmuggeln, genauso wie es gelang, das Gift hinein zu schmuggeln.

Nürnberg, den 1. Oktober 1946
Herr Churchill!
Sie werden nun die Genugtuung haben, mich und meine Schicksalskameraden zu überleben. Ich stehe nicht an, Sie zu diesem persönlichen Triumph und der Delikatesse zu beglückwünschen, mit der Sie ihn zustandegebracht haben. Sie haben sich und Großbritannien diesen Erfolg wahrhaftig etwas kosten lassen. Dürfte ich Sie für einfältig genug halten, ihm mehr als die Bedeutung eines von Ihnen und Ihren Freunden den von Ihnen gegen das Großdeutsche Reich in den Krieg hinein manövrierten Völkern und ihren jüdischen und bolschewistischen Bundesgenossen geschuldeten Schauspiel zuzusprechen, dann wären diese meine Erklärungen an Ihre Adresse in vorletzter Lebensstunde auch vor den Augen der Nachwelt an einen Unwürdigen verschwendet.

Meistwissender um die Hintergründe des Krieges

Mein Stolz als Deutscher und als einer der meist verantwortlichen Führer in einer welthistorischen Auseinandersetzung verbietet es mir, an die entehrende Niedrigkeit des von den Siegern angewendeten Verfahrens auch nur ein Wort zu verschwenden, soweit dieses Verfahren meine Person betrifft.

Da es aber der offenkundige und erklärte Zweck dieser Justiz ist, das deutsche Volk selbst auf diese Weise in den Abgrund der Rechtlosigkeit hinabzustoßen, und es durch die Beseitigung der verantwortlichen Männer des nationalsozialistischen Staates jeder späteren Verteidigungsmöglichkeit ein für allemal zu berauben, habe ich unter dieses von Ihnen und Ihren Verbündeten vorausbeschlossene Urteil noch einige Bemerkungen zu dem geschichtlichen Gegenstand selbst hinzuzufügen.

Ich richte sie an Ihre Adresse, weil Sie als einer der Meistwissenden um die wahren Hintergründe des Krieges und um die Möglichkeiten, ihn zu vermeiden oder ihn doch wenigstens in einem für die europäische Zukunft noch tragbaren Stadium zu beenden, dennoch Ihrem eigenen Tribunal Ihr Zeugnis und Ihren Eid verweigerten.

Ihr Ehrgeiz war Ihr Verhängnis

Ich will daher nicht verfehlen, Sie rechtzeitig vor das Tribunal der Geschichte zu fordern und richte meine Erklärung an Ihre Adresse, weil ich weiß, daß dieses Tribunal Sie einmal als den Mann in Europa nennen wird, der mit Ehrgeiz, Intelligenz und Tatkraft das Schicksal der europäischen Nationen unter die Räder fremder Weltmächte geworfen hat.

Ich stelle in Ihnen vor der Geschichte den Mann fest, der zwar

Zeitdokument

Görings Brief an Churchill

das Format hatte, Adolf Hitler und sein politisches Werk zu Fall zu bringen, dem es aber versagt bleiben wird, an Stelle des Gefallenen selbst den Schild noch einmal beschützend gegen den asiatischen Einbruch in Europa zu erheben.

Ihr Ehrgeiz war es, mit Versailles über Deutschland rechtzubehalten. Ihr Verhängnis wird es sein, daß Ihnen das gelang. Sie verkörperten den härtesten Trotz Ihres alten Herrenvolkes, aber Sie verkörperten auch den Trotz seines Alters gegen den letzten großen Versuch der erneuerten germanischen Kraft, das Schicksal Europas in den Steppen Asiens zu entscheiden und für die Zukunft zu sichern.

Sie werden, wenn meine Verantwortung längst in der weiteren Entwicklung der Ereignisse ihren objektiven Richter und Anwalt gefunden hat, die Verantwortung dafür zu übernehmen haben, daß der vergangene blutige Krieg nicht der letzte gewesen ist, der um die Lebensmöglichkeit des Kontinents auf seinem Boden ausgefochten werden mußte.

Sie werden zu verantworten haben, daß dem Blutbad von gestern ein noch größeres folgen wird, und Europa nicht an der Wolga, sondern an den Pyränen um die Entscheidung über Leben und Tod wird antreten müssen. Es ist mein heißer Wunsch, daß Sie den Tag wenigstens noch erleben mögen, an dem die Welt und die abendländischen Nationen insbesondere die bittere Einsicht erfahren werden, daß Sie und Ihr Freund Roosevelt es waren, die ihre Zukunft für den billigen Triumph über das nationalsozialistische Deutschland an den Bolschewismus verkauft haben.

Dieser Tag wird schneller kommen, als es Ihnen lieb ist und Sie werden ihn daher trotz Ihres fortgeschrittenen Alters wahrscheinlich noch rüstig genug auch über der britischen Insel blutrot aufgehen sehen. Ich bin überzeugt, daß er Ihnen alle jene schreckensvollen Überraschungen bringen wird, denen Sie dieses Mal durch Gunst des Kriegsglücks oder den Abscheu der deutschen Kriegsführung vor einer völligen Entartung des Kampfes zwischen unseren artverwandten Völkern noch entgangen sind. Mein Wissen um den Stand und den Umfang der nicht zuletzt dank Ihrer militärischen Hilfe der Roten Armee zur Beute gewordenen neuen Waffen und Projekte aus unserem Besitz ermächtigt mich zu dieser Voraussage.

Mittels Kraft und Verschlagenheit

Sie werden zweifellos nicht versäumen, nach Ihrer Gepflogenheit bald gute Memoiren zu schreiben, und Sie werden sie besser schreiben, als nun niemand Sie daran zu hindern vermag nach Ihrem Belieben zu berichten oder zu verschweigen. Dennoch aber werden Sie gegen jene Korrekturen machtlos sein, die eine von Ihnen herbeigeführte Entwicklung unbeirrbar vornehmen wird.

Ihre Sache wird es sein, dann den Völkern die Antwort auf die Frage zu geben, die Sie Ihrem Schautribunal schuldig geblieben sind, und weniger uns, die wir Ihrer Fairneß nichts zu verdanken wünschen, als der historischen Wahrheit verweigert haben.

Sie glauben, es geschickt angefangen zu haben, daß Sie diese geschichtliche Wahrheit den advokatischen Spitzfindigkeiten einer Handvoll ehrgeiziger juristischer Subalternen auf den Seziertisch geworfen haben und zu einem dialektischen Traktat der Paragraphen-Schusterei verwandeln ließen, obwohl Sie als Brite wie als Staatsmann nur allzu gut wissen, daß sich mit solchen Mitteln die Existenzprobleme der Völker weder in der Vergangenheit lösen und beurteilen ließen, noch in der Zukunft lösen lassen.

Ich habe eine zu begründete Meinung von der Kraft und Verschlagenheit Ihrer Intelligenz, als daß ich Ihnen den Glauben an die vulgären Parolen zumuten könnte, mit denen Sie den Krieg gegen uns motivierten und Ihren Sieg über uns in einem circensischen Schaustück verklären ließen.

Ich erkläre hier als einer der höchsten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Führer des Großdeutschen Reiches noch einmal mit allem Nachdruck, daß dieser Krieg nur deshalb nicht vermeidbar war, weil die Politik Großbritanniens unter dem Einfluß Ihrer Person

Hermann Göring galt neben Hitler als eine eigenständige Kraft. Er war kompromißbereit, tolerant und großzügig gegen Untergebene und Gegner.



und Gesinnungsfreunde auf allen Gebieten darauf ausging, den Lebensinteressen und der natürlichen Entwicklung des deutschen Volkes den Weg zu verlegen, und von senilem Ehrgeiz um die Aufrechterhaltung der britischen Vormachtstellung erfüllt, den Zweiten Weltkrieg einem von unserer Seite aufrichtig immer wieder angestrebten und erhofften Ausgleich auf einer für die beiden hervorragendsten Nationen Europas tragfähigen und ihre natürlichen Funktionen und Interesse berücksichtigenden Basis vorzog.

Europa an die Roten ausgeliefert

Ich erkläre noch einmal ausdrücklich, daß die einzige Schuld des deutschen Volkes an dem Ausbruch des von Ihnen erzwungenen Zweiten Weltkrieges die ist, daß es der von Ihnen kunstvoll aufrechterhaltenen und künstlich geschürten ewigen Bedrängnis seiner nationalen Daseinsverhältnisse endlich ein endgültiges Ende zu machen versuchte.

Es hieße Wasser in den Atlantik tragen, wollte ich mich Ihnen gegenüber noch über die Ursachen, Zwangsläufigkeiten und Motive auslassen, die im Verlaufe des Krieges zu den politischen und militärischen Weiterungen geführt haben, die Ihre juristischen Beflissenen hier so zielsicher einseitig auf Kosten der nationalsozialistischen Staatsführung und des deutschen Volkes auszuwaiden verstanden.

Der verwüstete europäische Kulturraum und sein in Schutt und Asche liegender historischer Reichtum zeugen heute in erster Linie noch von der verzweifelten Erbitterung, mit der ein großes und stolzes Volk gestern mit einem Opfermut ohnegleichen um seine Existenz gekämpft hat.

Morgen aber werden sie von der Bedenkenlosigkeit zeugen, mit der allein die von Ihnen ins Feld geführte Übermacht die Unterwerfung und Entrechtung dieses Volkes zustandezubringen vermochte. Übermorgen aber werden die Ruinen von dem Verrat zeugen, der Europa an das rote Asiatentum ausgeliefert hat. Das von Ihnen erschlagene Deutschland wird sich gerade durch seinen Untergang an Ihnen rächen, denn sie haben weder eine bessere Politik als wir gemacht, noch eine größere Tüchtigkeit und Tapferkeit an den Tag gelegt als wir.



Hermann Göring, der Hauptangeklagte im Nürnberger »Kriegsverbrecherprozeß«, betritt den Gerichtssaal am Tag der Urteilsverkündigung.

Sie haben Ihren Sieg nicht besseren Qualitäten und einer eingebildeten Überlegenheit Ihrer eigenen Kraft und Kunst, sondern einzig und allein nach sechs Jahren dem ungeheuren Gewicht der Übermacht Ihrer Koalition zu verdanken. Nehmen Sie ihn nicht für das, als was Sie ihn ausgeben!

Die Früchte Ihrer politischen Kunst werden Sie und Ihr Land bald ernten. Was Sie uns gegenüber als erfahrener Zyniker nicht gelten lassen wollten, daß nämlich unser Kampf im Osten eine höchste Notwehraktion nicht nur für Deutschland, sondern zugleich auch für Europa und die eigentliche Rechtfertigung aller von Ihrer Seite her so kurz und bündig verurteilter Akte und Maßnahmen der deutschen Kriegsführung im einzelnen gewesen ist, wird Ihnen und dem britischen Empire Ihr heute noch verbündeter Freund Stalin bald beweisen.

Sie werden dann erfahren, was es heißt, gegen diesen Gegner zu kämpfen, und Sie werden erfahren, daß auch Ihre Not dann kein Gebot kennt, und Sie ihr weder mit advokatischen Traktaten noch mit dem Gewicht Großbritanniens und seiner europäischen Zwerge erfolgreich begegnen können.

Ziel war die Zertrümmerung Deutschlands

Sie haben dem deutschen Volk gegenüber die Behauptung aufgestellt, daß es Ihnen in erster Linie um die Wiederherstellung seiner demokratischen Lebensformen gegangen sei. Sie haben jedoch kein Wort darüber gesprochen, daß es Ihnen um die Wiederherstellung der ihm seit nun einem Vierteljahrhundert vorenthaltenen vernünftigen Lebensgrundlagen gehe.

Ihr Name steht unter allen prinzipiellen Dokumenten dieser Äraden britischer Verständnislosigkeit und Eifersucht gegen Deutschland. Ihr Name wird auch unter dem Resultat stehen, daß diese Ära mit der Liquidierung Deutschlands vor der Geschichte für den Bestand Europas herausgefordert hat.

Mein Glaube an die Lebenskraft meines Volkes ist unerschütterlich. Es wird stärker sein und länger leben als Sie. Aber mich schmerzt, daß es Ihnen wehrlos ausgeliefert ist und nun zu den unglücklichen Opfern gehört, die dank Ihres Erfolges nun nicht einem Zeitalter segensreicher Arbeit für die Verwirklichung, der durch die Natur und die Vernunft den abendländischen Völkern gestellten gemeinsamen Aufgaben, sondern der größten gemeinsamen Katastrophe ihrer gemeinsamen Geschichte entgegengehen.

Ich erspare mir den Disput über Exzesse, die Sie uns zu Recht oder Unrecht vorwerfen, und die weder meiner noch der Auffassung des deutschen Volkes entsprachen, ebenso über die, die auf Ihrer Seite und der Seite Ihrer Verbündeten gegen Millionen Deutsche begangen worden sind.

Ich weiß, daß Sie hinter diesem Vorwand das ganze deutsche Volk zum Gegenstand eines kollektiven Exzesses von weltgeschichtlich nie dagewesenen Ausmaß gemacht haben, und daß Sie auch ohne ihn in der Behandlung Deutschlands nicht anders verfahren wären, weil Sie seit 1914 Ihr Ziel unentwegt und beharrlich in nichts anderem als in der Zertrümmerung des deutschen Reiches gesehen haben.

Diese Ihre historische Zielsetzung versagt Ihnen den Anspruch auf ein Richteramt über die vermeidbaren oder unvermeidbaren Folgewirkungen, die Ihre kaltblütige Zielstrebigkeit herausforderte oder Ihnen als nachträgliche Beweismittel für die Berechtigung Ihres Bestrebens willkommen waren.

Ich bereue heute als meinen und der nationalsozialistischen Staatsführung schwersten Fehler einzig und allein den verhängnisvollen Irrtum, dem ich und unsere Politik in der Beurteilung Ihrer staatsmännischen Einsichtskraft unterlagen. Ich bedaure, Ihnen die Einsicht in die weltpolitische Notwendigkeit eines befriedeten und lebensfähigen Deutschland auch für den Fortbestand des britischen Empire zugetraut zu haben.

Das Urteil fällt die Nachwelt

Ich bedaure, daß unsere Macht und unsere Mittel nicht dazu ausreichten, Ihnen wenigstens noch in allerletzter Minute die bessere Erkenntnis abzuringen, daß die Liquidierung Deutschlands der Beginn der Liquidierung der britischen Weltmacht sein wird.

Wir traten an und handelten jeder nach seinem Gesetz, ich nach dem neuen, für das dieses Europa schon zu alt ist, Sie nach dem alten, für das dieses Europa nicht mehr bedeutend genug in der Welt ist.

Ich werde meinen Weg zu Ende zu gehen wissen in dem sicheren Bewußtsein, als deutscher Nationalsozialist trotz allem auch ein besserer Europäer gewesen zu sein als Sie.

Ich überlasse das Urteil darüber ruhig der Nachwelt, der Sie nach meinem aufrichtigen Wunsch noch möglichst lange lebend angehören mögen. Vielleicht bietet das Schicksal Ihnen dann die Chance, die Sie mir geboten haben: Im Untergang eine Wahrheit zu hinterlassen.

gez. Hermann Göring □

Großbritannien

Macmillans Kriegsverbrechen

Ivor Benson

Harold Macmillan hat weitaus mehr zu verantworten als nur seine Beteilung an der »Operation Keelhaul«. Er war von Beginn seiner politischen Karriere an ein fabianischer Sozialist, das heißt ein heimlicher Sozialist, ein Sozialist, der – wie George Bernard Shaw es beschrieb – die Infiltration und Täuschung für die besten Mittel hielt, um seine Sache voranzutreiben.

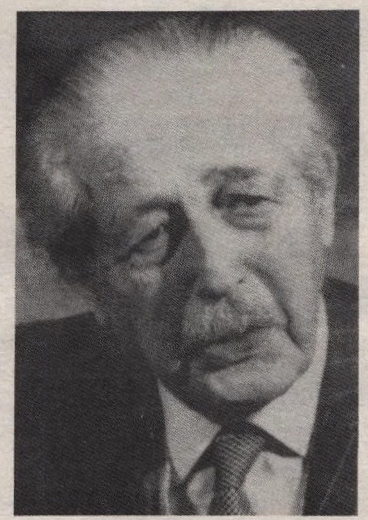
Harold Macmillan, ein Mann mit Reichtum und der »richtigen« Klassenzugehörigkeit im Hintergrund, suchte sich Großbritanniens Konservative Partei als Operationsbasis aus. Die Tatsache, daß er Fabianer war, erklärt auch vieles von dem, was er als Großbritanniens Premierminister der Nachkriegszeit getan hat; so zum Beispiel seine ungeheuer starke Protektion Kim Philbys, bis der Erzverräter sich schließlich in die Sowjetunion absetzte.

Dem damaligen britischen Premierminister Macmillan kam es auch zu, im Jahr 1960 im südafrikanischen Kapstadt jene Rede zu halten, die den Wandel predigte und eine Politik ankündigte, die Afrika in ein revolutionäres Chaos führen sollte – mit Millionen Menschen, die Hunger leiden und noch mehr Menschen, die heimatlos wurden –, der Zustand, in dem es sich heute befindet.

Macmillan hat in der großen sozialistischen Revolution, die der Welt ein konfliktreiches Jahrhundert beschert hat, wie es dies nie zuvor gegeben hat, eine führende Rolle gespielt.

Dieses Jahrhundert begann mit einem recht pragmatischen Entwurf für eine Weltregierung auf der Grundlage des britischen Weltreichs mit Männern wie John Ruskin und dem Millionär Cecil John Rhodes als deren bekanntesten Verfechtern.

Kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erfuhr dieser »Eine-Welt-Gedanke« eine rätselhafte Wandlung: der Plan, der lediglich die Erweiterung des britischen Empire vorsah, hatte plötzlich den Sozialismus nach sowjetischem Vorbild als zentrale Philosophie.



Harold Macmillan wird wegen der Auslieferung von Kosaken an die Sowjets als Kriegsverbrecher beschuldigt.

Es war deshalb kein reiner Zufall, daß Macmillan eine der Hauptfiguren des Umsturzes in Rhodesien war, dieses kleinen Landes, das für einen der Begründer des »Eine-Welt-Plans« ein Denkmal gewesen sein sollte.

Macmillan war ein Beispiel aus der britischen Politik und Hochfinanz, bei dem die gänzliche Umgestaltung eines Wunschbildes auf so rätselhafte Weise stattgefunden hat und wofür er prompt dadurch belohnt wurde, daß man ihn in den Adelsstand erhob.

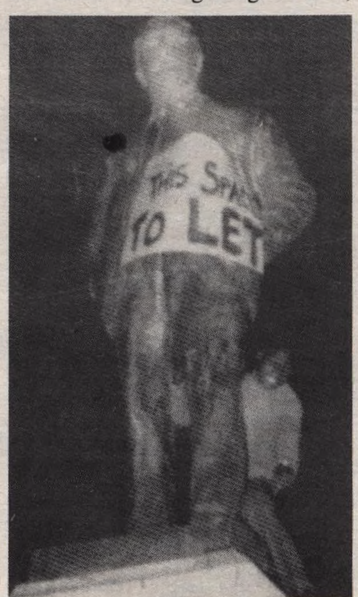
Auch für ihn, den jetzt 92jährigen, ist nun offenbar ein Wandel eingetreten, das mehr und mehr von der lange unterdrückten Wahrheit zum Vorschein kommt und sich Gehör verschafft.

Die Wahrheit kommt ans Tageslicht

Auch in Großbritannien braucht es manchmal 41 Jahre bis die Wahrheit über Kriegsverbrechen an den Tag kommt. Es handelt sich um den größten Durchbruch historischer Wahrheit in England seit Jahren und der Held war der 20 Jahre alte Herausgeber von »New Agenda«, der Londoner Parteizeitung der Vereinigung konservativer Studenten.

»Tory wütend über studentische Attacke«, so lautete die Schlagzeile des Londoner »Daily Telegraph« vom 19. August 1986 über einen Artikel, der wie folgt begann: »Mr. Tebbit, der Vorsitzende der Konservativen Partei, hat die Einstampfung einer Ausgabe der Parteizeitung angeordnet, in der der Earl of Stockton – der ehemalige Premier Harold Macmillan – beschuldigt wird, aufgrund seiner Rolle bei der Entscheidung 40 000 Kosaken nach Rußland in den sicheren Tod zurückzuschicken, ein ›Kriegsverbrecher‹ zu sein.«

Führenden Vertretern der Konservativen Partei gelang es nicht, Harry Phibbs, den Herausgeber, dazu zu bewegen, die verbleibenden 2000 Exemplare der Zeitschrift zur Einstampfung herauszugeben. Deshalb bemühten sie sich rasch um eine gerichtliche einstweilige Verfügung, die sie auch erhielten. Doch sie kamen zu spät: Phibbs und seine Freunde hatten die ganze Nacht durchgearbeitet und sämtliche Exemplare verschickt. 200 Exemplare waren noch übrig und die händigte er der richterlichen Anordnung zufolge gehorsamst aus.



Eine Statue von Cecil Rhodes, dem Gründer Rhodesiens, mit der Aufschrift »Zu vermieten«.

Aus der Parteizentrale der Konservativen in London wurden starke Proteste über die Veröffentlichung dieser Beschuldigung gegen Lord Stockton laut und man verlangte den Parteiausschluß des verantwortlichen Herausgebers, doch es wurde kein Versuch unternommen die Aussage, daß im Jahr 1945 ein schlimmes Kriegsverbrechen geschehen ist und daß eine konservative britische Regierung direkt dafür verantwortlich war, zu dementieren oder zu widerlegen.

Der Artikel in »New Agenda« beinhaltete ein Interview mit Graf Nicolei Tolstoy, dem Autor eines kürzlich bei Hutchinson & Co. erschienenen Buches mit dem Titel »The Minister and the Massacre« (»Der Minister und das Massaker«) und einem früheren mit dem Titel »Victims of Yalta«. Der Bericht in »New Agenda« stand unter der Überschrift »Der Minister, das Massaker und die Vertuschung«.

Harold Macmillan war der Regierungsvertreter Großbritanniens in Italien, als er im Jahr 1945 dem britischen Armeebefehlshaber in Österreich den Befehl erteilt haben soll, die Kosaken an die sowjetischen Streitkräfte auszuliefern. Bei vielen dieser Kosaken, zu denen auch Frauen und Kinder zählten, handelte es sich nicht einmal um sowjetische Staatsbürger; sie beziehungsweise ihre Eltern waren zur Zeit der bolschewistischen Revolution aus Rußland geflohen.

Die Begebenheit war darüber hinaus auch nur ein kleiner Teil eines weitaus umfangreicheren Unternehmens mit der offiziellen grausigen Bezeichnung »Operation Keelhaul« (»keelhaul« bedeutet im Englischen kielholen; in der Schiffssprache:

jemand zur Strafe an einem Tau unter dem Schiff hindurchziehen), in der britische und amerikanische Armeestreitkräfte Gewalt und Täuschung einsetzten und über eine Million Menschen – unter ihnen auch sowjetische Kriegsgefangene, die bei Kriegsende im Westen um Asyl ersucht hatten – an die Sowjetunion auszuliefern.

Die Wahrheit über die Kosaken, die lange Zeit mit dem Mantel der Vergessenheit umhüllt war, hätte für die britische Regierung kaum in einem ungünstigeren Augenblick offengelegt werden können. Es geschah zu einem Zeitpunkt, wo es erforderlich war, Großbritannien und insbesondere die Konservative Partei als völlig tugendhaft und erfüllt von Menschenliebe zu präsentieren, die die weißen Südafrikaner »als ungerechte Scheusale verurteilen«.

Nur wenige hätten wohl von Tolstoys Buch gehört und nur ein paar Tausend hätten den Artikel in der studentischen Parteizeitung der Konservativen gelesen. Es ist daher bezeichnend, daß es eine überregionale Zeitung, der geachtete »Daily Telegraph«, in Großbritannien gegeben hat, deren Redaktionspolitik es zuließ, der Angelegenheit diese massive Wirkung zu verleihen und eine entsprechende Schlagzeile auf der Titelseite zu bringen.

Dem schloß sich ein kurzer Bericht im Boulevardblatt »Daily Mail« (über 5 Millionen Auflage) an sowie eine knappe, abfällige Notiz über den »New Agenda«-Artikel im linken »Daily Mirror«.

Der »Telegraph« nahm das Thema dann erneut auf mit einer weiteren Schlagzeile auf der Titelseite und einem Leitartikel, aus dem unterschwellig hervorging, daß gegen den jungen, freidenkerischen Tory keine Schritte unternommen werden sollten.

Nie zuvor ist ein wichtiger Teil der »zensierten Geschichte« dieses Jahrhunderts derart an die Öffentlichkeit gebracht worden.

Der »Telegraph« brachte dann am nächsten Tag (20. August 1986) einen sehr langen Sonderartikel, in dem John Keegan »die Streitfrage untersuchte, ob der frühere Premierminister ›ein Kriegsverbrecher‹ ist«. Seine



Die »großen Drei« von Jalta, von links: Winston Churchill, Großbritannien; Franklin D. Roosevelt, USA; Josef Stalin, UdSSR.

Schlußfolgerung: »Diese Anschuldigung gegen Stockton wird sich einfach nicht halten lassen.«

Doch was genau wird sich »nicht halten lassen?«

Keegans ganze Verteidigung Macmillans bestand darin, daß er dem wahren Sachverhalt äußerst genial auswich und eine haarspalterische Beweisführung auf der Grundlage der offiziellen, noch existierenden Dokumente über den Mai 1945 brachte.

Die peinliche Wahrheit läßt sich jedoch nicht verbergen: die Auslieferung der Kosaken und Abertausender anderer Flüchtlinge an die Sowjets war eine politische und keine militärische Entscheidung und Macmillan war derjenige, der für die Mitteilung dieser Entscheidung an die Militärbefehlshaber verantwortlich war.

Er war sich auch über die Konsequenzen der militärischen Ausführung dieser von der britischen Regierung wohl überlegten Politik völlig im klaren. Seine von Tolstoy zitierte Tagebucheintragung: »Unter den ausgelieferten Deutschen befinden sich etwa 40 000 Kosaken und Weißrussen mit ihren Frauen und Kindern. Sie den Russen auszuliefern, heißt sie in die Sklaverei, Folterung und wahrscheinlich in den Tod zu schikken; es nicht zu tun, heißt die Russen zutiefst verärgern und außerdem auch den Vertrag von Yalta brechen.«

Diese Worte schrieb Macmillan in sein Tagebuch am Tag, nachdem er mit General Charles Keightley, dem 5. Truppenbefehlshaber, in Klagenfurt gesprochen hatte.

Keegan schreibt dazu: »Das Ereignis ist empörend und schändlich, doch es ist etwas anderes, wenn man behauptet, Macmillan trage die Verantwortung für den Rücktransport der Kosaken, was Tolstoy zum zentralen Thema seines Buches macht.«

Viele Fälle von Barbarei

Man braucht nicht die Archive der britischen Regierung zu durchstöbern, um festzustellen, daß das nicht etwa Macmillans persönliche Entscheidung gewesen sein konnte. Er besaß dazu niemals die Macht, sondern konnte sie nur von London an diejenigen weiterleiten, die sie auszuführen hatten.

Es bedarf keines Grafen Tolstoy oder eines jungen Harry Phibbs, um Macmillan anzuklagen, wenn der Schreiber im »Telegraph« nur folgendes zur Widerlegung vorbringen kann: »Der gesunde Menschenverstand sagt einem, daß sich bei der Besprechung in Klagenfurt zwei beunruhigte, überforderte Offiziere trafen, die Macmillan konsultierten und auf dieser Grundlage dann ihre eigene Entscheidung trafen.

Macmillan wurde um politischen Rat gefragt und gab ihn. Er bezog sich auf die anschließend durchgeführten Maßnahmen, doch er war nicht der Handlanger für diese Entscheidung.«

Zahllose Verfahren der Nürnberger »Kriegsverbrecher«-Prozesse basierten auf dem Grundsatz, daß diejenigen, die unmenschliche und illegale Befehle ausführen oder deren Ausführung unterstützen und bejahen, genauso schuldig sind wie jene, von denen sie ausgehen.

Ebensowenig ist es nötig offizielle Dokumente nach Namen abzusuchen, die direkt oder indirekt für andere größere »Kriegsverbrechen« des Zweiten Weltkrieges verantwortlich sind: den Bombenteppich auf Dresden, das vollgestopft war mit vor den Horden der Sowjetarmee Fliehenden, als diese wunderschöne Stadt schon lange kein militärisches Ziel mehr war; die kaltblütige Ermordung von 15 000 polnischen Offizieren in Kriegsgefangenschaft durch die Sowjets im Wald von Katyn und deren anschließende Vertuschung durch westliche Politiker und Medien – und viele andere Fälle solcher Barbarei.

Was wir wissen und wofür nicht erst der Beweis erbracht werden muß ist die Tatsache, daß sich die Führer des Westens damals wie auch später in Nürnberg in ihrem Entschluß sich ihren Anteil an persönlicher Macht zu erhalten, in einer Weise für üble Verhaltensweisen hergaben, wie es in der Geschichte der Länder Europas nie zuvor der Fall gewesen ist.

Darüber gibt es auch authentisches Material für unzählige schreckliche Fernsehdokumentationen. Doch diese Thematik wird von einflußreichen Personen in den westlichen Medien einstimmig und beharrlich von der Kinoleinwand und Fernsehbildschirmen verbannt.

Ein großer Teil der schändlichen Geschichte über die »Operation Keelhaul« ist jedoch durch Graf Tolstoy der Nachwelt erhalten geblieben und kann von jenen, die darauf beharren, die Wahrheit zu erfahren, in diesen beiden hinreichend mit Dokumenten belegten Büchern nachgelesen werden. □

Ivor Benson war von 1964 bis 1965 Informationsberater der rhodesischen Regierung und trat bald nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung zurück. Viele Jahre lang war er ein genauer Beobachter der Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent. Als politischer Fachmann, Schriftsteller und Redner hat Benson auf internationaler Ebene viele Vorträge gehalten. Er ist der nationale Führer einer südafrikanischen populistischen Gruppierung.

Supermächte

Die Last mit Israel und Kuba

Gary Eiland

Die beiden großen Supermächte USA und UdSSR stehen jeweils einem Bündnissystem mit unbedeutenderen Ländern voran: die Vereinigten Staaten sind die vorherrschende Macht der NATO, die UdSSR im Warschauer Pakt. Die USA haben eine enge Beziehung zu Ländern außerhalb dieses Bündnisses wie Australien, Südkorea und Israel, die Sowjets zur Mongolei, Vietnam und Kuba.

Ganz allgemein dienen die Allianzen den Interessen der Supermacht ebenso, wenn nicht gar mehr, als dem unbedeutenderen Partnerland. Doch es gibt Ausnahmen in dieser Regel und zwei fallen einem dabei sofort ein.

Leser dieser Zeitschrift sind sich sehr wohl bewußt, daß Amerikas zuverlässiger, demokratischer Verbündeter im Nahen Osten, angeblich der unerschütterliche Freund im Kampf gegen den internationalen Terrorismus – es handelt sich um Israel – in Wirklichkeit eine große Belastung darstellt. Die Vereinigten Staaten geben Israel Auslandshilfe von jährlich vier Milliarden Dollar.

Während dies früher eine Kombination aus Zuschüssen und Krediten war, sind es inzwischen alles Zuschüsse. Schlimmer noch als das Geld, das die USA verschwenden, ist jedoch die Schädigung der amerikanischen nationalen Interessen im Hinblick auf die islamische Welt durch eine Außenpolitik, in der Israel immer an erster Stelle rangiert sowie die Verzerrung der politischen Prozesse im Inland.

Oft ist es die Einstellung einer Person gegenüber Israel, die darüber entscheidet, ob sie in den amerikanischen Senat oder in das US-Repräsentantenhaus gewählt beziehungsweise wiedergewählt wird.

Weniger bekannt allerdings ist die Belastung, die Kuba für die Sowjetunion darstellt.

Fidel Castro kam am 16. Februar 1959 – vor über 27 Jahren – in Kuba an die Macht. Schon bald schwenkte er mit seinem glücklosen Land auf die Linie der Sowjetunion ein und hat seither ihren Interessen treu gedient. Doch was hat der UdSSR diese Allianz gebracht und was hat es sie gekostet?

Seit 1959 ist genau ein weiteres lateinamerikanisches Land in den sowjetischen Einflußbereich geraten: Nicaragua. In El Salvador gibt es zwar eine aktive, linke Revolte, doch sie tun sich schwer damit, das kleine Land zu »befreien«. Kuba hat natürlich in beiden Ländern und anderen bei nicht erfolgreichen Revolten – vor allem in Bolivien – in den sechziger Jahren die Hand im Spiel gehabt.

Andere kubanische Einmischungen sind trotz umfangreicher Bemühungen fehlgeschlagen. Man denkt dabei an Granada oder etwa an die engen Beziehungen, die das Land mit Jamaica unter Michael Manley und Chile unter Salvador Allende unterhielt.

Kuba dient den Sowjets auch als Stellvertreter in Afrika. Kubanische Soldaten helfen die marxistischen Regime Angolas, Mozambiques und Äthiopiens zu stützen. Israel vertritt Amerika desgleichen in Gebieten, wo sich eine offene Beteiligung der USA als unklug erweisen würde: Sri Lanka, Guatemala und der Sudan wären drei jüngste Beispiele hierfür.

Doch leider sind die Aktivitäten Israels für die Vereinigten Staaten – im besten Fall unzuverlässige und unangemessene Interventionen – weitaus weniger effektiv als die Kubas für die Sowjetunion. Mossad-Agenten fehlt die Ausdauer der kubanischen Armee, die jahrelang gleichzeitig in Zentralamerika und Afrika Seite an Seite mit ihren Verbündeten gekämpft hat. Der Mossad hat vielleicht eine Menge James-Bond-Typen, die ein Kraftwerk in die Luft jagen, einen bestimmten Politiker auslöschen oder eine Buchhandlung niederbrennen können, doch ihre Anzahl ist begrenzt und die Kosten sind untragbar.

Wie das Sprichwort heißt: Quantität ist nicht Qualität.

Dennoch – drei »Warenkörbe« in Afrika plus Nicaragua – ist ein gewaltig kleiner Ertrag aus einer 27jährigen Investition in Kuba. Die UdSSR geben dem Land fast soviel Auslandshilfe, wie die USA an Israel. Sie kaufen kubanischen Zucker, den sie nicht brauchen, über dem Weltmarktpreis ein. Sie sind bereitwillige Käufer für jede Banane, Orange oder Mango, die Kuba nur anbauen kann und sind verärgert, wenn es diese Produkte auf dem Weltmarkt gegen harte Währung verkauft. Der Sowjetblock bezieht diese tropischen Früchte, die als Deliaktessen hochgeschätzt sind, aus keinem anderen Land.

Natürlich finanzieren die Sowjets auch Kubas gewagte Unternehmungen im Ausland. Bezahlen tut das Land diese Ostblock-Hilfe mit dem Leben seiner jungen Männer – Kanonenfutter –, und es ist bei seinen Verbündeten trotzdem immer noch hoffnungslos verschuldet.



Fidel Castros Kuba ginge an die USA, wenn die Amerikaner ihre Unterstützung für Israel einstellen könnten.

Risiken für jede Supermacht

Zur Tatsache, daß es für die Sowjetunion einen wirtschaftlichen Verlust darstellt, kommt hinzu, daß Kuba auch noch die sowjetischen Beziehungen zu den USA verschlechtert. Genauso wie eine israelische Fehlkalkulation oder absichtliche Aktion Amerika in einen Konflikt führen könnte, den es nicht will, könnte ein Fehltritt Kubals die sowjetischen Interessen gefährden.

Die Risiken, die für jede Supermacht mit diesen beiden kleinen und bedeutenden Verbündeten verknüpft sind, übertreffen den Nutzen, den sie haben, bei weitem.

Somit bietet sich folgender Handel unter den Supermächten im nationalen Interesse der USA an: Die Vereinigten Staaten ziehen ihre Unterstützung Israels zurück und die Sowjets die ihre von Kuba.

Wenn man die Schwierigkeiten einmal außer acht läßt, die die Durchsetzung eines solchen Handelns mit sich bringen würde, so wären die Vorteile für jede Supermacht in der Tat ungeheuer.

Erstens: Jede Supermacht könnte einen klaren Sieg verbuchen, da ihrem Hauptgegner ein enger Verbündeter verlorengegangen ist. Der Unterstützung durch die Sowjetunion beraubt, würde Castro innerhalb weniger Monate gestürzt und Kuba käme wieder in den amerikanischen Einflußbereich. Ebenso Nicaragua.

Israel würde mit den arabischen Ländern und dem palästinensischen Volk Frieden schließen müssen, wenn es keine Hilfe von den Vereinigten Staaten mehr bekommt und vor ernsthaften Konsequenzen gestellt wird, sollte es einen militärischen Schlag gegen seine Nachbarn führen.

Zweitens: Jede Supermacht würde jährlich mehrere Milliarden Dollar einsparen. Israel und Kuba kosten ihren Gönnern weitaus mehr als sie wert sind und beide könnten ihren Haushalt gewaltig erleichtern, wenn sie sich von einem schwierigen Verbündeten befreien.

Drittens: Die Chance für einen dauerhaften Frieden würde größer. Sowohl Kuba als auch Israel könnten einen Atomkrieg zwischen den Supermächten herbeiführen. Bei einer größeren Eskalation im Libanon im Jahr 1982 war die Welt nahe daran, doch haben sich die USA glücklicherweise noch rechtzeitig zurückgezogen.

Viertens: Jede Supermacht würde ihren Machtbereich »rationalisieren«. Die Karibik wäre wieder eine amerikanische See. Die USA könnten mit ihren lateinamerikanischen Nachbarn in solch wichtigen Angelegenheiten wie Drogenhandel und illegale Einwanderung einen härteren Weg einschlagen, ohne eine »kommunistische Bedrohung« fürchten zu müssen, die dann nicht mehr vorhanden wäre.

Keine kubanische Lobby in Moskau

In der islamischen Welt würde es wahrscheinlich zu einer Teilung kommen, bei der die meisten säkularen Regime schließlich in die Einflußsphäre der Sowjetunion gelangen. Syrien und der Irak sind bereits pro-sowjetisch und ein Nachfolger von Ägyptens Hosni Mubarak wird es ihnen wahrscheinlich gleichtun.

Die USA bestechen Ägypten derzeit mit sage und schreibe über zwei Milliarden Dollar jährlich, damit das Land seinen Friedensvertrag mit Israel erfüllt, und wenn die Vereinigten Staaten auf das Bündnis mit diesem Ministaat verzichten, dann wäre dieser kostspieligen Ausgabe auch die Grundlage entzogen.

Um einer Beherrschung durch die Sowjetunion und den Irak zu entgehen, könnte es sehr gut sein, daß ein Iran nach Khomeini wieder zu seiner traditionellen Allianz mit den Vereinigten Staaten zurückkehrt. Jordanien, Saudi-Arabien und die anderen konservativen Monarchien auf der arabischen Halbinsel würden wahrscheinlich pro-amerikanisch bleiben. Wenn ein angriffslustiges Israel kein Problem mehr ist, werden diese Länder ihre Bindungen an die USA aller Voraussicht nach vertiefen.

Die Schwierigkeit liegt natürlich in der Durchsetzung dieses »Geschäfts«. Es wäre für die Sowjetunion viel leichter einen solchen Handel abzuschließen und einzuhalten als für die USA – es gibt keine »kubanische Lobby« in Moskau wie das israelische Gegenstück in Washington.

Langfristig gesehen wären die amerikanischen Chancen für einen solchen Handel, wie er hier vorgeschlagen wurde, am besten, wenn das Establishment der USA erkennen würde, daß die fortlaufende Unterstützung Israels durch die Vereinigten Staaten nicht im amerikanischen Interesse liegt. Viele führende Vertreter auf dieser Ebene haben dies auch tatsächlich schon erkannt, doch jene, die es laut ausgesprochen haben, taten es bis jetzt auf Kosten ihrer Karriere. Wir denken dabei an die US-Senatoren wie William Fulbright, Charles Percy, George Ball und John Connally.

Doch man sollte auch die Macht des Establishments, in seinem eigenen Interesse zu handeln, nicht unterschätzen. Wer sonst außer dem Establishment profitiert schließlich von dem gegenwärtigen amerikanischen Geld-Verschuldungssystem? Seit dem Jahr 1982 benutzt man die Amerikaner dazu ein bankrottes Banksystem zu unterstützen, in dem große Banken und multinationale Unternehmen gerettet und kleinere Banken, Betriebe und Farmen an die Wand gedrückt werden.

Wenn eben dieses Establishment erkennt, daß Israel eine Belastung darstellt und keine Stütze, dann ist der hier vorgeschlagene Handel im Interesse beider Supermächte und im Interesse des Weltfriedens vielleicht möglich. □

Israel

Die Netzwerke in den USA

Warren Hough

Sorge und Beunruhigung darüber, daß die israelische Lobby in Amerika und der Finanzier ihres Untergrundnetzes, Robert Jacobs, in einen »Skandal, schlimmer noch als die Pollard-Affäre« – so eine Informationsquelle – hineingezogen wird, hat die israelische Regierung dazu veranlaßt, elf Geheimdienstbeamten, die wegen der Folterung und Ermordung von gefesselten Gefangenen angeklagt waren, in nie dagewesener Form Straferlaß zu gewähren.

Die »Pollard-Affäre« wurde ausgelöst durch die Verhaftung des amerikanischen Marine-Geheimdienstlers Jonathan Jay Pollard im Jahre 1985 in Washington. Unter der Anklage, an den israelischen Geheimdienst Mossad kofferweise gestohlene, geheime amerikanische Verteidigungsunterlagen über die Vereinigten Staaten weitergegeben zu haben, bekannte sich Pollard schließlich schuldig und wartet gegenwärtig auf seine Verurteilung.



Ariel Sharon, Vertreter der Kriegsfalken in Israel, spielt eine wichtige Rolle im Spionage-Netzwerk.

Missionen gegen lästige Gegner

Für Israel höchst peinlich kam dabei in den Untersuchungen heraus, daß Rafael Eitan, ein altgedienter Mossad-Spion mit dem Spitznamen »Dirty Rafi«, der Pollard steuerte, seit jeher ein Terrorist war.

Bei den elf Agenten, die wegen der Ermordung ihrer Gefangenen angeklagt waren, handelt es sich um Mitglieder eines anderen israelischen Geheimdienstes, des Sicherheitsdienstes Shin Beth. Dieser Name wird in der Öffentlichkeit selten gebraucht und wenn, dann nur unter der Bezeichnung »interne Spionageabwehr«.

In Wirklichkeit, so sagen Vertreter der Vereinigten Nationen, befaßt sich der Shin Beth mit weltweiten Geheimdienstoperationen, obgleich der Mitgliedsstab in Übersee kleiner ist als der vom Mossad.

Ähnlich wie der FBI konzentriert sich der Shin Beth auf Länder, in denen die eigene Regierung eine starke und aktive diplomatische Vertretung besitzt. Im Fall des Shin Beth heißt das, er operiert schwerpunktmäßig in den USA. Doch anders als der FBI beauftragt der Shin Beth seine Agenten mit solchen geheimdienstlichen Missionen wie der Sabotage, Einschüchterung und gelegentlich auch der »Auslöschung«, das heißt Ermordung, von Israels lästigen Gegnern und Kritiker.

Unter der Bedingung, daß sie anonym bleiben, stimmten einige Geheimdienstvertreter und Diplomaten aus UN-Kreisen zu, eine Reihe heikler Fragen zu dem Thema anzusprechen und sie nannten dabei die Namen mehrerer führender Amerikaner, die beide Seiten – sowohl Amerika als auch Israel – unterstützen und in eine öffentliche Untersuchung der Spionage- und Terroroperationen des Shin Beth in diesem Land hingezogen werden könnten.

Die Mächtigen und Gefährlichen

Joseph Churba, ein langjähriger Lobbyist für den Mini-Staat im Mittleren Osten, der jetzt das Verbindungsglied ist zwischen den sogenannten Kriegsfalken in Israel unter Führung von General Ariel Sharon und dem weltweiten Propaganda-Apparat, der von dem hundertfachen Millionär und koreanischen Sektenführer Sun Myung Moon organisiert und finanziert wird.

Robert Jacobs, ein einflußreicher New Yorker Immobilien-Makler und vereidigter Wirtschaftsprüfer, dem die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Kanarek & Jacobs im Herzen von Manhattans »Diamanten-Bezirk«, dem Zentrum der Mossad-Operationen an der Ostküste, gehört. Seit langem für seine Beteiligung an von der Mossad geförderten, terroristischen Operationen bekannt, spielt Jacobs in den letzten Jahren eine zunehmend wichtige Rolle als Lieferant von Logistik und Kapital für den israelischen Untergrund in den Vereinigten Staaten.

Meshulam Riklis, Milliardär und Konzerneigner. Bekannt als Sharons »Kampagnen-Manager« in Amerika, wurde als Schlüsselfigur in dem Feldzug, Israel unter Sharons diktatorische Kontrolle zu bringen, beschrieben. Ein UN-Diplomat bezeichnete Sharon »als den derzeit gewalttätigsten, mächtigsten und gefährlichsten Terroristen auf der Welt«.

Doch sowohl die israelische Regierung als auch ihre Untergrundorganisation in den USA bekamen im Janaur 1986 einen »bösen Schrecken«, so sagen diese Quellen, als Craig Leitner (24) im Morgengrauen von FBI-Agenten in einem Studentenheim der Pace University nahe Plains, New York, verhaftet wurde. Der FBI hatte nach einem vor den israelischen Behörden Flüchtigen gesucht.

Obwohl als Student eingeschrieben, stellte sich heraus, daß Leitner ein für den Mossad arbeitender, israelischer Terrorist war, dessen brutale Angriffe auf arabische Zivilisten ihn selbst in den Mini-Staat des Mittleren Ostens in Schwierigkeiten gebracht hatten.

Am 31. Juli 1984 soll Leitner – unterstützt durch mehrere andere Mossad-Agenten – Kerosin auf einen arabischen Bus in Hebron am israelisch besetzten Westufer gegossen und diesen dann angezündet haben. Damit schien er einen Schritt zu weit gegangen. Er wurde von der israelischen Polizei verhaftet, doch rasch wieder freigelassen, als einflußreiche Gönner, darunter angeblich Sharon selbst, sich zu seinen Gunsten einschalteten.

Wann kommen weitere Einzelheiten ans Licht?

»Was als nächstes geschah, ist ein echter Skandal«, erzählt ein US-Diplomat. »Man gab diesem, zu Gewalttaten neigenden Kämpfer, Geld, gefälschte Papiere und weitere Unterstützung, damit er aus Israel fliehen und in seine Heimat Amerika zurückkehren konnte, wo er sich dem terroristischen, israelischen Untergrund anschloß. Durch seine Verhaftung bestand die Gefahr, daß dieser Hintergrund enthüllt und wichtige Förderer des israelischen Aktivismus wie Jacobs da hineingezogen würden. Es bedurfte außergewöhnlicher Anstrengungen durch die Lobby des Mini-Staates – des mächtigsten ausländischen Interessenverbandes in der amerikanischen Geschichte –, um den Fall zu unterdrücken und den aufkommenden Skandal im Keim zu ersticken.«

Um ihr geheimes Netzwerk in den Vereinigten Staaten nicht preiszugeben und zu gefährden, hat die israelische Regierung jetzt den elf Geheimdienstbeamten, die wegen der gleichen Art von Mord angeklagt waren, durch den auch die Leitner-Affäre ausgelöst wurde, einen Blanko-Straferlaß erteilt.

»Jacobs und Riklis können aufatmen«, meinte ein US-Sicherheitsberater mit langjährigen Erfahrungen in Affären des Mittleren Ostens. »Doch früher oder später wird das verborgene Spionage- und Terrorismusnetz des sogenannten israelischen Untergrunds in den USA doch ans Tageslicht kommen und sich zum empörendsten Skandal der achtziger Jahre entwickeln.« □

CIA

Ärger mit Maulwürfen

Victor Marchetti

Wenn man die Nachrichtenmedien des westlichen Establishments darüber berichten hört, könnte man glauben, Edward Lee Howard, der vor kurzem nach Moskau übergelaufen ist, sei der erste CIA-Agent, der etwas derartiges getan hat. Doch leider ist dem nicht so. Es hat vor ihm schon andere gegeben, und einige von ihnen haben dem US-Geheimdienst weitaus größeren Schaden zugefügt.

Im April 1980 wurde David Henry Barnett, ein erfahrener CIA-Beamter, vom FBI in Bethesda, Maryland, aufgrund der Anklage, Geheimnisse an den sowjetischen Geheimdienst KGB verkauft zu haben, verhaftet. Barnett, der seit über 20 Jahren dem CIA angehörte, hatte die Operation »Habrink« in Indonesien preisgegeben, in die er selbst ziemlich stark verwikkelt gewesen war.

Eine Goldmine an Informationen

Bei »Habrink« handelte es sich um die größte und erfolgreichste Spionageoperation, die der CIA je gegen die Sowjets laufen hatte. Mehr als 30 Offiziere der indonesischen Luftwaffe und Marine arbeiteten als Geheimdienstagenten für den CIA und belieferten die US-Regierung mit Hunderten von Geheimdokumenten über Spezifikationen und Leistungscharakteristika von Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen sowjetischer Bauart, die an dieses Land geliefert worden waren. Es handelte sich dabei um die gleichen Kampfmittel, die Moskau auch an andere Länder der dritten Welt einschließlich Kuba verkauft hat. »Habrink« war eine Goldmine an technischen Informationen.

Inzwischen war Barnett vom CIA weggegangen und hatte in Indonesien ein Exportgeschäft eröffnet, mit dem er jedoch schnell scheiterte. Als nächstes kehrte er nach Hause in die Vereinigten Staaten zurück, wo er eine Importfirma gründete, die nie richtig ins Laufen kam. An dieser Stelle brachte ihn der KGB, der Barnett für seinen Verrat fast 100 000 Dollar gezahlt hatte, dazu, wieder zum CIA zu gehen, was er im Januar 1979 auch tat. Obwohl er zu 200 Dollar pro Tag eingestellt wurde, um den Geheimdienstnachwuchs im geheimen Schulungszentrum des CIA in Camp Perry, Süd-Virginia, Überwachungstechniken beizubringen, wurde er bei seinem erneuten Eintritt keinem Lügendetektortest unterzogen.

CIA-Vertreter meinten später naiv, Barnett hätte damit »keine heikle Aufgabe übernommen« und deshalb sei ein solcher Test nicht nötig gewesen. Dabei war Barnett die ganze Zeit ein für den KGB arbeitender Spion, der Dutzende von CIA-Schulungsleuten und neuen Geheimdienstmännern, die für überseeische Aufgaben eingeplant wurden, identifizieren konnte.

Barnett wurde schließlich – zufällig – gefaßt. Das FBI war auf seinen KGB-Kontaktmann, Vladimir Popov, angesetzt, der verdächtigt wurde, ein getarnter Spion und nicht der »Diplomat«, den er vorgab, zu sein. Bei den Überwachungen fand das FBI heraus, daß Barnett einer von Popovs Kontakten war. Als sie der Spur folgten, fanden sie bald heraus, daß Barnett für Popov als Spion arbeitete. Kurz danach wurde Barnett verhaftet. Er legte ein Geständnis ab.



David Barnett verriet dem KGB die amerikanische Operation »Habrink« in Indonesien.

Zwei Jahre zuvor – im März 1978 – erlebten der CIA und der amerikansiche Geheimdienstverband ein noch größeres Desaster: William Kampiles, ein jüngerer Agent, nahm beim CIA nach nur achtmonatiger Zugehörigkeit seinen Hut. Als er das Hauptquartier in Langley, Virginia, verließ, hatte er ein 85seitiges, streng geheimes Dokument über die Funktionen des fortgeschrittenen Aufklärungs-Fotosatelliten KH-11 bei sich.

Ein paar Wochen später verkaufte Kampiles den Leitfaden für nur 3000 Dollar an einen KGB-Agenten in der sowjetischen Botschaft in Athen. Für diesen geringen Betrag, ja, fast ohne Gegenleistung, waren die Sowjets in der Lage, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die die Fähigkeiten des KH-11 erheblich reduzierten.

Wie Barnett wurde auch Kampiles durch Zufall gefaßt. Nachdem er den KH-11-Leitfaden an den KGB verkauft hatte, kehrte er in die Vereinigten Staaten zurück und prahlte bei seinen Freunden damit, daß er den Sowjets »Falsch«-Informationen verkaufen würde. Dies rief das FBI auf den Plan. Die Behörde stellte bald fest, daß Kampiles den Sowjets keine Falschinformationen, sondern höchst sensitive Geheimnisse verkaufte. Er wurde verhaftet und rasch überführt.

Ein dritter Agent, Edwin G. Moore, hat im Jahre 1976, einige Jahre nachdem er den CIA verlassen hatte, versucht, Geheimnisse an die Sowjets zu verkaufen. In einem eigenartigen Versuch mit dem KGB Kontakt aufzunehmen, warf er ein Paket mit einer Reihe von Geheimunterlagen und einem Schreiben mit der Zusage weitere Dokumente zu liefern, über die Mauer eines Geländes in Washington, auf dem ein großer Teil der sowjetischen Botschaftsangehörigen wohnt. Nach der offiziellen Version haben die Sowjets das Paket dem FBI gegeben, weil sie fürchteten, daß eine Bombe darin sei.

Schandflecke für den Geheimdienst

CIA-Vertreter, die den Fall kennen, sind der Meinung, der KGB habe das Material gelesen, was Moore ihnen liefern wollte. Doch da es von geringem Wert für sie war, vermuteten sie, daß es sich dabei um eine Provokation durch den CIA handeln sollte und beschlossen, Moore bloßzustellen. Er wurde einige Tage später verhaftet.

Es hat noch weitere Spione gegeben, die innerhalb des CIA operierten. Zumindest soweit der Öffentlichkeit bekannt, war Larry Wu tai Chin der beste. Bei ihm handelt es sich um einen Agenten des kommunistischen Geheimdienstes in China, der mehr als 30 Jahre innerhalb des CIA gearbeitet hat. Er war der erste wirkliche Schandfleck für die Behörde und hat Hunderttausende von Dollar durch das Ausspionieren des CIA verdient, bevor er schließlich enttarnt werden konnte.

Auch hier war es ein Zufall. In seiner ganzen Dienstzeit für den CIA als Geheimdienstanalytiker und Übersetzer wurde er nie einem Lügendetektortest unterzogen.

Chin, der nach dem Verlassen des CIA diesem noch weiter als Berater zur Verfügung stand, soll angeblich mit Hilfe seiner früheren Ehefrau enttarnt worden sein, der sein ausschweifender Lebensstil und seine häufigen Abstecher zum Spielen nach Las Vegas verdächtig vorkamen. Nach seiner Verhaftung und Verurteilung beging Chin in einem Gefängnis in Alexandria, Virginia, auf rätselhafte Weise »Selbstmord«, indem er sich einen Müllsack über den Kopf stülpte.

Und es gab noch andere sowjetische Spione im CIA. Karl F. Koecher, ein »Illegaler« des KGB, konnte Mitte der siebziger Jahre als Übersetzer in den CIA hineingelangen und operierte dort bis zum Jahr 1984, als er schließlich enttarnt werden konnte. Er wurde in dem bekannten Tauschgeschäft vom Februar 1986 gegen Anatoly Scharansky ausgetauscht. □

USA

Wahre Ziele des nächsten Krieges

Richard Kelly Hoskins

Die Moslems beschweren sich über die Haltung der Vereinigten Staaten. Sie sagen, daß jeder Araber, ob Mann, Frau oder Kind, der getötet wird, mit in Amerika hergestellten Flugzeugen, Bomben, Raketen, Kugeln, Panzern, Geschossen oder anderen in den USA hergestellten Kriegsgeräten umgebracht wird. Ohne amerikanisches Kriegsgerät wären die Invasionen in Ägypten, Jordanien, Syrien und dem Libanon unmöglich gewesen.

Die Araber sagen, daß Flüchtlingslager, gefüllt mit arabischen Frauen und Kindern, die dem Terror in Palästina entflohen sind, mit in Amerika hergestellten Streubomben angegriffen wurden, die Flugzeuge »made in USA« abwarfen. Diese Flugzeuge wurden von in Amerika ausgebildeten Piloten geflogen. Jene, in deren Auftrag diese Flugzeuge starten, die Panzer in den Einsatz kommen und die Gewehre abgeschossen werden, werden mit amerikanischen Hilfsgeldern bezahlt. Die Moslems klagen an, amerikanische Intervention hat sie Zehntausende von islamischen Leben gekostet.

Verantwortungslosigkeit der USA

Viele Male haben die Moslems darum gebeten, daß, wenn amerikanisches Kriegsgerät an ein Land gegeben wird und dieses Land dieses Kriegsgerät gegen seine Nachbarn einsetzt, amerikanische Hilfeleistungen an das Aggressorland eingestellt werden sollen. Amerika hat diese Gesuche ignoriert. Die islamische Welt ist unglücklich über dieses Verhalten, was sie als »Amerikas Verantwortungslosigkeit« bezeichnet.

Islamische Menschen sehen die Dinge nicht so wie westliche Christen. Sie glauben, daß Moslems überall zu einer großen Nation gehören – dem Islam. Diese Großnation ist in kleinere politische Unterabteilungen von relativer Überschaulichkeit aufgeteilt.

Die einzige wichtige Sache für das islamische Denken ist die eine Großnation von fast einer Milliarde Menschen – der Islam. Für sie umfaßt diese Nation all das, was wichtig und unvergänglich ist.

Der Rest der Welt ist für die meisten Moslems nicht wirklich vorhanden. Wir können uns das nur schwer vorstellen, aber es ist eine Tatsache. Sie wissen wenig und machen sich noch weniger daraus, was jenseits der Grenzen ihres eigenen Islam vor sich geht.

Selbst unter den Gebildeten herrscht ein schockierender Mangel an Kenntnissen in Geographie, über Nationen, politische Zusammenhänge und über Völker außerhalb ihrer eigenen Länder. Sie haben daran überhaupt kein Interesse.

Der Rest der Welt nimmt jedoch immer mehr Gestalt an, da er sich mit seiner Musik, Kleidung, Gütern, Schiffen dem islamischen Volk zwangsläufig aufdrängt. In jüngster Zeit sind Bomben, Maschinengewehre und Napalm dazu gekommen. Das letzte Mal, daß etwas so viel Beachtung von ihnen erhielt, waren die Kreuzzüge.

Die ungläubigen Länder sind unheimlich

Für Moslems besteht die vertraute Welt des Islams aus der »Zone des Friedens«. In der »Zone des Friedens« werden die Gesetze des Koran geachtet. Jedermann, sogar »Ungläubige«, gehen ihres Weges, wobei sie nur den normalen Einschränkungen unterliegen, die in ihren Gesetzen niedergelegt sind.

Länder außerhalb des Islams werden als dunkel und böse betrachtet. Dies ist die »Zone des Krieges«. Diese ungläubigen Länder sind unheimlich, weil sie nicht den Segen des islamischen Rechts haben, und die Gesetze des Islams sich nicht durchsetzen.

Der Koran befiehlt und empfiehlt den Tod von Ungläubigen. Wenn die »grüne Flagge« gehißt worden ist, darf ein »Gläubiger«, wenn er diese »Zone des Krieges« betritt, ihren Bewohnern alles tun, wozu ihn Allah führt. In der Geschichte hat dies zu unsagbaren Taten der Verstümmelung und Schädung geführt, von denen die westliche Geschichtsschreibung in grauenvollen Einzelheiten berichtet. Heute versuchen sie, ihren Willen durchzusetzen und ihre Glaubensüberzeugungen mit Maschinengewehren und Bomben zu verteidigen.

Gemäß dem islamischen Konzept von den zwei Zonen des Friedens und des Krieges gibt es zwei Arten von Krieg. Es gibt den einfachen Krieg zwischen »Brüdern«, wie er beispielsweise jetzt zwischen dem Irak und Iran, und zwischen der PLO und der jüdisch-israelischen Nation ausgefochten wird. Es gibt viele Juden und PLO-Araber, die jahrelang in Palästina Nachbarn und Freunde waren. Und viele sind es immer noch.

In diesen Kriegen geschehen schreckliche Dinge, wie in allen Kriegen, aber man macht Gefangene und erkennt Konventionen an. Immer werden sehr viele »bombastische« Reden geschwungen, aber es gibt Regeln, die eingehalten werden.

Dagegen ist der »Heilige Krieg«, wie er zum Beispiel während der Kreuzzüge ausgefochten wurde, eine andere Sache. In »Heiligen



Kriege wie Vietnam, die unendliches Leid für die Zivilbevölkerung bringen, bedeuten für die internationalen Banker Riesen-Profite.

Kriegen« gibt es selten »Regeln« oder Gefangene. Zu jeder Zeit und in jeder Begegnung gehen die Beteiligten »aufs Ganze«. Viele Menschen sterben im »Heiligen Krieg«. Wenige schmachten in Gefangenenlagern. Es gibt kaum Gefangene.

Amerikas Bedarf an Kriegen

Der »Heilige Krieg« wird erklärt durch das Zeigen einer grünen Flagge oder eines grünen Halstuches.

Der westliche Mensch kann sicher zu Hause in seinem Lehnstuhl sitzen und im Fernsehen einen Mob schreiender Libyer betrachten. In jenem Mob könnte es zwei oder drei geben, die ein grünes Haltuch tragen oder eine grüne Flagge schwingen.

Beobachten Sie diese Leute sorgfältig. Sie haben sich selbst von ihren Kameraden getrennt. Und sie haben beschlossen, daß sie streng die Gesetze des Islams befolgen und sich von nun ab in der »Zone des Krieges« befinden. Entsprechend werden sie handeln, sie tun es zum Ruhm und zum Schutz des Islams.

Der Westen hat ein großes finanzielles und wirtschaftliches Interesse. Die Moslems haben wenig Sympathien dafür. Es geht dem Westen um die Geschäfte und Profite des internationalistischen Banksystems. Und den Banker geht es um das Verleihen von unendlichen Mengen an Geld, um ein neues 1929 zu vermeiden, beziehungsweise um aus einem heutigen 1929 wieder herauszukommen.

Gemäß Keynes'scher Wirtschaftslehre gibt es nur drei Wege, um Geld in einer Zinsen-Gesellschaft effizient in Umlauf zu bringen: Erstens, Steuersenkungen; zweitens, öffentliche Aufträge für Straßenbau, Verteidigungsanlagen, Rüstung und Regierungsbauten; drittens, Krieg.

Keynes'sche Wirtschaftler sind sich einig, daß die letztgenannte Methode die beste mit dem meisten Profit ist. Es ist auch die am häufigsten angewandte Methode.

Einwände gegen das Borgen von Geld werden mit patriotischer Leidenschaft überwunden. Bei einem ordentlichen Management kann ein Krieg »gute Zeiten« für viele, viele Jahre sicherstellen. Der Vietnamkrieg war das Schulbeispiel dafür, um zu zeigen, was ein ordentlich geführter Krieg für die Wirtschaft zu Hause tun kann.

Damit die Gegner in dem nächsten Krieg bereit sind, wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit sich ergibt, trägt man Sorge, daß sie vorher konditioniert werden. Dazu ein Beispiel.

Im Dezember 1980 erschien in den Vereinigten Staaten ein Artikel mit dem Titel »Arab Oil – South African Gold or 1929« (»Arabisches Öl – Südafrikanisches Gold oder 1929«). In diesem Bericht wurde der Bedarf nach einem zukünftigen Krieg dargestellt und man zeigte, warum die Vereinigten Staaten entweder mit den arabischen Nationen und/oder Südafrika in den Krieg ziehen müßten. So wie sich die Ereignisse entwickeln, scheint es, daß beide ausgesucht wurden, und zwar aus Gründen, die bereits 1980 gültig und offensichtlich waren.

Der Krieg des Zinssystems

Daß die Wahl der zukünftigen Gegner Amerikas auf Araber und Südafrikaner gefallen ist, hat keinen besonderen Grund. Es ist nur so, daß es nicht mehr viele andere brauchbare Gegner gibt.

Der anhaltende Bedarf nach einem Krieg des Zinssystems, um so die Geldversorgung auszuweiten, ist die Erklärung für die anhaltenden Störangriffe auf die Araber und Südafrikaner. Dabei verlassen sich die Kriegsplaner darauf, daß weder die Araber noch die Südafrikaner sich unterwerfen noch zu Sklaven werden. Daher ist es nur eine Frage der Zeit, bis das monetäre System des Westens den Krieg eröffnet, den es so dringend braucht.

Das internationale Bankensystem rechnet mit Amerikas fortgeschrittener Militärtechnologie zu seinem Schutz, während es seine begrenzten Kriege kämpft. In den Kriegen in Korea und Vietnam hat nie eine Aussicht bestanden, daß die Gegner einen bemerkenswerten Schlag gegen das amerikanische Hinterland ausführen könnten.

Diese nächsten, geplanten Kriege gegen drittrangige Nationen sind von der gleichen Art und sie werden sich lange hinziehen mit eintönigen Konflikten. Es wird die normalen kleineren Überraschungen geben, die geplant und gewürzt sind mit einigen Greueltaten, die man braucht, um das öffentliche Interesse wachzuhalten.

Es ist kein Zufall, daß Munition an die Feinde der Moslems geliefert wird. Es ist kein Zufall, daß amerikanische Streitkräfte an verwundbaren Stellen plaziert werden, wo sie leichte Zielscheiben für Moslems mit »grüner Flagge« abgeben, die Frauen und Kinder durch amerikanische Waffen verloren haben.

Es ist kein Zufall, daß es Amerikas modernen Bombenwaffen gelungen ist, Wohngebiete arabischer Städte zu treffen und Frauen und Kinder zu töten. Es ist kein Zufall, daß ein Luftangriff auf Gaddafis Haus verübt wurde. Die ganze Welt wußte, daß Gaddafi dort mit seiner ganzen Familie lebte. Der einzige Zufall dabei war, daß nur ein Kind getötet wurde.

Für die arabische Welt hat dieses Morden Amerikas Absicht mehr als alles andere, was es hätte tun können, symbolisiert. Und das sollte auch so sein. Amerika wird den Krieg bekommen, den sein Bankensystem so verzweifelt braucht. Sowohl die Araber als auch die Südafrikaner werden kämpfen.

Die Ziele bestimmen die Banker

Allerdings könnten die Dinge eine andere Wende nehmen, und zwar aus einem der folgenden drei Gründe:

Erstens, die amerikanische Regierung hat unter Weisung der Wall-Street-Verleiher (»Der Borger ist dem Leiher untertan«) die Industrie der USA reduziert, so daß gegenwärtig Amerika 25 Prozent seines Stahls, 30 Prozent seiner Autos, 80 Prozent seiner Elektronik, 60 Prozent seiner Textilien, 50 Prozent seines Rindfleischs und 50 Prozent seiner Molkereiprodukte importiert. Im Fall eines nationalen Notstandes darf man annehmen, daß Amerika von der restlichen Welt abgeschnitten wird, und es wird zu Verknappungen kommen. Diese Verknappungen werden von kritischer Natur ein.

Gegenwärtig kann Amerika keinen Panzer, kein Kriegsschiff und kein Flugzeug herstellen ohne importierte Teile. Diese Teile könnten nicht verfügbar sein, wenn der kommende Krieg nicht wie geplant verläuft. Amerika könnte nicht in der Lage sein, sich in einer Krise neue Waffen zu beschaffen.

Zweitens sollte man bedenken, daß es noch »Rucksack«-Atombomben (65 Pfund) gibt, die Leute tragen können, die entschlossen sind, für ihre Sache zu sterben. Die Dinge bekommen allein durch diese Tatsache eine andere Bedeutung.

Drittens, es könnte noch andere als die Moslems und Südafrikaner geben, die Amerika bekämpfen möchten. Neben der einen Milliarde Moslems, die sich Amerikas Herrscher zu Gegnern gemacht haben, gibt es noch eine Milliarde Chinesen, die uns hassen. Diese beiden Gruppen stellen insgesamt mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung dar.

Kommt dazu noch die UdSSR, die bis an die Zähne bewaffnet ist und nur auf eine Gelegenheit wartet, dann kann es für die USA zu einer endgültigen Katastrophe kommen.

Der Auslöser für alle diese katastrophalen Möglichkeiten könnte ganz bestimmt betätigt werden, wenn der kommende Krieg im Mittleren Osten und Südafrika geplant wurde und nicht planmäßig verläuft. Mit anderen Worten, wenn jemand die USA zu ruinieren wünscht, dann wäre die Gelegenheit dazu da.

Es könnte sein, daß Amerikas unglaubliche Kette von Fehlern in der Weltpoltik ein Zufall gewesen ist. Es könnte aber auch sein, daß der wahre Grund für diese Fehler darin liegt, die Vereinigten Staaten zu schwächen.

Es könnte sein, daß die wahre Zielsetzung, für die die internationalen Banker die ganze Zeit gearbeitet haben, darin besteht, die Massen der Welt zu vereinen und in einer einzigen riesigen Flutwelle menschlicher Leiber gegen Amerika zu führen, um es zu vernichten. Der kommende Krieg mit dem Mittleren Osten und Südafrika wird mit Sicherheit diese Gelegenheit bieten. □

Netzwerke

Verworrene US-Nahost-Politik

Warren Hough

Die Reagan-Regierung ist inzwischen so stark mit Israels Agenten, Anhängern und Komplizen der verschiedensten Couleur durchsetzt, daß sich der innere Kreis derjenigen, die beide Seiten – Amerika und Israel – unterstützen, wie ein Schattenkabinett verhält, das politische Rivalitäten, strategische Streitigkeiten und bürokratische Kämpfe hervorruft, genauso wie es tatsächlich auch innerhalb von Regierungen der Fall ist.

Das ist das Fazit aus einer Geheimkonferenz militärischer Beobachter – Botschafts-Attachés und anderer Verteidigungs-Delegationen – aus elf Ländern des Mittleren Ostens und der Golfstaaten. Das arabische Treffen, das im UN-Hauptquartier in New York City abgehalten wurde, sollte die aus den Berichten über neuerliche militärische Schritte Amerikas gegen Libyen hervorgerufene Krise behandeln.

Neues Verwirrspiel gegen Libyen

Doch da sich die unmittelbare Kriegsgefahr im Mittelmeer im Spätsommer gelegt hatte, wandten sich die Konferenzteilnehmer der wichtigeren Frage zu, »wer eigentlich heutzutage Herr in Washington ist«, wie eine Quelle es formulierte.

Diese Quelle – ein Berufsoffizier eines wichtigen Golfstaates und ein jüngerer Teilnehmer, ein arabischer Hauptmann der Luftwaffe – erklärten sich bereit, einige Aspekte der Konferenz zu erörtern.

Die arabischen Beobachter diskutierten – »mit Bestürzung und Unglauben«, wie aus einer Quelle verlautete –, die Folge von Ereignissen, die an jenem letzten Montag im August 1986 begonnen hatte, als das »Wall Street Journal« in einer Titelgeschichte verkündete, US-Präsident Ronald Reagan habe die Stationierung von drei Flugzeugträger-Kampfverbänden im Mittelmeer für einen erneuten Angriff Libyens – als Vergeltung für die jüngsten terroristischen Anschläge – angeordnet.

»Diese erstaunliche Ankündigung rutschte rasch in einen Wortkrieg zwischen den wichtigsten pro-israelischen Gruppierungen in Washington ab«, erinnert sich der Kompagniechef. »Am Dienstag bestätigten Sprecher des Weißen Hauses und des amerikanischen Außenministeriums die sensationelle Meldung des ›Wall Street Journals‹.

Am Mittwoch setzte die ›Washington Post‹ die Sache ins rechte Licht und nannte die Geschichte einen weiteren Versuch, Oberst Muammar el-Gaddafi damit zu einer unvernünftigen Handlung zu provozieren. Am Donnerstag rückte die ›New York Times‹ beide Zeitungen – das ›Wall Street Journal‹ und die ›Washington Post‹, – mit ihren Artikeln erneut in ein sachlicheres Licht.

Und am Freitag nahmen US-Außenministerium und Weißes Haus der eigenen, zuvor abgegebenen Bestätigung dieser Geschichte den Nimbus. ›Irrationales Verhalten‹, – das war ein Paradebeispiel dafür!«

New Yorks Bürgermeister Ed Koch (rechts) wird interviewt, nachdem eine Tränengasbombe in einer Vorstellung des sowjetischen Balletts explodiert war.

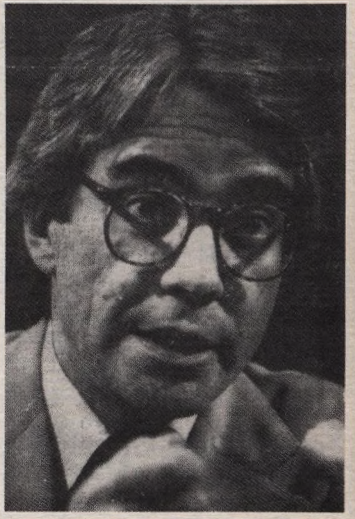
Pro-Israelis nicht immer einer Meinung

Arabische Geheimdienstquellen kamen bei der Verfolgung der Spur dieses jüngsten anti-libyschen »Nervenkrieges« auf Michael Ledeen. Trotz vorliegender Beweise dafür, daß er Zahlungen von mehr als einer fremden Spionage-Organisation angenommen hat, ist er ein einflußreicher, politischer Ratgeber des Weißen Hauses. Die Spur führte auch zu Richard Burt, Botschafter der Reagan-Regierung in Bonn, trotz seines vormals liberalen Hintergrunds als pro-israelischer Polemiker im Mitarbeiterstab der »New York Times«.

Sie führte ferner zu einer kleinen Gruppe pensionierter US-Generäle, die arabischen Geheimdienstberichten zufolge »Stützen des israelischen Geheimdienstes wurden, als sie noch für das Pentagon arbeiteten und diese Verbindungen zu Israel dann nach ihrer Pensionierung noch intensivierten«.

Der frühere Direktor der Spionageabwehr (DIA), Generalleutnant Eugene F. Tighe Jr., wurde von Journalisten als »leider eine führende Figur« in dieser Kabale von ehemaligen Befehlshabern, die für zwei Seiten arbeiten, zitiert.

Aus der Sicht der Nahost-Militärexperten ist das Unangenehme daran, daß die größte einzelne Gruppierung der mächtigen pro-israelischen Lobby aus lauter »Kriegsfalken« – Anhängern von Isreals General Ariel Sharon (»dem Schlächter«) – besteht.



Richard Burt, US-Botschafter der Reagan-Regierung in Bonn, ist ein Glied in der Kette von Gerüchten.

Unter ihnen befinden sich die Verbündeten der Labor-Regierungen des Mini-Staates, die zwei Jahrzehnte lang an der Macht waren, bevor im Jahr 1977 Premierminister Menachem Begin und seine Herut-Partei, die einen harten Kurs verfolgte, gewählt wurde.

Religiöse Fanatiker, die in Amerika daran arbeiten, den Ministaat in eine so starke theokratische Diktatur zu verwandeln, daß alle ansäßigen Araber von ihrem ständig größer werdenden Territorium vertrieben werden können, bilden eine dritte Lobby für den Ministaat.

Nach beiden Seiten hin loyal

Arabische Verteidigungsexperten sind der Meinung, daß diese Schismen die amerikanische Außenpolitik – die inzwischen in erheblichem Maße von Leuten kontrolliert wird, die nach bei-

den Seiten hin loyal sind – in einen unberechenbaren und selbstzerstörerischen Kurs führen. Sie nennen dabei folgende auslösende Momente, wo eine widersprüchliche Politik – verursacht durch streitende Partisanen Israels – die Welt an den Rand des Krieges bringt:

Während die Reagan-Regierung den grenzenlosen Krieg zwischen Iran und Irak offiziell mißbilligt, schüren Israel und seine Handlanger in den USA diesen Konflikt insgeheim. Sie haben den Iran in den vergangenen Jahren mit dringend benötigten Militärlieferungen amerikanischer Herkunft im Wert von mehreren hundert Millionen Dollar versorgt und gleichzeitig die Regierung zur Unterstützung der anderen Seite, des Irak, aufgefordert.

Der Ministaat und seine Anhänger in Amerika spielen eine ähnliche Doppelrolle in Südafrika, meinen diese Quellen. Einerseits haben sich Israels eifrigste Freunde im US-Kongreß mit all ihrem Einfluß für die Saktionen stark gemacht, die die südafrikanische Regierung in die Knie zwingen sollen, während der Ministaat im Hinblick auf die zu erwartenden Riesenprofite Südafrika hilft , dieselben Sanktionen zu umgehen.

»Die Jewish Defense League (JDL) ist das gleiche wie die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation). Sie sind der Abschaum der Welt.«

Das ist die Aussage des führenden doppelt-loyalen Vertreters der USA, des Bürgermeisters von New York, Ed Koch, als er am 2. September 1986 anläßlich einer Galavorstellung des sowjetischen Balletts im Lincoln Center von dem Tränengas abbekommen hatte, das von JDL-Terroristen stammte, die die Aufführung damit stören wollten.

Die arabischen Beobachter meinten, Koch habe schon lange militante, pro-israelische Terroraktionen in vielen Städten der USA insgeheim geschützt und gedeckt – gelegentlich auch vor dem Zorn der amerikanischen Gesetzeshüter.

In der Öffentlichkeit befürworte die Reagan-Regierung den Verkauf von »Luftwarn- und Kontrollsystemen« und anderem Verteidigungsgerät an gemäßigte, arabische Regierungen – vor allem an Saudi-Arabien –, was die meisten insgeheim auf wohlüberlegte, strategische Gründe zurückführen.

Abgleiten in sinnlose Verstrickungen

Die Clique dieser in internen Kreisen des Weißen Hauses nach zwei Seiten Operierenden und die bürokratischen Vertreter nationaler Sicherheit neigen dazu, diese arabischen Waffentransfers zu sabotieren. Während sie öffentlich so tun, als würden sie die Direktiven des Präsidenten unterstützen, drängen sie gleichzeitig die Führer im amerikanischen Kongreß insgeheim, sich dagegen auszusprechen.

Auf einer dritten versteckten Ebene, so die arabischen Verteidigungsexperten, kassiert Israel beträchtliche Profite durch die von seinen Lobbyisten erzeugte Verwirrung, denn es verkauft heimlich an einige der reicheren arabischen Staaten militärische Ausrüstung, die diese aufgrund des Einschreitens der Partisanen des Ministaates in den USA von dort nicht mehr bekommen.

»Diese verwickelten israelischen Intrigen konstanter Täuschung und Doppelzüngigkeit lassen die amerikanische Außenpolitik den islamischen Völkern sprunghaft und manipuliert erscheinen«, mahnte der arabische Befehlshaber, der selbst ein von hohen Prinzipien geleiteter Antikommunist und Freund des Westens ist, der seine Ausbildung in den Vereinigten Staaten genossen hat.

»Ich bin sicher, daß vieles von Präsident Reagan unbemerkt bleibt, der, so fürchte ich, von den zweigleisig fahrenden Personen in seiner Umgebung oft falsch informiert wird. Doch wie die Dinge derzeit stehen, besitzt vielleicht niemand außer dem Präsidenten die Autorität, um die Unterwanderung der amerikanischen Strategie durch ausländische Agenten zu stoppen und dieses Abgleiten in sinnlose Verstrickungen zu verhindern, das Amerikas historische Führungsrolle in der Welt bereits geschadet hat und schließlich zu Krieg führen wird. □

US-Dollar

Die neue Wirtschafts-Depression

Erster Teil

C. B. Baker

Die Beweise mehren sich, daß eine neue große Depression in Gang gesetzt worden ist. Diese Wirtschaftskrise wird von den internationalen Bank-Giganten zu ihrem eigenen Vorteil manipuliert. Mit Hilfe dieses sorgfältig inszenierten Zusammenbruchs werden die Großbanken die Aktiva von kleineren Banken, unabhängigen Ölproduzenten und Agrarbetrieben übernehmen können, und zwar zu einem Bruchteil ihres wirklichen Wertes – zu Preisen wie im Räumungsverkauf.

Die Rockefeller-Familie liquidiert bereits Besitzungen als Vorbereitung auf den bevorstehenden Kollaps. Bei jedem Finanzkollaps sind diejenigen mit den flüssigsten Mitteln am besten in der Lage, ihren Reichtum und ihre Macht zu bewahren. Leute, die bei einem Wirtschaftszusammenbruch mehr nicht-flüssige Vermögenswerte besitzen – wie zum Beispiel Liegenschaften –, haben eine Menge zu verlieren, wie Amerikas Landwirte kürzlich entdecken mußten.

Die Banken-Insider der internationalen Hochfinanz wissen gewöhnlich lange im voraus über finanzielle Ereignisse Bescheid und können handeln, um ihr Vermögen zu schützen. Somit ist es angesichts der sich auftuenden Finanzkrise nicht überraschend, daß die Rockefeller-Familie angefangen hat, ihre Aktiva zu verflüssigen.

Das »Wall Street Journal« berichtete, daß die Rockefeller-Familie im Jahr 1985 »eine Beteiligung am Rockefeller Center in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar an das Publikum verkauft hat, um ihre Besitzungen zu Bargeld zu machen. Angehörige der Rockefeller-Familie wollen flüssiger sein, aufgrund von zunehmenden finanziellen Forderungen und Belastungen«.

Das »Wall Street Journal« berichtete auch, daß die Rockefeller-Familie ihre »Outlet Broadcasting Unit« für 625 Millionen Dollar verkauft hat. Man glaubt, daß die Rockefellers wahrscheinlich versuchen werden, noch mehr ihrer Anlagewerte zu veräußern, bevor sich die Krise vertieft.

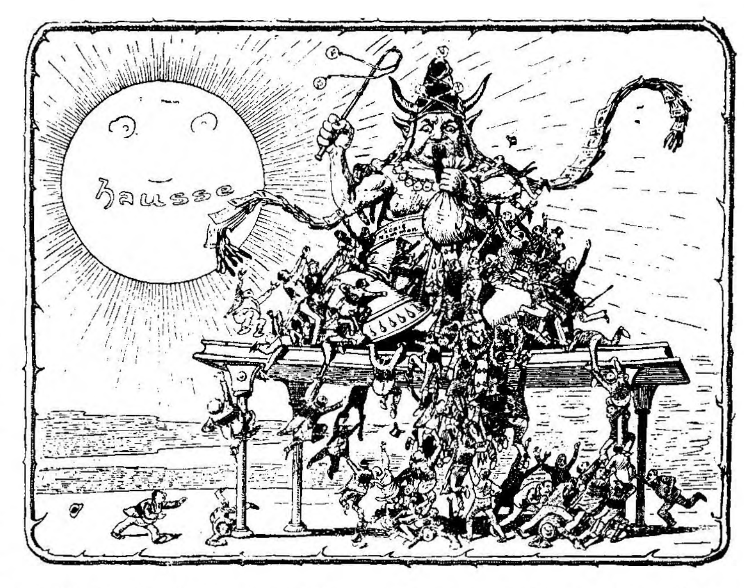
Das »Wall Street Journal« erklärte bereits am 31. Dezember 1984: »Es gibt mehr Anzeichen von Streß als zu irgendeiner anderen Zeit seit der großen Depression. Finanzierungsbanken weisen erhebliche Einnahmen bei problematischen Auslandskrediten aus, die sie mit neuen Krediten gerettet haben, das heißt, sie leihen sich das Geld selbst.«

Gefährlich ähnlich sehen sich die Ereignisse, die zu dem großen Krach von 1929 geführt haben und die derzeitigen Entwicklungen. »Newsweek Magazine« schreibt: »Mehrere Wirtschaftswissenschaftler sehen sich gezwungen, auf einige beunruhigende Parallelen hinzuweisen, darunter das enorme Anwachsen der Unternehmens- und privaten Verschuldung, das Handelsfieber bei Aktien und Renten, Preisstürze für Öl und andere Waren sowie eine verheerende Landwirtschaft. Damals wie heute stürzten sich die Investoren hinein, als ob es nie wieder schlechte Nachrichten geben würde.«

Die »Business Week« berichtete: »SDG (Systems Dynamics

US-Dollar

Die neue Wirtschafts-Depression



Group), eine Gruppe von 25 Akademikern am Massachusetts Institute of Technology, prognostiziert, daß die Vereinigten Staaten noch vor Ende dieses Jahrzehnts nicht nur eine, sondern zwei schwere Rezessionen erleben werden. ›Die Schuldenstruktur ist sehr kopflastig‹, sagt Jay W. Forrester, der die SDG leitet. ›Das Problem wird größtenteils durch Nichtzahlung gelöst werden.‹ Wenn das geschieht, werden Pleiten und sinkende Werte der Aktiva über die Welt fegen.«

»Die USA werden am schwersten betroffen werden, weil sie die ältesten Fabriken und die älteste Technologie haben«, sagt John D. Sterman von der SDG.

Die »Washington Post« berichtete bereits im Mai 1985, daß der amerikanische Kongreßmann James Weaver erklärt, die Welt sei dabei, »in eine Wirtschaftsdepression zu fallen, die die von 1930 wie einen Flohmarktverkauf erscheinen lassen wird. Der Zusammenbruch des Immobilienmarktes wird der schlimmste sein. Farmland, dessen Preise schon jetzt drastisch fallen, wird zu einmaligen Preisen zu haben sein.«

Wie die Zeitung berichtete, sagt Weaver »nur laut, was andere hohe Offizielle nur flüsternd diskutieren. Weaver sagt, daß lateinamerikanische Länder die nächste Wirtschaftsdepression auslösen werden, indem sie jeden Anschein der Rückzahlung ihrer massiven Kredite von amerikanischen Banken aufgeben. Und er sagt, die Nation, die von verliehenem Geld gelebt habe, werde von einer Pfändungs- und Pleitewelle erschüttert werden, an die sich der Kollaps des Dollar anschließt.«

Der Beweis ist überwältigend, daß die von dem US-Kongreßmann Weaver vor einem Jahr vorausgesagten Ereignisse jetzt im großen Umfang einzutreten beginnen.

Am 7. März 1986 nahm das Federal Reserve System eine geringfügige Senkung ihrer Zinssätze für Banken vor. Sofort danach senkten die Großbanken überall im Land ihre eigenen Leitzinsen für Kredite. Normalerweise warten die Großbanken Wochen oder Monate, ehe sie ihre Leitsätze senken, um ihre Gewinn-Marge zu halten.

In all den Nachrichtenberichten über Zinssenkungen ließ die Presse den wahren Grund unberührt, aus dem die Großbanken ihre Zinsen so super-schnell gesenkt haben. Die Großbanken wurden von ihren eigenen Dritte-Welt-Schuldnern erpreßt.

Aufgrund der gesunkenen Ölpreise und anderer gravierender Wirtschaftsprobleme hatten Mexiko und andere lateinamerikanische Schuldner gedroht, einseitig Maßnahmen zu ergreifen – was die Nichtzahlung der Zinsen impliziert –, wenn die Zinssätze nicht erheblich gesenkt werden würden.

Kollaps von Landwirtschaftsbanken

Die Kreditnehmer der dritten Welt fordern eine Senkung der Zinssätze um drei oder vier Prozent. Die Großbanken hoffen, daß sie mit der Senkung um ein halbes bis ein Prozent davonkommen. Die »Washington Post« schreibt dazu: »Enrique V. Iglesias, Außenminister von Uruguay, sagte, es könnte notwendig sein, daß Schuldnerländer für ihre Bankkredite Zinssätze bezahlen, die unter den Kosten liegen, die die Banken selbst für diese Mittel haben. Wenn das geschieht, würde es eine Verheerung in den Anleihe-Portefeuilles vieler großen Banken verursachen und zu Verlusten bei einigen der weltweit tätigen Banken führen.«

Professor Peter F. Drucker schrieb am 9. Januar 1985 im »Wall Street Journal«: »Die primär-erzeugenden Wirtschaften – wie die der amerikanischen und kanadischen Agrarzonen, Zuckererzeuger, ob in Hawaii, Südamerika oder der Karibik, die Kaffee- und Kakao-Anbauer, die Kupfergruben im Südwesten Amerikas, in Südostafrika und in Chile, die Zinnhersteller in Malaysia – alle befinden sich seit nunmehr fast fünf Jahren in einer schweren Depression.« Die Situation ist in dem Jahr, seit Druckers Artikel erschienen ist, noch viel schlimmer geworden.

Drucker sagte weiter: »Die primär-erzeugenden Wirtschaften zeigen alle die Merkmale der großen Depression des klassischen 50-Jahre-Zyklus.

Es gibt massenweise Schulden-Moratorien, Farm-Pfändungen in erheblicher Anzahl, und zwar zum ersten Mal seit 50 Jahren, und neue Kapitalinvestitionen für die Primär-Produktion haben fast vollständig aufgehört. Weltweit türmen sich die landwirtschaftlichen Überschüsse auf, und zwar schneller als jemals zuvor in der Zeit zwischen Ende 1920 und Anfang 1930.«

Viele Banken der landwirtschaftlichen Zone befinden sich kurz vor dem Zusammenbruch und belasten somit das ganze amerikanische Bankensystem. Die »Washington Post« vom 30. Dezember 1984 berichtete, eine rasant wachsende Schuldenkrise zeigt sich am Horizont des Farmgürtels der Welt – eine, die die Existenz von Hunderten von amerikanischen Banken bedroht und damit große Gefahren für das nationale Finanzsystem birgt. Schon jetzt gehen mehr amerikanische Landwirtschaftsbanken pleite als je zuvor seit der Depression.«

Die Zeitung berichtete, daß der Wert von Farmland, landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Kapitalwerten amerikaweit um ein Drittel gefallen sei, und um 50 Prozent in einigen Regionen. »Von den schätzungsweise insgesamt 215 Milliarden Dollar an Agrarschulden stehen rund 60 bis 70 Milliarden Dollar bei Farmen aus, deren Schulden den Gesamtwert ihrer Aktiva um 70 Prozent übersteigen. Diese Leute werden verkaufen müssen, wenn sie gezwungen werden, ihren Verpflichtungen nach dem derzeitigen Zahlungsplan nachzukommen. Wenn es zu einer Liquidationswelle kommt, könnten die Landpreise einstürzen, so daß die erzielten Verkaufserlöse nicht ausreichen könnten, um die Banken zu befriedigen.«

Gigantische Profite für die trilateralen Banker

Die trilaterale Reagan-Regierung hat kürzlich Pfändungsmaßnahmen gegen mehr als 27 000 amerikanische Farmer eingeleitet. Mit dieser massiven Konfiszierung von landwirtschaftlichem Besitz wird der Druck auf sämtliche Farmaktiva nur noch verstärkt.

Die »Washington Post« berichtete: »Es gibt etwa 4300 amerikanische Banken, die mindestens 25 Prozent ihres Kreditportefeuilles in der Landwirtschaft stecken haben, sowie 1700 Banken mit 50 Prozent ihres Kreditportefeuilles in der Landwirtschaft.

Die Federal Deposit Insurance Corp. (FDIC) und der ›Comptroller of the Currency‹ (Kontrolleur der Umlaufmittel im US-Schatzamt) haben die Vorschriften für Banken verschärft, um die Bewertung von Farmland zur Absicherung von Krediten zu senken; außerdem drängen sie darauf, mehr Farmkredite in die Kategorie ›problematisch‹ einzustufen. Die ›Farmers Home Administration‹ hat prak-

tisch ihren Kreditschalter als ›Leiher der letzten Möglichkeit‹ geschlossen, der bisher kommerziell finanzierten Farmen offenstand, die in Schwierigkeiten geraten waren.«

Mit derartigen Maßnahmen fördert die trilaterale Reagan-Regierung die vorsätzliche Vernichtung der unabhängigen amerikanischen Farmer und den Verkauf ihres Landes und ihrer Vermögenswerte zu absoluten Tiefstpreisen an die gigantischen, trilateral-verbündeten internationalen Banker.

Die »Washington Post« berichtete über das Erscheinen von Offiziellen des Farm Credit System (FCS) vor dem US-House Agriculture Subcommittee für Agrarkredite. Das FCS gibt Kredite an Farmer und Rancher in ganz Amerika.

Die FCS-Offiziellen warnten: »Das 70-Milliarden-Dollar-System könnte innerhalb von zwei Jahren zusammenbrechen, da die Kreditverluste rasant zunehmen und die Investoren aufgeben, die die Schuldscheine kaufen, die die 37 Banken des FCS und über 700 Kreditvereinigungen finanzieren.«

Wie die Zeitung berichtete, hat ein FCS-Offizieller vor dem House-Unterausschuß gesagt: »Eine Pleite des FCS würde eine Auswirkung auf die Finanzmärkte und die nationale Wirtschaft haben, die eher einer Flutwelle gleichkäme als einem leichten Kräuseln.«

Die Banker laden schlechte Kredite ab

Die »Washington Post« berichtete, daß der neue Kontrolleur der Umlaufmittel, Robert L. Clarke, hinter einem Plan steht, der »den Landwirtschaftsbanken die Diversifikation dadurch erlaubt, daß sie Teile der Kredite kaufen dürfen, die ursprünglich von Finanzierungsbanken gegeben wurden«.

Clarke befürwortet die Errichtung einer Mittelsmann-Bank, die »eine Beteiligung an einem Großkredit von einer Finanzierungsbank kaufen und sie in kleinere Stücke aufteilen würde, die an kleine Landwirtschaftsbanken verkauft werden könnten«.

Dieser Plan wird den kleinen Landwirtschaftsbanken als ein Weg offeriert, um »ihre Risiken zu verteilen«. Wie die Zeitung berichtet, arbeitet Clarke mit den internationalen Bankgiganten zusammen, um diesen Plan durchzusetzen.

Wenn dieser neue Kreditbeteiligungsplan akzeptiert wird, dann werden die Einlagen der überlebenden amerikanischen Farmer in die dritte Welt kanalisiert, also in Länder, von denen viele schon jetzt Agrarprodukte in die Vereinigten Staaten exportieren. Auf diese Weise werden die Einlagen der amerikanischen Farmer benutzt werden, um ihre eigenen Konkurrenten in der dritten Welt zu unterstützen, während gleichzeitig immer weniger neue Kredite an die Farmer Amerikas zur Verfügung gestellt werden.

Zum ersten Mal haben die internationalen Banken angefangen, Teile ihrer eigenen Großkredite zu verkaufen. Mit diesem trickreichen Plan ist es den Bankgiganten möglich, Teile ihrer Dritten-Welt-Kredite auf mittlere und kleinere Banken abzuladen. Dies ist noch etwas anderes als die eben beschriebene Kreditbeteiligung.

Indem sie die nicht-gewinnbringenden oder wenig gewinnbringenden Kredite verteilen, verringern die internationalen Bankgiganten ihr eigenes Risiko im Fall der Nichtzahlung der Dritten-Welt-Kredite, während sie gleichzeitig die schlechten Kredite auf das gesamte amerikanische Bankensystem verteilen, ganz so wie ein sich ausbreitender Virus ein Opfer infiziert und zerstört.

Die »New York Times« erklärte: »Der lateinamerikanische Schuldenberg, der sich vor mehreren Jahren drohend über Amerikas Banken auftürmte, stellt noch immer eine bedeutsame Gefahr dar. Einige Banken können sich durch den in aller Stille aufgetauchten, Multi-Milliarden-Dollar großen Sekundärmarkt entlasten, der es ihnen leicht macht, die Kredite umzutauschen oder sie direkt zu verkaufen.

Beispielsweise kann ein Investor einen Nicaragua-Kredit zu je 10 Cents pro Dollar Nennwert kaufen oder einen Mexiko-Kredit zu

US-Dollar

Die neue Wirtschafts-Depression

rund 85 Cents pro Dollar. Wenn der Markt wächst und Erfolg hat, dann heißt das für die Banken, daß sie für ihre Fehler nicht bezahlen müssen.«

Struktur-Veränderung im Bankwesen

Die Zeitung berichtete, daß die internationalen . Großbanken erst kürzlich mit dem Abladen von Teilen ihrer Kredite angefangen haben, die sie an souveräne Staaten gegeben hatten: »Die großen Banken von New York City, die bei den lateinamerikanischen Schuldnern am stärksten engagiert sind, sind ironischerweise am wenigsten geneigt, die Parole weiterzugeben: ein Grund für die Schweigsamkeit, so sagen andere Banker und Broker, ist der, daß die Transaktionen greifbare Beweise liefern, daß viele der Kredite an die dritte Welt nicht ihren Nennwert wert sind.«

Die Zeitung berichtete auch, daß es einen weiteren Grund für die Geheimhaltung der Großbanken über das Abladen ihrer schlechten Kredite gibt, und zwar ihre Übernahmebemühungen um kleinere Banken auf dem Aktienmarkt sowie ihr Drängen, die amerikanische Regierung sollte stets höhere neue Kredite an die Länder der dritten Welt geben.

Die »New York Times« erklärte: »Sollte das Discountieren von Krediten Aufmerksamkeit erwecken, könnte es schwieriger werden, andere kleinere Banken für die Beteiligung an neuen Krediten zu gewinnen, die die Länder der dritten Welt brauchen, um ihre alten Schulden abzutragen.«

Die großen internationalen Banken wie zum Beispiel Citicorp, Bankers Trust und Morgan Guaranty kassieren ebenfalls bis zu ein Prozent Gebühren für den Verkauf oder Tausch von Krediten.

Allerdings muß sich erst noch erweisen, ob dieser neue Schulden-Entlastungsplan den Umfang der enormen Auslandsschulden erheblich verringern kann, die bei den Großbanken anstehen. Allein Lateinamerika schuldet 360 Milliarden Dollar.

Wie die »New York Times« berichtet, »hat praktisch keine Bank vor drei Jahren Kredite verkauft«. Diese Kreditverkäufe sind »eine der bedeutsamsten Strukturveränderungen im Bankenwesen« in den letzten 18 Jahren.

Eine der wesentlichen Faktoren, die zu einer Finanzdepression führen, ist die Kreditverknappung, wie sie vor dem großen Krach von 1929 stattfand. In dem Buch von Thibaut de Saint Phalle »The Federal Reserve: An International Mystery«, 1985 erschienen, werden Ereignisse vor der großen Depression beschrieben, die der heutigen Situation ähnlich sind:

»Schon 1925 wurde durch einen Kreditzustrom auf den New Yorker Aktienmarkt, der für die Verbraucher und ihre Brokers durch die New Yorker Banken finanziert wurde, allmählich Geld von den Banken abgesogen und in andere Sektoren des Landes geleitet, die mehr für ihre Einlagen zahlten.«

Wie sich der Kollaps vollzieht

Eben diese Mittelabsaugung von dem Kernstück Amerikas hat letztendlich den großen Krach von 1929 verursacht. Heute sind schon Hunderte von Milliarden Dollar von Amerikas kleinen und mittleren – nicht-landwirtschaftlichen – Banken abgesogen und in Konsortialkrediten für die dritte Welt investiert worden, die jetzt de facto pleite sind.

Das Geld wurde für die De-Industrialisierung Amerikas verwendet, indem nämlich die für Investitionen in der amerikanischen Industrie dringend benötigten Mittel in die Länder der dritten Welt flossen, um dort die indsutrielle und landwirtschaftliche Produktion aufzubauen, und zwar in direkter Konkurrenz zu Amerikas Industrie und Landwirtschaft. Da der Lebensstandard in vielen Ländern der dritten Welt einst viel niedriger war als in den Vereinigten Staaten, betrugen die Arbeitskosten der ausländischen Produkte manchmal nur 50 Cents pro Stunde.

Als eine direkte Folge der vorsätzlichen Aktionen der Reagan-Regierung zur Förderung einer Flutwelle von Importen aus der dritten Welt sind Zehntausende von amerikanischen Firmen und Farmen in den Bankrott getrieben worden.

Die viel propagierten sogenannten »Zuwächse« in der amerikanischen Beschäftigung lassen klugerweise die Tatsache außer acht, daß Millionen von Amerikanern, die einst in der herstellenden Industrie zu anständigen Löhnen beschäftigt waren, gezwungen waren, neue Arbeit mit drastischen Lohneinbußen in sogenannten »service jobs« anzunehmen – zum Beispiel Hamburgers in Schnell-Restaurants zu verkaufen oder Böden zu wischen und Toiletten im Republican National Headquarter zu säubern. Fast alle diese sogenannten »Service«-Jobs bringen nur 25 bis 50 Prozent der Löhne, die die entwurzelten Amerikaner einst in produktiven Industriejobs verdienten. Das langfristige Ziel der Trilateralen, den Lebensstandard Amerikas auf den von Haiti zu senken, kommt der Verwirklichung schnell näher.

Mit dieser gravierenden Senkung des amerikanischen Lebensstandards in den letzten 13 Jahren ist die Grundlage für einen monumentalen Wirtschaftskollaps in den Vereinigten Staaten geschaffen worden, der sich jetzt bereits vollzieht.

Die weitreichende Vernichtung von amerikanischen Industriefirmen und Landwirtschaftsbetrieben hat zu einer gravierenden Kürzung der Einkommen unter vielen Millionen von Amerikanern geführt, sowie zu einem gravierenden Rückgang der realen wirtschaftlichen Nachfrage.

Unglaublich hohe private Verschuldung

Dieser allgemeine Nachfragerückgang hat sich in dem weitverbreiteten Zusammenbruch der Warenpreise niedergeschlagen.

Da die Aufnahme persönlicher Kredite heute sehr viel weiter verbreitet ist, als man es sich 1929 jemals hätte einfallen lassen, ist es zu einer zeitlichen Verzögerung zwischen dem Kollaps der Warenpreise und einem allgemeinen Kollaps des Einzelhandels gekommen. Aber die Fähigkeit, die Gesamthöhe der wirtschaftlichen Nachfrage zu bewahren, wird jetzt ernstlich bedroht, und zwar aufgrund der enormen Überverschuldung des Einzelhandels. Sehr viele Amerikaner stoßen jetzt sehr schnell an die äußerste Grenze ihres persönlichen Kredits.

Unglaubliche Verschuldung von Konsumenten und Unternehmen ist heute weltweit an der Tagesordnung. Die »Washington Post« erklärt dazu: »Die private Verschuldung der Amerikaner für Autos, Haussanierung, College-Ausbildung, Wohnwagen, Haushaltsgeräte und andere Artikel beläuft sich jetzt auf insgesamt 664 Milliarden Dollar. Sie ist damit fast dreimal so hoch wie vor einer Dekade.

Amerika lebt in Häusern, die jetzt mit Schulden in Höhe von 1,4 Billionen Dollar belastet sind, dank einer sich ausbreitenden Vielfalt von Hypotheken-Krediten. Gleichzeitig haben sich Amerikas Unternehmen in den letzten zwei Jahren eine neue Schuldenlast aufgelegt – mehr als 350 Milliarden Dollar.«

Da immer mehr amerikanische Farmer und amerikanische Unternehmer zur Geschäftsaufgabe gezwungen sind – sei es wegen der ausländischen Importflut oder infolge der Preisstürze bei Rohwaren und Erdöl –, sind immer weniger Amerikaner in der Lage, die Zahlung ihrer persönlichen Kredite vorzunehmen. Dies trägt seinerseits zu der vielgefürchteten Kreditverknappung bei.

Wie ein Schwarm von Vampiren saugen die Reagan-Regierung, die trilateral-verbündeten Großbanken und das Federal Reserve System den mittleren und kleineren amerikanischen Banken das lebensnotwendige Kredit- und Vermögensblut aus, damit noch mehr amerikanische Gelder in die Länder der dritten Welt geschickt werden können.

Eine Vorführung dieses trilateralen Kredit-Vampirismus wurde in der »New York Times« beschrieben: »Vertreter von kleinen und mittleren US-Banken zeigten sich kühl gegen eine Rede von Paul A. Volcker, dem Vorsitzenden des Federal Reserve Systems, der sie aufforderte, neue Kredite an problematische Schuldnerländer bereitzustellen.

Jener Widerstand könnte es für die Reagan-Regierung noch schwieriger machen, westliche Banken für die Bereitstellung von 20 Milliarden Dollar an neuen Krediten für Schuldnerländer in den nächsten drei Jahren zu gewinnen.

Thomas G. Labrecque, Präsident der Chase Manhattan Bank, meinte, daß der Schuldenplan in Gefahr ist, wenn nicht viele kleinere Banken mitmachen.«

Viele Länder zahlen nicht einmal Zinsen

Entscheidend aber ist, daß es zu einer Kreditverknappung kommen wird, was auch immer geschieht. Wenn sich die mittleren und kleinen US-Banken auch weiterhin weigern, den Brachialtaktiken des Federal Reserve System und der Regierung nachzugeben, werden die Kredite an die dritte Welt gekürzt. Wenn andererseits diese US-Banken bereit sind, Milliarden von Dollars an neuen Krediten an die dritte Welt zu geben, dann wird der für die amerikanische Wirtschaft verzweifelt benötigte Kredit noch knapper werden, als er heute schon ist. Die Zahl von Milliarden Dollar ist hauptsächlich eine Werbestatistik, um eine Panik zu verhindern, da bereits 90 bis 100 Milliarden Dollar notwendig sind, damit die dritte Welt ihre Zahlungen auf die vorhandene eine Billion Dollar und mehr fortsetzen kann. Auch hat der Ölpreissturz zu einer drastischen Erhöhung des Kreditbedarfes in vielen Ländern der dritten Welt geführt.

Wie die »New York Times« berichtete, soll ein kleinerer Bankier in Erwiderung auf Volckers Rede erklärt haben: »Ich würde Volcker sagen, er solle den Leuten, die das Geld geborgt haben, sagen, sie sollen sich selbst helfen.«

Es zeigt den Widerstand der kleinen und mittleren US-Banken gegen den Druck des Federal Reserve System, schlechtem Geld noch gutes nachzuwerfen, als ein anderer Banker sagte: »Viele Banker werden fragen, ›warum sollte man mehr an Länder leihen, die nicht einmal ihre Zinsen bezahlen‹.«

Die Zeitung schrieb weiter: »Kleinere Geldverleiher haben allgemein rund 15 Prozent der Kreditvergabe an ausländische Kreditnehmer ausgemacht. Wenn sie nicht zu einer Beteiligung überredet werden können, dann müßte ihr Anteil aus anderer Quelle kommen.«

Diese andere »Quelle« sind die hart bedrängten amerikanischen Steuerzahler. Liberale Republikaner und Demokraten im US-Kongreß, die den Interessen der anti-amerikanischen internationalen Banker dienen, bemühen sich jetzt intensiv darum, mehrere neue Arten von großen Steuererhöhungen durch den Kongreß zu peitschen, damit noch mehr konfiszierte Einnahmen der Amerikaner an anti-amerikanische Länder der dritten Welt abgeführt werden können.

Wie die »New York Times« berichtete, hat Paul Volcker unterstellt, daß das gesamte amerikanische Bankensystem zusammenbrechen würde, und daß die »finanzielle Stabilität« nur dann erhalten werden kann, wenn Amerika noch mehr Geld an die dritte Welt verleiht.

Szenario für den kommenden Umsturz

Im Jahr 1928 fingen die Federal Reserve Distriktbanken an, die Kreditschraube anzuziehen, indem sie ihre Zinssätze von vier Prozent auf viereinhalb bis fünf Prozent anhoben – was damals sehr viel war. Mit dieser Erhöhung ging die Beanspruchung von Bankkrediten zurück. Die Zudrehung des Kredithahns traf dann im September 1929 den Aktienmarkt und rief eine Welle von Aufforderungen zur Einschußzahlung – im Effektengeschäft auf Kreditbasis – hervor, sowie schlußendlich den großen Börsenkrach im Oktober.

Die heutigen Umstände sind weitaus komplexer, doch hat das Federal Reserve System eine wenig beachtete, aber folgenträchtige Maßnahme ergriffen – angeblich, um das Bankenwesen sicherer zu machen –, die tatsächlich den Kredit gravierend beschränken wird.

Im April 1985 hat das Federal Reserve System die Kapitalforderungen für die Banken von fünfeinhalb auf sechs Prozent erhöht. Dies hat die internationalen Großbanken veranlaßt, Teile ihrer Kredite zu verkaufen. Wie die »New York Times« berichtete, haben Informanten aus dem Kreis der Federal Reserve Banken angedeutet, daß die Kapitalverhältnisse – für bestimmte Arten der Aktivitäten der internationalen Großbanken – bald auf »neun Prozent« angehoben werden. Damit würde der Kredit weiter eingeengt. Die geringfügige Senkung des Diskontsatzes des Federal Reserve System – als Reaktion auf die Androhung der Nichtzahlung der Dritten-Welt-Schuldner – ist nur vorübergehend und viel zu wenig, um die starke Anhebung der Mindestreserveforderungen bei den Banken auszugleichen.

Angesichts so vieler Banken und anderer Geschäftsunternehmen, die sich jetzt am Rand des Abgrundes befinden, in den sie jederzeit fallen können, ist es kaum der richtige Zeitpunkt für weitere Eingriffe durch das Federal Reserve System.

Die Zeitschrift »Business Week Magazine« erklärte dazu: »Am 15. Januar 1986 beschloß das Federal Reserve Board, einen Vorschlag zur Umbildung des Verfahrens zu verwirklichen, mit dem die Banken ihren Kreditbedarf bestimmen. Die Folgen daraus könnten enorm sein. Einige Banken könnten gezwungen sein, bestimmte Geschäfte aufzugeben. Für Unternehmen könnte die Kreditbeschaffung schwieriger werden, und sie könnten am Ende höhere Zinsen für die Kredite bezahlen müssen, die man ihnen gewährt.

Dies könnte auch für Kreditnehmer der dritten Welt gelten, wie zum Beispiel Brasilien und Mexiko. Und Investoren müssen neue Wege zur Bewertung des Risikos von Bankaktien entwikkeln.«

Um es zu wiederholen, die Januar-Aktion des Federal Reserve System ist in ihren wahrscheinlichen Konsequenzen der Kreditrestriktion vergleichbar, die man im Jahr 1928 eingeleitet und die dazu beigetragen hatte, den großen Krach von 1929 hervorzurufen.

Was gemacht wird, ist zu wenig und zu spät

Wie ein Großbanker erklärte, wird der Befehl des Federal Reserve System »die Zinssätze für einige Arten von kommerziellen Geschäften in die Höhe treiben«.

»Business Week« berichtete: »Die neuen Aktionen des Federal Reserve System könnten dazu führen, daß Kredite an die Bereiche der Wirtschaft beschnitten werden, die sie verzweifelt brauchen. ›Im Verlauf der Zeit könnte sich dies erheblich darauf auswirken, an wen die Banken Kredit vergeben und wohin sie ihr Geld stecken‹, warnt Patrick S. Antrim, Senior-Berater der Bank of America.«

»Business Week« berichtete auch, daß einige Banken ihre Mindestreserven auf 18 Prozent anheben werden müssen, was eine gravierende Kreditverknappung darstellt.

Die »New York Times« erklärte, daß Donald G. Ogilvie, amtierender Vizepräsident der American Banker Association, berichtet hat, daß die neue Erhöhung der Kapitalreserven der Banken »die Fähigkeit der Banken verringern könnte, Kredite an bestimmte Arten von Geschäften zu gewähren, die als risikoreich eingestuft werden«.

Der neue Plan des Federal Reserve System, der Kapital abhängig macht von der Risikohöhe der Kredite, ist seit langem überfällig; er stellt eine Abweichung von den jüngsten Methoden des Federal Reserve System in der Anhebung und Senkung von Zinssätzen dar.

Unglücklicherweise ist der Zeitpunkt total falsch gewählt. Das Federal Reserve System hätte Maßnahmen zur Erhöhung der Kapitalforderungen Anfang der siebziger Jahre vornehmen müssen, als die Großbanken anfingen, diese Riesenkredite an die dritte Welt zu vergeben. Was jetzt gemacht wird, ist zu wenig und zu spät.

Eben diese Aktionen des Federal Reserve System, die angeblich einen allgemeinen Bankenkollaps verhindern sollen, werden durch ihre kreditrestriktiven Auswirkungen tatsächlich helfen, den Kollaps herbeizuführen.

Wie gravierend die drohende Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ist, wurde in der

US-Dollar

Die neue Wirtschafts-Depression

»New York Times« beschrieben und inzwischen sind die Dinge noch viel schlimmer: »Amerikas Kreditmarktschulden von Privaten, Unternehmen und Regierungen sind 1984 auf schätzungsweise insgesamt 7,2 Billionen Dollar geklettert, während es vor 10 Jahren nur 2,4 Billionen Dollar und vor 20 Jahren nur 1 Billion Dollar waren.«

Die Zeitung berichtete, daß im Verlauf der siebziger Jahre amerikanische Großkonzerne kurzfristige Schulden nur für 35 Prozent ihres Gesamtfinanzierungsbedarfs benutzt haben. Dagegen haben 1983 und 1984 »kurzfristige Kredite der Unternehmen – ohne Finanzunternehmen –, vorwiegend über Bankkredite und Handelspapiere, 62 Prozent der gesamten Außenfinanzierung ausgemacht.«

Überleben von Bankgiganten gefährdet

Dieser Bericht der »New York Times« sieht den gefährlich schlecht gewählten Zeitpunkt der Aktionen des Federal Reserve System zur Erhöhung der Bankkapitalreserven und damit der von den Unternehmen zu zahlenden Zinssätze folgendermaßen:

»Angesichts der flottierenden Zinssätze haben sich die Unternehmen hoch verschuldet in der Hoffnung, daß ein steiles Ansteigen nicht eintreten oder nicht lange anhalten wird und weiter gereicht werden kann. Es könnten ihnen viele Milliarden Dollar fehlen, sollten die Zinsen steigen.«

Der neue Plan des Federal Reserve System zur Erhöhung der Bankkapitalreserven wird noch nicht vollständig durchgeführt, da erst noch alle Einzelheiten dieser Verordnungen ausgearbeitet werden müssen.

Die »New York Times« berichtete auch, daß die nicht-finanziellen Unternehmen ihre Schulden 1984 um mehr als 150 Milliarden Dollar erhöht haben, während das Eigenkapital gleichzeitig um 50 Milliarden Dollar aufgrund von Fusionen zurückging.

Ein führender Wall-Street-Experte meint, daß dieser Schuldenanstieg gefährlich ist, weil viele Riesenunternehmen nicht in der Lage sein könnten, ihren zukünftigen Zinszahlungen nachzukommen, wie die »Washington Post« berichtete.

Der Umfang der realen Schulden wird vertuscht, um eine Panik zu verhindern. Die »New York Times« schreibt: »Amerikas 15 größte Banken haben fast eine Billion Dollar an Passiva – Verpflichtungen wie zum Beispiel bankbegebene Garantien, sowie Verpflichtungen zur Kreditvergabe und zum Kauf von Auslandsdevisen –, die nicht in ihren Bilanzen erscheinen.«

Diese astronomische Zahl muß hinzugefügt werden zu den enormen Verpflichtungen, die in den Bilanzen der Großbanken tatsächlich erscheinen.

»Zum Beispiel, eine Bank stellt, gegen eine Gebühr, eine Bankbürgschaft bereit, die garantiert, daß eine Stadt einen Schuldschein bei seiner Fälligkeit einlösen wird. Wenn die Stadt ihren Schuldschein einlöst, verbleibt der Bank einfach die Gebühr. Aber wenn die Stadt nicht zahlt, dann muß die Bank die Schuldscheininhaber bezahlen und erleidet einen Verlust.«

Wegen der gigantischen Einnahmeverluste bei Landesregierungen und Gemeinden, die eine Folge gesunkener Warenpreise, des Ölpreissturzes, massiver Farmpfändungen und umfangreicher Werksschließungen infolge der De-Industrialisierung sind, ist die Möglichkeit für Nichtzahlung sehr hoch.

Die Zeitung schreibt weiter: »Die Banken müssen vielleicht nur für einen kleinen Teil – wenn überhaupt – dieser außerbilanzlichen Verpflichtungen herhalten. Andererseits könnten sie jedoch auch gezwungen sein, sofort erhebliche Geldsummen bereitzustellen.«

Die Zeitbombe tickt

Die »New York Times« berichtete auch, daß die Großbanken außerbilanzliche Verpflichtungen »von mehr als 100 Milliarden Dollar« haben, hauptsächlich aus Bürgschaften als Sicherheiten für große Konzerne. Wenn nun einer dieser Großkonzerne seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann – was höchstwahrscheinlich demnächst eintreten wird, und zwar wegen des steilen Anstiegs der Konzernkreditaufnahme –, dann müssen die Bankgiganten für die Schulden einstehen.

Die »Washington Post« berichtete, daß Irvine H. Sprague, ausscheidendes Vorstandsmitglied der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC), gesagt habe, daß außerbilanzliche Posten »bei Amerikas 40 größten Banken jetzt die gesamten bilanzierten Passiva übersteigt. Die harte Wahrheit ist, daß Banken und Sparkassen in den vergangenen Jahren Riesenverluste erlebt haben, viele dieser Verluste wurden vertuscht.«

Das »Wall Street Journal« schrieb: »Bankkredite an weniger entwickelte Länder stellen riesige potentielle Verluste dar. Das Engagement der zehn größten amerikanischen Bank-Holding-Companies in Mexiko, Brasilien, Argentinien, Venezuela, Chile und auf den Philippinen macht im Durchschnitt mehr als 150 Prozent des Eigenkapitals ihrer Aktionäre aus.«

Wie die FDIC berichtete, haben 1985 mehr als 100 Banken Bankrott gemacht, die höchste Zahl seit 1933. Wie die »Washington Post« behauptet, berichten die FDIC und der Kontrolleur der Umlaufmittel, daß es 950 wacklige Banken in den USA gibt – von insgesamt 14 700 Banken in Amerika. Seitdem hat die Zahl der wackligen Banken steil zugenommen, eine Folge der enorm gewachsenen Verluste bei Landwirtschaftskrediten und der derzeitigen ölabhängigen Verluste.

Die enorme Bedrohung für Amerikas Spar- und Kreditinstitutionen ist in einem schockierenden Nachrichtenbericht beschrieben worden, der in der »Washington Post« erschien: »461 Sparkassen verfügen über kein Eigenkapital« und weitere 833 Spar- und Kreditbanken haben »zwar ein Eigenkapital von über null, doch weniger als die bestimmungsrechtlich geforderten drei Prozent«. Insgesamt gibt es 3180 Sparkassen in Amerika. Wie das amerikanische Regierungs-Rechnungsamt erklärt, arbeiten jetzt 40,7 Prozent der amerikanischen Spar- und Kreditbanken mit unzulänglichem Eigenkapital.

Leider ist der Versicherungsfonds der Federal Savings and Loan Insurance Corporation (FSLIC) mit 6,06 Milliarden Dollar um 5 Milliarden Dollar unterbemittelt. Nach den amerikanischen Bundesbestimmungen sollen insolvente Spar- und Kreditbanken mit gesunden Institutionen verschmolzen oder geschlossen und die Einleger ausbezahlt werden.

Was geschieht, wenn es zur Panik kommt?

Wie die »Washington Post« berichtete, kann es sich die belagerte FSLIC nicht leisten, derartige Maßnahmen zu ergreifen, ohne selbst pleite zu gehen. Die Zeitung erklärte, die ungesunden Banken »bedrohen die FSLIC mit dem Bankrott«. Der Kollaps der FSLIC würde eine sehr schwere Finanzkrise auslösen.

Edwin J. Gray, Vorsitzender des Vorstandes der Federal Home Loan Bank, erklärte vor einem Unterausschuß des amerikanischen Kongreß, daß die Versicherung seiner Agentur, die FSLIC »das Jahr 1985 mit ›nicht vertretbar niedrigen‹ Reserven in Höhe von 72 Cents je 100 Dollar an Kundeneinlagen abgeschlossen hat«.

Die »Washington Post« schreibt dazu weiter: »Da ist eine Zeitbombe am Ticken: das US-Einlagenversicherungssystem ist möglicherweise nicht fähig, mit einem potentiellen Run auf diese Institute fertig zu werden. Eine Kongreß-Resolution hat erneut bestätigt, daß ›der ganze Glaube und Kredit‹ der amerikanischen Regierung hinter der FDIC und der FSLIC steht. Das mag die Sparer vielleicht vor langfristigen Verlusten schützen, während der Steuerzahler die Rechnung begleicht. Jedoch sagt die Kongreß-Resolution nicht im einzelnen, was geschieht noch garantiert ist, daß es nicht zu einer gewissen Panik kommt, während sich der Kongreß um die Erfüllung seines Versprechens bemüht.« □

In der nächsten Ausgabe bringen wir den zweiten Teil und Schluß der Analyse von C. B. Baker über den amerikanischen Dollar.

Rüstung

Spekulation um Tarnflugzeuge

Mike Blair

Amerikas Entwicklung von Tarnflugzeugen – Flugzeuge, die für den gegnerischen Radar unsichtbar sind – wird von einer Serie von Abstürzen heimgesucht, durch die ein neues, streng geheimgehaltenes Kampfflugzeug unter die Augen der Öffentlichkeit – wenn nicht sogar unter die sowjetischer Spionage-Satelliten – gekommen ist. Was noch schlimmer ist, die Technologie zur Entwicklung von Tarnflugzeugen ist dadurch sehr stark gefährdet und das Ganze entwickelt sich rasch zu einem Alptraum für jene, die für die nationale Sicherheit der USA verantwortlich sind.

Die Vereinigten Staaten geben jährlich fünf Milliarden Dollar – ein großer Teil davon auf die eine oder andere Art versteckt in dem großen und komplexen Verteidigungsbudget – für die Entwicklung dieser Technologie von Tarnflugzeugen aus, die als »das geheimste militärische Forschungs- und Entwicklungsprogramm, seit in dem Manhattan-Projekt vor 40 Jahren die ersten Atomwaffen geschaffen wurden«, beschrieben wird.

Geheime Blaupausen nicht mehr auffindbar

Ironischerweise gab es auch im Manhattan-Projekt zahlreiche undichte Stellen, und die meisten seiner Geheimnisse sind von der Sowjetunion gestohlen oder ihnen geradeheraus übergeben worden.

Vom amerikanischen Senatsausschuß für Untersuchung und Überwachung wurde festgestellt, daß der Lockheed California Co., die das Flugzeug baut, 1460 Geheimdokumente über die Entwicklung des neuen F-19-Kampfflugzeuges »verlorengegangen« sind.

Donald A. Hicks, parlamentarischer Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium für Forschung und Engineering, hat zugegeben, daß »das Sicherheitssystem bei Lockheed zweifellos völlig zusammengebrochen ist«. Im Jahr 1983 waren fast 200 geheime Blaupausen des F-19 nicht mehr auffindbar. Ein Lockheed-Angestellter nahm einige der Blaupausen mit nach Hause, um sie seiner Freundin und seiner früheren Frau zu zeigen. Die Freundin zeigte ihn an, und FBI-Agenten konnten einige Blaupausen wiedererlangen. Der Angestellte wurde entlassen.

Insgesamt 183 Blaupausen wurden nie wieder gefunden.

Inzwischen ist ein ehemaliger Verräter, der von der Northrop Corp. eingestellt worden war, nachdem die Abwehr ihn für Geheimprojekete freigegeben hatte, obwohl sie seine Vergangenheit kannte, von einem amerikanischen Geschworenengericht wegen Betrugs angeklagt worden.

Northrop entwickelt in seinen kalifornischen Werken einen neuen Tarnbomber, der zuweilen B-2 genannt wird.

Ehemalige Betrüger arbeiten an Geheimprojekten

William Reinke, der als Ingenieur für dieses Projekt eingestellt worden war, empfahl der RF-Engineering, einer kleinen Firma, deren Präsident er ist, Zulieferaufträge für das Projekt über mehr als 600 000 Dollar zu erteilen.

Northrop hat von der RF-Engineering verschiedene Komponenten zu unverschämt hohen Preisen eingekauft. Kopfhörer im Wert von 19,95 Dollar wurden an Northrop beispielsweise für 90 Dollar verkauft.

Reinke, ein abgebrochener Student, der Northrop-Vertretern erzählt hatte, er habe eine Ingenieurschule besucht, hat in Wirklichkeit in dieser Zeit in einem Gefängnis in Florida drei Jahre lang Zwangsarbeit wegen Autodiebstahl abgeleistet.

Bevor er zu Northrop kam, war Reinke als Ingenieur bei Rockwell International hinausgeworfen worden, wo er an einem streng geheimen Satelliten-Positionierungs-System für die Marine gearbeitet hatte.



John Dewey zeigt stolz die Modellbausätze des F-19-Geheimjägers, der eine 90prozentige Genauigkeit aufweist trotz der Geheimhaltung, die das Flugzeug umgibt.

Die Aufrechterhaltung der Sicherheit ist sowohl für die Verteidigungsindustrie wie auch für das Pentagon teuer und kompliziert – insbesondere im Fall der Tarnflugzeug-Projekte –, allein schon wegen der ungeheueren Größe und Anzahl von Leuten, die für das sensitive Engineering und die zahlreichen technischen Positionen nötig sind.

Northrop allein braucht beispielsweise für die Tarnbomber-Projekte letztendlich 30 000 Ingenieure und Techniker. Eine Sicherheitsüberprüfung für eine einzelne Person kann die Abwehr bis zu 250 000 Dollar kosten.

Trotz der Fehlschläge im Sicherheitssystem leugnet das Pentagon noch immer die Existenz des Tarnbomber-Programms.

Doch es ist immerhin soviel an Informationen in die Nachrichtenmedien der USA durchgesikkert, daß ein wagemutiger Modellflugzeug-Hersteller, die Tester Corp. in Rockford, Illinois, ein 30 Zentimeter großes Modell im Maßstab 1:48 entwickelt hat und das Geschäft blüht: es werden 100 000 dieser Bausätze hergestellt, um die Aufträge von Hobby-Läden überall in den Vereinigten Staaten zu erfüllen.

John Dewey, Firmensprecher von Testor, beeilte sich gegenüber der Presse zu betonen, daß bei der Entwicklung des Modelles keinerlei Geheiminformationen verwendet worden sind, und daß das gesamte Forschungsmaterial aus öffentlichen, freizügigen Quellen wie Fachzeitschriften und technischen Magazinen zusammengetragen wurde. Er fügte hinzu, das Modell sei praktisch hohl und besäße keine internen kritischen Bauteile.

Von Abstürzen heimgesucht

In den Unterlagen, die dem Modell – es kostet 9,95 Dollar – beigefügt sind, heißt es, Tarnflieger operieren von entfernten Stützpunkten im Westen der Vereinigten Staaten aus, verwenden Laser zur Lokalisierung der Ziele für ihre AGM-65D-Maverick-Raketen und »schlauen Bomben« (elektronisch gesteuerte Bomben) und sind ausgerüstet mit zusammenklappbaren Außenflügeln, so daß sie in den riesigen C-5A-Galaxy-Flugzeugen

der Firma Lockheed transportiert werden können.

Im Haushalt des Pentagon für das Jahr 1987 waren versehentlich zwei Milliarden Dollar für ein Flugzeug mit Decknamen Aurora angeführt, das eventuell für die Aufklärungsversion des Tarn-B-2-Bombers, den Northrop entwickelt, gehalten wird. Mit seiner Erwähnung im Haushaltsplan wurde das Flugzeug zum ersten Mal in der Öffentlichkeit genannt und Sprecher sowohl des amerikanischen Verteidigungsministeriums als auch der Luftstreitkräfte lehnen jegliche Diskussion darüber ab.

Das Programm wird infolge mehrerer Abstürze dieses Jägers von weiteren Sicherheitsproblemen geplagt.

Im Jahr 1979 wurde der Lockheed-Testpilot Bill Parks schwer verletzt, als eine F-19 in der Luft zusammengebrochen sein soll. Eine weitere Maschine stürzte im Jahr 1982 ab.

Im Jahr 1984 machte das Tarnflugzeug-Programm Schlagzeilen, als der Generalmajor Robert M. Bond bei einem Absturz in Nevada ums Leben kam. Bond war zweiter Befehlshaber des Kommandos der US-Luftstreitkräfte, ein Zweig der Luftstreitkräfte, der sich mit der Konstruktion, dem Bau, dem Testen und Einkauf hochtechnologischer Luftwaffensysteme wie den Tarnflugzeugen befaßt.

Vertreter der amerikanischen Luftwaffe sagten aus, der 54jährige General habe ein »von ihnen speziell modifiziertes Flugzeug« geflogen, das ein MiG-23-Kampfflugzeug sowjetischer Bauart gewesen sein soll. Andere Quellen behaupten hingegen weiterhin – worauf auch erste Berichte über den Absturz hindeuteten –, daß Bond in Wirklichkeit den Tarnbomber geflogen hat.

Der Absturz verursachte einen Waldbrand

Von der US-Luftwaffe wird behauptet, der Stützpunkt, von dem aus die neuen Jagdflugzeuge starten und der sich in der Nähe von Tonopah, Nevada, befindet, werde für Tests von erbeuteten Sowjet-Flugzeugen benutzt.

Es stimmt, daß die Luftstreitkräfte der USA auf dem Nellis-Stützpunkt in Nevada zwei sogenannte Feindstaffeln haben. Sie fliegen dort mit einigen sowjetischen MiG-Jägern, von denen die meisten aus Ägypten kommen, und einigen F-5-Düsenjägern der Firma Northrop in Scheinkämpfen unter der Operation »Rote Fahne«.

Nach dem Absturz von Bond legte die US-Luftwaffe die Scheinkampf-Aktivitäten von Nellis der Presse offen.

Am 11. Juli 1986 kam es jedoch zu einem weiteren tödlichen Absturz im Sequoia-Nationalpark in Kalifornien, bei dem Major Ross E. Mulhare, 35, aus River Edge, New Jersey, getötet wurde. Er hatte seinen Eltern und Freunden erzählt, er würde Scheinkämpfe fliegen.

Es wurde jedoch festgestellt, daß Mulhare der 4450. Kampfeinheit und nicht den bekannten Feindstaffeln zugeordnet war.

Der Absturz verursachte einen Waldbrand, bei dem 65 Hektar vernichtet wurden, bevor er unter Kontrolle gebracht werden konnte. Die Luftwaffe riegelte das Absturzgebiet im Umkreis von rund 130 Quadratkilometern ab und die US-Bundesluftfahrtbehörde untersagte es der zivilen Luftfahrt, das Gebiet zu überfliegen. Den Feuerwehrleuten verbot man, die Presse zu unterrichten.

Die US-Luftwaffe, der CIA und der Nationale Sicherheitsdienst sind tief beunruhigt darüber, daß sowjetische Spionage-Satelliten Gelegenheit gehabt haben könnten, das Absturzgebiet zu fotografieren, bevor es geräumt werden konnte. Aus solchen Fotografien könnten die Russen mittels der Flugzeugkonturen auf seine Konstruktion und vielleicht sogar auf die Beschaffenheit der Baumaterialien schließen.

Man fürchtete außerdem, daß Flugzeugteile mitgenommen und analysiert wurden, was die Zusammensetzung der verwendeten geheimen Werkstoffe enthüllen würde – Informationen, die die Sowjets sehr gern hätten.

»Das ist etwas, was wir nicht ausschließen können«, sagte ein Vertreter. □

Rüstung

Auf den Spuren der Deutschen

Mike Blair

Die Vereinigten Staaten sind der Sowjetunion bei der Entwicklung von Tarnflugzeugen, die tief in das gegnerische Territorium vordringen können, ohne für Radar oder andere Frühwarnsysteme sichtbar zu sein, offenbar weit voraus. Das wird natürlich nur dann auch so bleiben, wenn das Pentagon seine Sicherheitsmaßnahmen in Ordnung bringen und die Geheimnisse um die Projekte vor den Sowjets bewahren kann, für die wiederum eine der höchsten nationalen Prioritäten sein sollte, diese zu stehlen.

Das Pentagon gibt derzeit fünf Milliarden Dollar pro Jahr für die Entwicklung dieser neuen Technologie aus, im Rahmen derer auch ein Langstreckenbomber und ein Jagdflugzeug entwickelt werden, die den feindlichen Radar und die Raketenabwehr durchdringen und sie vor einem Angriff durch ein konventionelles Flugzeug, das eher sichtbar ist, ausschalten würden.

Es begann in den dreißiger Jahren

US-Senator Barry Goldwater, Vorsitzender des Wehrdienstausschusses des amerikanischen Senats, sagte, er habe eine Attrappe im natürlichen Maßstab von diesem neuen Tarnbomber gesehen, der von der Northrop Corp. entwickelt wird. Er meinte, er sähe aus, wie das »Nurflügelflugzeug« der Northrop vom Ende der vierziger Jahre.

In jener Zeit baute Northrop eine Propellerversion seines »Nurflügelflugzeugs« mit der Bezeichnung XB-35, dem ein Jahr später die YB-49 folgte, eine Turbo-Jet-Version.

Der erste Flug der XB-35 fand am 25. Juni 1946, der Jungfernflug der YB-49 am 21. Oktober 1947 statt, doch zu diesem Zeitpunkt hatte man die Weiterentwicklung des Flugzeugs bereits aufgegeben. Die amerikanische Luftwaffe beschloß statt dessen, die Convair B-36, ein Riesenkoloß von Flugzeug mit sechs Propellermaschinen und vier Turbostrahltriebwerken zu seinem wichtigsten interkontinentalen Bomber zu machen.

Das »Nurflügelflugzeug« besaß ein windschnittiges Profil ohne scharfe Kanten und überstehende Motoren, so daß es mit den Radargeräten jener Zeit nur schwer geortet werden konnte. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit diesen einzigartigen Flugzeugkonstruktionen wurde Northrop dazu auserkoren, den Tarnbomber zu entwickeln.

Eigentlich haben die Deutschen schon in den dreißiger Jahren Tests mit Radar-Täuschungsgeräten gemacht und auch solche entwickelt. Außerdem bauten deutsche Flugzeugkonstrukteure – die generell für die weltbesten gehalten werden – ein »Nurflügelflugzeug«, das von ihnen Ende des Zweiten Weltkrieges in der Propeller- und Turbostrahltriebwerkversion mit Erfolg eingesetzt worden ist. Der Horton-V-Kampfjäger erreichte in 12 000 Meter Höhe eine Geschwindigkeit von 965 Kilometer pro Stunde, eine bemerkenswerte technische Leistung für diese Zeit.

Prototypen von Tarnbombern

US-Senator Pete Wilson sagte, er habe beim Luftwaffenstützpunkt Edwards in Kalifornien Testflügen von Tarnbombern

Rüstung

Auf den Spuren der Deutschen

beigewohnt und daß die Entwicklung des Flugzeugs gut voranschreite.

In der Wüste nördlich von Los Angeles nahe Palmdale hat Northrop ein Produktionszentrum für den neuen Tarnbomber errichtet – ein riesiges, hellbraun und weiß angestrichenes, fensterloses, rund 15 Meter hohes und mehrere hundert Meter langes Gebäude mit ungeheuer großen Toren, durch die das fertige Flugzeug hindurchrollen kann.

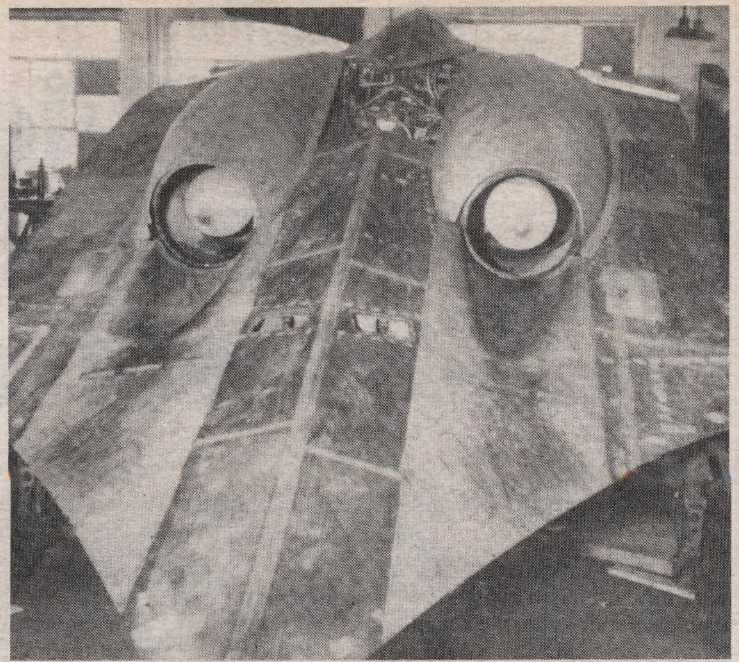
Die Anlage heißt einfach »Plant 42« und ist mit drei Reihen Stacheldraht umgeben. Dort werden demnächst bis zu 1500 Leute arbeiten, um die ersten sechs Prototypen des Bombers zu bauen.

Im Northrop-Werk in Pico Rivera, Kalifornien, wurde vor einem Jahr eine Attrappe des Bombers im natürlichen Maßstab hergestellt. Die US-Luftwaffe rechnet mit 132 dieser neuen Bomber, die insgesamt 50 Milliarden Dollar kosten werden.

Aus einer Reihe nicht geheimer Quellen wurde bekannt, daß in Lockheeds sogenanntem »Skunk«-Werk in Burbank ein neuer Tarnjäger mit der Bezeichnung F-19 gebaut wird, das gleiche Werk, in dem auch das U-2 und SR-71-Spionage-Höhenflugzeug produziert wird. Ein großer Teil der Konstruktion und der Bauteile für den Jäger sollen aus dem SR-71 entwickelt worden sein, der eigentlich die erste Tarnflugzeugkonstruktion der USA ist.

In den nächsten zehn Jahren werden 300 bis 400 dieser Flugzeuge gebaut. Dafür sind die meisten der 14 428 Lockheed-Arbeiter in Burbank eingeteilt, denn für die nicht geheimen Projekte kann lediglich ein Personaleinsatz von einigen Tausend veranschlagt werden.

Die Anwohner in Burbank berichten von nächtlichen, seltsamen Vorkommnissen auf dem Flughafen von Burbank, wo die Jäger von C-5-Gallaxy-Flugzeugen aufgenommen werden, die sie zum Luftwaffenstützpunkt Nellis in Nevada bringen.



Das Mittelteil der deutschen Konstruktion eines »Nutzflügel«-Kampfjägers, der im Zweiten Weltkrieg gebaut wurde und Vorläufer der US-Tarnflugzeuge ist.

Die Außenflügel des F-19 sind angeblich zusammenklappbar, so daß das Flugzeug in den Frachtraum der riesigen C-5 – ebenfalls ein Lockheed-Flugzeug – hineinpaßt.

Die supergeheime Aurora

Die amerikanische Luftwaffe hat ein ungefähr 365 Quadratkilometer großes, öffentliches Gelände in der Groom-Mountain-Gebirgskette abgeriegelt. Die Flugzeuge fliegen von Geheimstützpunkten – in der Nähe von Tonopah, Nevada – aus, die jedoch auf keiner der Öffentlichkeit zugänglichen Landkarte aufgeführt sind.

Aus einer Quelle verlautet, daß sich bereits 72 der F-19-Kampfjäger auf dem supergeheimen Stützpunkt in Nevada befinden, aber nur nachts fliegen, um nicht entdeckt zu werden. Am Tag sollen sie in Bunkern versteckt sein, damit sie vor sowjetischen Spionagesatelliten geschützt sind.

Die Flugzeuge haben wahrscheinlich die gleiche indigoblaue Farbe wie die Lockheed-SR-71-Spionageflugzeuge. Diese Spezialfarbe wirkt radarneutralisierend und ist ideal für nächtliche Operationen.

Die Entwicklung der Tarnkampfflugzeuge begann im Jahr 1974 und die ersten Prototypen wurden im Jahr 1977 geflogen.

Das neue Tarnflugzeug-Programm umfaßt auch eine supergeheime Aufklärungsmaschine mit dem Namen Aurora, über die allgemein nichts weiter zu erfahren ist als die Überzeugung, daß es sich hierbei wohl um einen modifizierten Typ des Northrop-Tarnbombers oder vielleicht eine neuere Version der SR-71 handelt, bei der neue Technologien zum Tragen kamen, die bei der Konstruktion des Flugzeugs Anfang der sechziger Jahre nicht zur Verfügung standen. Bei der neueren Ausführung wären die sehr lauten Geräusche der SR-71 beispielsweise wahrscheinlich gedämpft.

Bei dem Tarnflugzeug sind Technologien eingesetzt, die man als »untergeordnete Beobachtungsfaktoren« bezeichnen könnte, und zwar in sechs Kategorien wie Radar, Infrarot, Lärm, Rauch, Kondensstreifen und optische Sichtbarkeit.

Bei der Herstellung der Maschine werden in großem Umfang Kunststoffmaterialien einschließlich kohlenstoff-faserverstärkte Epoxydharze eingesetzt. Diese Werkstoffe des Raumfahrt-Zeitalters, die als radarneutralisierende oder radarabsorbierende Stoffe bezeichnet werden, absorbieren die Radarstrahlen anstatt sie zu reflektieren und so das Flugzeug zu lokalisieren. Die Maschinen haben einen Farbanstrich aus ferritischen (eisenhaltigen) Spezialwerkstoffen, die ebenfalls eine hohe radarabsorbierende Wirkung haben.

Die Tarnjäger haben auch sauber verbrennende Spezialmotoren, die keine Rauchstreifen hinterlassen. Kondensstreifen in großer Höhe, die sich durch Eiskristalle im Luftschraubenstrahl eines Flugzeuges bilden, werden durch Zumischen von Alkohol in den Treibstoff verhindert, wobei der Alkohol als Frostschutzmittel dient, das die Bildung von Eis verhindert.

Die Motoren haben einen Schallschutz, was den Lärm des zweistrahligen F-19 in einer Entfernung von 30 Metern auf nicht mehr als ein Summen reduziert.

Sowjets liegen weit zurück

Durch spezielle Eintrittskanäle wird Kühlluft mit den Abgasen vermischt, bevor es vom Boden abhebt; dadurch sind sie von den Infrarot-Wärmesensoren der Feinde, die oft in den Lenksystemen der Luftabwehrraketen eingesetzt sind, nicht so leicht zu orten.

Am anderen Ende der Welt deuten die sowjetischen Fleugzeugkonstruktionen darauf hin, daß sie in der Technologie von Tarnflugzeugen weit hinter den Vereinigten Staaten zurückliegen. Ihre Aufklärungsflugzeuge wie der Tu-22 Blinder C oder Yak-27 Mandrake sind unzuverlässig, was die »untergeordneten Beobachtungsfaktoren« angeht.

Außerdem haben die Sowjets soeben die Produktion der alten Tu-20-Bear-Bomber für den Einsatz ihrer Marschflugkörper wieder aufgenommen. Bei dem Bear-Bomber mit Turboprop-Triebwerk handelt es sich um eine Sowjetkonstruktion der fünfziger Jahre, deren Produktion in den sechziger Jahren eingestellt wurde.

Inzwischen sind die Radareinrichtungen der Amerikaner so verfeinert worden, daß man die Propellerflügel des Bear im Flug zählen kann. □

Rüstung

Viel Geld für schlechte Waffen

Victor Marchetti

Wie gut sind die modernen, hochentwickelten Waffensysteme? Können wir uns darauf verlassen, daß uns diese komplizierten und teueren Geräte in einer weltweiten Konfrontation mit dem »Reich des Bösen« schützen werden, oder daß wir mit ihnen eine Auseinandersetzung geringeren Ausmaßes mit Guerillas in irgendeinem Dschungel oder einer Wüste der dritten Welt gewinnen würden?

»Nein«, sagen viele Militärexperten. Amerikanische, für fremde Geheimdienste oft so attraktive, Waffensysteme sind nach Meinung dieser Experten oft nichts anderes als ungeheuer kostenintensive und unerprobte Geräte, die sich im harten Kampf wahrscheinlich als untauglich erweisen werden.

Keine gründliche Erprobung möglich

Die Mehrzahl der Waffen, auf die amerikanische Streitkräfte im Kriegsfalle bauen können, sind niemals umfassend praktisch erprobt worden. Ihre Gefechtsstärke und Leistungsmerkmale entstammen fast ausschließlich Computer-Simulationen von Ingenieuren und Wissenschaftlern, die bei den Waffenherstellern arbeiten, die diese Systme an das Pentagon verkaufen. Daher kann man nicht sehr zuversichtlich sein, daß sie im Kampf erwartungs- und wunschgemäß funktionieren werden.

In manchen Fällen gibt es berechtigte Gründe dafür, warum bestimmte Anlagen niemals umfassend getestet wurden. Die Interkontinental- und U-Boot-Raketen, mit denen die USA ihre Vergeltungsschläge gegen einen sowjetischen Angriff führen würden, können einfach deshalb nicht umfassend getestet werden, weil die Sowjetunion den Amerikanern nicht erlauben wird, ihr Territorium als Zielübungsgebiet zu benutzen. Dennoch wäre eine gründlichere Erprobung möglich, als das zur Zeit der Fall ist.

Für die Minuteman-Interkontinentalrakete – das primäre System des US-Waffenarsenals seit über zwei Jahrzehnten – hat niemals wirklich ein Probeschuß von einer Einsatzbasis aus stattgefunden. Die US-Luftwaffe hat in den sechziger Jahren vier Versuche unternommen und dann aufgegeben. Drei davon sind gänzlich gescheitert. Der einzige, der gelang, erfolgte mit einem Hilfsantrieb.

Aus dem amerikanischen Kongreß verlautet, daß auch die Sowjets beim Testen ihrer Interkontinentalraketen von Einsatzbasen aus eine große Anzahl von Fehlstarts gehabt haben.

Frisierte Ergebnisse und Mißerfolge

Nun, wie auch immer, wegen der ungeheueren Kosten der fortgeschrittenen, strategischen Waffen und dem politischen Druck im In- und Ausland werden noch nicht voll entwickelte Systeme in Betrieb genommen. Die neue MX-Interkontinentalrakete ist ein typisches Beispiel dafür. Die ersten zehn dieser Raketen werden Ende dieses Jahres zur Stationierung freigegeben. Sie sind dann allerdings teilweise mit sogenannter Entwicklungshardware bestückt, die zu einem späteren Zeitpunkt ausgetauscht werden muß, wenn das System zumindest seine computer-simulierte Leistung erbringen soll.

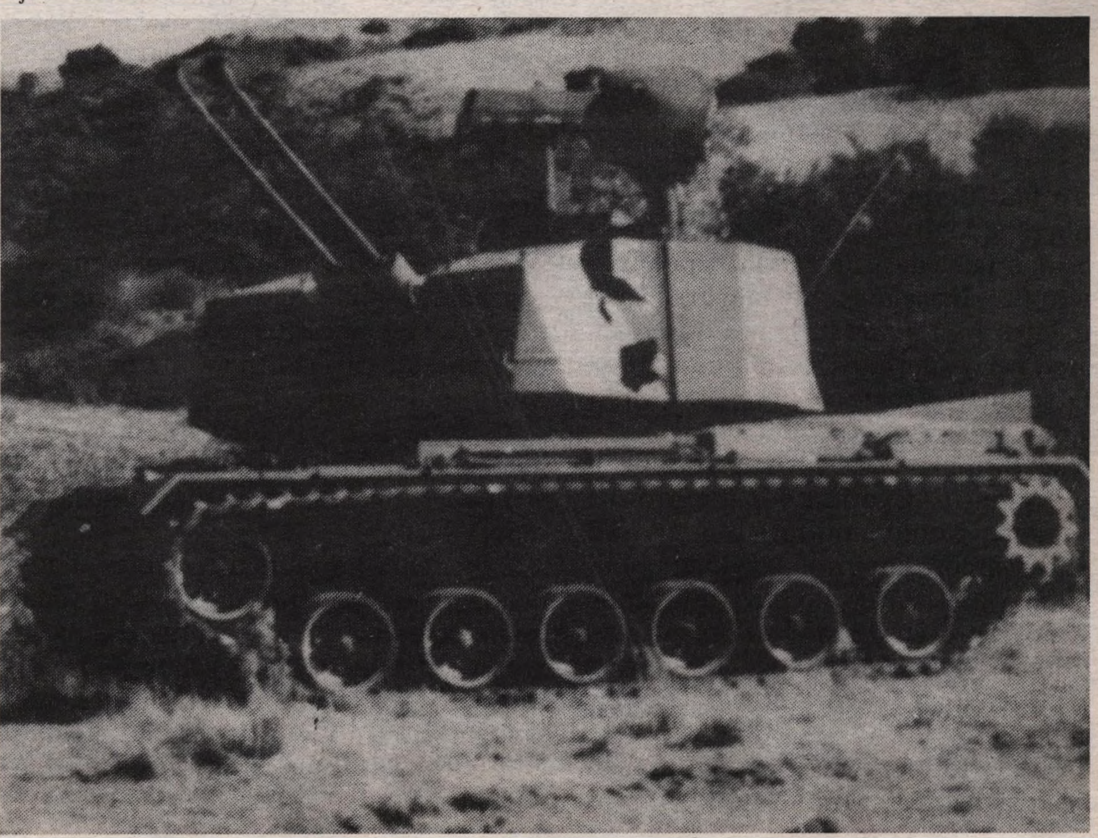
Auch der B-1B-Bomber, ein weiteres Schlüsselelement des amerikanischen strategischen Angriffs, wird stationiert, noch bevor er voll ausgereift ist. Gegenwärtige Pläne der US-Luftwaffe bezüglich des 30-Milliarden-Dollar-Programmes zufolge werden 15 dieser 100 neuen Kampfflugzeuge in diesen Tagen zum US-Bomber-Flottenverband hinzukommen.

John Krings, der Leiter der Testabteilung im US-Verteidigungsministerium, sagt dazu: »Es ist wichtig, daß man ein Abschrekkungsmittel hinsetzt und vielleicht läßt es sich danach noch richtig einsatzbereit machen, wenn es einmal aufgestellt ist.«

In Übereinstimmung mit dieser von Krings zum Ausdruck gebrachten Haltung wurde das mehrere Milliarden Dollar kostende Waffensystem der Marine, eine umfangreiche Kombination aus Schiffsradargerät, Computern und Fernlenkraketen und die Hauptstütze der amerikanischen Luftverteidigung der Überwasserflotte, nie umfassend auf See erprobt. Die Tests für dieses System finden vor allem in Moorestown, New Jersey, einem von Land umschlossenen Gebiet statt, wo es nicht möglich ist, seine weitreichenden Möglichkeiten der Ortung und die Leistungsfähigkeit gegen echte Luftziele zu erproben.

Wenn praktische Tests in angemessener Form erfolgen können, neigen Pentagon und Waffenhersteller dazu, die Ergebnisse zu ignorieren oder zu frisie-

1985 wurde das mobile Sergeant-York-Luftabwehrgerät verschrottet, weil »es seine Kosten nicht wert ist«.



Rüstung

Viel Geld für schlechte Waffen

ren, wenn sie ungünstig ausfallen.

Anfang 1986 wurde durch den amerikanischen Verteidigungsminister Caspar Weinberger bestätigt, daß die neue »fire and forget« Mittelstrecken-Luftkampfrakete zur Stationierung bereit sei. Doch in einem Bericht des amerikanischen Bundesrechnungshofes kam heraus, daß nur elf von neunzig geplanten Tests durchgeführt und sieben von diesen elf gescheitert waren. Nichtsdestoweniger will die Luftwaffe nur 24000 von diesen Raketen für 10 Milliarden Dollar kaufen.

Eine Serie von Peinlichkeiten

Das amerikanische Heer hat – vielleicht weil es in einer besseren Lage ist, seine Waffen und Geräte in der Praxis zu testen – in den letzten Jahren eine lange Serie von Peinlichkeiten erfahren.

Die für fremde Geheimdienste so attraktive, handgefeuerte Stinger-Boden-Luftrakete sollte ursprünglich eine von Menschenhand transportierbare und deshalb für die Infanterie geeignete Rakete sein. Doch dies hat sich in der umfassenden praktischen Erprobung als falsch herausgestellt. Die Waffe war so schwer, daß jedes Stinger-2-Mann-Team einen Lastkraftwagen mit Anhänger benötigte, um die Rakete ins Gefecht zu transportieren. Darüber hinaus hat das System auch seine computersimulierte Leistung in der Praxis nicht gezeigt.

Der Sergeant-York-Luftabwehrpanzer und das Bradley-Gefechtsfahrzeug sind zwei weitere Fehlschläge.

Der Panzer wurde schließlich Ende 1985 storniert, nachdem aufgedeckt worden war, daß das Pentagon und der Hersteller bei seiner Erprobung im Kampf Schwindel betrieben hatten. Das achtjährige Entwicklungsprogramm hatte 1,8 Milliarden Dollar gekostet und nur 65 Panzer hervorgebracht.

Das Bradley-Programm, was Mindestkosten von rund 11,5 Milliarden Dollar für 6882 Fahrzeuge verursachte – von denen bereits 2000 an das US-Heer ausgeliefert worden sind –, wird aus demselben Grund vielleicht bald den gleichen Weg gehen wie der York-Panzer.

Selbst langjährige Pro-Pentagon-Vertreter im US-Kongreß, wie der republikanische Abgeordnete Sam Stratton, sind ungehalten, wenn nicht gar verärgert über die Irreführung seitens der Armee, die der Erprobung des Fahrzeuges gegen echte Munition ausgewichen war.

Das klassische Beispiel dafür jedoch, wie man ein Militärfahrzeug nicht baut, ist der gepanzerte Gefechtsbulldozer, der ursprünglich als Amphibienfahrzeug konstruiert wurde und es auf eine Geschwindigkeit von rund 48 Kilometer pro Stunde bringt. Nach 27jähriger Entwicklung und Kosten in Höhe von mehreren Milliarden Dollar wurde das Fahrzeug in Ford Hood, Texas, schließlich 1985 getestet.

Nach Armeeberichten brach das Getriebe, der Auspuff fing Feuer und die Einsteigluke zum Fahrersitz war so schwer, daß sie von einem Mann nicht geöffnet werden konnte. Außerdem entsprachen die Leistungen als Amphibienfahrzeug und beim Lufttransport nicht seiner Auslegung.

Das Positive daran ist jedoch laut Pentagon, daß die Sowjets, wahrscheinlich aus dem gleichen Grund wie die Amerikaner, ähnliche Probleme haben. Ihr hochgepriesener T-72-Gefechtspanzer erwies sich bei der israelischen Invasion in den Libanon im Jahr 1982 als äußerst schwach. Er explodierte häufig oder fing Feuer, nachdem er einen Treffer erzielt hatte. Auch die fortgeschrittenen Boden-Luft-Raketen, die Moskau an Syrien und Libyen geliefert hat, haben in Gefechtssituationen nicht den Erwartungen entsprochen.

Pentagon-Experten stellen darüber hinaus fest, daß die SA-7 Strela, das sowjetische Gegenstück der Stringer, keine bessere Flugabwehrwaffe der Infanterie ist als die amerikansiche Version, wie es sich im Test herausgestellt hat. □

Zionismus

Das Geschäft mit Spenden

Vierter Teil

Charles M. Fischbein

Das Ziel der Nationalbüros der großen zionistischen Organisationen ist es Kapitalbeschaffungs-Programme zu entwickeln und durchzuführen, mit denen sie die von amerikanischen Bürgern nach Israel geschickten Beträge ständig steigern können. Die B'nai B'rith und die United Jewish Appeal (UJA) beispielsweise beschäftigen eine große Anzahl von Sozialarbeitern mit wissenschaftlicher Ausbildung, die sich »neue« und effektive Kapitalbeschaffungs-Methoden ausdenken sollen.

Große Abendessen zu Ehren prominenter Bürger von Gemeinden brachten den Zentren hohe Beträge ein. Doch die Anzahl solcher Abendessen, die pro Jahr in einer Stadt gegeben werden können, ist stark begrenzt. Die Spenden, die bei solchen Essen anfallen, sind auch relativ »klein« – sie liegen nur zwischen 500 und 5000 Dollar. Deshalb planten die zionistischen Zentren Mittel und Wege zu entwickeln, um hohe Geldbeträge flüssig zu machen.

Nach den Vereinbarungen von Camp David

Nach den »Friedensvereinbarungen« von Camp David fürchteten die Zentren, daß der »Frieden« es schwerer machen würde, Gelder zu beschaffen, da viele Juden nun glauben würden, die Krise im Mittleren Osten sei vorüber.

Kurz nach den Friedensvereinbarungen war ich zu einem Treffen der Kapitalbeschaffer der UJA auf hoher Ebene eingeladen. Es fand in New York statt und zahlreiche Sozialarbeiter und Psychologen sowie einige Experten des Mossad über Vorstandskontrolle waren zugegen. Der Mossad ist Israels KGB.

Man schlug vor, versuchsweise eine Reihe experimenteller »Entdeckungs-Missionen« von verschiedenen amerikanischen Gemeinden aus nach Israel zu entsenden. Das Konzept für jede Mission bestand darin, 15 bis 18 junge Geschäftsleute, die noch nie in Israel waren, aber jährlich Spenden von mehr als 10 000 Dollar würden aufbringen können, als Gäste der UJA nach Israel zu schicken.

Das Auswahlverfahren sollte übergenau sein und mehrere Monate dauern. Die Personen sollten von regionalen Führungskräften oder »Abgeordneten«, wie wir sie bezeichneten, ausgewählt und von älteren, hochangesehenen Gemeindemitgliedern gebeten werden, diese Reise zu machen. Man würde ihnen sagen, sie seien ausgewählt worden, an einer kostenlosen zehntägigen Mission nach Israel teilzunehmen.

Jede ausgewählte Person wurde von einem prominenten Gemeindeführer zum Essen eingeladen, wo man ihr dann eine solche Einladung überreichte. Man sagte der Person, diese Reise würde ihr eine Position in der regionalen zionistischen Gemeinde sichern und man könnte es auch als eine »geschäftliche Investition« betrachten.

Mit dem Botschafter auf Du und Du

Nachdem das Auswahlverfahren für eine bestimmte Gruppe abgeschlossen war, lud der israelische Botschafter einen Monat

vor Antritt der Reise die rund 15 Personen in die Botschaft ein. Sie wurden von ihm entsprechend unterrichtet, erhielten Gelegenheit, die einzelnen Botschaftsangehörigen auf gesellschaftlicher Ebene kennenzulernen und nahmen an einem Abendessen im Bankettsaal der Botschaft teil.

Innerhalb dieses Monats fanden zwei weitere Treffen in der Botschaft statt. Dadurch konnten sich die einzelnen Mitglieder der Gruppe untereinander besser kennenlernen und es verlieh der Gruppe als Ganzes einen hohen Status.

Die Reiseroute wurde in Israel über das Büro des Premierministers geplant.

Man legte von jedem Gruppenmitglied eine biographische Skizze an und es wurden entsprechende Informationen über dessen finanzielle Situation zusammengetragen: welche Universität, juristische oder medizinische Fakultät hat sie besucht, welchem Sport- und Gesellschaftsclub gehört sie an, mit wem macht sie Geschäfte, welchen Wagen fährt sie und wo macht sie Urlaub?

All dies und noch viel mehr an Informationen wurden über jeden einzelnen gesammelt. Einige Tage vor Antritt der Reise trafen sich die Gemeindeführer dann und legten fest, welchen Geldbetrag sie von jedem einzelnen Mitglied der Gruppe fordern wollten.

Abgesehen von mir als Gruppenführer kamen zwei »Abgeordnete« der Gemeinde mit. Jeder von ihnen war hochangesehen und hatte der UJA jährlich 15 000 Dollar oder mehr eingebracht. Es war ihre Aufgabe, die Gruppenmitglieder um Geld zu bitten. Mir oblag es, die Reihenfolge dafür festzulegen.

Bevor wir die Vereinigten Staaten verließen, trafen wir am El-Al-Abflugschalter in New York den israelischen Botschafter bei den Vereinten Nationen, der jedem ein vom israelischen Premierminister unterzeichnetes Willkommensschreiben für Israel aushändigte.



Der israelische Premierminister Menachem Begin und Ägyptens Präsident Anwar Sadat umarmen sich, während US-Präsident Carter Beifall klatscht.

Die Reise war teilweise dazu gedacht, die Mitglieder der Gruppe zu desorientieren und in die Erschöpfung zu treiben. Sobald wir in Isral ankamen, ließ man sie nicht in ihr Hotel, um sich von der Reise frisch zu machen. Statt dessen wurden sie mit einem VIP-Bus in ein Waisenhaus gebracht.

Am fünften Tag ging es um Geld

Die kleinen Kinder sangen und tanzten ihnen etwas vor und boten ihnen Kaffee und einen Imbiß an. Jedes Kind war sorgfältig darauf programmiert zu erzählen, daß das Waisenhaus von Spenden amerikanischer Bürger an die UJA unterstützt wurde.

Nachdem sie nun über 20 Stunden auf den Beinen waren, kam die Gruppe schließlich um 22 Uhr im Hotel an. Man sagte ihnen, daß sie um 5 Uhr in der Frühe geweckt würden.

Am ersten vollen Tag nach der Ankunft stand der Besuch einer israelischen Militärbasis auf dem Programm, wo sie Turbojäger mit wohl instruierten Piloten fliegen und Panzer fahren durften und Frühstück und Mittagessen von Soldaten im Offizierskasino serviert bekamen.

Später am Tag hatte die Gruppe die Möglichkeit mit Uzi-Maschinengewehren zu schießen und in der Nacht gab man ihnen Militäruniformen und ließ sie mit israelischen Soldaten auf Patrouille gehen.

Der zweite Tag, 18 Stunden, war gleichermaßen erfolgreich. Als er zu Ende ging, war jeder erschöpft und fühlte sich persönlich für die Rettung Israels verantwortlich.

Am dritten Tag gab der damalige Premierminister Menachem Begin ein Abendessen. Begin empfing jedes Mitglied der Entdeckungsmission persönlich mit Namen und dankte ihnen dafür, daß sie in der vergangenen Nacht auf Patrouille gegangen sind.

Gemäß unserem Plan begannen wir am fünften Tag die einzelnen Gruppenmitglieder um Geld anzugehen. Dies geschah auf langen Busfahrten, die absichtlich Bestandteil jeder Reise waren. Ich hatte die Reihenfolge dafür festgelegt, wobei ich darauf achtete, daß man sich den eifrigsten und überschwenglichsten zuerst widmete.

Als der VIP-Bus auf einer Zweistunden-Fahrt in die Negev-Wüste seinen ersten Halt gemacht hatte, baten die beiden »Abgeordneten« den ersten Mann, der ausgewählt worden war, hinten im Bus Platz zu nehmen.

Man sagte ihm, daß er eine Chance gehabt habe, Israel kennenzulernen, das Land zu verteidigen, das er liebe, die Arbeit der UJA zu sehen und bitte ihn nun der UJA etwas zu spenden.

Der eine »Abgeordnete« erzählte ihm, daß er, der »Abgeordnete«, der UJA gerade 15 000 Dollar gegeben habe und fragte, ob der Mann sich ihm darin »anschließen« würde eine Spende in dieser Größenordnung zu machen. Das Gruppenmitglied wurde blaß, doch nachdem zwei Leute ein halbe Stunde lang auf ihn eingeredet hatten, war er einverstanden.

Jedes Jahr Hunderte von Missionen

Die nächste Phase bestand darin, diesen neuen Spender zu bitten, den beiden »Abgeordneten« bei der nächsten, ausgewählten Person zu helfen. Diese wurde dann ebenfalls in den hinteren Teil des Buses gebeten, wo ihr der Mitreisende verkündete, er habe soeben 15 000 Dollar gespendet und da er weit weniger verdient, als die Person, die er jetzt ansprach, solle diese Person doch 20 000 Dollar geben. Wenn jemand zögerte oder weniger geben wollte, wurde er von drei oder vier Gruppenmitgliedern gedrängt, die gerade selbst gespendet hatten. Der Druck war groß, denn eine Person, die soeben für eine neue Sache gewonnen wurde, kann diese Sache am besten verkaufen.

Wenn ein Gruppenmitglied ein paar tausend Dollar weniger geben wollte als verlangt, fand folgender Dialog statt: »Schauen Sie, Ben, Ihr Sohn studiert Medizin, nicht wahr? Wenn er Ihnen nun sagen würde, die Studiengebühren werden um 3000 Dollar teurer, sagen Sie ihm dann, er solle nach Hause kommen? Natürlich nicht; Sie würden ihm das Geld geben. Oder

Zionismus

Das Geschäft mit Spenden

wenn ihr nächster Mercedes 3000 Dollar mehr kosten würde als der letzte, würden Sie dann einen Ford kaufen? Nein, natürlich würden Sie das Geld dafür beschaffen.

Hier handelt es sich nicht um einen Wagen, Ben; es geht um das Überleben der Juden, das Überleben von Frauen, Männern und Waisenkindern. Wenn Sie mehr zahlen würden für einen Wagen, für Studiengebühren oder den Urlaub, geben Sie Ihren Mitmenschen nicht weniger.«

Normalerweise funktionierte das. Die erste »Test«-Mission war ein Erfolg. Jedes Mitglied der Gruppe gab eine größere Spende. Alle bis auf zwei gaben den Betrag, um den man sie gebeten hatte.

Seit dieser ersten Mission führen die UJA, der Jewish National Fund, die B'nai B'rith und andere zionistische Zentren jetzt jedes Jahr Hunderte von Missionen durch. Indem sie die Teilnehmer physisch in die Erschöpfung treiben, sie stundenlangem Streß, Desorientierung und endlosen Busfahrten aussetzen, den Männern die Möglichkeit geben, mit echten Gewehren zu schießen und auf eine Scheinpatrouille zu gehen – von der sie nicht wissen, daß sie nur gestellt ist –, werden sie ihrer Fähigkeit beraubt, dem Druck zu widerstehen, und sind dann reif »gepflückt« zu werden – was dem zionistischen Establishment jährlich Hunderte von Millionen Dollar einbringt.

Es ist hier wichtig festzustellen, daß es sich bei der Desorientierung durch endlose Fahrten, Mangel an Schlaf, gestellten Situationen und unvergleichlichen Druck um herkömmliche Methoden der Gehirnwäsche handelt.

Zuerst die eigenen Taschen füllen

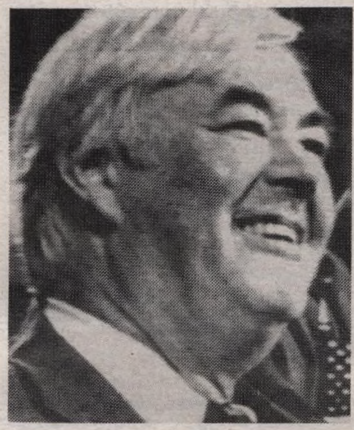
Es ist kein Geheimnis mehr, daß zionistische Zentren von ihren Topleuten in der Kapitalbeschaffung um hohe Geldsummen gebracht werden. In vielen Fällen werden diese unrechtmäßigen Gewinne der Führungskräfte sogar von den Nationalbüros gebilligt.

Doch die Praktiken persönlicher Bereicherung aus Geldern, die in den Vereinigten Staaten zur Unterstützung Israels beschafft wurden, machen in den Nationalbüros der zionistischen Zentren von New York nicht halt. Sie betreffen auch israelische Militärs in Spitzenpositionen sowie fast jedes Kabinettmitglied einschließlich dem Premierminister.

Israel entsendet seine Vertreter in nahezu jede größere Stadt der Vereinigten Staaten, um Gelder für den Mini-Staat im Mittleren Osten aufzutreiben.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern gibt es in Israel nur wenig Gesetze im Zusammenhang mit persönlichem Profit aus öffentlichen Ämtern. Jedes Mal, wenn ein Regierungsvertreter für eine Spendenaktion nach Amerika kommt, wird erwartet, daß er entweder ein hohes Honorar oder einen Prozentsatz von dem beschafften Geld erhält.

Vor einigen Jahren kam Premierminister Menachim Begin zu einem Staatsbesuch nach Washington. Nach offiziellen Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten und Mitglieder des amerikanischen Kongresses rief Norman Bernstein, eines der



US-Senator Daniel Moynihan ist einer der besten Freunde Israels und steht auf der B'nai B'rith-Liste vornan.



Der republikanische Abgeordnete Stephen Solarz wird scherzhaft der »Kongreßabgeordnete von Tel Aviv« genannt.



Menachem Begin verlangte normalerweise ein Honorar von zehn Prozent für seine Bemühungen um Spenden.

prominentesten Mitglieder der amerikanischen Zionistengemeinde in der israelischen Botschaft an und verlangte Begin zu sprechen. Das Gespräch wurde sofort durchgestellt.

Es schien als hätte Charles E. Smith, ein amerikanischer Bürger, der jährlich Millionen von Dollar an Israel spendet, noch nichts in einen besonderen Fonds mit dem Namen »Project Renewal« (»Erweiterungsprojekt«) eingezahlt. Dabei handelte es sich um eine Erfindung Begins, der hier eine Verbindung zwischen Städten in den USA und kleinen »Entwicklungsstädtchen« in Israel herstellen wollte, bei der die amerikanischen Städte Bauprojekte in diesen Ortschaften übernehmen sollten.

In vielen Fällen erbitten diese israelischen Regierungsvertreter direkt Spenden von einem hohen zionistischen Geldgeber in den USA. Als ich leitender Direktor des Jewish National Fund (JNF) (Jüdischer Nationalfonds) in Washington war und während meiner Jahre beim United Jewish Appeal (UJA), der größten »israelischen« Wohltätigkeitsorganisation in Amerika, hatte ich bei der Wegbereitung solcher Spenden und den dazu gehörigen Vortragsverpflichtungen mit dem Büro des israelischen Premierministers zu tun.

Während es schon eigenartig und unangebracht erscheinen mag, daß ausländische Staatsoberhäupter amerikanische Bürger um Spenden für ihr Land ersuchen, ist es wohl noch mehr fehl am Platz, daß sich diese Regierungsvertreter aus solchen Aktivitäten dann auch noch selbst bereichern.

Yitzhak Rabin sahnt ab

Die Spenden für das Erweiterungsprojekt sollten höher sein als normale Spenden an Israel und sich alle fünf Jahre wiederholen.

Den amerikanischen Kapitalbeschaffern gefiel die Idee nicht sehr. Die meisten großen Spender gaben bereits mehr als sie wollten. Sie alle fünf Jahre neben ihrer regelmäßigen Jahresspende um eine weitere Millionenspende anzugehen, war fast unmöglich.

Doch Begin steckte nicht zurück. Es war sein Wille, daß dieses Projekt ins Laufen kam. Bernstein wollte nicht gern zu Smith gehen, der ein harter, temperamentvoller Geschäftsmann war. Er meinte, wenn Begin selbst zu ihm ginge, wäre es schwieriger für Smith abzulehnen. Nach einer Reihe von Telefongesprächen erklärte sich Begin damit einverstanden, Smith selbst zu besuchen. Er meinte allerdings, daß er normalerweise ein Honorar erhält, wenn er ein Essen gibt, bei dem es um Kapitalbeschaffung geht. Deshalb beanspruchte er 10 Prozent von dem Betrag, den Smith geben würde.

Zumindest hatte Begin den Mut so direkt zu sein. Ein anderer früherer Premierminister, Yitzhak Rabin, der wegen illegaler Bankkonten in den USA mit Geldern, die er aus zionistischen Wohltätigkeitsorganisationen abgeschöpft hatte, zum Rücktritt gezwungen worden war, ist weitaus schlimmer gewesen als Begin.

Bei einem wichtigen Abendessen im Zusammenhang mit Ka-

pitalbeschaffung, das für Washingtoner Rabbiner gegeben wurde, tauchte Rabin in angetrunkenem Zustand auf. Als ob dies nicht schon genug wäre, nein, er verlangte darüber hinaus noch ein zusätzliches Honorar in Höhe von 1000 Dollar, weil er seine Frau mitgebracht habe.

Als das Abendessen vorbei war, überreichte der regionale Vositzende der UJA dem damaligen Premierminister, der jetzt Israels Verteidigungsminister ist, ein Kunstwerk. Das Original war zum Preis von 2000 Dollar bei einer Kunstgalerie am Ort gekauft worden. Am nächsten Morgen erhielt ich einen Anruf von Rabin.

Er sagte mir, das Kunstwerk, das er bekommen habe, gefiele ihm nicht und er wollte den Namen der Galerie wissen, von der es stammte, damit er es umtauschen könne. Ich sagte ihm, er solle Norman Bernstein anrufen, den Washingtoner Zionistenführer, der das Essen gegeben hatte und der ein enger Freund von Rabin ist.

Bernstein sagte Rabin, es sei in Ordnung, wenn er das Werk umtauschen würde, aber der Preis sollte nicht höher als 2000 Dollar sein. Rabin ging in die Galerie, erzählte dem Geschäftsführer, wer er sei und daß Norman Bernstein ihm gesagt habe, er könne das Werk gegen ein anderes eintauschen, das ihm besser gefallen würde. Drei Wochen später erhielt die UJA eine Rechnung der Galerie über 15 000 Dollar.

Den Gemeindeführern war es peinlich die Rechnung an Rabin weiterzureichen, der sich längst wieder in Israel befand und um einen größeren Zwischenfall, in den der frühere israelische Premierminister und jetzige Verteidigungsminister verwickelt gewesen wäre, zu vermeiden, bezahlten einige führende Leute in der Gemeinde dieses Geschenk aus eigener Tasche.

Bestechungsversuch um einen Straßenbau

Ein prominenter amerikanischer Zionist hatte enge Freunde und Verwandte, die in einer der drei jüdischen Siedlungsstädte am Westufer, die auf arabischem Land illegal gebaut worden waren, lebten. Die drei Städte wetteiferten miteinander um eine neue Verbindungsstraße zur Autobahn, die nach Jerusalem führt.

Auf einer seiner Reisen nach Israel arrangierte ich ein Treffen zwischen diesem Amerikaner und dem israelischen Regierungsbeamten Moshe Rivlin. In der Unterhaltung tauchte auch das Thema des Autobahnanschlusses auf. Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten erzählte mir dieser Amerikaner seine Geschichte.

Er sagte, Rivlin habe ihm erzählt, er sei nicht dafür, daß die Straße zu diesem Ort gebaut würde. Er begründete es damit, daß für militärische Zwecke eine andere Ortschaft als erstes eine Verbindung zu Jerusalem erhalten solle. Rivlin meinte jedoch zu dem Besucher, gegen ein Entgelt könne er dafür sorgen, daß der Ort, in dem seine Verwandten lebten, zuerst diesen Anschluß erhält. Er meinte, er würde vielleicht beschuldigt, die Lage falsch beurteilt zu haben, doch für 50 000 Dollar könne er mit dieser augenblicklichen Kritik leben.

Verblüfft über diese unverhohlene Zahlungsaufforderung verabschiedete sich der Amerikaner, ein angesehener Rechtsanwalt, von dem Treffen. Er berichtete Yitzhak Modai, der zu der Zeit Minister ohne Portefeuille im israelischen Kabinett war, von dem Bestechungsversuch. Modai ist jetzt Justizminister.

Nachdem dieser von dem Vorfall gehört hatte, sagte er zu einem Freund: »Rivlin ist ein Idiot. Eine solche Straße ist 250 000 Dollar wert. Er hätte nach Amerika gehen und mit einem Kapitalbeschaffer ein Geschäft über die Einrichtung eines speziellen Fonds für die Straße aushandeln sollen. Dabei hätte er erzählen können, daß Kinder sterben oder getötet werden, wenn sie nicht gebaut wird. Auf diese Weise wäre er zu seinem Geld gekommen. So hätte ich es gemacht. So machen wir das alle.«

Dies sind nicht die einzigen Vorfälle, die ich erlebt habe. Israelische Regierungsbeamte nehmen das Geld wohlmeinender Amerikaner, die Israel unterstützen wollen und verwenden es zu persönlichen Zwecken. Aufgrund der hohen Gemeinkosten und Diebstähle, die in den zionistischen Zentren vorkommen, gehen manchmal tatsächlich nur 10 Prozent des Geldes, das zur Unterstützung des Landes aufgebracht wurde, wirklich nach Israel. Der Rest wird für die Bezahlung hoher Gehälter, die Einrichtung protziger Büros, VIP-Reisen zionistischer Bonzen und das Füllen der Taschen israelischer Regierungsbeamter verwendet.

Gelder für US-Politiker

Mit Vortragshonoraren und über andere Kanäle bezahlen die zionistischen »Wohltätigkeits«-Organisationen in den Vereinigten Staaten amerikanische Politiker, die ihre Politik im Mittleren Osten unterstützen. US-Senator Daniel Moynihan, Abgeordneter von New York, ein Mann von mangelnder Gewissenhaftigkeit und noch niedrigerem Ethik-Niveau, ist dafür ein hervorragendes Beispiel.

Vor ein paar Jahren hatte ich die Gelegenheit den Senator zu bitten, anläßlich eines Essens, das ich in Washington für den Jewish National Fund (JNF) (Jüdischen Nationalfonds) zwecks Spendensammlung gab, zu sprechen. Moynihan ist für seine Unterstützung Israels wohlbekannt. Er steht auf der B'nai B'rith-Liste der besten Freunde Israels immer an erster Stelle.

Ich rief den Senator an und er sagte, er würde gerne zu dem Essen erscheinen und zwanzig Minuten lang sprechen, wenn wir ihm dafür ein Vortragshonorar von 2000 Dollar zahlen würden.

Ich war etwas verärgert über die Höhe des Honorars; schließlich ging es um die Unterstützung Israels und das ganze fand nur ein paar Häuserblocks von der Washingtoner Wohnung des Senators statt. Ich sprach deshalb mit Elton Kerness, einem amerikanischen Zionisten von höchstem Rang und fragte ihn, was er zu diesem doch wohl äußerst unverschämten Honorarwunsch meinte. Kerness antwortete mir:

»So viele Kongreßabgeordnete wie möglich auf unsere Gehaltsliste zu setzen, ist ein Weg, wie wir sicherstellen können, daß Israel die Unterstützung im Kapitol bekommt, die es braucht. Wenn wir diesen Burschen (den Kongreß-Abgeordneten) zusichern, daß für sie persönlich etwas ›drin‹ ist, wenn sie Israel unterstützen, wird eine ganze Menge von ihnen tun, was wir verlangen.

Wir wollen so vielen Politikern wie möglich hohe Honorare anbieten, das ist einer der Gründe, weshalb wir landesweit so häufig Essen für Spendensammelzwekke geben. Auf diese Weise sind wir in der Lage, unsere Gelder zu verteilen und so viele von unseren Freunden wie möglich zu entlohnen. Versuchen Sie nicht Moynihans Honorar zu kürzen. Wir brauchen ihn.«

Der republikanische Abgeordnete von New York, Stephen Solarz, ist auch ein Favorit der Zionisten. Es gibt in der Tat nur wenige auf dem »Hügel«, die für Israel so viel tun wie er. Es gibt allerdings auch nur wenige dort, die an der unablässigen Unterstützung Israels so viel verdienen wie er.

Solarz erhält jährlich Zehntausende von Dollars an Vortragshonoraren durch pro-israelische Gruppen und wird unter den »zionistischen Agenturen« deshalb scherzhaft der »Kongreßabgeordnete von Tel Aviv« genannt. Eine umfangreiche »Kriegskasse« wird für die Kampagnen zu seiner Wiederwahl regelmäßig aufgebracht. Ein großer Teil der von Solarz' gesammelten Spenden kommt aus weit entfernten Regionen außerhalb seines Wahlkreises – wie zum Beispiel Kalifornien und Florida.

Jedes amerikanische Kongreßmitglied, das vor Israel den Kotau macht, erhält auch hohe finanzielle Zuwendungen von pro-israelischen politischen Aktionskomitees. Bei den Wahlen im Jahr 1984 wurden 1,49 Millionen Dollar an Kandidaten für den Senat und über 600 000 Dollar an Kandidaten des »Hauses« von solchen Institutionen verteilt. Jeder der Kandidaten, der dieses Geld erhielt, verdiente darüber hinaus auch noch persönlich durch Vorträge bei zionistischen Agenturen, die hoch bezahlt wurden und in Spendensammelaktionen außerhalb seines Wahlbezirks. □

In der nächsten Ausgabe gibt Charles M. Fischbein einen Überblick über die Hauptgeschäftsstellen des Jüdischen Nationalfonds, an deren Spitze der einflußreiche und mächtige Dr. Samuel Cohen steht.

Australien

Agrargeschäfte mit den Roten

Victor Marchetti

Die Entscheidung der Reagan-Regierung, Weizen- und Zuckerverkäufe an die Sowjetunion und das kommunistische China zu subventionieren, gefährdet Amerikas Bündnis mit einem seiner zuverlässigsten Partner: Australien. Auf dem Spiel stehen drei äußerst wichtige und höchst heikle Sicherheitsstützpunkte der Vereinigten Staaten in diesem Land.

Das Weiße Haus hat in der vergangenen Zeit zwei kontroverse Agrarverkäufe aus landwirtschaftlichen Überschüssen an die Kommunisten durchgesetzt. Bei dem einen handelt es sich um 4,4 Millionen Tonnen Weizen für die Sowjetunion zu Schleuderpreisen, die den amerikanischen Steuerzahler 52 Millionen Dollar für die Subventionen kosten werden.

Für die Sowjets fast geschenkt

Der andere ist ein ähnlicher »Ausverkauf« von fast 150 000 Tonnen Zucker an die chinesischen Kommunisten, die den amerikanischen Steuerzahler weitere 45 Millionen Dollar kosten.

Australische Farmer schütten Säcke voll Weizen auf den Rasen der US-Botschaft in Canberra als Protest gegen die subventionierten amerikanischen Weizengeschäfte.

Ferner wird mit den subventionierten US-Geschäften der traditionelle Handel der australischen Farmer – die keine Regierungsbeihilfen erhalten – mit diesen kommunistischen Märkten preislich unterboten. Das bringt die pro-amerikanische australische Labor Party von Premierminister Bob Hawke zu Hause in große Schwierigkeiten. Es wird ihm vielleicht einen Mißtrauensantrag einbringen, was für die US-Sicherheit wiederum Probleme bedeuten könnte.

Ein Hinweis darauf wie wichtig das Thema Agrarexporte für die Australier ist, gab ein Artikel von Hawke in der »Ausblick«-Sparte von Washingtons Establishment-»Post«. Er meinte darin im wesentlichen, die amerikanischen Farmer sollten lieber aufhören, sich auf staatliche Subventionen zu verlassen und zu niedrigeren Kosten produzieren, sonst würden sie auf dem Weltmarkt nie konkurrenzfähig werden.

Hawke tadelte die Reagan-Regierung auch dafür, daß sie an die Kommunisten zu solch niedrigen Preisen verkaufen würden.

Die Reagan-Regierung hätte keinen ungünstigeren Augenblick für eine solch rauhe Behandlung eines langjährigen, bewährten Verbündeten wählen können. Zur gleichen Zeit als das Weiße Haus die subventionierten Billigverkäufe an die kommunistischen Mächte vorbereitete, trafen sich amerikanische Verteidigungsexperten mit ihren australischen Kollegen in San Francisco, um einen neuen Militärvertrag als Nachfolger des alten ANZUS (Australien, Neuseeland, Vereinigte Staaten)-Paktes auszuhandeln.

Letzterer wurde vor kurzem aufgelöst, weil Neuseeland es abgelehnt hatte, amerikanische Schiffe mit Nuklearantrieb oder Atomwaffen an Bord in seinen Häfen zwecks Nachschubbeschaffung vor Anker gehen zu lassen. Das gilt auch für Schiffe, die »möglicherweise« mit Atomwaffen bestückt sind, denn die USA verraten nicht – selbst einem Verbündeten nicht –, ob ein Schiff mit Atomwaffen ausgerüstet ist oder nicht.

Nach den Verhandlungen in San Francisco rief der australische Außenminister Bill Hayden seinen amerikanischen Amtskollegen George Shultz an und beschwerte sich bei ihm über die umfangreichen subventionierten Verkäufe. Auch der Verteidigungsminister Kim Beazley protestierte bei seinem Kollegen Caspar Weinberger.

Hayden kritisierte später öffentlich: »Man behandelt einen Freund einfach nicht so wie wir behandelt werden.«

Hawke sagte in einer Stellungnahme in der australischen Hauptstadt Canberra: »Die USA können nicht erwarten, daß an einem Bündnis konsequent festgehalten wird, wenn so etwas (subventionierte Agrarverkäufe) passiert.«

Er beschrieb die US-Politik weiter als »Unverstand mit Eigentor« und »Schädigung der eigenen Wirtschaft«.

Was zwar sowohl die australische als auch die US-Regierung weiß, doch in der westlichen Öffentlichkeit nicht allgemein bekannt ist: die Vereinigten Staaten besitzen auf dem australischen Kontinent drei geheime, wichtige Stützpunkte. Der eine ist ein Flottenstützpunkt am Nordwestkap für amerikanische U-Boote mit ferngelenkten Atomraketen im Indischen Ozean mit Ziel Sowjetunion.

Die beiden anderen sind nachrichtendienstliche Einrichtungen, die von über Borneo und Malaysia installierten elektronischen Synchronsatelliten Informationen empfangen und überwachen, um ein ständiges Auge auf die militärischen Aktivitäten Chinas und der Sowjetunion zu haben.

Diese Stützpunkte des CIA liegen in Pine Gap (Mittelaustralien) und Nurrungar (weiter im Süden). Nurrungar liegt in der Nähe von Woomera, nordwestlich von Port Augusta.

Die Überwachungsprojekte tragen die Code-Bezeichnungen Rhyolite und Argus und sind Reibungspunkte innerhalb der australischen Regierung seit über 15 Jahren.

Zweck dieser Stützpunkte blieb geheim

Einmal hat der CIA bis vor kurzem für das Privileg, australischen Boden zur Bespitzelung der kommunistischen Mächte benutzen zu dürfen, nichts bezahlt. Die ursprüngliche Miete für Pine Gab beispielsweise war lediglich eine symbolische Bezahlung von jährlich ein Pfund Pfefferkörnern, wie sie für kostenlos zugewiesenes Land üblich ist. Mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten konnten australisches Territorium unentgeltlich benutzen.

Dabei wußte die australische Regierung nichts von den nachrichtendienstlichen Stützpunkten des CIA und hatte demzufolge auch kein Sagen dabei. Sie war von der Existenz oder dem Zweck dieser Stützpunkte tatsächlich nie unterrichtet worden. Lediglich der australische Geheimdienst war darüber informiert und er hat sich nie die Mühe gemacht, die eigene Regierung davon in Kenntnis zu setzen.

Die geheimen CIA-Operationen waren bereits der Grund für das Scheitern einer australischen Regierung. Der Labor-Premier Gough Whitlam wurde im Jahr 1975 durch den Generalgouverneur der englischen Königin, John Kerr – in einer beispiellosen Maßnahme – aus dem Amt genommen, als er von der Existenz der CIA-Stützpunkte erfuhr, sie offenlegte und ihre Aufhebung verlangte.

Jetzt sind die Stützpunkte erneut Mittelpunkt einer politischen Verwicklung, die selbst der gegenwärtige Generalgouverneur von Elizabeth II., Ninian Stephen, diesmal nicht wird lösen können. Die ultrakonservative Demokratische Partei Australiens und der linke Flügel der Labor-Party sind immer gegen die Militär- und Geheimdienstpräzenz der Amerikaner gewesen.

Doch infolge der jüngsten subventionierten Argargeschäfte der Reagan-Regierung sind auch die National Party (eine Bauernpartei) und das bäuerliche Element der in der Liberal Party in Harnisch geraten. Trotz ihres Namens ist die sogenannte Liberal Party in Australien übrigens konservativ.

Die Folge wird sein, daß die US-Regierung entweder einen Weg finden muß, wie sie die australischen Farmer entschädigt – was dem amerikanischen Steuerzahler weitere Kosten aufbürden würde –, oder sie wird ihre äußerst wertvollen Flotten- und Geheimdienststützpunkte verlieren. □

Angola

Vorentscheidung an der Benguela-Bahn?

Ulrich Schlüer

Völlig unbeachtet von Medien und Weltöffentlichkeit ist in Angola eine kriegerische Auseinandersetzung im Gang, deren Ausgang für ganz Afrika, ja für die ganze Welt von großer Tragweite sein dürfte.

Seit die kommunistische MPLA-Bewegung mit der Hilfe von mehreren tausend kubanischen Soldaten vor elf Jahren die Macht in Luanda an sich hat reißen können, ist es ihr nie gelungen, auch den von Jonas Savimbis UNITA kontrollierten Süden des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen. Mit einer breitangelegten Offensive versucht das bis heute nie vom Volk legitimierte MPLA-Regime zur Zeit, Savimbis UNITA endlich aus Angola zu verdrängen.

Vor Jahresfrist erlitt die MPLA in einer ähnlichen Offensive eine verlustreiche Niederlage. Äußerst umfangreiche Materiallieferungen aus der Sowjetunion haben die Lücken aber mehr als wettgemacht: 150 Kampfflugzeuge, 50 gepanzerte Helikopter, beide ausschießlich von Sowjets oder Kubanern pilotiert, dazu 450 Kampf- und Schützenpanzer sowie schwere Artillerie und Stalinorgeln bilden die Schwerpunkte der hochmodernen sowjetischen Lieferungen.

Die MPLA-Kampfverbände werden neuerdings bis auf Kompaniestufe herab von sowjetischen Offizieren geführt. Offensichtlich wollen auch die Sowjets das ihnen lästige Problem Savimbi endlich aus der Welt schaffen. Daß sie, obwohl Savimbi keine Flugzeuge besitzt, auch moderne Flak-Raketen in Stellung bringen ließen, kann nichts anderes bedeuten, als daß Moskau früher oder später mit dem Eingreifen der südafrikanischen Luftwaffe rechnet.

Zunächst versucht die MPLA, die seit Jahren stilliegende Benguela-Eisenbahn unter Kontrolle zu bekommen. Gelänge ihr das, so würden Savimbis weiter im Norden operierenden Kräfte von der UNITA-Hauptmacht im Südosten des Landes abgeschnitten. Noch aber widerstehen Savimbis Kämpfer, obwohl an Material weit unterlegen. Die MPLA kann indessen nur rund 10 000 Mann in den Angriff werfen. Die restlichen Truppen, insbesondere die Kubaner, haben die 600 bis 800 Kilometer langen Nachschubwege von der Hauptstadt Luanda ins Operationsgebiet sowie die Häfen und Transportwege zu sichern.

Gelingt die Eroberung der Benguela-Bahn, dann will die MPLA den Entscheidungsangriff ins Herzland der UNITA im Südosten Angolas entfesseln.

Trotz Überlegenheit an Material ist Savimbi noch keineswegs besiegt. Er kommandiert rund 40 000 zumeist hervorragend ausgebildete Kämpfer, die im unwegsamen Busch wahrscheinlich weit mehr Wirkung erzielen als das schwerfällig manövrierbare und extrem nachschubabhängige Material der Sowjets. Wiederum wird Savimbi die offene Feldschlacht zu vermeiden suchen und – wie bereits erfolgreich in früheren Jahren – die langen und verletzlichen Verbindungslinien des Gegners zu unterbrechen trachten, wofür die ihm zukommende logistische Hilfe der südafrikanischen Armee von Bedeutung ist.

Seit kurzem verfügt Savimbi auch über amerikanische tragbare Stinger-Fliegerabwehrraketen. Seit diese eingetroffen sind, soll sich im Kampfgebiet kein einziger Sowjet-Kampfhelikopter oder Kampfflieger mehr gezeigt haben.

Die Sowjetunion hat kaum Kriegsmaterial im Wert von 10 Milliarden US-Dollar und neun Generäle mit mehrjähriger Afghanistan-Erfahrung allein gegen Savimbi nach Angola entsandt. Angola ist für Moskau vielmehr ein Sprungbrett. Nachdem es gelungen ist, Südafrika international zu isolieren, erachtet der Kreml den Zeitpunkt für gekommen, nunmehr auch eine militärische Front gegen die Rohstoffkammer Südafrika aufzubauen. Diese dürfte dann aktiv werden, wenn Südafrika von einem Aufstand im Innern lahmgelegt werden sollte. □

Südafrika

Sanktionen sind politische Berechnung

James P. Tucker jun.

Werden von den Vereinigten Staaten auferlegte Sanktionen die südafrikanische Regierung stürzen oder dem Apartheid-System ein Ende setzen? Während die Medien des Establishments in Amerika »Ja« sagen, sagen die Medien in der Republik Südafrika »Nein«.

Es gibt noch eine Reihe anderer Dinge, von denen die westlichen Establishment-Medien nichts berichten, die Tatsache eingeschlossen, daß viele Exporte aus Südafrika in den USA und Europa mit der Aufschrift »Made in Israel« ankommen. Auch können »hochwertige Mineralstoffe«, die ungefähr 70 Prozent des südafrikanischen Exports ausmachen, »nicht blockiert werden«.

Stoppt den Kapitalabfluß

Falls die Länder der westlichen Welt Sanktionen ergreifen, gibt es keine Veranlassung zu glauben, die Republik Südafrika würde in ihrem Umgang mit diesen Ländern sehr diplomatisch bleiben. Die normale Reaktion wäre, für die Schulden im Ausland nicht mehr zu bezahlen.

Als weitere mögliche Reaktionen Südafrikas wird die Verstaatlichung des Aktienbesitzes von Ausländern genannt. Zinsen und Dividenden kosten den Staat gegenwärtig fünf Milliarden Dollar pro Jahr. Wenn die Zahlen gestoppt würden, bedeutet das einen Reingewinn in genau dieser Höhe.

Wird dieser Kapitalabfluß gestoppt, innerhalb kürzester Zeit würde Südafrika in Dollar schwimmen, Dollar, die dazu verwendet werden könnten, »nicht erhältliche Dinge« zu beschaffen beziehungsweise die Wirtschaft zu raschem Wachstum anzukurbeln.

Wenn die Republik Südafrika ihre Auslandsschulden tatsächlich nicht mehr anerkennen würde, so könnte das auch andere Länder wie Mexiko oder Nigeria auf die gleiche Idee bringen. Schon allein die Furcht davor, daß ein weiterer großer Schuldner seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommt, wird die Nerven der internationalen Banker gewaltig strapazieren und für den Dollar-Goldpreis Wunder bewirken.

Die Vorstellung, daß Südafrika sich Sanktionen so einfach gefallen lassen würde, ist keinen Pfifferling wert. Es würde jenen, die sie verhängen, ebenso schaden, wie jene, gegen die sie verhängt werden. Doch zumindest ein Land würde davon profitieren: Israel.

Die Führer des kampfgeschüttelten Südafrika glaubten einst, daß die Rufe der Amerikaner nach Sanktionen aus Unkenntnis heraus kamen. Jetzt sind sie überzeugt davon, daß es entweder aus politischer Berechnung heraus geschieht oder sie damit den sowjetischen Interessen dienen wollen.

Nachrichtensperre bei der Presse

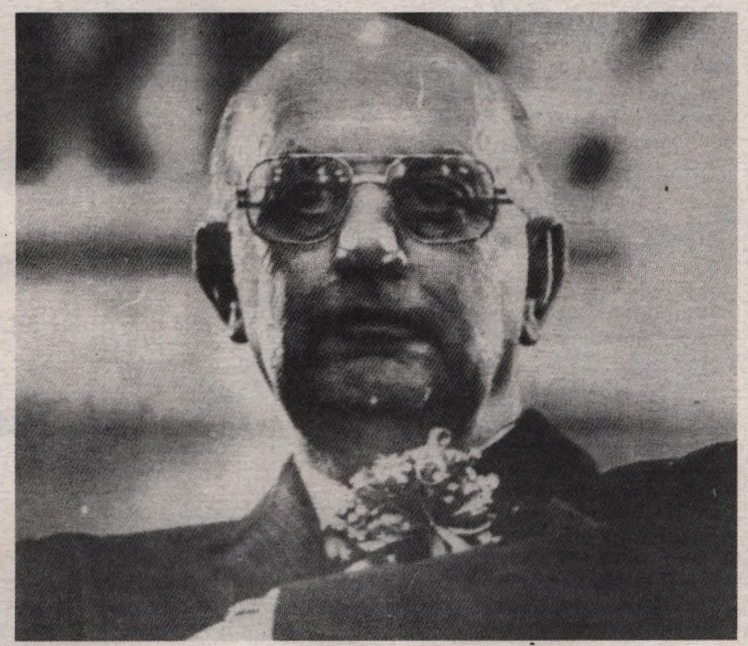
Diese Ansicht wurde wiederholt von Südafrikas Wirtschafts- und Stammesfürsten geäußert; bei ihren Besuchen in Washington hatte man für ihre Geschichte immer nur taube Ohren. Mit Ausnahmen der den Moonies gehörenden Washingtoner »Times«, wurde ihr Besuch von den Establishment-Medien ignoriert.

Bei einem jener südafrikanischen Führer handelte es sich um Mangosuthu Buthelezi, das Oberhaupt des Sechs-Millionen-Zulu-Stammes und ein scharfer Gegner von Sanktionen.

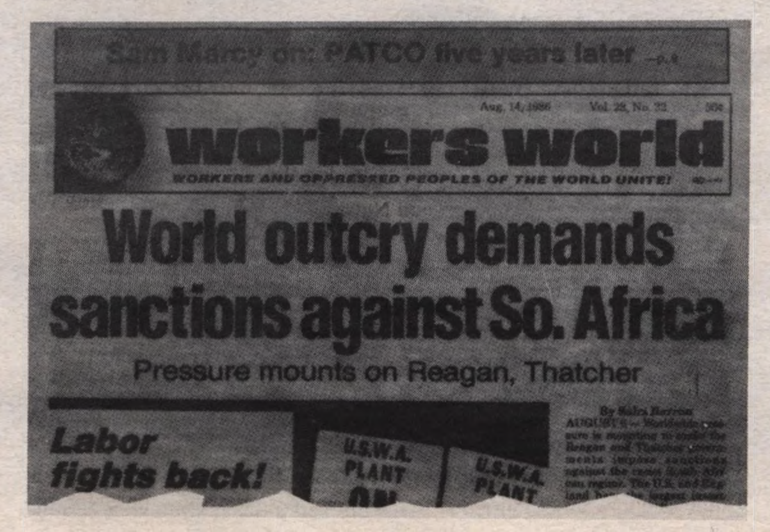
Vor einem Jahr kam Ian Smith, Rhodesien – heute Zimbabwe – früherer Premierminister, nach Washington, doch die Presse wollte nichts von ihm hören. In einem Interview betonte Smith, daß die gleichen kommunistischen Kräfte, die in seinem Land das Ruder übernommen hätten, in Südafrika dasselbe versuchen würden.

Durch diese Nachrichtensperre der Establishment-Presse, die von »ausgewogener Berichterstattung« faselt, werden die amerikanischen Wähler absichtlich über die Wahrheit des Kampfes in Südafrika in Unkenntnis gelassen, sagen die Afrikaner. Sie richten an die Amerikaner, die Südafrikas Aktionen so lebhaft in Zweifel ziehen, die folgenden Fragen:

Sind Sie auch für Sanktionen gegen die Sowjetunion, deren Satelliten und Rotchina, die ihrer Bevölkerung weit schlimmere Greueltaten zugefügt haben als jene, von denen behauptet wird, wir würden sie den Schwarzen in Südafrika zufügen?



Südafrikas Präsident P. W. Botha befürwortet den »nicht-konventionellen Handel«.



Sam Marcy on: PATCO five years later

Aug. 14, 1986 Vol. 28, No. 32

workers world

WORKERS AND OPPRESSED PEOPLES OF THE WORLD UNITE!

World outcry demands sanctions against So. Africa

Pressure mounts on Reagan, Thatcher

Labor fights back!

Wer verlangt nach Sanktionen gegen Südafrika? Die Antwort gibt die amerikanische kommunistische Zeitung »Workers World«.

Wie lange noch wollen Sie höhere Preise für Erze geringerer Qualität aus der Sowjetunion bezahlen, die für Ihre Militärverteidigung wichtig sind? Und falls die Sowjetunion es einmal ablehnen wird, diese Erze weiterhin an Sie zu verkaufen, glauben Sie, Südafrika würde seine Ressourcen einem Land zur Verfügung stellen, das sich entschlossen hat, uns feindlich gegenüberzutreten?

Wenn von Nationalisten in Ihrem Land auf die viel größeren Verstöße gegen die Menschenrechte – aus politischen Gründen – in kommunistischen Ländern hingewiesen wird, werden Handel und Hilfeleistungen mit der Begründung verteidigt: »Wir dürfen uns nicht in die internen Angelegenheiten eines anderen Landes einmischen« und »Wir dürfen unsere eigenen Ideale anderen nicht aufdrängen.«

Gesetzgeber wissen es besser

Warum mischen Sie sich dann also in die Angelegenheit unseres Landes ein und versuchen uns Ihre Ideale aufzudrängen?

Falls Sie sich durchsetzen sollten und Sanktionen auferlegt werden, werden Sie dann die Millionen Schwarzen nicht nur in Südafrika, sondern auch in den umliegenden Ländern, ernähren, die dann keine Arbeit mehr haben werden, oder werden Sie deren schreckliche Not, die von Ihnen verursacht wurde, dann ignorieren?

Welchen Rat haben Sie für die Weißen in einem Südafrika, das Sie in der Zukunft schaffen wollen? Werden Sie Ihre Armee entsenden, um uns vor »einem zweiten Rhodesien« zu schützen?

Schließlich und letztendlich wissen Sie genau wie wir, daß eine Regierung mit engen Bindungen zu Moskau entstehen wird, wenn die Regierung von Pretoria einer kommunistischen Rebellion zum Opfer fällt. Das würde bedeuten, daß der gesamte Kontinent bald unter Moskaus Kontrolle sein wird. Wieso beunruhigt Sie das nicht?

Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Schulausbildung eines amerikanischen Kongreß-Abgeordneten nur acht Jahre gedauert hat, können sie über die zitierten Tatsachen unmöglich in Unwissenheit sein, sagten die südafrikanischen Abgesandten, denn Südafrika hat zusammen mit Rhodesien bis zu dessen Zusammenbruch die politischen Führer Amerikas jahrelang nachdrücklich unterrichtet, auch wenn diese sich dagegen gesträubt haben, informiert zu werden.

»Erinnern Sie sich an Ihre Sanktionen gegen Rhodesien?«, fragte ein Abgesandter. »Die Russen vervierfachten ihren Preis für Chrom, das Sie brauchten, um militärisch überleben zu können. So kamen Sie mit der ›Byrd-Novelle‹ heraus, aufgrund derer Chrom ausgenommen wurde und Rhodesien verkaufte es wieder an Sie. Doch Sie sollten nicht darauf wetten, daß wir zurückkommen wie ein Hund, nach dem man nur zu pfeifen braucht.« Er bezog sich auf die Gesetzesänderung, die von dem früheren amerikanischen Senator Harry F. Byrd jun., einem ausgesprochenen Gegner von Sanktionen, durchgefochten wurde.

»Glauben die Leute in Washington, sie könnten uns schlagen, weil wir ungezogen waren und ihren Befehlen nicht gehorcht haben und wir würden dann in der Ecke stehen und jämmerlich wimmern?« fragte ein anderer. »Wenn wir lange genug provoziert werden, können auch wir harte, wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen ergreifen.«

Südafrikaner schlagen zurück

Südafrika hat bereits angekündigt, daß für alle aus dem kommunistischen Zimbabwe importierten Güter Lizenzen erforderlich sind. Doch während die südafrikanische Regierung voraussichtlich sämtliche Import-Lizenzen stattgeben wird, sind doch alle Vorkehrungen getroffen, um die Importe bestimmter Waren zu stoppen, wenn Südafrika Sanktionen auferlegt werden sollten.

Die Südafrikaner lieferten Auszüge aus einer Studie: »Die Verwundbarkeit des Westens aufgrund der Mineralstoffreserven – aus sowjetischer Perspektive« von Dr. James A. Miller.

»Wenn die Sowjetunion und ihre Verbündeten die Mineralstoffquellen Südafrikas mit Ausnahme des Öls unter ihre Kontrolle bekommen können«, schrieb Miller, »würden die folgenden Prozentsätze an den weltweiten Reserven vom Kreml kontrolliert:

Platingruppe: 95 Prozent der Weltproduktion und 99 Prozent der Weltreserven. Chrom: 57 Prozent der Produktion und 99 Prozent der Reserven. Mangan: 59 Prozent beziehungsweise 93 Prozent. Vanadium: 69 beziehungsweise 95 Prozent. Gold: 80 beziehungsweise 70 Prozent.

Die Vereinigten Staaten halten sich selbst bei mindestens der Hälfte der 40 Mineralstoffe, die sie für ihre Wirtschaft benötigen, für von ausländischen Quellen gefährlich abhängig und sie sind gezwungen, 90 Prozent ihres hundertprozentigen Bedarfs an Mangan, Kobalt, Chrom, Niobium, Plattenglimmer, Strontium, Tantal und Bauxit zu importieren«, warnte Miller.

»Außerdem müssen sie 75 Prozent der Metalle der Platingruppe, Asbest, Flußspat, Zinn und Nickel importieren«, schreibt Miller. »Über 50 Prozent der folgenden Mineralstoffe müssen aus überseeischen Quellen kommen: Kadmium, Zink, Kalium, Selen, Quecksilber, Gold und Wolfram. Amerikas Verbündete in Westeuropa und Japan hängen sogar noch stärker von Mineralstoffimporten ab.«

»Kein Wunder«, schlußfolgert Miller, »daß die Sowjets eifrig bestrebt sind, Südafrika den Hahn abzudrehen.«

Die südafrikanische Wirtschaft ist zu etwa 75 Prozent autark. Ohne Zugang zu den Gütern Südafrikas hätten die übrigen 80 Millionen in der Region sehr stark zu leiden.

Der größte Teil der Gewalt in Südafrika, wurde bekräftigt, geht von revolutionären Schwarzen aus, die versuchen, die Regierung zu stürzen, damit ein kommunistischer Staat gebildet werden kann. Des weiteren, so hieß es, sind auch ein Großteil der Opfer Schwarze, die zwar gegen die Apartheid sind, aber noch mehr gegen den Kommunismus.

Viele der Schwarzen fallen einer bestialischen neuen Technik zum Opfer, bei der ihnen ein Autoreifen um den Hals gelegt und dieser dann mit Benzin oder Dieselöl übergossen und angezündet wird. So werden sie bei lebendigem Leibe verbrannt – die sogenannten Morde durch die »Halskrause«. Südafrikas Polizei hat es schwer, die Gewalt Schwarz-gegen-Schwarz zu stoppen.

Die falschen Helden der roten Schwarzen

Die stärksten regierungsfeindlichen Kräfte kommen aus dem African National Congress (ANC), dessen Führer ihre Liebe zum Kommunismus und ihre Loyalität zur Sowjetunion oft genug betont haben. Das wird nach der Beobachtung der Südafrikaner in der westlichen Presse heruntergespielt.

Helden sind solche Leute wie Bischof Desmond Tutu, der seine Unterstützung des Kommunismus und seine Verachtung für die Vereinigten Staaten oft und lautstark zum Ausdruck bringt. Doch auch darüber, so die Südafrikaner, weiß das amerikanische Volk und die Bürger anderer westlicher Demokratien so gut wie nichts, denn es wird von der Establishment-Presse ignoriert; sie stellt Tutu lediglich als »Religionsführer« hin.

»Ihr Volk schreit nach Sanktionen, weil die Presse es über die Tatsachen nicht informiert«, sagt einer von ihnen. »Doch die amerikanischen Kongreß-Abgeordneten kennen sie, wir teilen sie ihnen mit. Ihre eigene Regierung berichtet das gleiche. Sie müssen es wissen.«

In der Tat haben der US-Bundesrechnungshof und das US-Amt für Technologie Einschätzungen über Amerikas Abhängigkeit von den südafrikanischen Mineralstoffen aufgestellt.

»Das Beste«, so meinte er weiter, »was man also über Ihre Kongreß-Abgeordneten, die Sanktionen verlangen, sagen kann, ist, daß sie politische Berechnung über die Interessen Ihres eigenen Volkes stellen.«

Was ist das »Schlechteste«, was man über sie sagen kann? »Sie nennen uns ›Rassisten‹, doch wir haben mehr Veranlassung, sie ›Rote‹ zu nennen, als sie uns, Rassisten zu nennen.« □

Südafrika

Sanktionen zu Gunsten Israels?

P. Samuel Foner

Sanktionen gegen die Republik Südafrika haben sich im amerikanischen Kongreß als »moralischer Tagesordnungspunkt« in den Vordergrund der US-Politik gedrängt. Die Vorstellung ist dabei – Senator Edward Kennedy und seiner Miteiferer zufolge – das von den Weißen regierte Land »zu strafen«.

Wie gewöhnlich wird dem amerikanischen Volk von Kongreß und Establishment-Medien ein kompliziertes Thema in allzu vereinfachter Form präsentiert. Eine Untersuchung der weitverzweigten Aspekte dieser Sanktionen enthüllt jedoch einen Grund, warum der US-Kongreß und die Establishment-Medien, die ihm das Wort reden, so eifrig bestrebt sein mögen, die Importe aus dem mineralstoffreichen Land abzustellen – und der hat nichts mit Moral zu tun.

Der Umweg über Israel

Dem liegt zugrunde, daß Israel mit Sicherheit ungeheuere Profite machen wird, wenn die Vereinigten Staaten den Südafrikanern totale oder fast gänzliche Importbeschränkungen auferlegen werden. Israel hat seine einzigartigen Handelsprivilegien sowohl mit den USA als auch mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EG) in eine Richtung gelenkt, die ihnen mit Hilfe südafrikanischer Handelsgüter hohe Profite einbringt.

Seit langem schon dient das Land als Umschlagplatz für Waren aus Südafrika, was Ländern aus der ganzen Welt – insbesondere Amerika – die Möglichkeit gibt, Güter aus Israel und nicht aus Südafrika zu importieren – mit einer Provision vom Verkäufer und einem Aufschlag vom Käufer für Israel.

Die Verabschiedung des Freihandels-Gesetzes, das im September 1985 in Kraft trat und das israelischen Waren den zollfreien Zugang zu den Vereinigten Staaten ermöglicht, machte das Ganze nur noch lukrativer. Die Handelsabkommen zwischen Israel und der Republik Südafrika mit dem Ziel der Öffnung der amerikanischen Märkte für Südafrika, traten im Jahr 1976 in Kraft. Diese Vereinbarungen sind dem US-Außenministerium gut bekannt und sicherlich auch für den amerikanischen Kongreß kein Geheimnis.

Um die US-Märkte für ihre Produkte zu öffnen, brauchen südafrikanische Industrielle nur ein Geschäft in Israel zu eröffnen oder mit einem israelischen Konzern eine Partnerschaft einzugehen. Das israelische Unternehmen importiert dann »Rohstoffe« oder »Halbfertigerzeugnisse« aus Südafrika.



Hat Edward Kennedy tiefere Beweggründe, wenn er sich so intensiv für Sanktionen gegen Südafrika einsetzt?

In Israel wird der nach internationalen Handelsgesetzen erforderliche, einheitliche Mindestanteil von 35 Prozent angeblich hinzugefügt und das Endprodukt wird verpackt und als »israelisches« Erzeugnis gekennzeichnet auf den Markt gebracht.

Auch freier Handel mit Europa

Israels Status als einziges Land auf der Welt, das sowohl mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) als auch mit den Vereinigten Staaten »freien Handel« betreibt, ermöglicht es südafrikanischen Waren, sämtliche Boykottschranken zu umgehen. Dafür gibt es viele Beispiele.

Auch schon bevor das freie Handelsabkommen zwischen Amerika und Israel Ende der siebziger Jahre geschlossen wurde, berichtete die »Financial Mail« in Johannesburg, daß die Transvaal Mattress Compagny mit Greenstein und Rosen in Israel liiert sei, und Israels Muenster Foods (ein Nahrungsmittel-Konzern) hatte unter seinen eigenen Exporten drei südafrikanische Marken dabei: Honey Crunch, Epol und Vital.

Israels mächtige Elron-Gruppe (im Freihandel an der New Yorker Börse tätig) ging mit der zu Anglo-American – einer privaten Holding-Gesellschaft der südafrikanischen Oppenheimer-Familie – gehörenden Control Logic zusammen. Der Abkömmling Conlog exportiert elektronische Erzeugnisse nach Amerika und Europa.

Iscor, Südafrikas staatseigenem Stahlkonzern, gehören 49 Prozent von Iskoor, die mehrere Stahlwerke in Israel besitzen. Die anderen 51 Prozent gehören Koor, einem Riesenunternehmen, dessen Eigner Histadrut, der israelische Gewerkschaftsbund, ist. Iskoor bringt Eisen und Stahlhalberzeugnisse von Südafrika nach Israel und exportiert dann die hergestellten Produkte wie Heizungsanlagen in die USA und nach Europa. Koor gehört zu den führenden israelischen Kapitalanlegern in Südafrika.

Im Laufe der Jahre hat die südafrikanische Regierung ihre normalerweise strengen Devisenbestimmungen gelockert, um es seinen Landsleuten zu ermöglichen, in Israel zu investieren und Israel hat seinerseits südafrikanischen Kapitalanlegern großzügige Startvergünstigungen bei Krediten, Steuern und Investitionsgütern angeboten.

Im Juni 1985 informierte ein israelischer Unternehmer die südafrikanischen Medien, daß er als Mittelsmann in einem Vorhaben fungieren wolle, das dazu dienen soll, »den Wert südafrikanischer Waren zu steigern und sie zollfrei auf europäische und amerikanische Märkte zu re-exportieren«.

Exporte in die USA über Israel

Im November 1985 machte das südafrikanische Handels- und Industrieministerium die Leser seines »Export-Bulletins« darauf aufmerksam, doch von dem »neuen Freihandelsabkommen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten Gebrauch zu machen«.

»Business Day«, eine einflußreiche Johannesburger Zeitung, berichtete, daß »hohe israelische Regierungsvertreter« einheimische Firmen dazu anhalten, ihre Exporte in die USA über Israel zu leiten.

Ebenfalls im November 1985 verkündete Südafrikas Präsident P. W. Botha, seine Regierung würde ein Amt für »nicht-konventionellen Handel«, der über Drittländer geführt werden solle, einrichten. □

Sambia

Von der Unabhängigkeit zur Diktatur

Martin Burns

Sambia, das ehemalige Nordrhodesien, erreichte seine Unabhängigkeit von Großbritannien am 24. Oktober 1964, und zwar unter der Führung des 40jährigen Kenneth D. Kaunda und seiner United National Independence Party (UNIP). Heute steht Präsident Kaunda einem Einparteienstaat vor. Er wird regelmäßig wiedergewählt, zuletzt im Oktober 1983, eine Opposition gibt es nicht.

Die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre haben vorhersehbar und fast unvermeidlich dazu geführt, daß Sambia rasant in das 19. Jahrhundert zurückfällt, anstatt den Weg ins 21. Jahrhundert zu finden. Seine Regierung, wie so viele andere in Afrika, ist unheilbar ineffizient und korrupt.

Gedrückte Wirtschaftslage

Die Landeswährung ist der sambische »Kwacha«, der nicht mit dem Kwacha des benachbarten Malawi (Njassaland) verwechselt werden darf. Er ist eine in der dritten Welt typische Scheinwährung, so gut wie völlig wertlos außerhalb der Landesgrenzen von Sambia.

Allerdings hat der Kwacha einen gewissen Wert in den angrenzenden Ländern Zaire, Tansania und Mozambique – Länder, deren Bürger noch schlechter dran sind als die Sambier.

Ihrerseits sind die Sambier schlechter dran als ihre Nachbarn in Zimbabwe und Südafrika mit dem Resultat, daß die Währungen dieser Länder gegenüber dem Kwacha ein Aufgeld erzielen, allerdings nur auf dem Schwarzen Markt.

Abgesehen davon, daß einzelne Reisende das Land nur mit zehn Kwachas in Münzen oder Banknoten betreten dürfen, ist der Import und Export der sambischen Währung strikt verboten. Sambier dürfen keine ausländischen Währungen besitzen; alle Devisen, die ein sambischer Bürger oder ein Geschäftsunternehmen erhält, müssen einer bevollmächtigten Bank »zum Verkauf angeboten« werden. Derartige Angebote werden niemals abgelehnt.

Die sambische Wirtschaft hat mehrere Rezessionen – oder schon eher Depressionen – durchgemacht, und zwar seit 1975, nachdem der Kupferpreis von 1,40 Dollar pro Pfund auf jetzt 63 Cents pro Pfund gefallen ist. Kupfer stellt 90 bis 95 Prozent der Ausfuhren des Landes dar; Kobalt, Blei, Zink, Tabak, Mais, Holz und aus Wasserwerken gewonnene Elektrizität den Rest.

Außer diesen Exporten hat Sambia praktisch keine anderen Möglichkeiten, um Devisen zu verdienen. Kredite und Auslandshilfen sind die einzigen anderen Quellen für die Einnahme in harten Währungen.

Harte Zeiten für den Kwacha

Die Abbau-Konzessionen der beiden großen Auslandsgesellschaften für Kupfer wurden 1969 von der staatlichen Industrial Development Corp. übernommen.

Der Tourismus und die inländische Industrie sind beides praktisch hoffnungslose Fälle. Abgesehen von den Victoria-Fällen, die sich Sambia mit Zimbabwe teilt, ist das Land fast bar jeder touristischen Attraktion. Es ist ein dürres Binnenland von dürftiger landschaftlicher Schönheit, wenig Jagdmöglichkeiten und einer armseligen Infrastruktur.

Güter der heimischen Industrie sind minderwertig, bestehen zu einem hohen Anteil aus importierten Bauteilen und sind sehr teuer. Sie werden in staatlichen Unternehmen hergestellt, die zusammen 75 Prozent der sambischen Industrieleistung erstellen.

Die sambische Währung erlebt harte Zeiten. Ende 1982 betrug der amtliche Kurs 1,07 Dollar, aber schon Ende September 1985 war er auf weniger als 46 Cents zurückgegangen.

Wie so viele andere überlastete Staatsschuldner mußte sich auch Sambia an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zwecks Erleichterung wenden und die vom IWF an die Kredite geknüpften Programme in ihrer Unannehmlichkeit schlucken. Diese IWF-»Medizin« besteht hauptsächlich in der Abwertung der Landeswährung und dem Ende von Subventionen für Verbrauchsgüter wie zum Beispiel Brot und Benzin.

Im Falle von Sambia bestand der IWF auf einer de facto Abwertung auf dem Weg der wöchentlichen Devisenversteigerungen. Importeure und Auslandsfirmen, die ihre Kwacha-Gewinne ins Ausland überweisen wollten, durften für ein begrenztes Volumen an Devisen bieten. Der Kwacha fiel prompt auf eine Parität von ein Dollar gleich fünf Kwacha, das ist eine de facto Abwertung von rund 56 Prozent und entspricht in etwa dem Schwarzmarktkurs.

Ende 1985 wurde der Kwacha auf den Versteigerungen zwischen fünf und sieben Kwachas für einen Dollar gehandelt, was eine weitere de facto Abwertung darstellte. Die Mehrheit der Auslandsdevisen wird jedoch von der sambischen Regierung für staatliche Zwecke einbehalten, wobei die Rückzahlung der Auslandsschulden an erster Stelle steht.

Die Nutznießer sind die Großbanken

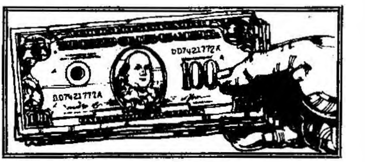
Die Folge der Aufhebung der Subventionen und die Folgen des Versteigerungs-Prozesses zeigten sich sofort: die Inflation stieg. Der Kwacha-Preis für Brot – hergestellt aus importiertem Weizen – und Benzin – Sambia besitzt Kohle, aber kein Erdöl – verdoppelte sich, die Tarife für Busse stiegen um 70 Prozent. Sämtliche Importwaren sowie einheimische Industriegüter mit einem hohen Prozentsatz an importierten Bauteilen erlebten eine entsprechende Preissteigerung.

Wer macht den Gewinn bei diesem Sparprogramm? Nicht der normale Sambier, dessen Löhne – wenn er überhaupt das Glück hat, eine Arbeit zu finden – nicht steigen. Noch die Elite Sambias, deren Kaufkraft für die höherwertigen Konsumgüter, aufgrund ihrer Gehälter und Betriebe drastisch reduziert wurde. Nein, die Nutznießer waren Sambias Gläubiger: die Großbanken.

Da die importierten Waren preislich von den meisten Sambiern nicht mehr erworben werden konnten, ging die tatsächliche Nachfrage nach diesen Gütern stark zurück. Dies läßt mehr Devisen für die wirklich wichtigen Dinge im Leben übrig, zum Beispiel für die Zahlung von Zinsen an die internationalen Banken.

Wenn nicht ein Wunder geschieht, ist Sambia dem Untergang geweiht. Bis zum Jahr 2000 werden seine Kupfervorkommen weitgehend erschöpft sein. Sambia sieht sich langfristig vor die Aussicht gestellt, daß es nichts zu exportieren und damit keine Chance hat, Devisen zu verdienen. Es wird immer mehr von der Fürsorge des Westens abhängig werden.

Seit der IWF 1978 zum ersten Mal in die Angelegenheiten Sambias eingegriffen hat, ist der Lebensstandard um mindestens 50 Prozent gesunken. Sambia findet sich mit dieser erschrekkenden Lage ab, weil es keine Alternative sieht. Wenn es seine Schulden nicht bezahlt, werden ihm die Hilfeleistungen und Kredite gekürzt, die es heute erhält, und die Erlöse aus dem Kupferverkauf würden einbehalten werden, noch ehe sie Sambia erreichen. □



Nigeria

Intervention der Banker

Martins Burns

Wenn es ein Land in Schwarzafrika gegeben hat, das erfolgreich hätte sein können, dann Nigeria. Mit einer Bevölkerung von schätzungsweise 90 bis 115 Millionen – niemand weiß es genau –, erheblichen Erdölvorkommen und einem überreichen Angebot an collegegebildeten Bürgern wurde Nigeria vom Westen als ein Anker und Anführer Afrikas betrachtet.

Zu diesem Zweck griff Großbritannien in den Sezessionskrieg ein, der vom 20. Mai 1967 bis 12. Januar 1970 geführt wurde gegen die pro-westlichen Ibos – oder auch Igbos –, die versuchten, ihre wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit in der Republik von Biafra – früher die südöstliche Region von Nigeria – durchzusetzen. Es war eine zynische Intervention; Biafra besaß das gesamte Erdöl von Nigeria, und Großbritannien wollte nicht mit einem kleinen, reichen Biafra zu tun haben, während »das restliche Nigeria« in Armut lag und um Auslandshilfe warb.

Banken wie Pilze nach dem Regen

Biafra wurde besiegt, und die »territoriale Integrität« von Nigeria gerettet. Nigeria folgte dann einem kapitalistischen Entwicklungskurs, vor allem in der himmelstürmenden Dekade, die 1973 einsetzte, als die OPEC die Ölpreise bis auf 34 Dollar pro Barrel anhob.

Nigeria heuerte alle möglichen Auslandsexperten und Berater an. Es gab sich eine nach amerikanischem Vorbild geschaffene Verfassung und wählte eine Zivilregierung. Nigeria baute Straßen und trieb die Stromversorgung auf dem Lande voran. Es erlebte eine eigene »Dienstleistungs-Hochkonjunktur«, da ausländische und inländische Banken wie Pilze nach einem Regenguß aus dem Boden schossen. Nigeria führte sogar eine progressive Einkommensteuer ein.

Heute aber, da der Erdölpreis zusammengebrochen ist, steht Nigeria leider mit einem Berg kostspieliger, importierter Ausrüstungen da, die weitgehend stilliegen, mit nicht fertiggestellten Bauprojekten und einer Auslandsverschuldung, die bis Mitte des Jahres bereits auf 22 Milliarden Dollar geschätzt wurde.

Diese ganze Misere wäre so einfach zu vermeiden gewesen. In den glorreichen Jahren der OPEC erzielte Nigeria enorme Exportüberschüsse und brauchte keinen Pfennig Kredit. 1980 belief sich sein Handelsüberschuß auf 15 Milliarden Dollar, dagegen waren es 1985 nur noch 5 Milliarden Dollar und das auch nur, weil die Importe um die Hälfte gesunken waren, nämlich von 18 auf 8 Milliarden Dollar.

1982 wurde ein Handelsdefizit von 5 Milliarden ausgewiesen. Doch die internationalen Banken, verzweifelt um das Recycling der arabischen Petrodollars bemüht, drückten Nigeria trotzdem Milliarden von unnötigen Dollar-Krediten aufs Auge. Oder, wie es der Herausgeber des »Guardian«, der führenden Zeitung von Lagos, beschrieb:

»Da unsere Öleinnahmen zurückgingen, schienen wir zu Kreditsüchtigen zu werden. Es trieb uns, nach mehr und immer mehr Krediten zu greifen, wie es einen Drogensüchtigen danach treibt, immer mehr Heroin zu nehmen, um sich aufrecht zu halten. Und wie der Heroinsüchtige waren wir nach diesen Krediten gierig, nicht um eines vernünftigen Zweckes willen, sondern nur um unsere großzügigen Konsumgewohnheiten und unsere ehrgeizigen, unausgereiften Entwicklungsprojekte zu finanzieren.«

Nigerias Wirtschaftsnöte spiegeln sich in dem traurigen Zustand seiner Währung, dem Naira, wider. Jahrelang stand der Kurs fest bei ein Naira gleich 1,40 US-Dollar. Heute ist der amtliche Kurs ein Naira gleich ein Dollar, doch auf dem Schwarzwarkt in Lagos bekommt man für einen Dollar fünf Naira.

In Lagos kostet ein großes lebendes Huhn 20 Naira, inländische Zigaretten vier Naira pro Packung, und zwei Kilo Mehlwurzeln kosten sieben Naira. Bei einem Kurs von ein Naira gleich ein Dollar sind diese Preise unverschämt. Bei einem Kurs von fünf Naira gleich ein Dollar sind sie einigermaßen vernünftig.

Das Nachsehen hat das Volk

Das Nachsehen hat bei all dem natürlich das nigerianische Volk. Das Durchschnittseinkommen beträgt nur ein Viertel dessen, was es in Mexiko ist. So wie anderswo in Afrika lebt eine herrschende Elite von Regierungs-Offiziellen und Geschäftsleuten sehr gut, während die große Masse der Menschen in entsetzlicher Armut existiert. Nur zwei bis drei Prozent der Nigerianer – das sind weniger als 2,5 Millionen – haben einen moderaten Lebensstandard des Mittelstandes im Vergleich zu Amerika oder Europa.

Einhunderttausend nigerianische Familien haben ein Kind oder mehr, die im Ausland studieren; in Amerika gibt es rund 35 000 nigerianische Studenten. Sie werden von ihren Familien unterstützt, die Devisen zum amtlichen Kurs kaufen. Wenn diese Dollars und Pfund Sterling auf dem Schwarzmarkt kaufen müßten, würden nur wenige Nigerianer im Ausland studieren können.

Auch die größeren Konsumgüter wie Autos, Fernseher und Haushaltsgeräte, die oft in Nigeria aus Importteilen zusammengebaut werden, müssen zu diesem Kurs bezahlt werden. Wenn der Naira auf 20 Cents abgewertet würde, dann könnte sich für den derzeitigen »Mittelstand« eine drastische Senkung des Lebensstandards ergeben. Dies würde auch für die Armen des Landes gelten, die dann für ihre Lebensmittel – hauptsächlich Reis und Weizen – und ihre Bekleidung – größtenteils importiert oder aus Importgeweben hergestellt – in Naira haushohe Preise bezahlen müßten.

Was die Banken wollen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) will folgendes: eine Reduktion der Nachfrage nach Importen, da so die Menge der verfügbaren Auslandsdevisen wächst, mit den Nigeria seine Schulden im Ausland bezahlen kann. Während das Establishment die Vorteile für Nigeria propagiert – seine nicht ölabhängigen Exporte werden wettbewerbsfähiger –, bleibt es eine Tatsache, daß rund 99 Prozent der nigerianischen Exporte aus ölabhängigen Produkten bestehen. Die restlichen ein Prozent, überwiegend Verbrauchsgüter, finden Absatz in den Nachbarländern.

In Wirklichkeit hätte eine Abwertung des Naira absolut keine vorteilhafte Wirkung für das nigerianische Volk. Der Preis für Erdöl wird in Dollar festgesetzt, und die Anzahl der Dollars, die für ein Barrel nigerianisches Erdöl gezahlt werden, hängt von den Bedingungen auf dem Weltmarkt ab, nicht von einer einseitigen Aktion der Nigerianer.

Ein Ergebnis der Abwertung wäre die enorme Steigerung, in Landeswährung, der Einnahmen der nigerianischen Ölgesellschaften und der nigerianischen Regierung, die natürlich auf Ölexporte Steuern erhebt und verlangt, daß sämtliche Deviseneinnahmen an sie abgegeben werden.

Dies hätte eine höchst inflationäre und destabilisierende Wirkung in einem Land zur Folge, das bereits unter den rückläufigen Ölpreisen zu leiden hat.

In einem Versuch, die einheimische Wirtschaft anzukurbeln, hat Nigeria Anfang der siebziger Jahre eine Verordnung erlassen, wonach alle signifikanten Geschäftsunternehmungen von Firmen durchgeführt werden sollten, die im Besitz und in der Leitung von Nigerianern sind. Aber trotz der Tatsache, daß es buchstäblich Millionen von nigerianischen Hochschul-Absolventen gibt, haben sich die Nigerianer

als unfähig erwiesen, komplexe, kommerzielle Unternehmen mit Erfolg zu betreiben.

Was geschah, läßt sich mit den Mißbräuchen der »Minderheits«-Geschäftsprogramme in Amerika vergleichen.

Ausländer heuerten geeignete Nigerianer als Strohmänner an, die an Ort und Stelle große Kredite aufnahmen – um nicht ihre eigenen harten Währungen festzulegen – und stellten sich dann selbst als »Berater« an. Die nigerianischen »Eigentümer« haben das Geschäft in Wirklichkeit nicht geleitet, und die Ausländer gingen kein echtes Risiko ein, sondern wollten nur schnell Geld verdienen.

Jetzt, da das leichte Ölgeld versickert ist, ist das Ergebnis der Kollaps des kommerziellen Sektors.

Zukunft bedeutet Armut und Misere

Im Dezember 1983 wurde die gewählte Regierung von Nigeria durch einen militärischen Staatsstreich gestürzt. Die Anführer des Coups rechtfertigten ihre Machtübernahme damit, daß es in dem vorherigen Regime massive Korruption gegeben habe, Behauptungen, die in weiten Teilen des Landes sowie im Ausland geglaubt wurden.

Zu den ersten Taten der Militärregierung zählte im April 1984 die Umwandlung der nigerianischen Währung. Die Währung wurde nicht abgewertet, sondern die alten Naira-Banknoten wurden innerhalb einer Frist von 12 Tagen gegen neue Scheine eingetauscht, danach war die alte Währung offiziell wertlos.

Insgesamt wurden in London 18 Tonnen neuer Banknoten gedruckt, unter allerstrengster Geheimhaltung, und nach Nigeria eingeflogen. Als dann der tatsächliche Eintausch vorgenommen wurde, mußte jeder, der mehr als 5000 Naira, damals 6650 Dollar zum amtlichen Kurs, eintauschen wollte, der Regierung die Herkunft seiner Währungsbestände offenlegen.

Diese Aktion wurde in Nigeria sehr gut aufgenommen, da sich der Normalbürger, dessen Gesamtvermögen nur einen Bruchteil von 5000 Naira ausmachte, schadenfroh an dem Leid der korrupten »Reichen« ergötzte, den Inhabern des alten Regimes, die jetzt auf großen Mengen wertlosen, bunten Papiers sitzenblieben.

Das im Dezember 1983 an die Macht gekommene Regime wurde wiederum im August 1985 gestürzt, und Generalmajor Ibrihim Babangida trat die Nachfolge von Generalmajor Mohammed Buhari an.

Warum kam es zu diesem zweiten Coup? Angeblich wegen der Korruption und der Unfähigkeit des 17 Monate währenden Buhari-Regimes.

Die Prognose für Nigeria sieht schlecht aus: die Ölpreise bleiben gedrückt. Die Korruption hält unvermindert an. Ein normales Geschäftsleben ist schwierig, da 6 Milliarden Dollar der nigerianischen Auslandsschulden aus Handelsrückständen stammen. Zahlungen für Importe, die empfangen und verbraucht wurden, aber die man nicht bezahlte.

Heute muß Nigeria für alle seine Importe im voraus in bar bezahlen.

Wichtige Angaben über Nigeria

Regionale Spannungen zwischen dem christlichen Süden und dem moslemischen Norden bleiben bestehen; Nigerias territoriale Integrität ist alles andere als gesichert. Sicher ist den zahlreichen Millionen Nigerias nur weitere Armut und Misere.



Hirse wird von den Frauen des nigerianischen Stamms der Habe mit zweiseitigen Flegeln gedroschen. Die Habe sind einer der Tausenden von Stämmen, in die Afrikas Bevölkerung aufgesplittert ist.

Jeder vierte Schwarzafrikaner lebt in Nigeria. Es gibt 20 ethnische Gruppen. Rund 21 Prozent der Bevölkerung sind Hausa, 20 Prozent Yoruba, 17 Prozent Igbo oder Ibo und 9 Prozent Fulani. Die Hausa sind im wesentlichen Moslems und beherrschen den nördlichen Sektor des Landes sowie die nationale Regierung, während die Yoruba stark im Südwesten und die Ibo im Südosten vorherrschen. Die im Süden lebenden sind gewöhnlich Christen. Insgesamt machen die Moslems 47 Prozent und die Christen 34 Prozent der Bevölkerung aus.

England nahm Lagos 1861 in Besitz und weitete seine Herrschaft ins Landesinnere bis zum Jahr 1900 aus. Nigeria wurde 1960 unabhängig.

Mit der Erdölproduktion wurde in größerem Umfang Ende der fünfziger Jahre begonnen; Anfang der siebziger Jahre stellte sie die bei weitem wichtigste Einnahmequelle von Auslandsdevisen dar.

Im September 1966 kam es zu Massakern der im Norden lebenden Ibos.

Während des Biafra-Krieges, in den Jahren 1967 bis 1970 kamen eine Million Biafraner, überwiegend Ibos, die sich von Nigeria abgespalten hatten, durch Hunger um, trotz der von der westlichen Welt unternommenen Anstrengungen zu ihrer Rettung. So ist das gegenseitige Mißtrauen untereinander bis zum heutigen Tag geblieben.

Nach einer 13jährigen Militärherrschaft kam im Oktober 1979 wieder eine zivile Regierung an die Macht. Nigeria gab bekannt, daß es zwei Millionen illegale Einwanderer aus den Nachbarländern wie zum Beispiel Ghana und Niger ausweisen werde. Dies war im Februar 1983. Weitere 700 000 illegale Einwanderer sollten das Land 1985 verlassen.

Das Militär kehrte mit einem Staatsstreich am 31. Dezember 1983 an die Macht zurück.

Das Pro-Kopf-Einkommen in Nigeria beträgt 750 Dollar. Die Lebenserwartung liegt für Männer bei 48,3 Jahre und für Frauen bei 51,7 Jahre. 25 bis 35 Prozent können lesen und schreiben. □

Banker

Protest in Peru

Folger Addison

Die peruanische Regierung unter dem populistischen Präsidenten Alan Garcia schlägt einen Kurs ein, der sie von der Herrschaft durch die internationale Bankenwelt befreien wird. Sie lehnt die harten Rückzahlungsbedingungen der Großbanken, denen sie 14 Milliarden Dollar schuldet, ab und appelliert an die Bürger des Landes, sämtliche ihnen nur möglichen Mittel zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung Perus zur Verfügung zu stellen.

Alan Garcia hat – in einem Schritt, der bei seinen völlig verarmten Landsleuten gut angekommen ist – eine Offensive gegen, wie er es nennt, »die Hegemonie des internationalen Finanzkapitalismus« in Gang gesetzt.

Die primäre Zielscheibe ist dabei der Internationale Währungsfonds (IWF), den er als Vertreter des »modernen Imperialismus« bezeichnet. Der Präsident, der jetzt das zweite Jahr seiner Amtszeit beginnt, hat sein Versprechen eingelöst und die Zahlungen von Perus 14 Milliarden Dollar Auslandsschuld auf eine Exportrate von 10 Prozent gekürzt sowie die Rückzahlung der privaten Auslandsschulden mit einem Moratorium von zweijähriger Dauer belegt.

Am 15. August 1986 reagierte der IWF auf Perus Eigensinn, indem er offiziell erklärte, das Land sei für weitere Anleihen nicht qualifiziert. Es ist die einzige lateinamerikanische Nation unter der kleinen Anzahl an Ländern, die weltweit vom IWF formell auf eine schwarze Liste gesetzt worden ist.

Man erwartet, daß diese Maßnahme zur Sperrung der Kredite durch die Weltbank und die Inter-American Development Bank führen wird, wobei letztere eine Institution ist, auf die die US-Regierung entscheidenden Einfluß hat.

Der Kurs, den Peru hier einschlägt, ist beispiellos und nach Ansicht vieler Beobachter eine große Hoffnung für schwer verschuldete Länder der dritten Welt. Indem es den internationalen Banken die Stirn bietet, hat das Land die Absicht zum Ausdruck gebracht, seinen Weg allein zu gehen.

Es hat damit nicht so sehr abgelehnt, seine Schulden zu bezahlen als vielmehr verkündet, daß es sich von den internationalen Banken nicht ausbluten lassen will. Man wird nicht mehr als zehn Prozent der Devisen für Schuldenrückzahlungen aufwenden. Bei der letzten fälligen Rate in Höhe von 186 Millionen Dollar wurden tatsächlich nur 35 Millionen gezahlt.

Damit geht Garcia schon ein Wagnis ein, denn er hofft, die Streichung ausländischen Kapitals mit einheimischen Mitteln kompensieren zu können. Zu diesem Zweck fordert er den privaten Sektor eifrig auf, im eigenen Land zu investieren und hat die öffentlichen Gelder der wirtschaftlichen Entwicklung zur Verfügung gestellt.

Ein Land von Armut geschüttelt

In den Wochen seit der Stornierung weiterer Kredite durch den IWF führte der Präsident Besprechungen mit Perus größten privaten Kapitalanlegern, um sie darin zu bestärken, sich an einer »nationalen Mobilisierung« für inländisches Wachstum zu beteiligen.

Obwohl er von der internationalen Bankenwelt oft selbst als Marxist angesehen wird, sind Garcias stärkste politische Feinde daheim die organisierten, kommunistischen Parteien, die verlangen, daß Peru offiziell alle Verbindungen zum IWF und anderen internationalen Kreditgebern abbricht und erklärt, daß es für seine sämtlichen Schulden nicht mehr aufkommen wird.

Dieser Ruf der Marxisten wird allerdings generell als Politikum angesehen, um aus der populären Haltung des Präsidenten gegenüber den internationalen Banken Kapital zu schlagen. Die Kommunisten haben das internationale Bankensystem nie ernsthaft herausgefordert, denn es stellt für die freie Marktwirtschaft eine große Bedrohung dar.

Bisher jedenfalls hat Alan Garcia die Verbindung aufrechterhalten und die Kommunikationswege zu den Darlehensgebern offengelassen sowie sein Versprechen, die Rückzahlungen zu reduzieren, in die Tat umgesetzt. Er argumentiert, daß es unklug wäre und tatsächlich in ein inländisches Chaos führen würde, wenn Peru – ein Land, das bereits von Armut geschüttelt ist – der Aufforderung des IWF nachkäme, den straffen Rückzahlungsplan mit Hilfe eines vom Währungsfonds gestützten Spar- und Sanierungsprogramms zu erfüllen.

Garcia sieht sich bereits einer möglicherweise destabilisierenden Bedrohung durch gewalttätige maoistische Terroristen, den Sendero Luminoso (»Leuchtender Weg«) gegenüber, die in den abgelegenen Bergen Perus äußerst aktiv sind.

Der Präsident hat eine Reihe wirtschaftlicher Reformen in Gang gesetzt, die bei den Armen Perus, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, recht gut angekommen sind. So wurden Lohnerhöhungen für niedrigstbezahlte Berufe zwingend vorgeschrieben und die Inflation mittels Preiskontrollen schärfer überwacht, was zu einer erheblichen Steigerung der Kaufkraft führte.

Befreiung vom Joch der Banken

Dies wiederum hat die Nachfrage nach den wichtigsten Gebrauchsgütern angeregt und so der Produktion Auftrieb gegeben. Allein der Milchverbrauch ist in diesem Jahr schon um 40 Prozent angestiegen.

In der Hauptstadt Lima mit sechs Millionen Einwohnern wurden im Jahr 1983 lediglich 1,5 Millionen Hähnchen monatlich verkauft. Unter den Reformen von Präsident Alan Garcia liegt die Zahl jetzt bei 7,5 Millionen pro Monat.

Was noch wichtiger ist: Die industrielle Produktion im Inland wird in diesem Jahr um etwa 12 Prozent steigen, der Agrarsektor um 5 bis 7 Prozent. Die Wirtschaft als Ganzes dürfte ein sechsprozentiges Wachstum erleben, was seit 1974 das beste Ergebnis wäre.

Das wirtschaftliche Sparprogramm, das vom IWF als Voraussetzung für neue Kredite auferlegt worden wäre, hätte verlangt, daß die peruanische Regierung ein hohes, inflationäres Jahresdefizit von etwa 11 Prozent akzeptiert. Dadurch, daß Garcia die Rückzahlungen begrenzt hat, liegt das Defizit bei etwa 7 Prozent, was zu einer Jahresinflation von etwa 60 Prozent führt, und das ist für aktuelle peruanische Verhältnisse recht niedrig.

Das Geld, was durch die Begrenzung der Schuldenrückzahlungen freigesetzt wurde, ist für die Durchführung jener Reformen verwendet worden, die zu diesen wirtschaftlichen Erfolgen im Inland geführt haben.

Wenn Perus Weg gelingt und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dies der Fall sein wird, dann ist damit ein Präzedenzfall in der neueren Geschichte geschaffen. Wenn es dem Land gelingt, sich selbst von dem Joch der Banken zu befreien und seine eigenen Energien und Ressourcen für die Förderung des Wachstums einzusetzen, dann würde es das internationale Finanz-Establishment in einen gewaltigen Aufruhr versetzen, denn es widerlegt dadurch die Behauptung, daß wirtschaftliche Entwicklung nur durch Unterstützung und Beherrschung durch ausländische Wirtschaftsmächte möglich sei. □



Nicaragua

CIA-Aktion statt Blockade

William Carmichael

William Colby, ein ehemaliger CIA-Direktor, äußerte sich zu dem Vorschlag, das Sandinisten-Regime über den Weg einer Blockade Nicaraguas zu stürzen. Er ist dagegen. Colby wies die Idee einer Blockade entschieden zurück. Statt dessen empfahl er einen langfristigen, geheimen CIA-Aktionsplan, mit dem den Sandinisten nach und nach die Stabilität entzogen werden sollte, um sie schließlich durch eine gemäßigtere, eher pro-amerikanische Regierung zu ersetzen.

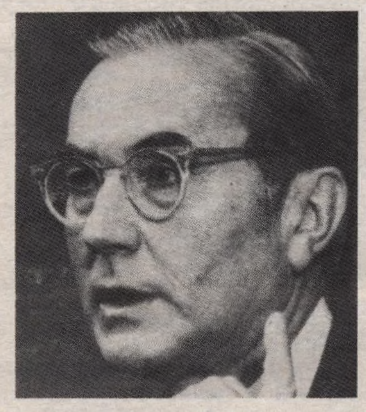
»Ich würde dem Plan einer Blokkade nicht zustimmen«, meinte der ehemalige CIA-Direktor William Colby. »Denken Sie an die damit verbundenen internationalen Verwicklungen.«

Mit diesen Verwicklungen waren mögliche feindliche Reaktionen von Staaten gemeint, deren Schiffe im Fall einer Blockade durch die Amerikaner gestoppt würden. Es wurde geäußert, daß dies den dritten Weltkrieg auslösen könnte.

Militärexperten, die zum Plan einer Blockade interviewt wurden, waren nicht der Ansicht, daß dies negative, internationale Auswirkungen hätte. Die Sowjets, so die Haltung der Militärfachleute, sind nicht darauf vorbereitet, im amerikanischen »Hinterhof« einen Krieg zu führen, ebensowenig wie die USA in Afghanistan bereit wären, zu kämpfen.

Colby betonte, daß das einfach seine ureigenste Auffassung sei und er weder offiziell noch inoffiziell für irgendeine Gruppierung spräche. Doch es wird allgemein sowohl von Freunden als auch von Feinden des früheren Spionagechefs eingeräumt, daß er enge Kontakte zum amerikanischen Geheimdienst unterhält und seine Meinung sehr oft auch deren Ansicht widerspiegelt.

»Wir müssen dabei eine langfristige Operation im Auge haben«, sagte Colby, der jegliche sofortigen und offenkundigen



Der ehemalige CIA-Boss aus Vietnams Tagen, William Colby, lehnt offenkundige Maßnahmen gegen Nicaragua ab.

Schritte durch die Vereinigten Staaten ablehnt. Diese Haltung steht in krassem Gegensatz zu der Auffassung der Militärs. Dieses Auseinanderklaffen von Vorstellungen ist der Kampf im kleinen, der innerhalb der jetzigen und vieler früheren amerikanischen Regierungen zwischen Geheimdienst und Militärs darüber geführt wird, wie die Dinge anzupacken sind.

Traditionsgemäß sind die Militärfachleute für direkte Maßnahmen, wohingegen der Geheimdienst langfristige, verdeckte Aktionen bevorzugt.

»Colbys Meinung ist die des Geheimdienstes und die Absicht des CIA ist die gleiche wie in Südostasien«, meinte Victor Marchetti, ein ehemaliger, hoher Beamter der amerikanischen Spionageorganisation.

»Colby ist in erster Linie ein treuer Anhänger des CIA«, sagte Marchetti. »Mit der Ablehnung des Blockadevorschlages will er meiner Ansicht nach den Interessen des Spionagedienstes dienen.«

Gegenwärtig spielt der CIA eine ausschlaggebende Rolle in der anti-sandinistischen Rebellenbewegung Nicaraguas. Es ist in jeder Hinsicht der Krieg des CIA und nicht der Militärs – ebenso wie der Vietnamkrieg als CIA-Krieg begonnen hatte.

Wer schließlich an der Niederlage der Vereinigten Staaten in Vietnam Schuld war, darüber streiten sich die Geister noch heute.

Da Colby mit den amerikanischen Bemühungen in Südostasien direkt zu tun hatte, wird ihm die Schuld dafür oft in die Schuhe geschoben. Seine Verteidiger führen dagegen die wenigen Erfolge in diesem Krieg auf Colbys Vorgehen zurück. Zu seinen verdeckten Aktionsplänen gehörte es, daß die Meo-Stämme in Laos auf der Seite Amerikas kämpften und daß das Vernichtungsprogramm »Phönix« in Südvietnam eingesetzt wurde.

Veteranen, die zusammen mit den Meos gedient haben, sagen, daß sie die loyalsten Kämpfer und das beste Betriebskapital waren, was die USA besaßen; und was das Mordprogramm Phönix angeht (26 000 gültige Treffer nach Colbys eigener Schätzung, nach unserer sogar noch mehr), so wurde die Führung der Viet-Cong Geheimdienstexperten zufolge damit im Ungleichgewicht gehalten.

Hinter dem Ganzen steht, daß sich der Geheimdienst selbst als primäre Institution der Durchsetzung amerikanischer Außenpolitik sieht, mit der Regierungen, die den Vereinigten Staaten gegenüber feindlich gesinnt sind, unterminiert und destabilisiert und durch pro-amerikanische Regierungen, die vor dem CIA kriechen, ersetzt werden sollen.

»Das ist eine Politik, die zum Eigentor führt«, meinte Marchetti. »Es hat sich immer wieder gezeigt, daß diese Methode nicht funktioniert. Trotzdem ist der CIA derart auf diese Denkweise festgelegt, daß er keine anderen Möglichkeiten zuläßt.«

Colbys Haltung, ein langfristiger, verdeckter Aktionsplan sei das, was in Nicaragua erforderlich ist, wurde vom CIA in der Vergangenheit tatsächlich auch in anderen Unruheherden vertreten.

Ob die US-Regierung in den letzten Jahren den modus operandi des CIA befürwortet oder abgelehnt hat, spiegelt sich in Colbys Karriere wider. Während des Vietnamkrieges besaß er in den Planungskonferenzen des Weißen Hauses eine einflußreiche Stimme. Doch er wurde von Präsident Gerald Ford hinausgeworfen, als der CIA in Ungnade fiel.

Jetzt ist Colby allerdings »rehabilitiert«. Er wird zu entsprechenden Gelegenheiten eingeladen, um als ehemaliger CIA-Beamter Vorträge zu halten und war – im geheimen – mit gegenwärtigen Operationen, die von der US-Regierung in Nicaragua durchgeführt wurden, verknüpft.

Auch wenn er es protestierender Weise in Abrede stellt, ist Colby keine »Stimme in der Wildnis«. Das sind die Worte des Geheimdienstes – und dessen Stimme genießt bei der derzeitigen Regierung ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit. Das, was Präsident Reagan derzeit in Nicaragua tut, stimmt mit der Denkweise des CIA überein – und die Tendenz geht noch weiter in diese Richtung.

»Die Contras brauchen einen geheimen Rundfunksender«, sagt Colby auf die Frage, welchen Weg die amerikanische Unterstützung nehmen sollte.

Wahrscheinlich wird das einer der nächsten Schritte sein, den die CIA-gelenkten Contras mit neuerlicher US-Hilfe unternehmen werden. Allerdings ist wohl doch richtiger bei der Auffassung zu bleiben, daß eine unmittelbare Militäraktion in Form einer Blockade erforderlich ist, um die Sandinisten zu stürzen. Ein langfristiger, geheimer Aktionsplan wird wohl den gleichen Verlauf nehmen, wie die amerikanischen Absichten in Südostasien, wo auch zunächst nach einem solch langfristigen CIA-Plan operiert wurde, der dann unerbittlich zum Einsatz amerikanischer Bodentruppen führte. □

Philippinen

Der Fehler der USA

Warren Hough

»Die Bedrohung, der wir nun ausgesetzt sind, besteht darin, daß Regierungsbeamte um den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan standfeste Führer nicht mehr von Diktatoren unterscheiden können«, sagte uns Sultan Ali Dimaporo, der anerkannte Führer der moslemischen Bevölkerung auf den Philippinen in einem seiner seltenen Interviews. »Dies zeigte sich vor kurzem in der Tatsache, daß US-Agenten an dem Coup gegen Präsident Ferdinand Marcos beteiligt, ja sogar die größten Drahtzieher waren. Dabei handelt es sich im Falle Marcos um den loyalsten Verfechter, den Amerika jemals in diesem Teil der Welt hatte.«

Sultan Ali Dimaporo, der sich in den letzten Monaten nur einmal mit einem anderen Auslandskorrespondenten unterhalten hat, war bereit, einige Fragen von Paul Chevasson zu beantworten, dem langjährigen Fernsehkommentator, der oft von den Welt-Unruheherden berichtet.

Kommunistische Infiltranten

Die Korruptionsvorwürfe, die Marcos von dem New Yorker republikanischen Abgeordneten Stephen Solarz und anderen Kritikern in den Vereinigten Staaten in den Massenmedien gemacht wurden, sind »maßlos übertrieben«, behauptet Sultan Ali Dimaporo.

»Offizielle widerrechtliche Aneignungen nahmen hier niemals das Ausmaß ungeheurerer Korruption an, wie sie in amerikanischen Presseberichten beschrieben ist«, meint er. »Marcos hatte eine Menge ehrlicher Finanzbeamter in seinem Kabinett, deren Rechtschaffenheit wohl bekannt war, obwohl dies von der Auslandspresse nie erwähnt wurde. Die Wahrheit ist, daß Marcos gar keine Möglichkeit gehabt hätte, die hohen Beträge zu entwenden, die in der Staatskasse jetzt angeblich fehlen sollen, selbst wenn er es gewollt hätte.«

Ein immer stärkeres Gefühl einer bösen Krise, das sämtliche Beobachter des philippinischen Dramas empfinden, das mit dem Sturz von Präsident Marcos vor einigen Monaten seinen Lauf nahm, war der Anlaß für die ungewöhnliche Entscheidung des seit langem von den philippinischen Moslems verehrten Führers zu sprechen.

Wenige Tage vor Sultan Dimaporos Interview verblüffte der philippinische Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile seine Landsleute mit der Erklärung, die Aquino-Regierung – das neue Regime auf den Philippinen, das mit Hilfe amerikanischer Regierungsbeamter in den Sattel gehoben wurde – sei bereits »stark von Kommunisten durchsetzt«.

Kommunistische Infiltranten haben jetzt »Dutzende von Befehlspositionen« in der Aquino-Regierung inne, behauptete Enrile. Er fügte hinzu, daß Präsidentin Coranzon Aquino neben einer Reihe unbedeutender Kommunisten vor kurzem zwei Mitglieder des Zentralkomitees der philippinischen kommunistischen Partei mit Schlüsselpositionen in ihrer Regierung betraut hat.

»Die Aussage Enriles ist ein Schock«, sagt Raul A. Roque, ein ehemaliger philippinischer Diplomat, der jetzt Universitätsprofessor in New York ist. »Sie dürfen nicht vergessen, daß Verteidigungsminister Enrile der Mann ist, von dem die Regierung angeblich erwartet, daß er die Philippinen vor den Kommunisten schützt. Seine unumwundene Warnung vor der Breitenwirkung kommunistischer Unterwanderung liefert den Beweis für das, was Marcos in seinem Interview in der November-Ausgabe von ›Diagnosen‹ gesagt hat, daß nämlich sein Sturz dem Kommunismus Tür und Tor geöffnet hat. Nun müssen die Washingtoner Bürokraten, die diesen Sturz mitbetrieben haben, die Schuld für die Vietnamisierung der Philippinen auf sich nehmen.«

»Es gibt keinen Führer auf den Philippinen und ganz Südostasien, der es mit Marcos in bezug auf Mut und politisches Know-how aufnehmen kann«, meinte Dimaporo. »Sein Sturz ist ein ungeheurer Verlust für die gesamte Region im Hinblick auf Ruhe und Sicherheit. Der große Verlierer wird natürlich kein anderer sein als die Vereinigten Staaten, deren Bürokraten dabei mitgeholfen haben, den ältesten Freund des Landes abzusetzen.«



Eines der wenigen Fotos von Sultan Ali Dimaporo, dem Führer der Moro, als er ein gefeierter Anführer der Freischärler gegen die Japaner im Zweiten Weltkrieg war.

Anderen Quellen zufolge sind neue Beweise dafür aufgetaucht, daß einige der lautstärksten Marcos-Gegner im amerikanischen Kongreß, die am Coup gegen den alternden Präsidenten beteiligt waren, ein persönliches Interesse an der Kampagne hatten.

In einer generell wohlmeinenden Charakterstudie mit dem Titel »Das System Solarz« beschreibt die Zeitschrift »New York« das Kongreßmitglied und energischen Marcos-Gegner als totalen Israel-Anhänger und gewissenlosen Opportunisten. Der Zeitschrift seiner Heimatstadt zufolge »gibt er nichts auf öffentliche Fragen oder das amerikanische System«, doch er hat einen »nahezu beispiellosen Spürsinn für die Fragen, mit denen er in den Massenmedien des Landes auf sich aufmerksam machen kann«.

Gleichzeitiger Verrat an Reagan und Marcos

Wegen Publicity und anderer Interessen, die Solarz dabei im Sinne hatte, stürzte er sich auf das Thema Philippinen und jagte den Präsident Marcos hartnäckig in sein politisches Verderben, schließt das Blatt seine Kommentierung der Ereignisse.

Auf einer noch höheren Ebene hat Richard Kessler, ein Südostasienexperte, der jetzt Mitglied der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden ist – ein liberaler Washingtoner Denk-Apparat der One-World-Bewegung –, in einer wissenschaftlichen Abhandlung über die Krise auf den Philippinen enthüllt, daß Washingtoner Bürokraten, die den Sturz Marcos' planten, »in der Umgebung Präsident Reagans daran gearbeitet hätten«, um »eine Situation zu schaffen, in der der Fall Marcos unvermeidlich war«.

Mit anderen Worten: eine Gruppe hoher nationaler amerikanischer Sicherheitsbeamter inszenierte zur gleichen Zeit einen Coup gegen Präsident Marcos in Manila und gegen US-Präsident Reagan im Weißen Haus. □

Philippinen

Die unbesiegten Moros

William Carmichael

Nur wenige Bürger der westlichen Welt wissen, daß auf der Insel Mindanao eine »Schattenregierung« existiert, wenn sie überhaupt jemals von Mindanao gehört haben. Diese zweitgrößte Insel der Philippinen ist die Hochburg der Moros, einem moslemischen Volk mit einem ähnlichen Rassenhintergrund wie viele andere Einwohner des Archipels, die sich jedoch in kultureller und religiöser Hinsicht sehr von ihnen unterscheiden.

In den mehr als 400 Jahren ihrer überlieferten Anwesenheit auf der Insel sind sie trotz harter Bemühungen seitens der Briten, Holländer, Spanier – sie eroberten den Rest der Inselgruppe – und Amerikaner nie erobert worden. Zwar ist es den amerikanischen Streitkräften gelungen, die Moros auf Mindanao innerhalb bestimmter Grenzen zu halten; von dieser Hochburg aus sind sie jedoch in der Vergangenheit verschiedene Male aufgebrochen, um die ansässigen Bauern und die philippinische Armee zu stören.

Kein Vertrauen zu Corazon Aquino

Im Zweiten Weltkrieg waren die Moros mit den Vereinigten Staaten in deren Krieg gegen die Japaner verbündet, doch nach dem Krieg kehrten sie zu ihrer alten Taktik mit dem Ziel eines eigenständigen Volkes zurück.

Es zählt zu einer der wichtigsten Leistungen der Regierung von Ferdinand Marcos, daß Marcos selbst mit den Moros einen Vertrag aushandelte, der ihnen praktisch Autonomie in dem von ihnen kontrollierten Gebiet verlieh. Seine diplomatischen Bemühungen führten zu einem starken Rückgang der Guerilla-Aktivitäten der Moros.

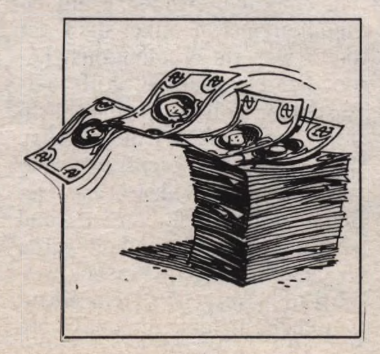
Nach dem Sturz Marcos fallen die Moros nun wieder verstärkt in ihre alten Gewohnheiten der Guerilla-Kriegsführung zurück. Sie sind überzeugte Antikommunisten und trauen dem linksgerichteten Regime von Corazon Aquino nicht.

Vor diesem Hintergrund fand das Interview mit Sultan Ali Dimaporo, dem anerkannten Führer der Moros, statt. Für die Außenwelt ist er eine zurückgezogen lebende Persönlichkeit, die jeglichen Kontakt mit der Auslandspress meidet.



Juan Ponce Enrile warnt vor dem Einfluß der Kommunisten in der Aquino-Regierung. Kommunistische Infiltranten haben Dutzende von wichtigen Befehlspositionen von Frau Aquino übertragen bekommen.

Auf Grund des Interviews mit Ferdinand Marcos – es wurde in der November-Ausgabe von »Diagnosen« veröffentlicht – und weil er den gestürzten philippinischen Präsidenten persönlich sehr schätzt und Marcos-Anhänger ihm versicherten, daß seine Aussagen genau wiedergegeben würden, erklärte er sich damit einverstanden, einige Fragen zu beantworten. □



Drogen

Designer-Drugs: Legal und letal

Victor Marchetti

Der Kampf gegen den Drogenmißbrauch, der sich vor allem auf »natürliche« Rauschgifte wie Heroin, Kokain und Marihuana konzentriert hat, wird vom unternehmerischen Erfindergeist in den USA auf den Kopf gestellt. Diese traditionellen Drogen der amerikanischen Subkultur werden größtenteils im Ausland angebaut und verarbeitet und dann in die Vereinigten Staaten eingeschmuggelt. Nach und nach werden sie jetzt allerdings durch billigere und stärkere chemische Substanzen ersetzt, die in den USA hergestellt werden. Diese neuen, synthetisch hergestellten Gifte heißen »designer drugs« und lassen sich fast überall in jedem Heimlabor leicht erzeugen.

»Wir haben uns jahrelang abgestrampelt, um mit den illegalen Drogen-Lieferanten in Übersee fertig zu werden«, sagte ein Vertreter des Amtes für Drogenbekämpfung in den USA. »Wir haben versucht, die ausländischen Drogenhändler auszuräuchern und niederzubrennen. Wir haben alles nur Menschenmögliche getan, um ihnen den Zugang zu den Vereinigten Staaten zu versperren. Tausende von Drogenhändlern und deren Kunden wurden verhaftet. Es hat alles nichts genützt. Unsere eigenen Landsleute kommen jetzt mit einer neuen, synthetischen Art dieser Mittel, die meistens sogar legal sind und dabei noch stärker und genauso tödlich wie das ursprüngliche Zeug – was unsere Aufgabe um so schwieriger, wenn nicht gar unmöglich macht.«

»Besser« als die Natur

»Designer drugs – das chemische Äquivalent und nach Meinung einiger Experten bessere Äquivalent der natürlichen Rauschgifte – stellen Vertretern der Drogenbekämpfung zufolge bereits einen ganzen Industriezweig in einer Größenordnung von einer Milliarde Dollar jährlich dar. Hersteller und Kunden konzentrieren sich zumindest derzeit noch auf Kalifornien, Texas und New York City, doch die Seuche breitet sich offenbar sehr rasch in den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Industrieländern aus.

Der beunruhigende Aspekt für die Drogenbekämpfer ist dabei die Tatsache, daß diese künstlichen Rauschgifte so legal sind wie Backpulver. Strenggenommen sind die neuen Stoffe nahezu identisch mit existierenden und kontrollierten chemischen Betäubungsmitteln wie beispielsweise Phentanyl, das als Narkotikum in Krankenhäusern verwendet wird.

Der Heimchemiker braucht nur hier und da ein Atom in der bekannten Substanz, die nicht rezeptfrei erhältlich ist, zu verändern, und er ist aus dem Schneider. Sein neues Mittel befindet sich nicht auf der Liste der offiziell verbotenen Drogen und ist deshalb eigentlich legal.

Schwarzbrennerei der Neuzeit

Sobald die Drogen-Bekämpfungsbehörde und die Behörde für Nahrungs- und Rauschmittel dann von der Existenz des neuen Rauschgiftes erfährt und es auf die Verbotsliste setzt, verändert der wagemutige Heimchemiker einfach wieder ein oder zwei Atome und ist neu im Geschäft. Der Wettlauf mit der Bürokratie kann von neuem beginnen. Doch die Behörden sind anscheinend immer einen Schritt hinterher.

Drogen

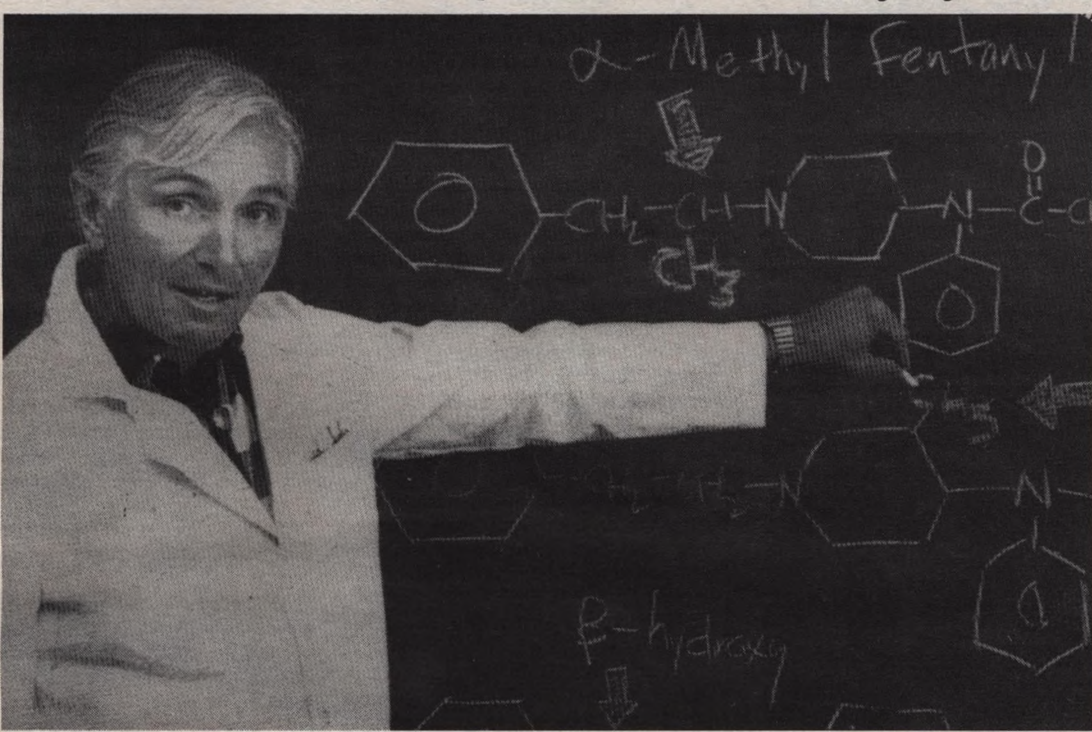
Designer-Drugs: legal und letal

In den Worten eines Vertreters der amerikanischen Nahrungs- und Rauschmittelbehörde handelt es sich bei diesen neuen Rauschgiften um einen modernen Fallstrick. Ein Beamter der Drogen-Bekämpfung bezeichnete sie als »Schwarzbrennerei der Neuzeit«.

Drogenverwender, die sich auskennen – wie die »Yuppies« – nahmen sich bald vor LSD und PCP in acht. Sie erfuhren, daß diese Rauschgifte vorübergehend Geisteskrankheit hervorrufen können und es auch oft tun. Es war bekannt, daß die Leute nach der Einnahme von LSD oder PCP sinnlose Zerstörung, Mord und Selbstmord begangen hatten. LSD und PCP sind keine amüsanten Drogen.

Dann kamen die neuen, synthetisch hergestellten Substanzen: Gary Henderson, ein Pharmakologe an der Universität Kalifornien in Davis, der den Begriff »designer drugs« prägte, meint, die neuen Rauschgifte machen es nun absolut deutlich, daß Drogen jetzt unbegrenzt zur Verfügung stehen und die Maßnahmen, die wir eingesetzt haben, um mit dem Drogenmißbrauch fertig zu werden, zwecklos gewesen sind.

Ein Indiz für das wachsende Problem mit den neuen, auf synthetischem Wege hergestellten Substanzen ist die Tatsache, daß die Drogen-Bekämpfungsbehörde bei einer Untersuchung auf einen DuPont-Chemiker stieß, der dabei war, im Wilmingtoner Labor der Firma diese Stoffe herzustellen. Er hatte in einer Fachzeitschrift über die neuen Rauschgifte gelesen und beschlossen, sich selbst in das Geschäft zu begeben. Nur aufgrund seiner eigenen Dummheit wurde er gefaßt: bei dem Versuch, seine Produkte gegen Geld einzutauschen, meldete ihn der Großhändler den Behörden. Doch das Problem bleibt bestehen.



Gary Henderson, ein Pharmakologe an der Universität Kalifornien, der den Begriff »designer drugs« prägte, erläutert die chemische Zusammensetzung eines Methyl-Phentanyls – einem synthetischen doch weitaus stärker wirkenden Verwandten des Heroins.

Wie das auch bei ihren Vorgängern auf dem Gebiet des Alkohols der Fall war, hatten diese neuen Substanzen einen recht harmlosen Ursprung. Es begann mit LSD, dem exotischen Spielzeug einiger College-Studenten und deren Professoren in den sechziger Jahren. Doch während LSD zwar zeitweise modern war, wurde es doch nie richtig populär.

Der amerikanische Geheimdienst CIA experimentierte mit dem Gift, bis er feststellte, daß seine psychedelische Wirkung unkontrollierbar war.

Dann kam PCP, das starke, zur Psychose führende Rauschmittel, das vorzugsweise von den Randschichten unserer Gesellschaft verwendet wurde. Seine Hauptanziehungskraft ist neben seiner Stärke die Tatsache, daß es leicht und billig herzustellen ist.

Äquivalente der besten chemischen Narkotika, die von den führenden Arzneimittelherstellern in der ganzen Welt hergestellt werden können. Der Heimchemiker hat die Formeln herausgefunden und gelernt, wie er zu seinem eigenen Nutzen und Profit damit manipulieren kann.

Vergnügen ohne Angst vor Aids

Gene Haislip, Beamter der Drogen-Bekämpfungsbehörde in den USA: »Das Phänomen dieser neuen Mittel, das sich noch in seinen Anfängen befindet und bisher offenbar weitgehend auf Kalifornien konzentriert ist, könnte eine ungeheure Zerstörungswelle quer durch das ganze Volk hervorrufen. Ich würde es als das pharmazeutische Gegenstück zu Frankensteins Monster bezeichnen.«

»Die meisten Rauschgiftsüchtigen fahren mehr auf den Rausch ab – die anfängliche Welle von Euphorie, die verschiedene Stoffe hervorrufen – als auf ein bestimmtes Rauschmittel«, sagte ein anerkannter Experte auf dem Gebiet. »Dieses Vergnügen können sie aus den synthetisch hergestellten Drogen ziehen – ohne Angst vor Aids, was den ›Fixern‹, die sich das Gift in die Venen spritzen, jetzt mehr und mehr Furcht einflößt.«

»Und was noch wichtiger ist«, sagt diese Quelle weiter, »viele Drogenabhängige wollen einen immer höheren Rauschzustand erreichen. Einige haben von diesen neuen Stoffen eine Überdosis genommen und sie glauben, das sei ein Beweis dafür, daß das Zeug gut ist. Ihre Einstellung ist: das Vergnügen ist das Risiko wert.«

Aus einer anderen Quelle – von einem prominenten Arzt an einem großen Washingtoner Krankenhaus – ist zu vernehmen: »Wir werden nie ohne Heroin und Marihuana auskommen. Es handelt sich dabei um Beruhigungsmittel, etwa wie Alkohol, oder mehr noch wie Sedativa. Man kann sich damit ›abkühlen‹ und auf sanfte Weise aus der Realität entfliehen.

Viele Leute haben den Drang, dem Leben zu entfliehen. Kokain auf der anderen Seite hat positve Wirkungen. Es versetzt einen in Hochstimmung, verleiht Zuversicht, die vielleicht falsch sein mag, für den Drogensüchtigen aber Wirklichkeit bedeutet.

Eine neue Ära des Drogenmißbrauchs

Und hier kommen nun diese neuen, synthetischen Rauschgifte ins Bild. In gewissem Maße sind es beruhigende Substanzen, doch vor allem vermitteln sie Eurphorie und Zuversicht.

Selbst wenn es uns also gelingen wird, Kokain auszurotten, werden diese neuen Drogen die Bedürfnisse der Rauschgiftsüchtigen befriedigen. Wir stehen am Beginn einer neuen Ära des Drogenmißbrauchs, den die Regierung vielleicht nicht in den Griff bekommen wird.« □

Banker

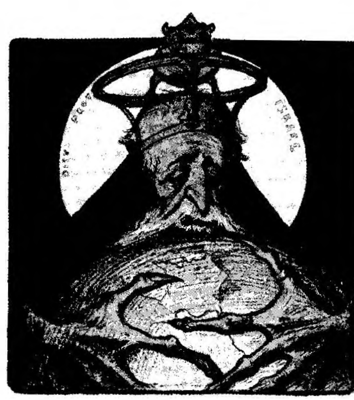
Wer macht unser Geld?

Dritter Teil und Schluß

Fred Josef Irsigler

Die Londoner Zeitung »The Times« vom 20. Juli 1940 berichtet, daß Hitler nach dem Zusammenbruch Frankreichs erneut seine Sehnsucht nach einer echten Freundschaft mit England zum Ausdruck brachte. Hitler: »Ich kann nicht begreifen, warum dieser Krieg weiter dauern muß. Wenn ich an die Opfer denke, die er fordern wird, werde ich traurig.«

Lord Halifax beantwortete Hitlers Friedensantrag in der Zeitung »The Times« vom 23. Juli 1940 mit der Erklärung: »Hitler ist ein Antichrist und der Krieg ein Kreuzzug für das Christentum gegen die Mächte der Finsternis.« Was aber haben die Weltherrschaftsziele der Besitzer der Nationalbanken mit dem Christentum zu tun? Wurde aus Hitler ein Antichrist und seine Armee eine Macht des Bösen, weil er polnische Grenzen anerkannt hatte, so wie sie waren, und nur Transitrechte auf einer einzigen Straße durch den Korridor verlangte? Oder weil er nachher das Selbstbestimmungsrecht für dessen Einwohner verlangte, ein Plebiszit unter internationaler Aufsicht?



Ein Weltreich zerbricht am Mammon

Heute wissen wir, daß der Zweite Weltkrieg ein Kreuzzug war, um das grauenhafte Geldsystem der Besitzer der Nationalbanken wieder in Deutschland zu errichten und die Ausrottung aller weißen Völker vorzubereiten, die eine marxistische Weltdiktatur ablehnten.

Die Briten bauten das größte Weltreich, das jemals existierte, über dem die Sonne nie unterging. Britannien beherrschte die Meere jahrhundertelang. Aber im Jahr 1694 erschlichen unbekannte Finanzleute das Recht der Geldausgabe in England und begannen, das britische Weltreich von innen heraus zu zerstören. Durch Korruption und Täuschung gelang es ihnen, britische Regierungen in Kriege zu stürzen, obwohl keine britischen Interessen auf dem Spiel standen, um zuerst die Einheit der englischsprechenden Welt zu zerstören, und nachher die Weltherrschaftspläne der unbekannten Besitzer der Nationalbanken zu verwirklichen.

Generalmajor J. F. C. Fuller schreibt: »Britische Strategie muß sich auf Seemacht und nicht auf Landmacht stützen, schon deshalb, weil Englands geographische Lage es so diktiert. Wann immer Großbritannien versucht, als Landmacht aufzutreten, spielt es den Narren, macht es den Hanswurst, was es seit 1914 fortwährend tut.«

Weiter heißt es bei Fuller: »Selbst während des kritischen Sommers von 1940 war der Krieg kein Kampf auf Leben und Tod für England, ganz einfach, weil solange es das Meer beherrscht, er kein Kampf auf Leben und Tod für England werden konnte.«

Kapitän Russell Grenfell sagt: »Bevor man sich an einem Krieg beteiligt, sollte man sich fragen, ob es die Lebensinteressen der Nation verlangen. Von diesem Standpunkt her hätte England in beiden Weltkriegen, genauso wie beim französisch-preußischen Krieg von 1870, neutral bleiben müssen, da Englands Lebensinteressen weder 1914 noch 1939 gefährdet waren.«

Die Besitzer der Nationalbanken haben gute Gründe mit dem Erreichten zufrieden zu sein. Unterstützt von ihren Handlangern in den Regierungen, politischen Parteien und in der verlogenen Presse gelang es ihnen, die Hälfte der Welt zu veranlassen, das »glücklichste Volk« der Welt anzugreifen und zu besiegen, hauptsächlich weil es ein unehrliches Geldsystem durch ein ehrliches ersetzt hatte.

Zur Bestrafung raubten sie 15 Millionen Gliedern dieses »glücklichsten Volkes« ihr Vaterland, ihre Fabriken, Bergwerke, Grundstücke und Häuser und vertrieben sie, um Raum zu schaffen für viereinhalb Millionen Polen, die aus unbekannten Gründen ihr eigenes Vaterland den Sowjets abtreten mußten, derweil 50 Millionen unschuldige Menschen, hauptsächlich Weiße, abgeschlachtet wurden. Sie bereicherten sich mit steuerfreien Milliarden, lösten die Kolonialreiche auf, und zwangen Zweidrittel der Welt unter die marxistische Diktatur.

Sie errichteten den israelitischen Staat und assoziierten den sogenannten »freien« Westen mit Regierungen, die fast alle Menschenrechte abgeschafft haben und sperrten die »befreiten« Ostdeutschen hinter eine Mauer von Stacheldraht und Maschinengewehren. Sie überzeugten die Welt, daß das kommunistische Wahlsystem dem Westminster-System ebenbürtig sei, und zwangen den »freien« Westen, marxistischen Terroristen finanzielle und diplomatische Unterstützung zu leihen.

Durch Aufhebung der Golddekkung können sie nun unbeschränkte Mengen von Papierbanknoten drucken und in Umlauf bringen. Auf diese Weise verursachen sie eine galoppierende Inflation auf der ganzen Welt in der Absicht, überall den Mittelstand zu ruinieren. Sie zwingen uns fleißig zu arbeiten, um das sowjetische Rußland in ein militärisches Ungeheuer zu verwandeln, das imstande ist, uns alle auszurotten, und niemand wagt es, sich ihnen zu widersetzen. Kann jemand noch zweifeln, daß Geldmacht in unserer angeblich »christlichen Zivilisation« zur fürchterlichsten Gewalt auf dieser Erde geworden ist?

Die Wahrheit hätte die Kriege verhindert

Die Freimaurerei ist ein anderes Instrument der Superbanker, um ihre Männer in unsere Regierungen und Institutionen einzuschmuggeln. Freimaurer haben hohe Ideale; liebevoll sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen ist ihre höchste Pflicht. Sie verdammen jede Art von Vorrechten, beanspruchen sie aber selber ununterbrochen.

Bei einer Parlamentswahl ist ein Freimaurerkandidat der Stimmen aller Freimaurer-Brüder seines Distriks sowie wohlwollende Pressekommentare sicher. Dies erklärt, warum die Mehrzahl unserer Parlamentarier und meistens alle Regierungsmitglieder Freimaurer sind und warum sie sich gegenseitig unterstützen und verteidigen.

Dies ist wohl auch der Grund, warum nichts geschah, als 1932 L. T. McFadden im Kongreß erklärte, wie man die »große Depression« über Nacht in einen wirtschaftlichen Aufschwung verwandeln könnte, oder als Lloyd George dasselbe nach einem Besuch bei Hitler in Deutschland sagte oder als Churchill uns so viele Lügen während des Krieges erzählte, wenn immer er von Deutschen redete.

Die Lüge, daß die Deutschen die Anstifter beider Weltkriege waren, wiederholte er und die Zeitungen und viele Politiker mindestens fünfzig-, wenn nicht hundertmal. Da er bei der Planung beider Kriege mitwirkte, glaubte er, daß durch fortwährende Wiederholung diese Lüge schließlich zur Wahrheit würde. Er wußte sehr gut, daß er beide Weltkriege hätte verhindern können, hätte er die Wahrheit verkündet.

Wäre Churchill vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Parlament aufgestanden und hätte er erklärt, daß England und Frankreich ein festes militärisches Bündnis haben und die Italiener nur so tun, als ob sie Verbündete Deutschlands und Österreichs wären, daß sie im Kriegsfall verpflichtet sind, Österreich den Krieg zu erklären, dann hätte er

Wer macht unser Geld?

eine Sensation verursacht und den Krieg verhindert. Sir Edward Grey hätte abdanken müssen, weil er sein eigenes Parlament wiederholt angelogen hatte, aber der Friede wäre erhalten und 25 Millionen Menschen, darunter drei Millionen britischer Herkunft, wären am Leben geblieben.

Ohne den Ersten Weltkrieg hätte es keinen zweiten gegeben, weil Danzig und der polnische Korridor eigens vom ersten geschaffen wurden, um den zweiten in Gang zu bringen. Wenn Churchill 1939 vor Beginn des Kampfes öffentlich erklärt hätte, daß es eine Garantie polnischer Grenzen gar nicht gebe, hätten die Polen sofort Hitlers Friedensangebot angenommen. Die Gewißheit, daß er persönlich beide Weltkriege hätte verhüten können, verursachte ihm schwere Gewissensbisse; deshalb wurde er nie müde, die Kriegsschuld auf Deutschland abzuschieben.

Die wahren Kriegsverbrecher

Es wäre jedoch ungerecht, nur Churchill zu tadeln; die Lügen, die er erzählte, wurden von der Weltpresse und vielen politischen und religiösen Führern nachgeplappert. Wenn irgendeiner wahr gesprochen hätte, wäre uns der Krieg erspart geblieben. Churchill war nur einer jener Millionen, die mithalfen, die Kriegsziele der Nationalbanken zu verwirklichen.

Er war der Anführer in einem Krieg der 50 Millionen Menschenopfer und ungeheuren Kultur- und Sachschaden forderte. Von seinem »wissenschaftlichen« Berater Professor Frederick Lindemann informiert, versicherte er uns jahrelang, daß die Deutschen die einzigen seien, die Angriffskriege führen, daß sie die Ruhestörer seit Beginn der menschlichen Geschichte, die Würger der menschlichen Rasse, die brutalen Friedensvernichter seien, daß sie zweimal in einer Generation die Verbrecher waren, die Europa in ein Schlachthaus verwandelten, die einzigen Kriegshetzer in einer Welt von ehrlichen, fleißigen, die Wahrheit und den Frieden liebenden, aber leichtgläubigen Völkern.

Churchill rief, daß nur tote Deutsche gute Deutsche seien, daß sie geführt werden von einem blutdürstigen Gassenvogel, daß sie bluten und brennen müßten und daß wir kämpfen, um die ganze Welt vor der Pestilenz der Nazi-Tyrannei zu retten und daß, wenn Deutschland einmal vernichtet und dauernd entwaffnet sei, die Welt für immer in Frieden und Harmonie leben würde. Als wir endlich den Krieg gewonnen hatten, besaß unser viel bewunderter und geliebter Kriegsführer Sir Winston Churchill die Unverschämtheit, zu erklären, daß wir leider immer noch nicht Frieden und Sicherheit gefunden hätten, daß wir jetzt von noch größeren Gefahren als der Nazi-Tyrannerei bedroht würden und »daß wir das falsche Schwein geschlachtet hätten.«

W. G. Simpson erzählt, Churchill habe die Bombardierung von Frauen, Kindern und unbewaffneten Zivilisten auf Anraten seines »wissenschaftlichen« Beraters, Professor Frederick Lindemann, einem aus Deutschland kommenden Emigranten, der später als Lord Cherwell bekannt wurde, angeordnet. Herrschte damals in Großbritannien ein so großer Mangel an militärischen Beratern, daß man einen deutschen Regierungsgegner anstellen mußte, um Churchill über die Kriegsführung zu beraten, oder bekam Professor Lindemann seinen Posten, weil man wußte, daß er die Kriegsziele der Superbanker fördern würde?

Generalmajor J. F. C. Fuller oder Kapitän Russel Grenfell R. N., um nur zwei zu nennen, hätten sicherlich britische Kriegsziele wahrgenommen und nicht die der internationalen Finanzleute.

Generalmajor Fuller schreibt: »Es ist kaum zu glauben, aber es ist eine Tatsache, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika auf Kriegsmethoden von grausamer Barbarei zurückgriffen und nicht Deutschland und Rußland. Churchill begann eine von zivilisierten Völkern schon lange geächtete Kriegsführung. Die von Churchill begonnene Bombardierung von Frauen, Kindern und unbewaffneten Zivilisten (auf Lindemanns Rat) war nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch militärisch falsch und politisch selbstmörderisch.«

Hirngespinste als neue »Kriegsursachen«

Benjamin Colby schreibt in seinem Buch »It was a Famous Victory«: »Die Bombardierung von deutschen Städten begann vier Monate bevor Bomben auf London fielen, und es war Churchill, der die Bombardierung von London herausforderte. Schon einen Tag nach seiner Ernennung zum Premierminister wurde Freiburg bombardiert, wobei zum erstenmal Frauen, Kinder und unbewaffnete Zivilisten das Ziel britischer Piloten waren.«

Kapitän B. H. Liddell Hart in seinem Buch »The Revolution in Warfare«: »Die Nachtbombardierung von London begann erst im September 1940 nach sechs aufeinanderfolgenden Angriffen auf Berlin während der vergangenen 14 Tage. Die Deutschen waren daher berechtigt, die Bombardierung Londons als Vergeltungsmaßnahme zu bezeichnen, insbesondere da sie vor unserem sechsten Angriff auf Berlin angekündigt hatten, daß sie dies tun würden, wenn wir unsere Nachtangriffe auf Berlin nicht einstellten.«

Unsere Zeitungen und Politiker versicherten uns aber immer wieder, daß wir nur militärische Objekte bombardieren und beschrieben die deutschen Vergeltungsangriffe als mutwillige Zerstörung von Spitälern, Arbeiterwohnungen und Kirchen.

Den Besitzern unserer Nationalbanken wurde es klar, daß selbst ein sehr in die Länge gezogener Krieg Deutschland nicht gänzlich vernichten würde. Sie fürchteten, daß selbst ein zertrümmertes, dezimiertes und zerteiltes Deutschland noch immer ein Hindernis zur Verbreitung des Marxismus in Europa bleiben könnte.

Um dies zu verhindern, ersannen sie den Morgenthau-Plan. Um diesen Plan und den Zweiten Weltkrieg zu rechtfertigen, wurden die Filme »Genocide« und »Holocaust« produziert, um uns zu überzeugen, daß England und Frankreich einen lokalen Konflikt in einen Weltkrieg umwandelten, nicht weil Hitler Transitrechte auf einer Straße durch den polnischen Korridor, oder das Selbstbestimmungsrecht für seine Einwohner verlangte, sondern weil England, Frankreich und Amerika bereits wußten, wie von Gerald Greene behauptet, daß Hitler sechs Millionen Juden umbringen würde.

Da weder polnische Grenzen noch polnische Unabhängigkeit durch den siegreichen Krieg wiederhergestellt wurden, mußte dreißig Jahre später ein neuer, glaubhafterer Vorwand für das Ausbrechen des Zweiten Weltkrieges erfunden werden: Holocaust.

Vielleicht wollte man auch das deutsche Volk und die Welt überzeugen, daß jeder in Deutschland Geborene jetzt mit zwei Sünden befleckt auf die Welt kommt, der »Erbsünde« und der »Nazisünde«. Führende Zionisten erklärten, daß das jüdische Volk die angeblichen Nazi-Verbrechen niemals vergessen noch verzeihen wird. Darunter verstehe ich, daß Deutschland auf alle Ewigkeit Reparationen wird zahlen müssen.

Trügerische Blindenführer

Die Superbanker sind dauernd darum besorgt, daß selbst fleißige, intensive Arbeit zu keinem bleibenden Wohlstand führt. Hohe Zinsen, Depressionen, Arbeitslosigkeit, Deflation, Inflation, Streiks, Revolutionen und Kriege sind für uns schwere Schicksalsschläge, für sie aber Mittel, um rasch reich und mächtig zu werden. Außerdem wissen sie, daß eine im Überfluß lebende Arbeiterschaft den Marxismus ablehnen würde. Sie mußten uns die letzten 500 Jahre soviel Armut, Elend, Lasten und Hoffnungslosigkeit auferlegen, um uns für eine marxistische Weltregierung vorzubereiten und gefügig zu machen.

Als am 9. Mai 1945 der König von England in seinem Waffenstillstandsaufruf an das Empire gezwungen wurde, zu erklären, daß Danzig und Transitrechte auf einer Straße durch den polnischen Korridor »eine Lebensgefahr für England und eine Bedrohung der Freiheit, Unabhängigkeit und Eixstenz der britischen Völker und der Freiheiten der Welt« gewesen war, wagte niemand zu widersprechen.

Auch heute gibt es niemanden in regierenden Kreisen, um unsere Politiker und Fachmänner zurechtzuweisen, wenn sie behaupten, daß die galoppierende Inflation durch immer höhere arabische Ölpreise verursacht werde, ohne zu erklären, warum im Jahr 1979 in Großbritannien, das gegenwärtig praktisch gar kein Öl einführt, die Inflationsrate auf 22 Prozent stieg, dagegen in Ländern wie Deutschland, Schweiz und Österreich, die gänzlich auf arabische Ölimporte angewiesen sind, nur 4 bis 5 Prozent beträgt.

Unsere Regierungen werden von »wissenschaftlichen« Ratgebern bedient, aber diese Fachmänner scheinen ihre Anstellung nur deshalb zu besitzen, weil sie bereit sind, alle Lügen gutzuheißen, die die Superbanker zur Förderung ihrer Weltherrschaftspläne erfinden. Diese gelehrten Ratgeber versuchen Inflation mit hohen Zinssätzen und Depressionen zu bekämpfen, empfehlen aber die Inflation zur Bekämpfung von Depression und Arbeitslosigkeit.

Inflation sowie auch die verwandten Übel wie hoher Zins, Depression, Deflation und zum Teil auch Arbeitslosigkeit könnten für immer und fast über Nacht verbannt werden durch das Ersetzen unseres gangsterhaften Geldsystems mit dem ehrlichen der ersten amerikanischen Kolonisten, das später Hitler auch in Deutschland einführte und deswegen so grausam bestraft wurde.

Was ist zu tun?

Praktisch heißt das: Wir müssen sofort, ohne Schulden zu machen und Zinsen zu zahlen, neue Banknoten drucken und in Umlauf bringen, die für Gold einlösbar sind und 10, 20, 100 oder 1000 uneinlösbare Banknoten umtauschen für eine einlösbare je nachdem wieviel uneinlösbare Banknoten im In- und Ausland im Umlauf sind, wie hoch die Bankkredite sich belaufen und welcher Preis für Gold angenommen werden muß.

Gleichzeitig müssen wir die bisher unbekannten Besitzer unserer Nationalbanken zwingen, wenigstens einen Teil der Milliarden-Gewinne, die sie durch Geldschöpfung aus Papier seit 300 Jahren ergatterten, in Gold oder anderen Werten zu ersetzen sowie auch rückständige Steuern nachzuzahlen.

M. A. Larson schreibt: »In den Panzergewölben der New Yorker Filiale der Federal Reserve, eingelagert wahrscheinlich auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler, liegen ungefähr 18 000 Tonnen Goldbarren, im Wert von ungefähr 18 Milliarden Dollar zu 35 Dollar per Unze. Nichts davon gehört dem amerikanischen Volk oder seiner Regierung; es gehört nicht einmal dem Federal Reserve System. Es gehört ausländischen Spekulanten, die dieses Gold – hauptsächlich von dem Federal Reserve System – für 35 Dollar kauften, selbst als der Preis auf dem freien Markt bereits über 125 Dollar war.

Zu 200 Dollar per Unze verkauft, wird es einen Gewinn von ungefähr 65 Milliarden Dollar einbringen, der unter Sektion 895 des amerikanischen Steuergesetzbuches nicht nur steuerfrei ist, sondern auch geheimgehalten werden darf.

Wenn einmal dieses Gold in Amerika verkauft wird, wird nicht einmal das Steueramt erforschen können, wer diese fantastischen Gewinne einkassierte.«

Wahrscheinlich sind diese 18 000 Tonnen Goldbarren nur die Spitze eines Eisberges. Viel mehr wird in den Stahlkammern der Superbanker eingelagert sein und in schweizerischen und anderen Nationalbanken oder in der Rockefeller-Rothschild-Chase-Manhattan-Bank in Moskau.

Es wird ferner notwendig sein, alle neuen Projekte wie zum Beispiel Kreditkarten zu unterbinden, die darauf ausgehen, Privatbanken zu bereichern durch das Ersetzen von Bargeld mit Papierausweisen, da sie durch das Erhöhen des Geldvorrates Inflation verursachen.

Zerstörerische Geldmacht

Durch Abschaffung der Golddeckung machten sich die Besitzer unserer Nationalbanken den Weg frei, unbegrenzte Mengen von Papiergeld in Umlauf zu

Banker

Wer macht unser Geld?

bringen. Martin A. Larson berichtet, daß im Jahr 1977 die Auslandsschulden der USA sich auf 114,8 Milliarden Dollar stellten. Das »Time«-Magazine vom 26. Februar 1979 aber sagte, daß die USA soviel Papiergeld gedruckt und in Umlauf gebracht hatten, daß jetzt 700 Milliarden Dollar-Banknoten wie Konfetti auf den Geldmärkten Europas und des Fernen Ostens umherflattern. Will das heißen, daß die unbekannten Besitzer der Federal Reserve Bank in weniger als zwei Jahren 585 Milliarden Dollar-Banknoten druckten und im Ausland in Umlauf brachten?

Mit diesem Papiergeld können sie überall die Aktienmehrheit in profitreichen Unternehmungen kaufen und dann ihre Strohmänner als Generaldirektoren einsetzen. Diese Direktoren, anstatt die bestehende Fabrik zu vergrößern, erbauen meistens neue, riesengroße Fabrikanlagen in der Sowjetunion, anderen marxistischen Ländern und Japan, wie es zum Beispiel in der Stahl-, Auto-, Waffen- und Textilindustrie der Fall war. Durch Preis-Unterbietung wird die Mutterfabrik gezwungen, ihre Produktion zu drosseln, was eine scharfe Zunahme der Arbeitslosigkeit im Westen zur Folge hat.

Unsere Superbanker werden die Massenarbeitslosigkeit wahrscheinlich so hoch hinauftreiben, bis die Einwohner des Westens sich aus reiner Verzweiflung einer marxistischen Weltdiktatur fügen. Die Gründung des Europa-Parlaments ist nichts anderes als ein neuer Schritt in diese Richtung.

Deutlich erkennbar ist ferner, daß uns die Hochfinanz auch durch Zerstörung unsere Jugend vernichten will. Der »Cape Argus« vom 28. März 1980 berichtet, daß Frau Eleanor Hamilton, eine Sex-Beraterin, seit 1969 in Kanada Sommerferienlager zur Sexaufklärung von Kindern unterhält, wo Mädchen von acht bis zwölf und Jungen von zwölf bis 16 Jahren zusammengesperrt und unter ihrer sachkundigen Aufsicht ermuntert werden, mit Sex zu experimentieren. Den Mädchen sagte sie, daß die Jungfernschaft keinen größeren Nutzen hat als der Blinddarm, und sie ist stolz darauf, daß es bisher in ihrem Lager zu keiner einzigen Schwangerschaft gekommen ist.

Viele Mädchen heutzutage, wenn sie jung und am reizendsten sind, wechseln Liebhaber wie Unterwäsche, und beim Erreichen des 29. Lebensjahres fangen sie an zu behaupten, daß sie weder heiraten noch Kinder haben wollen. Ich glaube es nicht. Die Frau wurde erschaffen zur Erneuerung des Lebens. Das ist ihr Lebenszweck, ihr Lebenssinn, so verordnet von Gott oder der Natur, als Sinn ihres Daseins auf dieser Erde.

Wenn sie ihren Daseinszweck verfehlt, wird sich eine normale Frau verbittert, enttäuscht, unerfüllt fühlen, ganz gleichgültig wie hoch sie auf der sozialen Gesellschaftsleiter steigt.

Auch viele Männer weigern sich heute zu heiraten. Wie können sie Vertauen haben zu Mädchen, die leicht zu haben sind? Warum die Verantwortung, Kosten und Mühen zur Erziehung von Kindern übernehmen, die vielleicht gar nicht ihre eigenen sind?

In fast allen Ländern des Westens wurde die Todesstrafe abgeschafft, aber Abtreibungen liberalisiert. Heutzutage kann man Morde begehen, ohne das eigene Leben in Gefahr zu bringen. Aus Terroristen wurden Freiheitskämpfer, und irgendein gesetzwidriges oder gemeinschaftsfeindliches Benehmen wird als eine Krankheit oder Geistesstörung hingestellt, ganz gleichgültig, ob es sich um lügen, betrügen, rauben oder morden handelt. Dies, weil wir von Lügnern, Betrügern, Räubern und Mördern regiert werden. Unter dem Zepter der Superbanker wurden wir eine Gesellschaft, die überführte Mörder verschont, aber ungeborenes Leben millionenweise vernichtet, derweil die Weltpresse uns dauernd einredet, daß dies so richtig und gut sei.

Im Dienste der Hölle

US-Präsident Roosevelt war zweifellos die einträglichste Geldanlage, die die Aktionäre des Federal Reserve Systems jemals gemacht haben. Seine Präsidentschaft kostete wahrscheinlich mehrere Millionen Dollar, aber wie von Martin A. Larson mitgeteilt wird, belohnte er sie mit Gewinnen von mehreren hunderttausend Millionen Dollar, alles angelegt in steuerfreiem, unzerstörbarem, glitzerndem Gold: Atombomben können es schmelzen, aber nicht vernichten.

Larson schreibt: »Es ist wahrscheinlich, daß Richard Nixon nicht gerade ein vorbildlicher Präsident war, aber ein Seitenblick auf seine Vorgänger ist nicht nur aufschlußreich, sondern auch belehrend. Die Geschichte beweist, daß Teddy Roosevelt ein Schwindler war, Wilson ein vollendeter Heuchler und Betrüger, daß Harding möglicherweise Selbstmord beging wegen Teapot Dome, daß Truman sein Ziel in der Politik als loyaler Diener der Pendergastbande erreichte, daß Johnson vielleicht der größte Lump war, der jemals im Weißen Haus saß, daß beide, er und Kennedy mit gestohlenen Stimmen gewählt wurden. Nichtsdestoweniger: F. D. Roosevelt übertrifft sie alle an Gaunerhaftigkeit. Er war der höchste Diener der satanischen und verräterischsten Mächte auf amerikanischem Boden, nämlich der internationalen Finanziers, die in Amerika hauptsächlich Rockefeller-Interessen vertreten, mit denen die Rothschilds und andere europäische Nationalbanken eng zusammenarbeiten.

In seiner ersten Wahlkampagne zum Präsidenten versprach Roosevelt, die Steuern um 25 Prozent zu senken, und dann erhöhte er sie um 300 Prozent. Er versprach, die Geldwechsler aus dem Tempel zu jagen, und dann gab er ihnen den Tempel. Er versicherte feierlich, daß Geschäftsleuten und Privatpersonen die notwendigen Kredite zur Verfügung stehen werden, und dann, wie von Percy L. Greaves berichtet, erlaubte er den Banken, Kredite von 64 Milliarden Dollar im Jahre 1928 auf 30,8 Milliarden in den Jahren 1933 bis 1934 zu reduzieren, was die große Depression verursachte.

Roosevelt sagte, er bringe Bundesgeld in Umlauf, um Prosperität zu erzeugen, erlaubte dann aber dem Federal Reserve System alles zu tun, um Prosperität ohne Krieg unmöglich zu machen. Er setzte eine manipulierte Währung ein, die, wie er sagte, einen stabilen Dollar für Generationen sichern würde, und schuf dann die Grundlage für einen totalen Währungsverfall.

Krieg um jeden Preis

Unter seiner Regierung wurde es für Amerikaner ein Verbrechen Golddollar-Münzen zu besitzen. Für die Rückgabe bezahlte er ihnen dafür 20,67 Dollar per Unze. Ausländer aber durften jede Menge Goldmünzen besitzen und ihnen bezahlte er 35 Dollar per Unze.

Roosevelt trat auf als ein großer Philanthrop und Beschützer der arbeitenden Massen, aber dann überschüttete er sie mit unerträglichen Schuld- und Steuerlasten, während er die Besitzer der Federal-Reserve-Banken auf so großartige Weise bereicherte, daß es selbst die wildesten Träume eines Krösus übersteigt.

Roosevelt behauptete, er hasse Krieg, liebe den Frieden und würde nie einen amerikanischen Soldaten im Ausland kämpfen lassen, aber jahrelang versuchte er, Amerika in den Krieg zu stürzen, und als alles mißglückte, erklärte er den Japanern, als sie sich gerade anschickten, die Sowjets anzugreifen, so gut wie den Krieg und zwang sie auf diese Weise statt dessen Pearl Harbor zu überfallen.

Roosevelt verkündete der Welt die »vier Freiheiten« und dann konfizierte er den Besitz von 130 000 unschuldigen, amerikanischen Bürgern japanischer Herkunft und sperrte sie in Konzentrationslager ohne Anklagen, Verhöre, Gerichtsverhandlungen. Er sagte, er sei ein Gegner des Kommunismus und unterschrieb den Jalta-Vertrag, der Stalin das Überleben sicherte, gab der Sowjetunion einen großen Teil Deutschlands und verordnete die Auslieferung von zwei Millionen (russischer) Antikommunisten an Stalin, um sie hinrichten oder im Gulag sterben zu lassen.

Daß Roosevelt entschlossen war, Amerika um jeden Preis in den Krieg zu stürzen, kann kaum bezweifelt werden; aber man muß sich fragen, warum war er so erpicht, einen Kurs einzuschlagen, der den Tod für Hunderttausende oder gar Mil-

lionen bedeutete und entsetzliche Steuern von Hunderten von Millionen für Generationen zur Folge hatte. War er einfach eine Ausgeburt Satans?

Da wir in einer Zeit leben, wo niemand das höchste Amt in den Vereinigten Staaten von Amerika erreichen kann, ohne ein loyaler Diener von Mächten zu werden, die satanischer Natur sind, ist es sehr gut möglich, daß er nur tat, was irgendein anderer Mann in seinem Amt auch getan hätte.«

Ich glaube, dies erklärt die Einstellung, das Verhalten und die Handlungsweise aller amerikanischen Präsidenten, die ihm seither folgten. Sie haben keine leichte Aufgabe. Sie wissen, daß amerikanische Wähler von ihnen erwarten, daß sie alles tun werden, um den Kommunismus einzudämmen und den Mittelstand zu fördern, der die Aufrechterhaltung der alten Menschenrechte und Bürgerrechte fordert und den Marxismus ablehnt.

Heimlich aber müssen sie diesen Mittelstand in Verruf bringen und ihn zerstören und Zustände schaffen, die zu Anarchie und Weltrevolution führen. Zwischendurch müssen sie heimlich allen marxistischen Regierungen jede technische, finanzielle und militärische Hilfe leisten, die sie wünschen. Man hofft, daß dies früher oder später mit oder ohne Krieg zur Errichtung einer marxistischen Weltdiktatur führen wird.

Weitere Enthüllungen über Churchill

Im Oktober 1976 berichtete die Londoner Zeitung »Observer«, daß Sir Henry Strakosch, ein südafrikanischer Banken-Magnat, kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Churchill vor dem Bankrott rettete durch Übernahme seiner Schulden und Verwaltung seiner Geldanlagen. Infolge völlig verfehlter Börsenspekulationen schuldete Churchill seinem Makler 18 000 englische Pfund.

Churchill war gerade dabei, seinen vielgeliebten und gepflegten Gutbesitz »Chartwell« zu verkaufen, als ihn Strakosch vor dieser Katastrophe rettete. Wie vergalt er diese große Hilfe? Niemand weiß es, wir können nur Vermutungen anstellen.

Im Dienste der Bankmagnaten verwandelte sich ein fanatischer Antikommunist in einen unermüdlichen, feurigen Förderer und Beschützer des Kommunismus. Zwanzig Jahre lang hatte er die Ausrottung des Kommunismus gepredigt, aber während des Krieges machte er die totale Vernichtung des stärksten Gegners des Kommunismus zu seiner Hauptaufgabe, verriet aber die anderen Kriegsziele unserer Superbanker nicht, weil er Mißbilligung oder totale Verwerfung befürchtete.

Wäre die Vernichtung der Hitler-Regierung sein einziges Kriegsziel gewesen, wie er es oft behauptete, dann hätte er dies, wie bereits erwähnt, innerhalb weniger Wochen erreichen können durch Bombardierung der einzelnen Äthylen-Dibromide-Fabrik, die Deutschland besaß, die als »mit Luftangriffen leicht zerstörbar« galt. Er verschmähte eine andere Gelegenheit, als 1942 der Bischof von Chichester in Stockholm zwei anti-nationalsozialistische Deutsche traf, die wissen wollten, ob die britische und die amerikanische Regierung nach Beseitigung des Hitler-Regimes mit einer deutschen demokratischen Regierung Friedensverhandlungen anknüpfen würden.

Nach seiner Rückkehr informierte der Bischof den britischen Außenminister Eden, aber die britische Regierung antwortete nicht. Zur Erreichung der wahren Kriegsziele unserer Superbanker, die weder von der britischen Regierung noch von Churchill preisgegeben wurden, mußte der Krieg um weitere drei Jahre verlängert werden. Wir kennen sie heute, weil wir wissen was nachher geschah.

Starke Neigung zur Grausamkeit

In Jalta, in völliger Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und seiner und Roosevelts »Atlantic Charter«, gab Churchill seine Zustimmung zur Zerstückelung Deutschlands und zu der Besetzung ganz Osteuropas durch russische Truppen, einschließlich Polen und Ost-Deutschland.

Churchill war es, der den Jugoslawen den Kommunismus aufbürdete. In Jugoslawien gab es kommunistische Terroristen, hauptsächlich Serben, geführt von Tito, und royalistische Kroaten, unter General Mihailovic. Im Jahre 1944, als der Sieg vor der Tür stand, telegrafierte Churchill an Roosevelt, dem General keinen Nachschub mehr zu leisten.

Als die Royalisten ihre Munition verschossen hatten, griff Tito an und erhängte den General. Als ein Assistent Churchills Bedenken äußerte über ein kommunistisches Jugoslawien, fragte Churchill, ob er nach dem Krieg dort leben wolle. »No, Sir!«, war die Antwort. »Ich auch nicht«, sagte Chruchill, »und weil das so ist, je weniger wir uns Gedanken machen über die Regierung, die sie dort errichten, desto besser.«

Wer drängte Churchill, die Kommunisten den Royalisten vorzuziehen?

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich Churchill den Ruf eines feurigen Antibolschewisten erworben. 1919 als Violet Asquith ihn fragte: »Was tun mit den Bolschewiken?« antwortete er: »Tötet die Bolschewiken, küsset die Hunnen (Deutschen)!«

Und zur selben Zeit, in einem Brief an Lloyd George, machte er den Vorschlag: »Füttert Deutschland, bekämpft die Bolschewiken, laßt die Deutschen die Bolschewiken bekämpfen!«

In einer Rede am 11. April 1919 erklärte Churchill: »Von allen Tyranneien in der Geschichte ist die bolschewistische die ärgste, die zerstörendste, die degradierenste.«

Die »Cape Times« berichtet, daß Lord Boothby kürzlich ein Buch über Sir Winston Churchill veröffentlichte, wo er die Behauptung aufstellt, daß Churchill eine starke Neigung zur Grausamkeit hatte und nicht ganz bei Trost war.

Churchills Verhalten läßt eine solche Schlußfolgerung kaum zu. Die Tatsache, daß er nur eines seiner Kriegsziele bekannt gab, die Vernichtung Hitlers und Mussolinis, und die anderen geheimhielt, zeigt, daß er logisch dachte. Hätte er alle Kriegsziele unserer Superbanker bekanntgemacht, wäre die ganze Welt, selbst die Superbanker der Ansicht gewesen, daß er an Geistesstörung leidet; sein Benehmen beweist, daß er ein loyaler Diener der Besitzer unserer Nationalbanken war. Bankmagnat Strakosch war so sehr zufrieden mit seinem Dienst, daß er ihm in seinem Testament weitere 20 000 englische Pfund hinterließ.

Fehlt uns der Wille und der Mut

Hitler kämpfte nicht nur für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, sondern auch für das Recht einer jeden Nation, Geld und Kredit schulden- und zinsfrei in Umlauf zu bringen, ohne die Besitzer unserer Nationalbanken zu bereichern, wie es gegenwärtig der Fall ist.

Man feiert aber die Totengräber der Kolonialreiche, Roosevelt und Churchill, als die größten Führer, die der Westen jemals hervorbrachte, deren Andenken in der Erinnerung vieler zukünftiger Generationen in Liebe und Dankbarkeit weiterleben soll.

Eine Zivilisation, die Anstifter von Kriegen mit steuerfreien Milliarden belohnt und ihnen erlaubt, mittels Erpressung und Folter die Schuld auf unschuldige Opfer zu schieben, kann aber keinen Bestand haben, sie muß und wird sich selbst zerstören.

Karl Marx machte den Vorschlag, eine weltweite Arbeiterdiktatur zu errichten unter Abschaffung fast aller Menschenrechte, mit sechs Arbeitstagen in der Woche, wo alles dem Staat, das heißt den Regierenden gehört. Marx verheimlichte jedoch, daß die Regierenden dieser Arbeiterdiktatur nur Angestellte der Besitzer der Nationalbanken sein würden.

In Wirklichkeit sollten sie die Welt regieren. Aus Dankbarkeit machten sie ihn weltberühmt, mißbrauchten unsere Leichtgläubigkeit und Gutherzigkeit und breiteten mit unserer Hilfe und unserem Beistand diese simulierende Arbeiterdiktatur schon über zwei Drittel der Welt aus. Haben wir noch den Willen und den Mut, ihnen die Weltherrschaft zu vewehren. □

Die Broschüre »Schluß mit Inflation, Deflation, Hochzins und Krieg« kann über den Verlag »Eidgenoss«, CH-8401 Winterthur, zum Preis von 8,– DM oder 6,– sfr. einschließlich Porto bezogen werden.

Medizin-Journal

Bei Kinderwunsch Rauchen einstellen

Frauen, die eine Schwangerschaft wünschen, sollten vorher unbedingt das Rauchen einstellen. Diese Forderung stellten die amerikanische Wissenschaftlerin Donna Day Baird und ihre Mitarbeiter auf, nachdem sie fast 700 Raucherinnen auf ihre Fruchtbarkeit hin untersucht hatten.

Dabei hatte sich herausgestellt, daß erheblich mehr Raucherinnen Probleme hatten, schwanger zu werden, als Nichtraucherinnen. Ihre Fruchtbarkeit betrug nur 72 Prozent der normalen Fruchtbarkeit. Deutlich war auch die Abhängigkeit von der Anzahl der Zigaretten, die täglich geraucht wurden. Die Fruchtbarkeit der starken Raucherinnen war nochmals um 20 Prozent niedriger. □



Weltweite Gesundheitsvorsorge

Als »bahnbrechend für die Geschichte der Medizin« bezeichnete Professor Frederik Epstein von der Weltgesundheitsorganisation den Abschluß der ersten Etappe des MONICA-Projektes (Monitoring of Trends and Determinants in Cardiovascular Deseases). Ziel soll es sein, weltweit Zusammenhänge zwischen der Lebensweise von Menschen und ihren Erkrankungen an Herzinfarkten zu finden.

Im Laufe von zehn Jahren werden 40 Gesundheitszentren in 27 Ländern der Erde Daten von etwa sieben Millionen Menschen sammeln. Bundesdeutsches Zentrum ist Augsburg und Umland. Hier wurden in einer ersten Querschnittstudie 1000 Herzinfarktpatienten auf ihre Risikofaktoren hin untersucht.

Bestätigt hat sich dabei, daß erhöhter Cholesterinspiegel, Rauchen und Bluthochdruck die Hauptursachen für diese Erkrankungen sind.



Ein ausgiebiges und nährstoffreiches Frühstück hält den ganzen Tag. Müslis wie das Linusit-Leinsamen-Frühstück enthalten alle wichtigen Nähr- und Aufbaustoffe, die Kinder wie Erwachsene täglich brauchen.

Projektleiter Dr. Uwe Keil betonte, daß in allen drei Bereichen Strategien entwickelt werden müßten, um diesen Gefährdungen vorzubeugen. Eine große Aufgabe, der sich die Präventivmedizin weltweit zu stellen hat. □



Ein Wegweiser mit grünen Seiten und 5500 Adressen und Rufnummern zu den Sparten umweltfreundliche Produkte, Nahrungsmittel aus biologischem Anbau, sanfte Technologien, alternative Medizin und biologische Baustoffe. Das alternative Branchenbuch gibt es für 9,80 DM im Buchhandel, Reformhäusern und Naturkostläden.

Gehirnschlag durch Alkohol

Eine bislang kaum in Erwägung gezogene Komplikation des chronischen Alkoholmißbrauchs ist der Gehirnschlag. Wie die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin mitteilt, bewies eine groß angelegte amerikanische Studie von R. P. Donahue und seinen Mitarbeitern, daß das Risiko, einen Schlaganfall zu erleiden, schon bei mäßigem Alkoholgenuß um das Doppelte steigt. Bei ausgesprochenem Alkoholmißbrauch liegt das Schlaganfallrisiko gar dreimal so hoch wie bei Nicht- beziehungsweise Kaumtrinkern.

Das Ergebnis dieser Untersuchung, die an über 8000 Personen durchgeführt wurde, war völlig unabhängig von anderen Risikofaktoren des Schlaganfalls wie etwa der Bluthochdruckkrankheit. □

Kau- und Schnupftabak keine Alternative zur Zigarette

In den letzten Jahren nahm der Konsum von Schnupf- und auch Kautabak erheblich zu. Häufig steigen Raucher auf die vermeintlich gesündere Alternative um. In Amerika ist der Trend bereits so stark, daß die amerikanische Gesundheitsbehörde die Empfehlung herausgab, bei der Werbung für Kau- und Schnupftabak die gleichen Auflagen zu machen, wie sie in der Zigarettenwerbung bereits gelten.

Es gilt nämlich als eindeutig sicher, daß durch Kau- und Schnupftabak das Risiko, an einem Krebs der Mund- und Nasenschleimhaut zu erkranken, bis zum 48fachen erhöht wird. Aber auch in anderen Körperregionen wird die Bildung von bösartigen Tumoren wahrscheinlich begünstigt, da in Kau- und Schnupftabak sowohl der Gehalt an sogenannten Nitrosaminen, also sehr starken Krebsgiften, als auch an Blei erheblich ist. □

Ernährungsfehler im Kinderalter

Fehl- und Überernährung machen unsere Kinder krank. Eine von Professor Droese in Dortmund durchgeführte Untersuchung an 310 Kindern im Alter von 1 bis 14 Jahren brachte wichtige Erkenntnisse über häufige Ernährungsfehler im Kindesalter.

Eltern, die ihre Kinder nur mit vegetarischer Kost ernähren, gefährden ihre Zöglinge. Kinderärztliche Erfahrungen haben gezeigt, daß die Infektabwehr durch die geringe Eiweißzufuhr deutlich herabgesetzt ist.

Der Eiweißverzehr von Kindern in hochindustrialisierten Ländern ist entgegen vieler Behauptungen nicht zu hoch. Denn hochwertiges Eiweiß in ausreichenden Mengen, vorzugsweise aus Milch und Fleischprodukten, ist unbedingt erforderlich für die körperliche Entwicklung.

Wichtig sind auch hochwertige Fette, die unentbehrliche Wirkstoffe liefern, wie die lebensnotwendige Linolsäure, die vor allem in pflanzlichen Fetten vorkommt. Ohne einen ausreichenden Fettverzehr ist es dem Körper auch nicht möglich, fettlösliche Vitamine aufzunehmen.

Kohlenhydrate sollten aus ballaststoffhaltigen Lebensmitteln stammen – zum Beispiel Obst, Obstsäfte, Graubrot, Kartoffeln, Hülsenfrüchte –. Die Häufigkeit von Karies und Übergewicht bei Kindern ist auf den steigenden Verzehr von wertlosen Kohlenhydraten wie Süßigkeiten und Limonaden zurückzuführen. □

Keine Rheumasalben vor sportlicher Betätigung

Bei vielen Sportlern, besonders bei Leichtathleten, ist es eine beliebte Methode, vor einem Wettkampf bestimmte Muskelpartien mit Rheumasalben einzureiben, mit der Absicht, die Durchblutung der Muskulatur so zu verbessern. Als sichtbarer Ausdruck dieser angeblichen Mehrdurchblutung gilt die meist eindrucksvolle Reizung der entsprechenden Hautgebiete. Dies ist allerdings ein Irrtum.

Zwar werden durch die Salben die Hautgefäße erweitert und gereizt, doch gibt es keinerlei Hinweise für eine Verbesserung der Muskeldurchblutung. Im Gegenteil: Das Blut wird von den tiefer liegenden Muskelschichten in die Hauptgebiete abgezogen. Dadurch verschlechtert sich sogar unter Umständen die Blutversorgung des Muskels.

Wie der Sportmediziner Wolfgang Barthel meint, sollten Sportler unbedingt den unkritischen Gebrauch solcher Einreibemittel vermeiden, da obendrein unerwünschte Wirkungen auftreten können, wenn größere Mengen der Inhaltsstoffe dieser Einreibemittel in den Körper gelangen. □

Ist Aluminium schuld an hirnorganischen Schäden?

In Gegenden, in denen die Umwelt mit Aluminium und Silikon stark belastet ist, wird häufiger eine bestimmte Form des Altersschwachsinns, der sogenannte Morbus Alzheimer, vorgefunden als anderswo. Ein Wissenschaftlerteam der Universität Cambridge konnte jetzt nachweisen, daß in bestimmten Hirnabschnitten von Patienten, die an der Alzheimer-Krankheit leiden, Ablagerungen von Aluminiumsilikaten die Hirnstrukturen möglicherweise schädigen.

Der Leiter des Teams, J. M. Candy, ist der Meinung, daß in Zukunft auf die Umweltbelastung mit Aluminiumsilikaten geachtet werden sollte. □

Gewichtsabnahme kann Herzmuskel normalisieren

Eine ernste Folge des zu hohen Blutdrucks ist die krankhafte Vergrößerung des Herzmuskels, besonders der linken Herzkammer. Seit langem weiß man, daß eine Gewichtsabnahme die Bluthochdruckkrankheit günstig beeinflußt. Ob sich damit aber auch ein bereits vergrößertes Herz wieder verkleinern läßt, war bisher unbekannt.

Eine Untersuchung des englischen Wissenschaftlers S. W. MacMahon und seiner Mitarbeiter bewies, daß dem so ist: Eine Gewichtsabnahme verbessert bei übergewichtigen Bluthochdruckpatienten nicht nur den zu hohen Blutdruck, sondern kann auch ein bereits vergrößertes Herz wieder auf eine normale Größe zurückführen. □

Das gute alte Dampfbad wird wiederentdeckt

Obwohl das Dampfbad zu den ältesten Badekulturen zählt, wurde es in den letzten Jahrzehnten fast völlig von der Sauna verdrängt. Erst seit einigen Jahren wächst das Interesse an dieser Badeform wieder stetig – als Ergänzung zur Sauna, nicht als Alternative. Moderne Dampfbäder wurden zunächst vor allem in großen Freizeit-Bädern eingerichtet. Immer mehr Hallenbäder, Badeanstalten, Sportstätten, Hotels und Saunabäder befassen sich jedoch ebenfalls mit einer solchen Einrichtung.

Man hatte jahrelang angenommen, daß die Kreislaufbelastung im feuchten Dampfbad wesentlich stärker sei als in der trockenen Saunaluft. Um dies herauszufinden, hat der Sauna-Marktführer Klafs in Schwäbisch Hall ein Forschungsvorhaben des Instituts für Medizinische Balneologie und Klimatologie der Universität München gefördert.

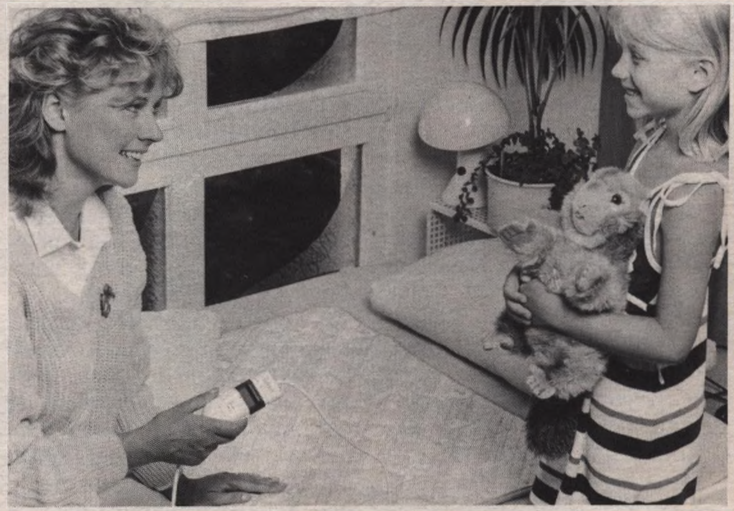
Eine Vergleichsstudie zwischen den physikalischen Wirkungen des Sauna- und Dampfbades ergab, daß die althergebrachte Befürchtung in bezug auf die Herz-Kreislauf-Gefährdung bei beiden Badeformen nicht berechtigt ist. Es kommt jedoch entscheidend auf die richtigen Temperaturen in den Schwitzkabinen und die anschließende Abkühlphase an.

Der als angenehm empfundene Temperaturbereich ist beim Dampfbad wesentlich niedriger als in der Sauna und liegt zwischen 40 Grad und etwa 45 Grad Celsius. Bei 85 Grad in der Saune mit sehr niedriger relativer und 40 Grad im Dampfbad bei sehr hoher Luftfeuchte (Nebelbildung) gab es bei keiner Anwendungsform Störungen – die Verträglichkeit war ausgezeichnet.

Bei vergleichbarer Wärmezufuhr ist auch die Wirkung beider Badeformen weitgehend identisch. Die Rückkühlung nach dem Dampfbad kann wie durch die Sauna gewohnt erfolgen: Frischluft, viel kaltes Wasser, eventuell Tauchbecken, dann aufwärmendes Fußbad.

Was den gesundheitlichen Nutzen des Dampfbades anbelangt, so steht auch hier – wie bei der Sauna – Entspannung, intensive Durchblutung und Training der körpereigenen Temperatur-Regulations-Mechanismen im Vordergrund. In der Gesundheitsvorsorge oder als unterstützende Maßnahme bei chronischen Krankheiten ist das Dampfbad, im Sinne einer schonenden Reiztherapie, empfehlenswert.

Bei Bronchitis, Asthma und sehr trockener Haut scheint das Dampfbad sogar noch bessere Erfolge als die Sauna zu erzielen. Menschen, denen die relativ hohen Temperaturen in der Sauna weniger behagen, finden im Dampfbad eine wirksame Alternative. □



Dosierbare »Nestwärme«: Mit dem elektronisch geregelten Bettwärmer Thermostop kann man das Bett vorwärmen oder mit Vergnügen ins Schwitzen kommen. Weitere Informationen: Elektro- und Sanitätshandel oder durch Beurer, Ulm.

Naturheilmittel

Hilfe bei Alters-Abbau

Nikolaus Bergmüller

Das Problem der Leistung im weitesten Sinn nimmt in der modernen Welt zunehmend eine größere Rolle ein. Menschen jeder Schicht und Profession, zum Beispiel Arbeiter, Künstler, Sportler, Wissenschaftler sowie alternde Menschen versuchen ihre individuelle Leistung zu steigern. Dies wiederum hängt von der Leistungsfähigkeit eines jeden einzelnen ab. Mit zu den schwierigsten Aufgaben eines Arztes zählt es, die Leistungsbreite zu bestimmen, dies wird mit zunehmender Industrialisierung ein soziales Problem.

Die Leistungsfähigkeit des alten Menschen stellt eine besondere Schwierigkeit dar, wobei das Altern als solches nicht pathologisch ist und somit keine Krankheit darstellt. Die Problematik des alternden Organismus resultiert aus der abnehmenden Anpassungsfähigkeit an Umweltfaktoren, wodurch die Entstehung von Krankheiten begünstigt wird. Die verminderte Anpassung sowie die reduzierte Leistungsfähigkeit stellen ein Grundphänomen des Alterns dar, sie beruhen auf strukturellen und funktionellen Veränderungen der verschiedenen Organe und Organsysteme.

Steigerung der Abwehrkräfte

Im folgenden soll der Fall von Dr. med. S., praktischer Arzt für Naturheilkunde und Psychotherapie, beschrieben werden. Dr. S. wurde mit folgender Diagnose von den behandelnden Ärzten aus der Klinik entlassen: hochgradige Kachexie (allgemeiner Kräfteverfall), hochgradige Knochenbrüchigkeit – Knochenbrüche wiederholten sich mehrmals an jeweils anderen Stellen, ein künstliches Hüftgelenk mußte eingesetzt werden –, daneben traten Nierensteine, eine Entzündung des Nierenbeckens und der Bauchspeicheldrüse auf.

Ferner wurde eine arteriosklerotische Herzerkrankung mit Herzkreislaufbeschwerden diagnostiziert. Bei der Entlassung befand sich der Patient in einem sehr schlechten Allgemeinzustand. Die behandelnden Ärzte stimmten nur einer Entlassung aus der Klinik auf eigenen Wunsch zu.

Zur Besserung seines Zustandes begann Dr. S. in Verbindung mit einem strengen Ernährungsplan mit einer 40tägigen Kur mit Regazell Energen, die er dann in Form einer Dauermedikation fortsetzte und nur einmal für drei Wochen unterbrach. Dies führte zu einer sofortigen Leistungsminderung, so daß die Therapie wieder aufgenommen wurde.

Regazell Energen ist ein naturprodukt mit folgenden Inshaltsstoffen: mikrosierte Breitbandpollen, Gelee Royale, Ginseng, Crataegi und Weizenkeim-Extrakt.

Erhöhung der Eiweißbildung

Gelee Royal enthält eine Vielzahl von Vitalstoffen wie Proteine, Aminosäuren, Vitamine, Mineralstoffe, Spurenelemente, Lipide und Panthothensäure. Als pharmakologische Eigenschaften sind für Gelee Royal eine Aktivierung des Sauerstoffverbrauchs, eine Verbesserung der Immunität, eine Verkürzung der Rekonvaleszenzzeit sowie anti-anämische, antibiotische und antiartherosklerotische Effekte bekannt.

Ginseng-Extrakt enthält als Leitwirkstoffe die Ginsenoside, ein Gemisch von Saponinglykosiden, daneben Fettsäuren, Vitamine, Sterine und ätherische Öle. Diese Wirk- und Inhaltsstoffe sind für die roborierenden und harmonisierenden Eigenschaften von Ginseng verantwortlich.

So konnte anhand experimenteller Untersuchungen für Ginseng-Extrakt eine Steigerung der körperlichen und geistigen Ausdauer und Leistungsfähigkeit, der Atmung, der Herzfrequenz, der Muskelaktivität, der Blutbildung sowie der Aufnahmebereitschaft und der Aufmerksamkeit nachgewiesen werden.

Dem in Regazell Energen enthaltenen Weizenkeim-Extrakt kommen aufgrund der nachgewiesenen Inhaltsstoffe das Nervensystem aktivierende und den Stoffwechsel unterstützende Eigenschaften zu.

Aufgrund seiner herzaktiven Wirkstoffe ist Extraktum Crataegi, der Weißdorn-Extrakt, von altersher bekannt und eignet sich insbesondere auch wegen seiner ausgezeichneten Verträglichkeit für die Langzeittherapie. Dieser Extrakt bewirkt eine deutliche Leistungssteigerung des Herzmuskels, verbunden mit einer Verbesserung der Sauerstoffsättigung des Blutes und einer Ökonomisierung der Herzkreislauffunktion.

Dadurch ist Weißdorn-Extrakt bei Frühformen der Herz-Kreislauf-Erkrankungen in höherem Alter sowie bei einem leichten Mißverhältnis zwischen Blutzufuhr und Blutbedarf des Herzmuskels – zum Beispiel bei Angina pectoris – und auch bei Herzmuskelschwäche nach infektiösen Erkrankungen angebracht. Diese pharmakodynamischen Eigenschaften schreibt man den in Crataegus enthaltenen Flavonen zu.

Die Therapieerfolge bei der Behandlung von Dr. S. mit Regazell Energen wurden anhand einer Reihe objektiver Parameter überprüft. Die vor Behandlungsbeginn stark beschleunigte Blutkörperchen-Senkungsgeschwindigkeit gab Hinweise auf ein bestehendes Entzündungsgeschehen, im Verlauf der Behandlung trat Normalisierung ein.

Der Serum-Eisengehalt nahm zunächst zu und verringerte sich mit der zweiten Kur. Die Ursache dafür liegt darin, daß Gelee Royal die Blutbildung steigert und zu diesem Zweck die Eisenreserven aktiviert.

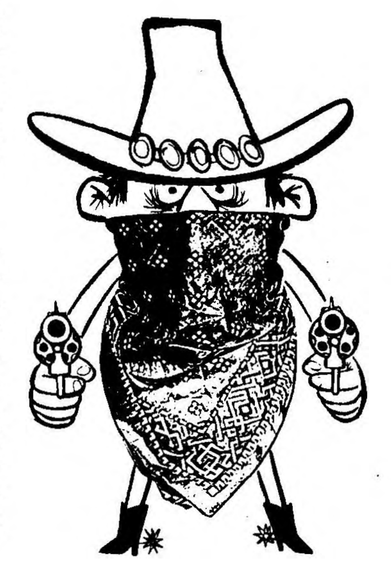
Wieder voll belastbar

Parallel zu diesen postiven Befunden verbesserte sich das Belastungs-EKG, es zeigte im Vergleich zu vor der Behandlung eine alters-entsprechende Belastbarkeit.

Im Gegensatz dazu war die Aufnahme eines Belastungs-EKGs wegen des stark reduzierten Allgemeinzustandes und des Kreislaufverhaltens zum Zeitpunkt der Krankenhaus-Entlassung wegen des damit verbundenen Risikos nicht möglich.

Der Patient war nach seiner Entlassung aus der Klinik an Krükken gebunden. Im Verlauf der Behandlung mit Regazell Energen sind die Gehstrecken ohne Krücken immer größer geworden, das Gehen wurde leichter und besser.

Der Allgemeinzustand hat sich insgesamt erheblich gebessert, ebenso der Urinbefund, der vorbestehende Harninfekt wurde ohne zusätzliche Medikation saniert. Die Kombinationsfähigkeit weist eine enorme Steigerung auf. Dr. S. geht nun seit über eineinhalb Jahren ohne einen einzigen Tag Arbeitsunfähigkeit oder Urlaub seiner Kassenarztpraxis nach, er ist voll belastbar. □



Therapie

Wurzelextrakt hilft der Alkohol-Leber

Hiobsbotschaft aus dem Statistischen Bundesamt: die Zahl der Todesopfer durch alkoholische Leberleiden steigt sprunghaft an. Schon jetzt sterben an dem heimtückischen Leiden nahezu fünfmal so viele Bundesbürger wie 1969 – damals waren es 744, inzwischen pro Jahr bereits über 3400. Am meisten betroffen sind nach wie vor die Männer, doch mit erschreckenden Zuwachsraten sind neuerdings auch die Frauen dran. Bei ihnen schnellte die Sterbeziffer innerhalb von 15 Jahren sogar um das sechsfache in die Höhe – von 157 Todesfällen 1969 auf 948 im Jahr 1984.

Ein Alarmsignal für Millionen trinkfreudige Zecher in der Bundesrepublik. Wie können sie ihre Leber vor dem lebensbedrohenden Schlappmachen schützen? Erfahrene Naturmediziner verweisen unter anderem auf die vielversprechende Wirkung des sibirischen Wurzelextraktes Eleutherokokk – in Apotheken erhältlich; russische Ärzte setzten ihn seit Jahren zur Massenvorbeugung von Grippe ein, auf den gleichzeitig »alkohol-entschärfenden« Effekt des Mittels stieß ein österreichischer Internist.

Besserung der Leberwerte

Dr. Günther Leiner aus Bad Hofgastein erprobte Eleutherokokk an 40 Patienten mit mäßigem bis starkem Alkoholkonsum. Die Versuchpersonen – Männer und Frauen im Durchschnittsalter von 45 Jahren – schluckten dreimal täglich einen Eßlöffel voll Wurzelextrakt.

Ergebnis: bereits nach drei Wochen gingen zuvor alarmierende Leberwerte deutlich in die Nähe der Unbedenklichkeitsgrenze zurück. Dies, obwohl die Testteilnehmer in der Zwischenzeit ihre gewohnten Mengen an Bier und Schnaps weiter getrunken hatten.

Dr. Leiner: »Eleutherokokk verbessert wahrscheinlich die Durchblutung der Leber und reduziert auf diese Weise die Giftwirkung des Alkohols.«

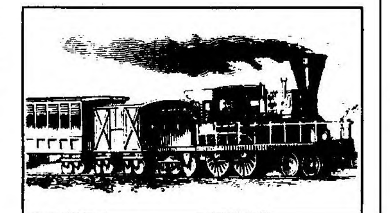
Fündig wurde der österreichische Arzt bei der Kontrolle der sogenannten L-Gamma-Glutamyl-Transferase (Gamma GT) – sie gehört zu den zehn wichtigsten Signalstoffen eines durch die Giftwirkung von Alkohol ausgelösten Leberschadens. Gamma GT, eine Eiweißsubstanz, wird im Falle einer Lebererkrankung – beispielsweise einer Entzündung – von den Leberzellen verstärkt ausgeschieden. Das Ausmaß der verstärkten Ausscheidung ist per Blutprobe nachweisbar. Als unbedenklich gelten Gamma-GT-Werte bis zu 28 oder 30 Einheiten pro Liter Blut. Darüberliegende Werte signalisieren: die Leber ist in Gefahr, es kann zu einem vermehrten Leberzerfall kommen.

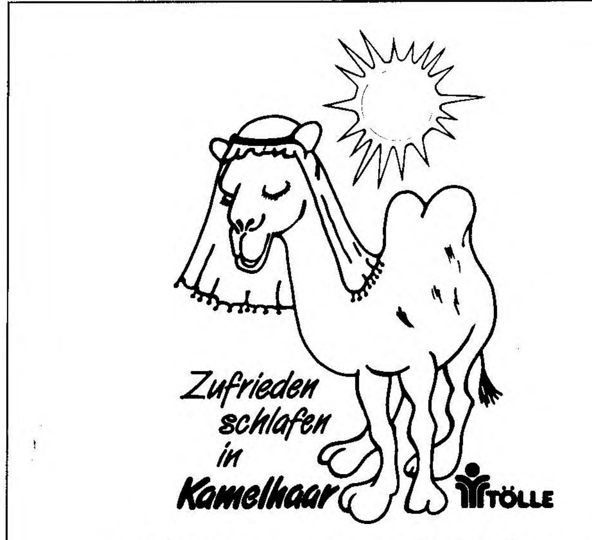
Merklicher Anstieg des Wohlbefindens

Bei Dr. Leiners Alkohol-Patienten sanken die Gamma-GT-Werte unter der Einwirkung von Eleutherokokk um 20 bis 30 Einheiten ab. Nicht nur das: die Testteilnehmer berichteten gleichzeitig über einen merklichen Anstieg ihres Wohlbefindens. Sie fühlten sich leistungsfähiger, vitaler – unter anderem auch in ihrem Liebesleben.

Ein Lichtblick angesichts der erschreckenden Zahlen des Statistischen Bundesamts. Sie machen insbesondere die Folgen des ständig wachsenden Alkoholkonsums bei jungen Frauen deutlich. In den Altersgruppen der 30- bis 35jährigen starben beispielsweise 1969 »nur« vier Bundesbürgerinnen an alkoholischen Lebererkrankungen, 1984 waren es bereits 42.

Wissenschaftler haben inzwischen herausgefunden: bei Frauen mit prozentual mehr Fettgewebe geht der Alkohol schneller als beim Mann direkt ins Blut, Deshalb macht auch die Leber eher schlapp. □





Naturarzt

Wenn die Galle spukt

Alfred Vogel

Dort, wo der Hauptgallengang die Leber verläßt, sitzt die Gallenblase, ein dünnwandiger, mit Muskelfasern umsponnener Schleimsack, der ungefähr 50 Kubikzentimeter Fassungsvermögen hat. Es ist ein sehr praktischer Vorratsbeutel, der die aus der Leber fließende frische Galle aufnimmt und sie eindickt. Die frische Galle ist hellgelb mit ungefähr drei Prozent festen Stoffen. In der Gallenblase wird sie um das sechs- bis siebenfache eingedickt. Die Farbe wird dabei dunkler, und zwar bis hellbraun und ins Grünliche übergehend. Alle, die schon Galle erbrechen mußten, wissen, daß sie bitter ist.

Die Gallenblase ist als Reservoir nötig, da auch dann Galle produziert wird, wenn wir nichts gegessen haben und der Darm leer ist. In solchem Fall ist der Ausgang des Gallenkanals durch einen kräftigen Muskel verschlossen, wodurch die Galle genötigt wird, in die Gallenblase zu fließen. Sobald aber Nahrungsstoffe, vor allem Fette, vom Magen in den Darm gelangen, öffnet sich dieser Schließmuskel am Gallenausgang, und die Galle fließt in den Zwölffingerdarm, durchtränkt den Speisebrei und beginnt ihre wichtige Arbeit.

Wenn die Galle sich verkrampft

Je reichhaltiger die Nahrung ist, um so mehr Galle wird ausgeschieden. Diese Regelung kommt durch wunderbar funktionierende Schaltapparate zustande, die durch genau arbeitende Nervenreflexe gesteuert werden, ohne daß wir selbst etwas davon zu wissen brauchen. Sogar die Muskeln, die die Gallenblase umspannen, können durch den gleichen Schaltmechanismus zusammengezogen werden, so daß die darin befindliche Galle herausgepreßt wird, und zwar in der jeweils benötigten Menge.

Obwohl wir von der Schalteinrichtung, die die Regelung des Gallenflusses gewährleistet, vielleicht nichts wissen, kann sie uns doch einen bösen Spuk spielen, wenn wir uns entweder ganz gehörig ärgern oder uns übermäßig ängstigen und sorgen. In solchen Fällen kann sich alles verkrampfen, so daß die Galle in die Leber zurückgedrängt wird. Ist die Verkrampfung besonders stark, dann wird die Galle sogar ins Blut getrieben, und wir haben eine Stauungsgelbsucht.

Leben wir natürlich, wie dies noch unsere Vorfahren taten, oder wie es einzelne wildlebende Naturvölker noch gewohnt sind, dann arbeiten Leber und Galle wunderbar. Die Galle fließt in der Regel, wenn die Notwendigkeit dazu gegeben ist. Als selbst fermentlose Flüssigkeit aktiviert sie die fettspaltenden Fermente der Bauchspeicheldrüse, wodurch alles in bester Ordnung läuft.

Durch die modernen Ernährungstorheiten jedoch, vor allem durch die Einnahme denaturierter Nahrung wie Weißmehl und Zucker, raffinierte Fette und anderes mehr, wird der ganze Mineralstoffwechsel, vor allem im Cholesterinsektor gestört, so daß sich in der Gallenblase Ausscheidungen bilden, die zuerst grießartig sind, dann aber größer werden, bis sich Steine daraus ergeben, die die Größe einer Baumnuß erreichen können.

Nach viel Fett und gutem Kuchen

Die Gallenblase kann auf diese Weise ganz mit Steinen gefüllt werden. Es kann sogar vorkommen, daß sie bis zum dreifachen Normalgewicht Steine enthält. Solange diese klein sind, scheiden wir sie immer noch reibungslos aus, so daß eine solche Störung jahrelang unbemerkt bleiben kann. Nach einer reichlichen Fettmahlzeit, nach einem guten Kuchen oder nach Erdbeeren mit Schlagsahne kann aber auch einmal ein Gallenstein im Gallenkanal stecken bleiben, weil er zu groß werden konnte, um durchzukommen.

Dies verursacht dann die gefürchteten Kolikschmerzen, die so stark werden können, daß sie der Kranke kaum auszuhalten vermag, so daß er sich deswegen sogar am Boden herumwälzt. Erst heiße Dauerwickel vermögen ihn von dem furchtbaren Schmerz zu befreien. Wenn diese nicht genügen, wird oft zur Morphiumspritze gegriffen. Eine Gallensteinbehandlung, wie beispielsweise eine Ölkur, kann die Beschwerden wohl beheben, eine wirkliche Heilung aber wird nur durch eine gründliche Umstellung auf Naturnahrung erreicht werden, denn dadurch wird das verlorene Gleichgewicht im Mineralstoffwechsel wieder hergestellt, was zu einer Heilung unerläßlich ist.

Da bei einer Gallenblasenentzündung meistens unerträgliche Schmerzen entstehen, ist der Kranke für regelmäßig erneuerte Milchwickel sehr dankbar, denn sie lindern sofort den Schmerz. Man legt dazu ein in kalte Milch getauchtes Tüchlein auf die schmerzende Stelle und erneuert den Wickel bei heftigen Schmerzen stündlich. Die Wirkung ist sehr beruhigend, und oft verschwindet die Entzündung nach einigen Stunden.

Wenn die Entzündung jedoch andauert, dann behandelt man diese nachts mit einem warmen Lehmwickel, der mit Zinnkrauttee und etwas Johannisöl zubereitet wurde. Diesen Wickel läßt man die Nacht hindurch wirken. Tagsüber wird er durch eine Kräuterauflage ersetzt. Zu diesem Zweck überbrüht man ein mit Zinnkrauttee gefülltes Baumwollsäckchen, drückt es aus, legt es auf und erneuert es jeweils vor dem Abkühlen, damit es immer die richtige Wärme beibehält. Diese Behandlung erfolgt während 40 Minuten, und auch sie hilft die Schmerzen zu beheben.

Neben dem spezifischen Mittel Podophyllum D4 und den Lebertropfen Boldocynara ist auch die Beeinflussung der Niere durch Nephrosolid und Zinnkraut- oder Hagebuttentee zu empfehlen. Um die Entzündungsbereitschaft des Körpers zu mindern und die Abwehrkraft des Körpers zu steigern, nimmt man noch Echinaforce, ein Frischpflanzenpräparat aus der Heilpflanze Echinacea, ein.

Woher kommen die Gallensteine?

Die Diät muß ohne fette oder fettgebackene Speisen sein, und die Salate dürfen nur mit kaltgepreßtem, also unraffiniertem Öl zubereitet werden. Frischgepreßter Karottensaft gehört zur Heilnahrung bei Gallenblasenentzündung.

Ohne Ernährungsfehler oder langandauernde Störungen des seelischen Gleichgewichts kann man sich die Bildung von Gallensteinen nicht gut vorstellen. Wenn beide Nachteile zusammenwirken, ist allerdings die Steinbildung noch leichter möglich. In der der Regel trifft man die Gallensteinbildung im mittleren oder vorgeschrittenen Alter an, und zwar bei den Frauen häufiger als bei den Männern. Der Grund hierfür mag darin liegen, daß die Frauen weniger Bewegung im Freien haben und durch sitzende Beschäftigung mehr an Verstopfung und Stoffwechselstörungen leiden.

Viele Leute haben Gallensteine und wissen überhaupt nichts davon, denn es treten nicht in allen Fällen Koliken auf. Oft ist man bei Röntgenaufnahmen überrascht, Gallensteine, manchmal sogar größere, vorzufinden, ohne daß der Patient je über Koliken zu klagen hatte. Haben die Steine erst einmal, ohne während ihrer Bildung Koliken verursacht zu haben, eine gewisse Größe erreicht, dann kann man sie jahrelang in der Gallenblase mit herumtragen, ohne je etwas davon zu merken.

Nur kleinere Steine sind als unliebsame Störenfriede zu bezeichnen. Eine fettreiche Speise erfordert viel Galle, und mit dem vermehrten Gallenfluß kann ein Stein, der gerade noch knapp durch den Gallenkanal hindurchgleiten mag, mitgeschwemmt werden. Eine scharfe Kante kann dabei ein wenig reizen, was bereits genügt, um eine kleine Anschwellung zu verursachen. Der Stein bleibt stecken

und verklemmt sich, weshalb die nachdrängende Galle keinen Durchgang findet, was die bekannten Koliken zur Folge hat.

Auch während der Schwangerschaft treten oft Gallenbeschwerden auf, wobei aber die Schwangerschaft als solche nicht für die Bildung der Steine verantwortlich gemacht werden kann.

Die Zusammensetzung der Gallensteine gibt über die Störung im Mineralstoffwechsel, die zur Steinbildung führt, kein einheitliches Bild. Etliche sind Cholesterinsteine, andere Calciumphosphatverbindungen, und sogar Magnesium und Calciumcorbonicum werden zeitweise in den Steinen gefunden. Das ist der Grund, weshalb es kein Gallenmittel gibt, von dem man mit gutem Gewissen sagen kann, es löse alle Steine auf, was manchmal aus Unkenntnis der Sachlage behauptet wird.

Behandlung von Gallenkoliken

In der Regel beruht die auslösende Ursache einer Gallenkolik auf einer fettreichen Nahrung, womöglich verbunden mit Aufregung und Ärger. Es ist deshalb folgerichtig, daß man dem Kranken seelische Erregungen erspart und ihm auch keine fette Nahrung gibt.

Bei gleichzeitigem Durchfall sollte man jeder einzunehmenden Flüssigkeit fünf Tropfen Tormentavena beigeben. Wenn man dieses nicht vorrätig hat, kann man es auch durch einige Tropfen Tormentilla ersetzen. Verstopfung behebt man mit Klistieren, die man zwei- bis dreimal täglich durchführt, und zwar mit Wegtrittee, dem etwas Leinsamenschleim beigegeben wird.

Um die Heftigkeit der Schmerzen während eines Anfalls zu mindern, gibt man Magnesium D6 und Atropinum sulf. D3- bis D4 ein. Nach den Anfällen verwendet man Tee aus Wegtritt, Schafgarbe und Pfefferminze mit einer Beigabe von zehn Tropfen Molkosan.

Auch verdünntes Molkosan ist als Getränk ratsam, und zwar ein Teelöffel Molkosan auf einen Deziliter Wasser. Wer kein Molkosan und keine frische Molke besitzt, kann zwei- bis dreimal täglich auch einen Deziliter Buttermilch trinken.

Während der Dauer von Kolikanfällen dürfen keine festen Speisen zu sich genommen werden. Die Diät besteht lediglich aus Naturreisschleim oder aus Gerstenschleim. Abwechslungsweise kann auch Schleim aus ganzem Weizen oder ganzem Roggen verwendet werden. Das gewöhnliche Salz ersetzt man durch etwas Meersalz oder noch besser durch das Kräutermeersalz Herbamare oder Trocomare.

Wenn wir den Tee vorteilhaft süßen wollen, dann verwenden wir dazu echten Traubenzucker. Wir können indes auch getrocknete Weinbeeren oder Rosinen auskochen und mit dem gewonnenen Saft süßen. Statt Tee darf der Kranke auch frischgepreßten Heidelbeersaft oder schwarzen Johannisbeersaft trinken, denn beide Säfte sind heilwirkend. Später kann man sogar einen Versuch mit Grapefruit wagen.

Die Anwendung von heißen Heublumensäckchen habe ich schon vielen Kranken empfohlen, und gute Erfahrung dabei gemacht. Vor allem bei Koliken, die sicher manche von uns kennen. Bei den krampfartigen Schmerzen haben sich Heublumen als hervorragend lindernd und beruhigend erwiesen. Heublumen haben in Verbindung mit Wärme eine krampflösende und entspannende Funktion, sie erweitern die Gefäße und fördern die Durchblutung.

Was man noch tun kann

In der Regel wird bei akuten Kolikanfällen einfach zur Morphiumspritze gegriffen. Es ist dies begreiflich, da der Schmerz bei Gallensteinkoliken bis an die Grenze des Erträglichen gehen kann. Man sollte jedoch bei akuten Anfällen versuchen, mit einfachen Naturmitteln und physikalischen Anwendungen zum Ziel zu gelangen.

Bei Gallenkoliken oder starken Schmerzen jeglicher Art wurde mit Petaforce und Petadolor gute Erfolge erzielt. Schmerzen werden relativ schnell und nachhaltig beeinflußt. Dosierung: täglich bis zu viermal zwei Kapseln; eine Gefahr der Überdosierung besteht nicht.

Wenn man sich die Entfernung der Gallensteine zum Ziel setzt, ist die Behandlung dieser Erkrankung nicht sehr einfach. Als gute, natürliche Anwendung hat sich die Ölkur bewährt. Dabei sollte man vorher den Darm gründlich reinigen. Dazu verhilft die Einnahme von eingeweichten Zwetschgen oder Feigen, frischgemahlenem Leinsamen oder Linoforce.

Ist der Darm frei, nimmt man das Öl ein, und zwar 100 bis 200 Milliliter. Danach legt man sich zwei Stunden ruhig und entspannt auf die rechte Seite. Einige Tage nach Durchführung dieser Kur kann man dann den Abgang einer Menge Steine feststellen.

Es verläuft allerdings nicht jede Ölkur so einfach, denn nicht jeder kann knapp einen Viertelliter Öl auf einmal einnehmen. Da heißt es dann, sich etwas anzupassen und die Öleinnahme in kleineren Mengen auf einige Tage zu verteilen. Dadurch bringt man kleinere Steine weg. Im übrigen aber erwirkt man eine gründliche Reinigung der Leber und vor allem der Gallenblase, so daß auch bei größeren Steinen die Beschwerden für längere Zeit ausbleiben können.

Es gibt aber auch alte, chronische Leiden, die plötzlich mit hohem Fieber und einem Ansteigen der weißen Blutkörperchen wieder akut werden. In solchen Fällen muß eine eitrige Entzündung in Betracht gezogen werden, die leider oft einer notwendigen chirurgischen Abhilfe unterliegt.

Die Ölkur wirkt nicht, weil das Öl in die Gallenblase läuft und diese dadurch ausputzt. Das Öl erwirkt einen großen Anreiz zu einer starken Ausscheidung oder besser gesagt, zur Ausschwemmung der Galle, wobei die kleineren und mittleren Steine herausgespült werden können. □

Weitere Empfehlungen für eine Heilung bei einer Erkrankung der Galle gibt der Schweizer Naturarzt Dr. h. c. Alfred Vogel in seinem Buch »Die Leber als Regulator der Gesundheit«, erhältlich beim Buchversand Förster, Postfach 5003, D-7750 Konstanz.

Naturarzt

Mit Mutter auf Tuchfühlung

Wird heute nach der Geburt das Kind gleich der Mutter auf den Bauch oder in den Arm gelegt, so hat dies den einfachen Grund, daß die Haut das wichtigste Sinnesorgan des Babys ist. In den ersten Lebensstunden und Wochen, also in der Periode der Reflexabhängigkeit, ist das Berührungserlebnis von bestimmender Bedeutung für das weitere Wachsen und die spätere Entwicklung des Kindes.

Diese Erkenntnis ist von der Wissenschaft längst bestätigt. Professor Dr. med. Hans Czermak vom Gottfried-von-Preyerschen-Kinderspital in Wien schreibt in seinem Buch »Die erste Kindheit«, erschienen im Österreichischen Bundesverlag: »Das Kind ist in der allerersten Lebensphase mehr Tragling als Säugling. In dieser frühen Periode braucht sein Nervensystem eine Art Ernährung durch Anregung.«

Die Suche nach Geborgenheit

Der Säugling will aber auch nach der Geborgenheit im Mutterleib weiterhin leibhaft beruhigt und beschützt bleiben, und er findet diese Beschwichtigung, wenn er sich förmlich festsaugt mit Mund und Gliedmaßen, ein Verhalten, das jede Mutter bei ihrem Baby schon beobachtet hat.

Andererseits hat auch die Mutter das Bedürfnis nach körperlicher Nähe eines Wesens, das noch vor kurzem ein Teil ihrer selbst war.

»Wird nun das Kind mit einem Tuch an den Leib gebunden«, erklärt Professor Czermak, »wobei es sich modellierend an den Körper schmiegt, empfindet es das Ungefährdete seines Daseins. So kann der Säugling während des Fortschritts seiner körperlichen Reifung und psychischen Entwicklung seine Mittel besser koordinieren als im Kinderbett, im Kinderwagen oder in komplizierten und Abstand wahrenden Tagesgestellen.«

Die alte, noch vor einigen Jahrzehnten von Kinderärzten verbreitete Vorstellung, der Säugling benötige für sein Gedeihen bloß die vorgeschriebenen Nahrungsmengen und Pflegemaßnahmen und könnte im übrigen sich selbst überlassen bleiben, ist von der Wissenschaft widerlegt.

Die gleiche Rolle wie die akustischen Reize, die von der Mutter ausgehen und die Sprachentwicklung des Kleinkindes fördern, spielen die Berührungsreize. Das Kind erlebt schon frühzeitig die Tastwelt, übt sich in Wahrnehmung und Orientierung, wenn es Brust, Gesicht und Haar der Mutter beim Tragen befingern kann und ein erweitertes Gesichtsfeld bekommt.

Professor Dr. Victor Probst von der Universitäts-Frauenklinik Tübingen formuliert das so: »Wenn das Kind im Tragetuch auf den Hüften sitzend getragen wird, hat es das Gesicht der Mutter im Blickfeld. So gelingt es ihm sehr früh, seine Mutter zuerst im wörtlichen, später im übertragenen Sinne intensiv zu begreifen. In dieser sicheren Geborgenheit kann es auch sehr früh an einer vergrößerten Umwelt teilnehmen, was seiner natürlichen Kontaktfähigkeit entgegenkommt.«

Ein Tragetuch ist die beste Lösung

Auch aus anatomischer Sicht ist das Tragetuch die beste Lösung. Viele Kinder kommen mit einer leichten Mißbildung zur Welt; das Becken ist nicht vollständig ausgebildet und das Hüftgelenk kugelt leicht aus. Diese leichte Hüftluxation bereitet Kindern noch zusätzliche Leiden dadurch, daß sie ihnen monatelanges, manchmal jahreslanges Liegen in einer Spreizhose oder gar in Gips aufzwingt.

Säuglinge, die in Didymos-Babytragetüchern herumgeschleppt werden, entwickeln sich besser als Kinder, die die meiste Zeit in einem Kinderbettchen verbringen.

Ärzte und Hebammen empfehlen deshalb das Breitwickeln. Über ihre Erfahrungen mit Tragetüchern berichtet Hannelore Petersen, Hebamme in Bremen: »Das Kind sitzt in einem anatomisch korrekten Sperrsitz auf der Hüfte der Mutter, wobei der Rücken des Kindes vollständig gestützt wird. Es ist bekannt, daß bei den Naturvölkern die Hüftluxation fast nicht vorkommt, weil die Kinder in dieser Weise getragen werden. Die bei uns in Deutschland übliche Therapie mit Spreizhose und Breitwickeln kann durch das Tragen des Kindes im Tragetuch optimal unterstützt werden.«

Und auch der Kinderarzt Dr. Wolfgang Uplegger aus Darmstadt schreibt: »Ich meine, daß solche Tragetücher ein ideales Transportmittel sind, das in den ersten 4 bis 5 Monaten durch keine andere Tragevorrichtung ersetzt werden sollte.«

Ebenfalls befürwortend äußert sich Professor Dr. E. J. Kiphard von der Universität Frankfurt: »Säuglinge, die in einem Tragetuch auf der Hüfte oder auf dem Rücken der Mutter überall mit herumgeschleppt werden, entwickeln sich besser als Kinder, die die meiste Zeit in einem Kinderbettchen verbringen. Das gilt gleichermaßen für die motorische, kognitive und emotionale Entwicklung. Eltern wiegen und schaukeln ihre Kinder im allgemeinen nur dann, wenn sie sie beruhigen wollen. Inzwischen hat das Babytragetuch glücklicherweise auch in Deutschland Eingang gefunden. Namhafte Kinderärzte und Orthopäden empfehlen es ab Beginn des dritten Lebensmonats.«

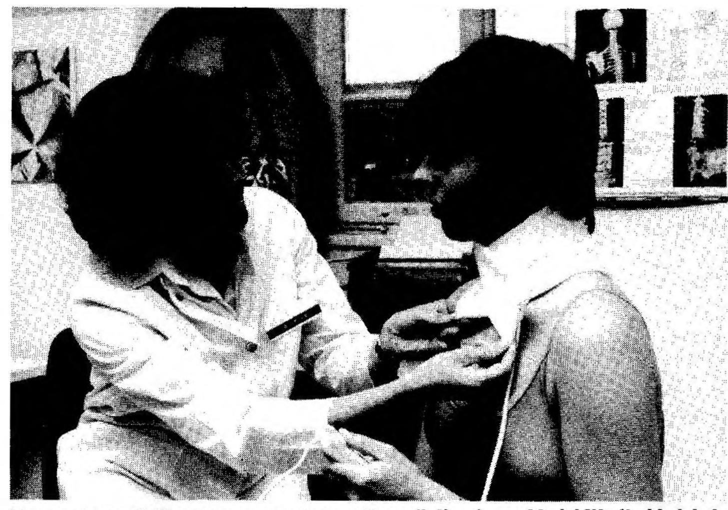
Der Einwand, daß bei Verwendung eines Tragetuches der Säugling einen Wärmeverlust erleidet, kann mit dem Hinweis entkräftet werden, daß im Gegenteil ein gesundes Kind durchaus Temperaturschwankungen verkraften kann, ohne daß es vollständig in Decken gehüllt wird. Es wird sogar eine gewisse Abhärtung erreicht, was sonst erst viel später geschieht. □

Weitere Informationen über Didymos-Babytragetücher von Erika Hoffmann, Postfach 227, D-7140 Ludwigsburg-Hoheneck. Hier kann auch das Buch von Professor Dr. med. Hans Czermak »Die erste Kindheit« bestellt werden.

Therapie

Volkskrankheit Migräne

Migräne sollte nie durch Betäubungsmittel verdrängt werden, vielmehr sollte man die Ursache dieser Krankheit ergründen und auf natürliche Weise zu bekämpfen versuchen. Vielfach kommt die Migräne von Darmstörungen. Entstehende Fäulnisprozesse entwickeln Gase, die über das Pfortadersystem in die Leber von ihr wieder ins Blut übergehen. Diese Giftstoffe verursachen öfters Kopfweh, indem die Nervenzellen, vor allem auch die Gehirnzellen durch die im Blut kreisenden, flüchtigen Gifte belästigt werden. Auch Unterleibsleiden und Unterleibsbeschwerden können zu Kopfweh Veranlassung geben.



Hannelore Göhrung von der orthopädischen Uni-Klinik Heidelberg demonstriert die Wärmetherapie mit dem Beurer-Nacken-Heizkissen.

Noch andere Möglichkeiten können Kopfweh verursachen, so auch Verschiebungen der Wirbelsäule durch irgendwelche Überbelastung, und diese Art von Migräne kann dann durch den Chiropraktiker erfolgreich behandelt werden. Auch zu hoher oder zu tiefer Blutdruck, Blutkrankheiten, Nierenentzündungen können eine Migräne auslösen.

Migräne ist ein Symptom

Auf jeden Fall ist der Begriff Migräne nicht als eine Krankheit, sondern als ein Symptom, das heißt als eine Krankheitsäußerung zu bezeichnen. Das Schlucken von Betäubungsmitteln und Giftmitteln ist also nicht angebracht. Man muß die Ursache suchen und beheben.

Die Volkskrankheit Migräne wird an der Universitätsklinik Heidelberg neben der medikamentösen Therapie mit Wärme und Bewegung behandelt. Die schmerzlindernde und heilende Wärme wird mit einem Nacken-Heizkissen auf die Nackenpartie übertragen. Die Blutgefäße werden erweitert, und die Muskeln entspannen sich im Bereich der Wirbelsäule, einem neuralgischen Punkt.

Anschließende Bewegungstherapie unterstützt die Auflösung von Verspannungen und Bewegungseinschränkungen. Diese Behandlungsmethode wurde auch bei Schleudertraumen, Halsentzündungen bei grippalem Infekt, chronischen Erkrankungen der Nasennebenhöhlen und Nackenverspannungen erfolgreich angewendet.

Die Wärme im Nacken und die Wirbelsäule hinab wirkt heilsam. Wenn die Migräne von den Verdauungsorganen herkommt, dann sollte man eine Heizdecke auf den Bauch legen, sie wird das Unwohlsein vertreiben. Allerdings ist das Grundlegende unter allen Umständen die ursächliche Behandlung, die die Grundursachen erfaßt und korrigiert. □

Eine Information der Universitätsklinik Heidelberg zur Bewegungstherapie kann kostenlos bei Beurer GmbH, Postfach 1427, D-7900 Ulm, angefordert werden.

Herzinfarkt

Frauen trifft es früher und schlimmer

Infarkte bei Frauen werden häufiger, treffen immer mehr die Jüngeren unter ihnen und gehen öfter tödlich aus als bei Männern. Diesen Tribut fordern vor allem die Pille und der Griff zur Zigarette. 90 Prozent aller hormonell verhütenden Frauen rauchen auch. Eine 45jährige Raucherin, die orale Kontrazeptiva nimmt, lebt nach medizinischer Erkenntnis so gefährlich wie ein Drachenflieger. Darüber hinaus neigen Frauen auch noch eher als Männer dazu, Warnsignale und Überbelastungen zu ignorieren.

Eine Studie an deutschen Rehabilitationskliniken bestätigte zwar, daß Frauen generell eine geringere Veranlagung zu Herz- oder Gefäßkrankheiten haben, da ihre Gefäße um durchschnittlich 10 bis 15 Jahre jünger sind als die gleichaltriger Männer. Dieses hängt vor allem mit der Hormonsituation bis zum Eintritt in die Wechseljahre zusammen. Die Untersuchung zeigte aber auch, daß die genetisch vorprogrammierte Gefäßjugend vor allem bei jüngeren und berufstätigen Frauen durch Umwelteinflüsse negativ beeinflußt wird.

In erster Linie sind hier neben der Pille und dem Rauchen auch vermehrte Streßfaktoren und ungünstige Ernährungsgewohnheiten zu nennen.

Mit dem Eintreten der Wechseljahre erhöhen sich bei Frauen Häufigkeit und Schwere von Herzerkrankungen auf das Zwei- bis Dreifache. Vor allem sind Raucherinnen gefährdet, die durch den Nikotingenuß schon früher in die Wechseljahre kommen, wobei jedoch zu bedenken ist, daß Rauchen in jeder Altersstufe und bei jedem Geschlecht das Herzinfarktrisiko erhöht.

Frauen haben mit zunehmendem Alter auch einen höheren Cholesterinspiegel als Männer. Und durch eine Steigerung, die bei Männern fast bedeutungslos sein kann, können Frauen schon extrem gefährdet werden, speziell wenn sie rauchen und die Pille nehmen.

Darüber hinaus steht das Herzinfarktrisiko bei Frauen in direktem Zusammenhang mit der Einnahme der Pille. Selbst Jahrzehnte nach dem Absetzen besteht noch eine erhöhte Infarktgefahr.

Frauen, die bereits einen Herzinfarkt hatten, erleiden auch häufiger einen zweiten als Männer, die eher nach einem Infarkt bereit sind, ihre Risiken abzubauen. Außerdem haben es Frauen wesentlich schwerer, sich mit ihrem Schicksal abzufinden.

Frauen sollten darum, wenn sie schon die Pille nehmen wollen, zumindest auf das Rauchen verzichten. Außerdem sollten sie regelmäßig ihre Cholesterinwerte kontrollierten lassen und mit einer gesunden Ernährung erhöhten Blutfetten vorbeugen.

Dazu sollten die tierischen Fette in der Nahrung gegen pflanzliche, mehrfach ungesättigte Fette ausgetauscht werden. □

Was Frauenherzen gefährdet

Zigaretten

Pille

Cholesterin

Quelle: Initiative gesund leben und ernähren e.V.

Herzinfarkt

Experten legen Strategiepapier vor

Lange genug haben Europas Herzspezialisten neidvoll über den großen Teich geblickt. Nun haben sie gehandelt und, wie ihre amerikanischen Kollegen es bereits vor zwei Jahren taten, ein Strategiepapier zur Bekämpfung des Herzinfarktes unterzeichnet.

Die USA sind das große Vorbild beim Kampf gegen den Herztod. Den amerikanischen Medizinern gelang es nämlich, die Herz- und Kreislauferkrankungen in den letzten 15 Jahren um 40 Prozent zu senken. Immer wieder schickten sie Gesundheitsappelle, verknüpft mit praktischen Empfehlungen, an die Bürger, die dies mit Änderung der Lebensgewohnheiten und Ernährungsumstellung dankten.

Ein derartiges Erfolgserlebnis möchten nun auch die europäischen Kardiologen erreichen. Ein Gremium von Wissenschaftlern aus 17 Ländern der europäischen Arteriosklerose-Gesellschaft verabschiedete in Neapel ein Gesundheitskonzept, das viele Europäer vor dem Herztod bewahren soll.

Der zentrale Risikofaktor für die lebensbedrohliche Gefäßverengung, so erklärten die Experten einstimmig, ist ein erhöhter Cholesterinspiegel. Zuviel Fett im Blut sorgt neben den anderen Risikofaktoren Rauchen und Bluthochdruck dafür, daß die Arteriosklerose in den westlichen Industrienationen die Todesursache Nummer eins ist.

Mitglieder der europäischen Arteriosklerose-Gesellschaft setzten den »gesunden« Cholesterinspiegel des Mitteleuropäers über 30 Jahre mit 200 mg/dl im Blut an. Denn internationale, großangelegte Studien haben den Beweis erbracht, daß sich das Herzinfarktrisiko bei Gesamtcholesterin-Konzentrationen von 200 mg/dl bis 250 mg/dl verdoppelt.

Dies begründet dann auch die Forderung der Mediziner, schon in frühester Jugend erhöhten Cholesterinspiegel mit einer gesunden Ernährung entgegenzuwirken. Erhöhte Blutfettwerte tun nicht weh, und darum fehlt den meisten die Einsicht, etwas für ihre Gesundheit tun zu müssen. Am besten, so die Gesundheitskonferenz in Neapel, es würde schon in der Schule damit angefangen, ein richtiges Ernährungsverhalten zu trainieren.

Beherzigt werden Ernährungsempfehlungen bei uns, trotz vermehrter Berichterstattung in den Medien, kaum. Eine Untersuchung in Nordrhein-Westfalen zeigte zum Beispiel, daß viele Bürger 800 Milligramm Cholesterin pro Tag mit der Nahrung zu sich nehmen. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen dürfte jedoch ein Wert von 300 Milligramm nicht überschritten werden. Eine Menge, die bereits in einem Eigelb, 125 Gramm Leber oder 200 Gramm Krabbenfleisch enthalten ist.

Cholesterinarm ernährt sich, wer wenig Eier ißt, statt tierischer Fette pflanzliche verwendet, die einen hohen Anteil an mehrfach ungesättigten Fettsäuren haben – wie Diätfette und Diätöle. Fette Wurst- und Käsesorten sollten gegen magere ausgetauscht werden. Beim Fleisch gilt dasselbe. Zu empfehlen sind hier Kalb, Wild und Geflügel.

Unbeschränkt gegessen werden kann Gemüse, was aufgrund des hohen Anteils an Ballaststoffen, denen eine cholesterinsenkende Wirkung nachgesagt wird, sogar ratsam ist.

Damit sich der erhoffte Erfolg auch einstellt, müssen alle mithelfen. Hausärzte, Krankenkassen und Schulen sind bei den Gesundheitsaufklärungen ebenso gefordert wie Restaurants, Kantinen und die Lebensmittelindustrie bei der Herstellung und Zubereitung gesunder Kost und nicht zuletzt auch die Regierung. Denn Voraussetzung, daß auch jeder die Möglichkeit hat, sich gesund zu ernähren, ist eine entsprechende Deklaration auf den Lebensmitteln. Doch eine Kennzeichnung, die eine echte Orientierungshilfe bietet, ist aufgrund der rechtlichen Situation nicht möglich. Und wer weiß schon genau, welche Produkte für die Gesundheit und den Cholesterinspiegel zu empfehlen sind? □

Volkskrankheit

Jod so wichtig wie Vitamine

Daß Jod für die Gesundheit genauso wichtig ist wie Vitamine, ist vielen Bundesbürgern noch gar nicht bekannt. Dies hat jetzt eine Umfrage gezeigt. Nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl ist Jod durch Fehlinformationen und Mißverständnisse bei manchen Bundesbürgern sogar in einen schlechten Ruf geraten. Für die Bemühungen um mehr Gesundheit ist das von großem Nachteil.



Um Jodmangel in der Nahrung auszugleichen, empfehlen Ärzte die Verwendung von jodiertem Speisesalz.

Anläßlich eines Kongresses betonte jetzt der Ernährungswissenschaftler Professor Dr. Dieter Hötzel, Bonn: Jod ist ein lebenswichtiges Spurenelement, auf dessen ausreichende und regelmäßige Zufuhr unser Organismus zur Gesunderhaltung angewiesen ist. Doch die Versorgung der Bevölkerung in der Bundesrepublik mit Jod ist so schlecht, daß der Jodmangelkropf mit seinen vielen Konsequenzen für die Gesundheit weit verbreitet ist. Eine Verbesserung der Jodversorgung zur Kropfverhütung ist deshalb unbedingt erforderlich.

Zu den schädlichen Folgen des Reaktorunfalls in Tschernobyl gehören auch die aus Fehlinformationen entstandenen Mißverständnisse über Jod: Die Warnung vor einer Einnahme von Jodtabletten mit extrem hoher Joddosierung – den sogenannten »Reaktortabletten« – war zwar richtig. Denn, so erläuterte Hötzel, es bestand keine Notwendigkeit, die Schilddrüse auf diese Weise vor Radiojod aus der Reaktorwolke zu schützen.

Grundfalsch war es dagegen, in diesem Zusammenhang vor der Aufnahme von Jod schlechthin zu warnen und damit auch die lebensnotwendigen Jodaufnahmen in physiologischen Mengen – sicher unbeabsichtigt – in Mißkredit zu bringen. Denn im normalen Alltag ist diese lebenswichtige Jodversorgung für die Menschen in Deutschland nicht gesichert und für die Mehrzahl unserer Bevölkerung ist sie sogar ständig mangelhaft.

Als Sprecher des Arbeitskreises Jodmangel wies Professor Hötzel darauf hin, daß die erhoffte Verbesserung der Jodmangelsituation durch freiwillige Verwendung von jodiertem Speisesalz nur teilweise gelungen ist: Nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung verwenden im Haushalt bisher Jodsalz. Außerdem sind die aufgenommenen Mengen mit durchschnittlich zwei Gramm pro Tag meistens zu gering, um den Jodmangel in der Nahrung ausgleichen zu können.

Der »Arbeitskreis Jodmangel« forderte deshalb auch in der Bundesrepublik Deutschland die Verwendung von jodiertem Speisesalz für die Herstellung von Lebensmitteln, Fertiggerichten und in Gemeinschaftsküchen ebenso wie in anderen Ländern zu ermöglichen.

In der gegenwärtigen Situation können, so Professor Hötzel, Ernährungswissenschaftler und Ärzte den Verbraucher nur empfehlen, im Haushalt anstelle von normalem Speisesalz ausschließlich jodiertes Speisesalz zu verwenden, mehr Seefisch und Milch als »Jodlieferanten« zu verzehren und den Restbedarf an Jod durch Einnahme von einer Jodid-Tablette täglich zu decken. Solche Jodid-Tabletten mit einem Jodgehalt von 100millionstel Gramm sind auch die Alternative für alle, die sich ausschließlich oder überwiegend außer Haus ernähren oder Kochsalz einsparen müssen. □

Gesund leben

Die Woll-Kur

Voraussetzung für ein gutes Wohlbefinden ist erstens ein vollentspannter, tiefer und ruhiger Schlaf, zweitens eine intensive Hautatmung und Hautstrahlung, wie sie in ganz besonderem Maße von der naturbelassenen Wolle gewährleistet wird, die zugleich das ideale Schlafmittel für alle ist, die mit Schlafschwierigkeiten und nervösen Schlafstörungen zu kämpfen haben.

»Des Menschen Wolle ist sein Himmelreich«, lautete der Wahlspruch des anerkannten und doch belächelten »Woll- und Seelen-Jägers«, Dr. Gustav Jaeger, praktischer Arzt, Professor für Physiologie, Anthropologie und Zoologie an dem Königlichen Polytechnikum und der Königlichen Tierarzneischule zu Stuttgart und der Landwirtschaftlichen Akademie Hohenheim. Er schrieb Wollenes, er kämpfte für Wollenes, er schlug durch Verbindung mit Geschäftsleuten Kapital aus dem Wollenen. Die »wollene Zuversicht« dieses Ganzheitsmediziner ist zwar vergessen, die Wolle jedoch erfreut sich größter Beliebtheit heute denn je.

Im Schlaf Rückkehr in den Naturzustand

Jaegers Bettvorschriften gehen davon aus, daß während der Nachtruhe das Bett die gesundheitliche Schutz- beziehungsweise Gitterfunktion der Normalkleidung übernimmt und die Woll-Kur zur Hundertprozentigkeit steigert, indem sie den Körper in jene naturgewollte Aura hüllt, die den Tieren ihr angewachsenes Haarkleid verleiht.

Der Gedanke, daß seine Wollpatienten, nachdem sie ihre Kleidung ausgezogen, sich mit leinenen Nachthemden in ein Baumwollbett begeben sollten, erschien Jaeger so, als wenn man einen Menschen am Morgen aus einem Sumpf zieht, um ihn abends wieder hineinzuwerfen.

Denn während des Schlafens, wo auch der abgebrühteste Zivilisationsmensch wieder in den sensibilisierten kind- und tierheitlichen Naturzustand des Urmenschen zurückkehren muß, wenn er nicht wie eine Kerze an beiden Enden abbrennen will, bedarf der müde Leib doppelt und dreifach Schutzhülle, der Schlacken-, Abgase- und Abstrahlungsvernichtung sowie der Abschirmung, die der eigengewachsene Pelz dem Bruder Tier gewährleistet.

So erschien Gustav Jaeger der Gedanke des nicht-normal-wollenen Bettes ein Frevel und es steht heute eigentlich fest, daß ohne ein solches von einer rationellen Woll-Kur keine Rede sein kann. Das Jaeger-Bett muß in strikter Anwendung der von ihm gefundenen Gesundheitsgrundsätze logischerweise aus lauter naturwollenen Schichten bestehen. Seine Woll-Homogenität sollte nicht durch zell- oder kunstfaserne Zwischenlagen unterbrochen werden.

Die gesundheitliche Seite der Woll-Kur

Der erste Schritt zu einer Woll-Kur besteht darin, daß man sich für wollene Oberwäsche entscheidet. Diese Woll-Wäsche darf natürlich keine chemischen Faserzusätze oder künstliche Futterstoffe enthalten. Die Wolle beginnt ihre volle Wirkung nur langsam zu entfalten.

Man verlange von einer Woll-Kur nicht absolutes Gesundbleiben so wenig als das ewige Leben, dagegen ist es ziemlich sicher auf Grund der bisherigen Erfahrungen, daß Störungen der Gesundheit viel seltener werden, rascher verlaufen und nicht so häufig zu chronischen Krankheiten ausarten.

Die Woll-Kur füllt eine bedeutende Lücke im Heilwesen, vor allem bei der Entgiftung des Körpers und bei von Gewebserschlaffung herrührenden Krankheiten.

Jaeger empfiehlt, ehe man sich in die »Wolle steckt«, einige russische oder römisch-irische Bäder zu nehmen; denn dadurch wird der Körper entwässert und, da mit dem ausscheidenden Wasser auch Duftstoffe sich entfernen, desodoriert.

Der Kamelwolle maß Jaeger auf Grund seiner Erfahrungen und seiner neural-analytischen Messungen besonders gesundheitsgünstige Eigenschaften zu. Die neural-analytischen Ergebnisse waren um 100 Prozent besser als bei anderen Wollsorten. Bei schwer Stoffwechselkranken, besonders solchen, die mit rheumatischen oder neuralgischen Schmerzen geplagt sind, empfahl Jaeger Kamelhaarwolle auf die bloße Haut. Also nacktes Schlafen in Kamelwollbetten.

Solche »Gesundheitsbetten« müssen natürlich gut gelüftet

Es gibt kein idealeres Bett als die »Wollaura«, den Magnetismus des Kamelwollbettes; es fördert den Tiefschlaf und die Regeneration.



und gesonnt werden. Die Woll-Kur, diese Methode bedeutet die intensivste Wollbestrahlung, die höchste Wolldosierung sozusagen. Eine unübertroffene Kur, die esophylaktische und innersekretorische Funktion des Hautorgans sowie das ganze Mesenchym und das neurovegative System aktivierende Reizbehandlung, deren Wirkung von keiner Bade-, Bestrahlungs- und Massekur übertroffen wird und dazu das Allerbequemste an Therapie darstellt, was sich ersinnen läßt.

Die antirheumatisch schmerzstillende und entspeichernde Wirkung jeder naturbelassenen Wolle, ist selbst heute weitgehend unbekannt.

Der einfache Wärmeeffekt der Wolle erklärt diese Wirkung nicht. Denn dann würde ein Heizkissen oder eine Wärmekruke dieselbe Wirkung tun, was keineswegs der Fall ist. Es handelt sich vielmehr um die Wechselstrahlung zwischen Körperoberfläche und Wolle, die hautdurchblutend und neural funktionssteigernd wirkt.

Kein idealeres Schlafmittel

Die im nicht-wollenen Bett fixierten Abgase, konstatierte Jaeger, werden bei der Betterwärmung durch den schlafenden Körper entbunden, stauen sich in der Dunstkammer und gelangen zur Resorption.

Es entsteht also ein Fehlkreis, der im Lauf von vielen Jahren sich zu den übrigen Teufelsspiralen des Zivilisationslebens als persistierendes Mikrotrauma hinzusummiert, das Erliegen der Zellfunktion durch die »Woodruff-Strahlung« in Alterung oder Siechtum beschleunigt und somit einer der Wegbereiter des frühzeitigen Zusammenbruchs, der Selbsterstickung im Speicherungssumpf wird.

Jaeger erklärt damit auch den Schauder, den Kälteschock, den der Sensible beim Besteigen eines Leinenbetts empfindet, und der bei vielen zu einem lähmenden Hautgefäßkrampf, besonders an den Extremitäten, führt, sowie den Körper oft stundenlang nicht warm werden läßt und das Einschlafen verhindert, was im Wollbett niemals vorkommt. Dort stellt sich im Gegenteil auf der Stelle wohliges Wärme- und Ruhegefühl ein.

Es gibt kein idealeres Schlafmittel als eben die »Wollaura«, den »Magnetismus« des Kamelwollbettes, die Vitalstrahlung der naturbelassenen Kamelwollfaser.

Hierbei sei nochmals die Kamelwolle hervorgehoben. Sie ist noch gestankfreier und wohlriechender als jede andere Wollsorte. Ihre neuralanalytisch gemessenen Belebungseffekte liegen um 100 Prozent höher als bei Schafwolle, ihr Duft ist ein mächtiger Förderer des »naturreinen« Schlafes, ein Verjager von Krankheitsmiasmus, ein Reiniger der Bettaura, ein esphylaktischer Hautreiz stärkster Art.

Diese Wolle wirkt außerdem nach Jaeger auffallend stoffwechselsparend, so daß der Hunger reduziert wird und der Mensch mit bedeutend weniger Nahrung als sonst auskommt.

Eine Woll-Kur mit Kamelwolle ist das ideale Mittel für eine Schlankheitskur ohne Hungerqualen. Die Kamelwolle wirkt besonders abhärtend, also entfettend und entwässernd. Sie steigert die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit, während sie gleichzeitig die körperliche Trägheit beseitigt und die Sport- und Bewegungslust aktiviert.

Besonders wirksam ist die Kamelwolle, wenn sie unmittelbar mit der Haut in Berührung kommt. Die Wirkung wird weder von Katzenfellen, noch Radiumkissen oder Fangopackungen erreicht.

Jaeger stellt zusammenfassend sehr richtig fest, daß häufig der Sitz der Krankheit eigentlich nicht der Körper des Kranken ist, sondern dessen Kleidung und sein Bett. Und besonders das Bett ist Verbreiter des Giftes, das über die Haut den Körper beeinträchtigt.

Eine Woll-Kur und natürlich ein wollenes Bett bedeutet die Heilkräfte der Natur nutzen. Sie verbessern den Tiefschlaf, fördern die Regeneration des Körpers und schaffen neue Lebensenergie. □

Weitere Informationen von Kamel-Tölle, Anechostraße 94, D-8000 München 82.

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz M. Schwan

Layout: Grafik Design Team

DIAGNOSEN erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

DIAGNOSEN hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

DIAGNOSEN kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

DIAGNOSEN darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

DIAGNOSEN kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Herstellung: Greiserdruck (Satz und Reproduktionen). Karlsruher Straße 22. D-7550 Rastatt.

Druck: Medro-Druck GmbH, D-6951 Obrigheim

ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift DIAGNOSEN erhalten Sie am 31. Dezember 1986 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er DIAGNOSEN nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Waldsterben

Umweltforschung in der Sackgasse

Wolfgang Volkrodt

Im September 1986 wurde vom Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber der Abschlußbericht des Forschungsbeirats »Waldschäden« vorgelegt. Danach gilt als Hauptverursacher »Dreck« in der Luft. Warum aber ausgerechnet in den Gebieten mit reiner Luft, in den bayerischen Alpen und in den Hochlagen der Mittelgebirge, das Waldsterben stärker zugenommen hat als in den Flachlandgebieten mit schlechterer Luft wird nicht geklärt.

Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl war das Thema Waldsterben für mehrere Monate aus dem Bewußtsein der Bevölkerung gedrängt. Radioaktives Jod und Cäsium und bisher unbekannte Fachausdrücke und Maßeinheiten füllten die Zeitungsspalten. Man versuchte die Unterschiede zwischen Alpha-, Beta- und Gammastrahlen und deren biophysikalische Wirkungen zu erklären. Bei der Nennung von Meßwerten und dem Vergleich mit zulässigen Belastungsgrenzen wurde der Bevölkerung klar, daß das Fachwissen unserer verantwortlichen Wissenschaftler äußerst dürftig und widersprüchlich ist.

Aus Tschernobyl gewonnene Lehren

Jedem wurde bewußt und führte zu übersteigerter Angst: Wir Menschen verfügen über keine Sinnesorgane für radioaktive Strahlen und verfügen bei Überdosierung über keine körpereigenen Abwehrsysteme, sind solchen Strahlen also völlig schutzlos ausgeliefert.

Dies ist nicht verwunderlich. Während der Entstehung alles Lebens auf unserer Erde gab es zwar immer schon eine sehr geringe Dosis von Strahlen und Wellen. Sie entstammen dem Weltraum, atmosphärischen Mikrogewittern und dem radioaktiven Zerfall einiger Mineralien im Erdreich. Aber diese Dosis war zu gering, um Schäden anzurichten, gehörte zur normalen Umwelt der Menschen.

Es ist ähnlich wie mit in unserem Trinkwasser gelösten Mineralien, die dem Menschen im Vergleich zu Aqua destillata einen angenehmen Geschmack verleihen. Doch wehe, es kippt jemand Zyankali ins Trinkwasser.

Im Gefolge des Tschernobyl-Unfalls standen die radioaktiven Strahlen im Vordergrund des Interesses. Dazu zählen die Gamma-Strahlen. Sie gehören zu den extrem kurzen elektromagnetischen Wellen jenseits der biologisch gefährlichen Röntgenstrahlen. In Richtung längerer Wellen schließt sich das Ultraviolett an.

Daß zu hohe UV-Strahlung Hautkrebs verursachen kann, ist allgemein bekannt.

Ganz anders verhält es sich bei dem noch langwelligeren sichtbaren Licht, den Wärme- und Infrarot-Strahlen. Sie gehören seit Anbeginn allen Lebens auf unserer Erde zu den biophysikalisch nützlichen und notwendigen Strahlen. Ohne sie gäbe es bei Pflanzen keine Photosynthese und somit für Tiere keine Nahrung. Was mit Hilfe der Licht- und Wärmestrahlung von der Sonne vor vielen Jahrmillionen an Holz oder Mikroorganismen erschaffen wurde, dient uns heute in Form von Kohle, Erdöl oder Erdgas als wichtigste Energiequelle.

Die gefährlichen elektromagnetischen Strahlen

Langwelliger als Licht-, Wärme- und Infrarotstrahlen sind die sich anschließenden technisch erzeugten elektromagnetischen Wellen. Im Bereich der Wellenlängen von einigen Millimetern bis zu einem Dezimeter finden sich die Anwendungen des Richt- und Satellitenfunks und des Radars.

Es schließen sich die uns bekannten Fernseh-, UKW-, Kurz- und Mittelwellen-Rundfunkbänder an. Am obersten Ende der Skala sind die von unserem technischen Wechselstrom mit 50 Hertz ausgesandten extrem langen Wellen angesiedelt. Sie können unter Hochspannungsleitungen sehr hohe Feldstärken erreichen.

Nach Tschernobyl wurde uns bewußt, daß elektromagnetische Strahlen und Wellen, die weit kurzwelliger als die des biologisch überlebensnotwendigen Lichts sind, für alle Lebewesen gefährlich sind. Naheliegend ist



Sind die starken Radaranlagen und die kommerziellen Sendeanlagen schuld daran, daß unsere Wälder sterben?

die Frage: Wie gefährlich sind Wellen mit größerer Länge als die des Lichts und der Wärme? Auch hier gilt, daß solcherart hochdosierter Wellen nichts mit der natürlichen Umwelt auf unserer Erde zu tun haben, daß kein Lebewesen gegen solche Wellen Sensoren und Selbstschutzsysteme entwickeln konnte. Es lag in früheren Jahrtausenden und Jahrmillionen ja keinerlei Notwendigkeit vor, sich mit etwas, das es nicht gab, auseinandersetzen zu müssen.

Zeitlich etwa parallel zum Aufbau der Kernenergiewirtschaft, deren Risiken uns durch Tschernobyl veranschaulicht wurden, erfolgte der Ausbau von weitverzweigten, leistungsstarken Kommunikationsnetzen mit elektromagnetischen Wellen. Was sich inzwischen in unserer Umwelt in Form von technisch erzeugten elektromagnetischen Wellen an Energie befindet, liegt millionenfach über dem ursprünglichen natürlichen Wert.

Vermag diese überhöhte Strahlenbelastung ähnlich wie die Gammastrahlen im Gefolge von Tschernobyl uns und unserer Umwelt Schaden zuzufügen? Auf welche Art erfolgt das? Wo liegt die Belastbarkeitsgrenze?

Daß es reale Gefahren gibt, weiß jeder Besitzer eines Mikrowellenherds oder ein Arzt, der einen Patienten zwecks Gewebedurchwärmung mit Kurz- oder Mikrowelle behandelt. Auch jeder Soldat, der an Radar- oder Richtfunkgeräten ausgebildet wird, erhält eine gründliche Belehrung, daß der Aufenthalt im Strahlenbereich der Sendeantennen mit schwerwiegenden Gesundheitsrisiken verbunden ist.

Parallelen zur Kernenergie-Diskussion

Die Hochfrequenzingenieure bei der Post und in der Industrie kennen seit etwa einem Jahrzehnt den Begriff der UKW- oder Richtfunkschneise. Damit bezeichnen sie die im Strahlenbereich starker Richtfunk-, UKW- oder Fernsehsender sich befindenden kahl gewordenen, geschädigten Waldschneisen. Die Schäden sind dort am größten, wo die Wellen auf Hindernisse aufprallen, zum Beispiel einen Berghang im Mittelgebirge oder in den Alpen.

Amateurfunker wissen seit einem Jahrzehnt, daß im Alpenraum wegen der Mehrfachreflexion von sehr leistungsstarken militärischen Radarwellen an den Bergwänden im 23-Zentimeter-Band ein normaler Funkverkehr unmöglich ist.

Selbstredend ist im Flachland die Versorgung der Bevölkerung mit Rundfunk und Fernsehen weit einfacher als im Bergland. Um zwischen Bergen und Hügeln die Programme bis in die bewohnten Täler auszustrahlen, bedarf es einer größeren Sendedichte, zusätzlicher Richtfunkverbindungen und Hilfssender. Im flachen Land gibt es keine Gebiete, in denen Senderwellen aufprallen, absorbiert oder reflektiert werden. Die Bodenwellen zehren sich nur langsam und mit geringer Energieabgabe beim Hinwegstreichen übers flache Land auf und verursachen höchstens dort Schaden, wo sie auf einen sich über das Bodenniveau erhebenden Waldrand stoßen.

Mit vorstehenden Hinweisen kann erklärt werden, warum die Waldschäden in den Reinluftgebieten in den Hochlagen unserer Gebirge weit höher sind als im Flachland mit meist mehr »Dreck« in der Luft. Selbstredend gibt es inzwischen wissenschaftliche Untersuchungen, auf welche Art die millionenfach überhöhten, technisch erzeugten elektromagnetischen Wellen bei biologischen Systemen Schäden verursachen.

Dazu zählt nicht nur das Waldsterben. Auch der Mensch ist betroffen. Inzwischen soll es in der Bundesrepublik Deutschland 20 Millionen Allergiker geben. Die Zahl steige weiter an, die Ursachen seien bekannt, meinen die Mediziner.

Im Abschlußbericht wird mit keiner Silbe der uns umgebende Hochfrequenz-Smog als Schadens-Mitverursacher erwähnt. Wieso wird so etwas verschwiegen oder vergessen? Erinnern wir uns an das Wirrwarr von Aussagen sogenannter Strahlenschutzexperten im Gefolge der Tschernobyl-Katastrophe. Damals verlor die Bevölkerung das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit unserer Wissenschaftler.

Ein solcher Vertrauensschwund steht auch unseren Waldsterbensforschern bevor. Aber vermutlich sind sie an ihrem Versagen schuldlos. Was weiß schon ein Forstbeamter über die biophysikalischen Wirkungen von elektromagnetischen Wellen? Nichts!

Warum ist der Waldschadensbericht falsch?

Wie sieht es damit in den forstbotanischen Forschungsinstituten aus? Dort kennt man nur Mikroskop, Reagenzglas und Spektralanalyse, ist also ganz auf die Chemie eingeschworen. Für Wirkungen elektromagnetischer Wellen ist man nicht zuständig.

Wer aber dann? Etwa ein physikalisches Institut der Max-Planck-Gesellschaft? Dort kennt sich aber niemand mit dem Thema Waldsterben und den hierbei mitwirkenden biochemischen und Schadinsekt-Wechselwirkungen aus.

Wer etwas über seit längerem bereits wahrgenommene Waldschäden durch elektromagnetische Wellen aussagen könnte, sind die Ingenieure der Post und Hochfrequenz-Industrie und die Militärs. Aber sie haben kein Interesse daran, daß die Bevölkerung auf die durch Hochfrequenz verursachten Schäden aufmerksam gemacht wird. Das könnte Folgen wie bei der Kernenergie-Debatte haben.

Der Gedanke, die Mehrheit der Bevölkerung könne ein Abschalten von zu starken und zu vielen Sendeanlagen fordern, ängstigt sie. Dabei ließe sich ein Ausstieg ähnlich wie bei der Kernkraft ohne Nachteile in wenigen Jahren bewerkstelligen. Man muß von bisherigen Hochfrequenzsendern auf Verkabelung unseres Landes mit biophysikalisch unbedenklichem Lichtleiter-Glasfaserkabel umsteigen.

Zunächst müssen wir erkennen, daß die bisher mit der Waldschädenforschung Beauftragten die falsche Ausbildung haben. Diejenigen, die seit längerem über die Risiken der Hochfrequenz etwas wissen, aber aus persönlichen oder geschäftlichen Interessen bisher geschwiegen haben, müssen wir zum Sprechen zwingen. Notfalls unter Mitwirkung unserer Gerichte.

Bei den Militärs wird es schwierig sein. Dafür gibt es ein Beispiel bereits aus der DDR. Dort weiß man, daß der Kamm des Erzgebirges nicht durch den sauren Regen aus schwefelhaltiger böhmischer Kohle geschädigt wurde. Es waren und sind die starken sowjetischen Radaranlagen, die die Wälder auf dem Kamm wegsäbeln. Wer aber darüber spricht, kann wegen Verrats von militärischen Geheimnissen verhaftet werden.

Wer bei uns vor Gericht wegen vorsätzlicher oder fahrlässiger Waldschädigung gestellt werden kann, ist vornehmlich unsere Bundespost als Betreiber großer kommerzieller Sendeanlagen. Sie hat es zudem am einfachsten, ihre zu vielen und zu großen Sender abzuschalten. Als Alternative bietet sich die Verkabelung unseres Landes an. Dies propagiert der Bundespostminister Schwarz-Schilling bereits seit langem. Die Zulieferindustrie wartet auf zusätzlichen guten Umsatz beim Verkabeln. Den Arbeitsämtern böten sich gute Chancen zur Vermittlung erwerbsloser Ungelernter für Kabelverleg-Erdarbeiten.

Die Bundespost ist gefordert

Der einfachste Ausweg aus der gegenwärtigen Sackgasse bei der Waldschädenforschung scheint die Anforderung eines Sachverständigenurteils vom Bundespostministerium. Dem sollte eine kleine Anfrage im Bundestag vorausgehen: »Kann die Bundespost beweisen, daß die von ihr betriebenen Sendeanlagen keinerlei Wald- und sonstigen Umweltschäden verursachen?«

Man wird sich vor einer Falschaussage hüten, weil bereits zuviel Beweismaterial in Form von Berichten und Fotos vorliegt. Besser wäre ein volles Eingeständnis des Bundespostministers. Dann hätte er das beste Argument, warum er sich so eifrig fürs Verkabeln der Bundesrepublik einsetzt. Die Bevölkerung wird endlich mitmachen.

Auf Sicht kommen die Milliarden Steuergelder fürs Verkabeln billiger als die Milliardenschäden durch die sterbende Umwelt bei fehlender Aussicht auf Abhilfe. □

Weitere Informationen und Literaturhinweise beim Verfasser: Dr. Wolfgang Volkrodt, Waldsiedlung 8, D-8740 Bad Neustadt.

Briefe

Betr.: Religion »Europa kein christlicher Kontinent mehr«, Nr. 11/86

Die »Mahnschreiben« der katholischen Schweizer Bischöfe an die in unserem Land tätigen Seelsorger, wonach Katholiken nicht am Abendmahl teilnehmen sollen, hat in manchen Zeitungen zu Proteststürmen geführt.

Echte Toleranz heißt jedoch, den andern in seiner Andersartigkeit zu dulden, ja zu achten. Das verschiedene Abendmahlverständnis ist wohl das, was Katholiken und Protestanten besonders trennt. Es ist darum legitim, wenn die Bischöfe einer Verwischung der verschiedenen Auffassungen entgegenwirken wollen.

Nur profilierte Haltungen und Ausdrucksweisen dienen der Wahrheitsfindung. Deshalb wäre es ja auch verkehrt, wenn sich alle politischen Kräfte in unserem Land – weil ja schließlich alle Schweizer sind – in einer Einheitspartei auf einen verwässerten Kompromiß einigen würden. Wer dies nicht respektiert, ist in höchstem Maße intolerant.

Es gäbe in unserer protestantischen und in der katholischen Kirche wahrhaftig andere Dinge zu rügen, die nicht toleriert werden dürfen:

Wo blieben die Proteststürme, als der künftige anglikanische Erzbischof von Kapstadt, Bischof Tutu, in seinem undifferenzierten Kampf gegen die Apartheid in einem Interview gemäß ARD-Fernsehen vom 23. Juli 1986 und Presseberichten vom 24. Juli 1986 wörtlich sagte: »Meinetwegen kann der Westen zur Hölle fahren«?

Und wo blieb der Protest, als der Ökumenische Rat der Kirche kürzlich seinen Mitgliedkirchen ein Gebet für den Weltgebetstag für Südafrika empfahl, worin es in bezug auf das südafrikanische Regime heißt: »Verdamme und bestrafe sie, o Gott . . . und entferne sie aus unserem Blickfeld«?

Wo bleibt der Protest, wenn sich der ökumenische Weltkirchenrat wohl gegen die Apartheid in Südafrika wendet, aber im Blick auf die sowjetische Aggression in Afghanistan oder das Menschensterben im kommunistischen Äthiopien schweigt, von den Diskriminierungen und Bluttaten hinter dem Eisernen Vorhang gar nicht zu reden?

Ist es da verwunderlich, daß angesichts der Einäugigkeit von Kirchenvertretern und der Umfunktionierung des Evangeliums immer mehr evangelische, aber auch katholische Kreise dem Ökumenischen Rat und der ökumenischen Zielsetzung kritisch gegenüberstehen, ja sich abwenden?

Aber auch den Katholiken machen kirchliche Spitzenvertreter zu schaffen: Immer mehr wird einer gewalttätigen Befreiungstheologie gehuldigt, und auf der in der Zeitschrift »Diagnosen« publizierten Liste von über hundert Freimaurern der kirchlichen Hierarchie figuriert auch Agostino Casaroli.

Ist es da verwunderlich, daß das Verbot aufgehoben wurde, wonach Katholiken Freimaurerlogen nicht angehören dürfen, trotz der Erklärung der deutschen Bischofskonferenz über die Unvereinbarkeit einer gleichzeitigen Zugehörigkeit zur katholischen Kirche und zur Freimaurerei?

Und ist es verwunderlich, wenn der Kommunismus auf der Welt zunimmt, wenn auch katholische Kirchenfunktionäre wie Vatikansstaatssekretär Casaroli in ihrer Ostpolitik eine Übereinstimmung mit dem Kommunismus anstreben wollen?

Weg vom Heil durch Christus, wobei Christen im wesentlichen eins, im weniger Wichtigen frei, aber in allem in Liebe verbunden sein sollen? Dagegen – vom Zeitgeist diktiert – hinein in eine gleichgeschaltete, diesseitig orientierte, sozialistische Massengesellschaft, in der nur noch vertreten werden darf, was alle denken – das heißt dann, was der Staat gutheißt?

Emil Rahm, Hallau

Betr.: Die andere Wissenschaft »Versklavung durch unfreie Energie«, Nr. 10/86

Nikola Teslas Entdeckung der überall und unbegrenzt vorhandenen, nichts kostenden, umweltneutralen Schwerkraft-Feldenergie (Tachyonenenergie) könnte als segensreichster Fortschrittsbringer der Menschheitsgeschichte ein Zeitalter des Wohlstands für alle einleiten, wäre sie nicht mit so vielen Behinderungen von so vielen Seiten behaftet. Zu dem mit obigem Titel ausgedrückten Mißstand kommt ein weiterer hinzu, den man als »Monopolisierung der freien Energie« bezeichnen könnte.

Monopolisierung durch wen? Durch die Geheimdienste der Sowjets und der Israelis, KGB und Mossad. Fast ein halbes Jahrhundert war Teslas Entdekkung in Vergessenheit geraten, bevor sie – in den fünfziger Jahren – von den Militärs wiederentdeckt wurde. Sie, die Militärs, hatten die enormen, selbst die Atomkraft in den Schatten stellenden Möglichkeiten der neuen Energieform erkannt.

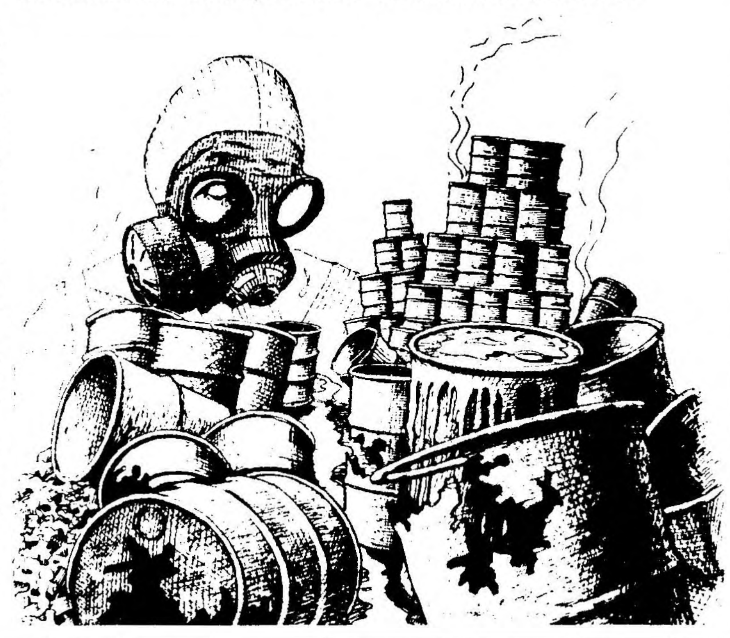
Seither arbeiten die Militärs der wichtigeren Armeen an der militärischen Nutzbarmachung der Tachyonenenergie. Aus Dutzenden von neuartigen Anwendungsmöglichkeiten haben sich dabei zwei grundverschiedene Haupt-Nutzanwendungen herausgebildet: Die Bildung von sogenannten stehenden Wellen, mit denen Luftströme umgelenkt, Erdbeben und Unwetter hervorgerufen, Klimata verändert und Elektromotoren und ganze elektrische Versorgungseinrichtungen außer Betrieb gesetzt werden können.

Dieser Sektor wurde und wird von den Sowjets beherrscht. Es wird gemutmaßt, daß hinter den jüngsten amerikanischen Raketenstart-Pannen die Sowjets mit ihren stationären Wellen stehen könnten, die alles, was dem Starwars-Projekt dient, kurzerhand abknallen.

Auf der gegenüberliegenden Seite des Anwendungsspektrums steht die Möglichkeit, mit den Strahlenformen der Schwerkraft-Feldenergie die Biologie und Psyche der Lebewesen zu überwachen, zu lesen und zu beeinflussen. Auf diesem Gebiet hat Israel die weltweite Führung an sich gerissen.

So ist bekannt, daß die Israelis bei der Befreiung der Geiseln in Entebbe (Uganda) im Jahre 1976 erstmals eine den Kampfgeist der Geiselbewacher lähmende Strahlung verwendeten, die es ihnen erlaubte, die Geiseln in die eigenen Flugzeuge zu verfrachten, ohne auch nur einen einzigen Schuß abgefeuert zu haben.

Hans Kaufmann, München



Betr.: Weltkirchenrat »Schweigen zu Afghanistan«, Nr. 9/86

Diese Tatsache hat bei mir großes Erstaunen hervorgerufen, habe ich doch nie einen solchen Artikel geschrieben. Sie haben diesen Artikel vom Mitgliederbrief Nr. 35/März 1986 der Aktion »Kirche wohin?« übernommen. Wenn ich auch Geschäftsleiter der Aktion »Kirche wohin?« bin, so habe ich diesen Artikel nicht geschrieben. Es geht doch nicht an, den Geschäftsleiter einer Vereinigung einfach und generell zum Autor sämtlicher Veröffentlichungen dieser Vereinigung zu erklären.

Da es mir völlig fernsteht, mich in irgendwelcher Art mit fremden Federn zu schmücken, ersuche ich Sie, in der nächsten Ausgabe von »Diagnosen« eine Korrektur anzubringen, wonach dieser Artikel nicht aus meiner Feder stammt, sondern einem Mitgliederbrief der Aktion »Kirche wohin?« entnommen ist.

Mit etwelchem Erstaunen und Kopfschütteln habe ich überdies in der gleichen Ausgabe den Artikel von S. E. D. Brown »P. W. Botha sollte gehen« zur Kenntnis genommen. Wenn es einen Weg gibt, in Südafrika das von vielen herbeigeredete, aber noch längst nicht eingetretene Chaos Wirklichkeit werden zu lassen, dann wohl den, den vorsichtigen, pragmatischen Reformkurs der Regierung mit dem Mittel pauschaler Verunglimpfung von rechts her so zu beschießen, daß er verunmöglicht wird.

Dr. Ulrich Schlüer, Aktion »Kirche wohin?«, Zürich

Betr.: Technik »Maritime Solar-Energienutzung«, Nr. 11/86

Da Kriegsgefahr, Natursterben und Unmenschlichkeit weltweit zunehmen, sind wir mit den alten Methoden am Ende. Die amtierenden Glaubensrichtungen basieren alle auf vormittelalterlichen Erkenntnissen und passen nicht in die heutige technische Welt. Die Wirtschaftstheorien und Praktiken des 19. und 20. Jahrhunderts sind für das kommende Jahrtausend praktisch überholt und nur auf Kosten der Natur und des Weltfriedens weiterhin durchzusetzen.

Das Überleben der Menschheit hängt vom Umdenken ab; geordnet gehen wir systematisch in den »Tod auf Raten«, nur im »Chaos« werden wir überleben. Das heißt, aus der Erkenntnis, daß menschliche Entwicklung nur aus der Krise heraus möglich ist. Nur durch ein »Umkrempeln« der alten Ordnungen, Strukturen und Hierarchien kann jene Erneuerung und Innovation stattfinden, die es uns ermöglicht, im Einvernehmen mit der Natur zu überleben.

Wolf-Dietrich Muswieck, Barsinghausen